Digitized by Google

Die

März-Revolution

oder der

badische Aufstand

Carl Morel

St. Gallen:

Die

März-Revolution

und der

badiſche Aufſtand

von

Carl Morel.

Motto:

Wer Wind ſäet, wird Sturm ernten.

Zweite, umgearbeitete Auflage.

St. Gallen:
Scheitlin und Zollikofer.
1849.

Digitized by Google

Vorwort.

Dieſe Schrift, deren erſte Auflage unter dem Titel: „Der badiſche Aufſtand in ſeinem innern Zuſammenhang mit der deutſchen Reformbewegung“ erſchien, hat zum Zweck die Revolutionsperiode im Februar und März in einen engern Rahmen zu faſſen und nach ihren äußern und innern Motiven zu erklären. Das mag freilich Mancher der Zeit vorgreifen heißen. Auch ich weiß, daß dieſe Periode, die Revolutionszeit des deutſchen Volkes, noch nicht abgeſchloſſen iſt, daß man noch in den Anfängen von Kämpfen ſich bewegt, die aus der politiſchen Bildungsſtufe, den politiſchen Bedürfniſſen des deutſchen Volkes hervorgehen. Und wahrlich, wer mit ruhigem Auge in das Chaos der immer breiter und gewaltiger werdenden Bewegung hineinſieht, der weiß nicht, ſoll er erſchrecken oder ſich freuen; erſchrecken vor den düſtern Bildern der Zukunft, die aus der grauen Anlage, der ſkizzenhaften Andeutung der gegenwärtigen Zuſtände hervorſchimmern, oder ſich freuen darüber, daß trotz ſo vielen Täuſchungen und Ermattungen die Wachſamkeit und Spannkraft des Volkes ſo bedeutend zugenommen hat.

Mancher ſucht ſich hier mit Parallelen ähnlicher Entwickelungsmomente bei andern Völkern zu helfen und ſehr Konſtitutionelle haben ſogar die onimöſe Parallele der franzöſiſchen Revolution nicht geſcheut, wie Dahlmann, was von ſolchem Standpunkt aus eigentlich den Teufel an die Wand malen heißt. Ich halte ſolche Parallelen nicht für ſehr wünſchenswerth, weil denn doch jedes Volk ſein eigenes Leben, ſeine eigene Geſchichte, ſeine eigenen Verhältniſſe hat. Näher würde mir eine Parallele ſein, die in den innern Vorgängen der gleichen Nation liegt, wie ſie z. B. die Literaturkämpfe des vorigen Jahrhunderts darbieten. Die konſtitutionelle Partei, dieſe politiſchen Nikolays, die der politiſchen Revolution ſo redlich vorgearbeitet haben, wie die Männer der Berliner-Bibliothek der Geiſterrevolution des vorigen Jahrhunderts, fangen an eben ſo lächerlich zu werden, als es Papa Nikolay dem jungen Geſchlechte des letzten Viertels des vorigen Jahrhunderts war. Die jungen Germanen zupfen die alten Senatoren an ihren langen Bärten — doch ich will das Gleichniß nicht weiter ausführen. Etwas muß ich aber noch ausſprechen, weil es meine feſte Ueberzeugung iſt.

Wie die reine, große, freie Geſtalt Göthe's aus den ſogenannten Stürmern und Drängern heraustrat und die neue Welt des Schönen mit ſchöpferiſchem Geiſte aufbaute, ebenſo wird der politiſche Heros aus den Stürmern und Drängern, den vielen halb bewußtlos Stürmenden dieſer Revolutionszeit hervorgehen. Aus dem Volke geht die ſchöpferiſche, geſtaltende Kraft hervor, während den Männern, die ſich einzig und ausſchließlich mit der Dame Wiſſenſchaft vermählt haben, die Fähigkeit mangelt, lebendige Organismen zu erzeugen. Aber die Zeit iſt vorbei, wo man die Welt für eine fein eingerichtete Maſchine hielt, die von geſchick-

ten Werkmeiſtern zuſammengehalten wird. Man will Lebensformen, daß heißt ſolche, ſeien es geſellſchaftliche oder ſtaatliche Formen, die nicht von Außen hergeholt und behutſam angeleimt ſind, damit die bewegliche Maſſe ſich ſo und ſo geſtalte, in dieſer oder jener zierlichen Form, man will ſich nicht mehr in die Umriſſe hineinſperren laſſen, die aus einer ſogenannten wiſſenſchaftlichen Schablone hervorgehen, nein, man will die Sachen einmal aus ſich ſelber entſtehen laſſen; man iſt dazu gekommen, einzuſehen, daß in dem Volke ſelber der geſtaltende Geiſt liegt, der viel Schöneres zu Stande bringt, als die doktrinären Corſettſchneider ahnen, geſchweige wiſſen. Und darum glaube ich mir auch das Drängen und Sehnen des deutſchen Volkes nach freien, einfachen Lebensformen zu erklären, da bei dieſen allein das Geſunde, Tüchtige, Praktiſche ungeſchmälert zur Geltung kommen kann. Da iſt's freilich mit der Vermittlung aus, da heißt es entweder — oder. Da treiben die jungen Schoſſe das welke Laub, das die freie Entfaltung hindern will, ſpielend hinweg. — Nun es wird ſich bald zeigen, ob dem deutſchen Volke von ſeinen Lehrmeiſtern die Freiheit gelehrt werden kann, oder ob man zu der Anſicht kommt, die Freiheit erſt haben zu müſſen, ehe man ſie kennen und gebrauchen lernen kann. Eine dekretirte Freiheit iſt keine.

St. Gallen, Januar 1849.

Inhalt.

		Seite
I.	Innere Motive der Revolution	1
II.	Die letzten Reaktionsversuche vor der Revolution	8
III.	Die Februar-Revolution und ihre Wirkung auf Deutschland. Die Karlsruhertage	17
IV.	Die großen Märztage	34
V.	Die Reformbewegung in Deutschland und die republikanischen Versammlungen in Baden	55
VI.	Die Frankfurterversammlung	77
VII.	Deutschland nach den Frankfurtertagen	98
VIII.	Revolutionäre Stimmung in Baden	114
IX.	Der Aufstand	127
	Schlußwort	156

Es ist ein großer Irrthum, zu glauben, daß die republikanische Bewegung in Baden aus Nichts aufgetaucht in Nichts zurückgefallen sei, wie es die Deutsche Zeitung behauptet, „nach ihrer Art die Dinge historisch zu betrachten." Seit es in neuester Zeit Mode geworden, den republikanischen Geist zu desavouiren, seit die offenherzigen Republikaner durch fremde Bayonnette unterdrückt und die stillen wieder gut konstitutionell geworden sind, sieht es so ziemlich einer Thorheit ähnlich, dem Auferstehen der Republik oder ganz volksthümlicher freier Institutionen in Baden mit ungetrübter Hoffnung entgegen zu sehen; und doch, wer es weiß, wie eine feste politische Ueberzeugung im Volke Wurzel gefaßt hat, wie sehr einfache Staatseinrichtungen allgemeines Volksbedürfniß geworden, wie einmüthig das Volk einem geordneten Willen sich unterzogen hätte, wie die Streiter der Republik gleichsam aus dem Boden heraus wuchsen, — wer alles dieß gesehen hat, der wird, wenn die Reaktion auch jetzt gesiegt zu haben scheint, an einer baldigen Erhebung nicht zweifeln, und nicht nur in Baden. Es wird sich bald zeigen, ob die Konstitutionellen nur Blitzableiter der Monarchie waren, oder ob sie stark genug sein werden, dem Volke in der Monarchie die Freiheiten zu erringen und zu erhalten, an deren Zurücknahme eine Kette von Revolutionen sich reihen würde.

Die freie Presse, das freie Versammlungsrecht, diese mächtigen Hebel einer gesunden Ueberzeugung und eines kräftigen Willens, können dem Volke nicht mehr entzogen werden. Das Volk hat für seine Ueberzeugung gelitten und edles Blut hat die magna charta einer schönern Zukunft besiegelt. — Die badische Republik ist jetzt freilich

durch die Bayonnette der konstitutionellen Regierungen wie auch besonders durch die schlechte Organisation der republikanischen Bewegung selber unmöglich. Es ist nicht schwer, den Leichtsinn, die gränzenlose Sorglosigkeit, mit welcher der badische Aufstand unternommen wurde, bitter zu rügen, dem Volke und seinen Führern allen praktischen Sinn abzusprechen, der nur durch die Gewohnheit eines freien Lebens, durch lange Theilnahme an den öffentlichen Interessen errungen werden kann. Der Aufstand hat ein geschichtliches Recht. Man möge mir erlauben, dieser Erscheinung auf ihren ersten Lebensäußerungen nachzugehen. Die Gründe dieser eigenthümlichen Erscheinung liegen in dem Jahrzehnte langen politischen Druck der Nation, der selbst die wissenschaftliche Theilnahme an den Fragen über die Bedürfnisse der Zeit zu hemmen vermochte. Ich erinnere an das Schicksal der Deutschen Jahrbücher von Ruge und Echtermeier. Und dennoch sollte sich der Umweg einer allgemein menschlichen Bildung, wenn auch als ein langer, so doch als ein nachhaltig-wirkungsreicher bezeichnen, — denn man glaube nicht, daß mit dem Unterdrücken der republikanischen Bewegung in Baden oder mit dem Frankfurter Parlament die deutsche Revolution geendigt sei.

I.

Innere Motive der Revolution.

Es ist eine bekannte Sache, daß die badische Kammer die beredte Vorkämpferinn für die zukünftigen Rechte der Deutschen war. Gediegenes Wissen, glänzende Rednertalente, edle Herzen weihten sich der Volkssache und wenn die Kammerverhandlungen mehr theoretische Ueberzeugungen als praktische Verbesserungen darboten, so war eben das die große That der badischen Kammer, dem badischen Volke zunächst eine tüchtige politische Meinung beizubringen. Die heftigen Wahlkämpfe zu Erringung einer freisinnigen Majorität in der Kammer beweisen genug die lebendige Theilnahme des Volkes an dem Kampfe um seine Rechte. Denn sogar die jetzige Kammer konnte nur durch die größten Anstrengungen in Baden zu Stande kommen, da Beamtenherrschaft, Censurdruck und Pfaffeneinfluß noch bei den letzten Wahlen so mächtig waren, daß Reaktionäre, wie Junghanns I., Buß, der Kammerschläfer Knapp u. A., wie die Regierungsdirektoren Schaaf und Trefurt, in die Kammer eingeschmuggelt wurden. — Ein anderes Lösungsmittel des Volksgeistes war auch die verhältnißmäßig freie Presse. Ich sage „verhältnißmäßig", denn die Censur erstreckte sich sogar auf die Deutsche Zeitung. Auch die Kammerverhandlungen kamen seit längerer Zeit, wohl schon seit der Einführung der Konstitution in offiziellen und andern Berichten unter das Volk.

Neben diesen geistigen Hebeln waren auch noch materielle. Man kennt das deutsche Steuersystem. Die größte Last ruht auf dem Arbeiterstande und den unbemittelten Bauern. Zudem werden die Steuern nicht so wohl zum Wohl des Besteuerten verwendet, als zur Erhaltung des fürstlichen Hofhalts, des stehenden Heers, der Beamtenkaste, zu leichtsinnigen und willkürlichen Pensionen, — Alles

Dinge, die große Erbitterung und rege Wünsche nach durchgreifenden Verbesserungen hervorriefen. Es ist ein Wahnsinn, zu glauben, das badische Volk in seiner Mehrheit hätte nicht gewußt, worum es sich in dem großen Kampfe handelte. Das Volk wollte eine vernünftige Staatseinrichtung, einen einfachen Staatshaushalt, und wenn auch das Wort Republik nicht Jedem bekannt war — die Sache war in Aller Herzen, das beweist die lebendige, ernste Theilnahme des Volkes an den Fragen der Organisation der Zukunft, das beweist der einstimmig ausgesprochene Widerwille gegen ein künstliches Regierungssystem, das mit erlogener Ruhe und feilem Glanz das Grab der Volkswohlfahrt überdeckte. Und, um hier energisch aufzuhelfen, reichten die Kammerdebatten nicht hin. Das Volk wollte einmal reinen Tisch machen. Das Volk wußte wohl, daß Fürstenhöfe und Fürstenmacht mit Einfachheit der Sitten nicht harmoniren. In des Volkes Herz schnitten die Worte tief ein, die ihm die Unnatürlichkeit seines jetzigen Zustandes und die Impotenz der Kammern in Flammenzügen schilderten. Das Volk fühlte tief die Wahrheit in den Worten des Dichters:

Und an der Kammer hohe Wände
Schlägt brausend die Debatte an,
Doch „Rechte", „Linke" sind zwei Hände,
Die nie einander weh gethan.

Und eben so tief wurde die bittere Wahrheit in folgender in Baden wenigstens sehr bekannten Parodie des Liedes: „Was ist des Deutschen Vaterland?" empfunden:

Was ist des Deutschen Vaterland?
Ist's Haderland? Salbaderland?
Ist's, wo man in der Kammer spricht,
Und doch kurirt den Jammer nicht?
O nein, o nein ꝛc.

Zum Beweis, wie lebendig das Volk seine Lage fühlte und auch die Radikalmittel zu deren Verbesserungen kannte, weise ich auf die später folgende Darstellung der Offenburger-Versammlung, wo Vereinfachung des Staatshaushalts, Kontrole der höchsten Behörden durch Volksgerichte, eine wirkliche Volksgesetzgebung und andere solche Lebenspunkte einstimmig vom Volke angenommen wurden.

In der Theilnahme des Volkes an ſeinem politiſchen Zuſtande und in dem damit verbundenen Selbſtändigkeitsgefühl und der materiellen Noth liegen die Gründe der republikaniſchen Bewegungen. Der Odenwälder Bauer, gedrückter als der freiheitsſtolze Schwarzwälder (man denke nur an Berthold Auerbach's „Befehlerles"), gab demſelben an Freiheitsdrang nichts nach.

Noch im Herbſte vorigen Jahres war eine Volksverſammlung in Offenburg, wo die gleichen Forderungen, die nun alle von der Kammer, ſogar von dem reaktionären Theil derſelben, durch den Drang des Volkes dazu genöthigt, angenommen ſind, vor dem Volke von Rednern ausgeſprochen wurden, denen man von Seiten der Regierung mit Hochverrathsprozeſſen antwortete. Merkwürdig war die Art, wie die Diskuſſion über Staatseinrichtungen, in der Preſſe durch die Cenſur unterdrückt, allmälig einen neuen, immer ſtärkern, revolutionären Ton annahm. Die Unzufriedenheit, die Stockung der Lebensſäfte eines geſunden Volksorganismus brachte Krankheiten im Innern hervor, denen die Aerzte damit zu helfen meinten, indem ſie deren Ausbruch hinderten. Ueber die beſtehenden Zuſtände oder für den Freiſtaat offen zu ſprechen, die beſtehenden Mißverhältniſſe mit ſcharfen Zügen zu zeichnen, war verboten, und ſo kam es denn, daß der verhaltene Groll in empöreriſche Flugblätter ſich ergoß, die im Stillen die allgemeine Unzufriedenheit des Volkes auf's Höchſte ſteigerten. Weil eben die freie Diskuſſion über die Staatseinrichtungen gehindert und dadurch durchgreifende Verbeſſerungen unmöglich waren, gewann allmälig der Gedanke Raum, die beſtehenden Verhältniſſe durch einen revolutionären Schritt umzuwerfen, um bei gereinigtem Boden und freiem Platz eine neue Ordnung der Dinge möglich zu machen. Man glaube nicht, daß in der gedrückten Preſſe ein treuer Ausdruck der Volksmeinung zu finden wäre. Im Volke gährte es überall und indem man der allgemeinen Unzufriedenheit den geordneten Ausbruch verhinderte, warf ſich das Uebel auf die edelſten Theile zurück und das revolutionäre Fieber konnte beim erſten gewaltigen Anſtoß ausbrechen. Bei der Stärke einer im Volke erwachten und großgezogenen Ueberzeugung und bei dem Widerſpruch in der beſtehenden Ordnung und Einrichtung, in dieſem Zuſtande der Lüge, den die Regierung durch alle ihre Mittel zu erhalten ſuchte, war es kein Wunder, wenn von Seiten der äußerſten Fortſchrittspartei

der Gedanke auf eine friedliche Vereinbarung mit der Regierung aufgegeben wurde. Man dachte einmal die äußere Macht mit der äußern Macht zu meſſen, da der Gedanke über die Bayonnette und andern materiellen Mittel der Regierungen nicht Meiſter zu werden ſchien. Man hatte die Diskuſſion und das Reden genug und war der Ueberzeugung, einer feindlichen Macht mit ſo gewaltigen materiellen Mitteln nur mit der Fauſt wirkſam entgegen treten zu können.

In dieſe allgemeine Gährung brach nun wie eine Gewitterwolke die franzöſiſche Februarrevolution. Der Eindruck, den dieſelbe in Baden machte, war ungeheuer. Man kümmerte ſich nur halb um die Arbeit, das Volk belagerte die Bahnhöfe, beſprach ſich auf den Straßen, Extrablätter der meiſten Zeitungen wurden faſt alle Stunden ausgegeben, und als die Nachricht von dem feſten Beſtande der republikaniſchen Regierung ſich beſtätigte, hatte der Jubel kein Ende. Deutſchland hatte ſeit der Julirevolution einen ungeheuern Schritt vorwärts gethan. Damals mußten die Männer aus Deutſchland fliehen, welche die Julirevolution für Deutſchland benutzen wollten. An vereinzelte, zum Theil unſinnige Bewegungen, die jedenfalls ohne Theilnahme des Volkes vor ſich gingen, knüpfte ſich eine fluchwürdige Reaktion und Börne's Wort, daß die Deutſchen für die ſchlimmen Streiche der Franzoſen beſtraft werden, war wahr genug. Jetzt, wie verändert war die Lage. Durch die neueſte Schweizergeſchichte, durch die unendlich rege Theilnahme in Deutſchland an dem Kampfe gegen den Sonderbund, durch das energiſche Auftreten in Zeitungen und die unzweideutige Stimmung des Volkes war die Schwäche, die innere Haltloſigkeit der Regierungen zu Tag gekommen. Den guten Willen der Regierungen zeigen die Unterſtützungen Oeſterreichs an den Sonderbund allen denen deutlich genug, welche die Sprache der miniſteriellen Preſſe nicht kennen. Aber man leſe nur die Karlsruher Zeitung, das halboffizielle Blatt der badiſchen Regierung, der freiſinnigſten und volksthümlichſten in Deutſchland, man leſe dieſe Anklagen wegen Bundesbruch, Kommuniſterei ꝛc., ſo wird man ſehen, daß die Regierungen Scheinbeweiſe genug aufgeſpürt hatten, mit denen ſie aber nichts ausrichten konnten, weil das Volk für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz war. Die Deutſche Zeitung, die bis jetzt bei den Republikanern ſo unpopuläre, war

durch ihre Vertheidigung der Schweizerrechte populär geworden. Das Volk hatte eine Gelegenheit, in dem Ausspruch seiner Sympathie für die freie Schweiz seine eigene Ueberzeugung auszusprechen, und die schlechten Künste der Regierungen nahmen ein jämmerliches, spottwürdiges Ende*).

Hatte nun schon in der Schweizergeschichte das deutsche Volk gesehen, daß Versuche zur Unterdrückung eines freien Volkes zur Schande der Unterdrücker ausfallen, daß von dem starken Willen eines freien Volkes der Widerspruch zerschmettert wird, so war die Februarrevolution noch ein den deutschen Verhältnissen viel näher stehendes Beispiel. Dort wie hier ein System der Lüge und daher der Corruption. Dort wie hier der Widerspruch der Volksüberzeugung, die durch Lügenkünste im Unklaren, im dunkeln Hintergrunde gehalten werden sollte. Dort wie hier das mächtige Bedürfniß des Volkes, aus der Künstlichkeit und Verwirrtheit eines unnatürlichen Zustandes herauszutreten und einfachere dem Volk allein nützliche Einrichtungen dafür herzustellen. Dabei nur der Unterschied, daß in Frankreich der Anstoß von der konstitutionellen Opposition geschah und von den Republikanern benützt wurde, während in Baden das Volk mit seinen republikanischen Führern den Anstoß gab und die eintretende Bewegung von der konstitutionellen Partei ergriffen wurde, die nur durch die Bayonnette blind gehorsamer Soldatenhorden die unorganisirte Volksbewegung unterdrücken konnte.

Die Republik stand Baden nahe genug und so war es denn kein Wunder, daß in dem locker gewordenen Boden konstitutionellen Lebens in Baden die Donner der Februarrevolution eine ungeheure Erschütterung hervorbringen mußten.

---

*) Der Spott blieb auch nicht aus. Ich erinnere nur an die vortrefflichen Karrikaturen in dem in Stuttgart erscheinenden Eulenspiegel.

II.

Die letzten Reaktionsversuche vor der Revolution.

Gehen wir nun, um die Erscheinungen beim Eintreten der französischen Revolution zu verstehen, der nächsten Vergangenheit etwas näher. Durch den ganzen Winter von 1847 auf 1848 geht eine unterdrückte, bittere Stimmung, in der sich die schon ganz streng geschiedenen Parteien durch fortwährende Anfeindungen und Verdächtigungen Luft machten. Wenn die republikanische, radikale Partei Alles, was von konstitutioneller Seite kam, mit dem größten Mißtrauen aufnahm, auch oft ungerecht genug Einzelnes beurtheilte, so war diese Stellung doch wenigstens eine solche, die einen Gegner anerkennt, dem man, wenn man ihn nicht gerade bekämpft, doch auf die Finger sieht. Die Konservativ-Konstitutionellen, an ihrer Spitze ihr Orakel, die Deutsche Zeitung, sahen aber stolz auf diese Gegner herab, während sie die Reaktionären immer mit einer gewissen Courtoisie behandelten. Die D.-Z. verachtete mit eigensinnigem Dünkel einen Feind, der im Herzen des Volkes ruhte, während sie mit ihrer homöopathischen Freiheitskur an dem reichen Bürger- und liberalen Beamtenstand einen Lesekreis fand, der auf den Handwerker eben so stolz herabsah, wie die Zeitung selber auf Hecker, Struve ꝛc. Zwischen diesen Parteien lavirte nun die Regierung, die Liberalen durch vielversprechende Entwürfe an sich zu ketten suchend, ohne einen der angeregten Gegenstände mit redlichem Ernste durchzuführen. Erfreulicher war aber die Stellung, welche die Kammer der Regierung gegenüber annahm und die in wichtigen Fragen mit großer Einmüthigkeit und Entschiedenheit energische Beschlüsse faßte. So als Ende des Jahres 1847 der Entwurf der badischen Regierung über eine all-

gemeine Landwehr erſchien, in welcher aber vierjähriger Dienſt durch Conſcription, Loskauf ꝛc. blieben wie bisher und überhaupt das Verhältniß ſo eintrat, daß das ſtehende Heer in jedem Fall blieb, wie es war, während die Landwehr nebenher ein etwas ausgedehntes Polizeiinſtitut werden ſollte. Alle Nachtheile des ſtehenden Heeres waren beibehalten und die großen Vortheile einer wahren Volkswehr, die großartige Hebung des vaterländiſchen Gemeingefühls, der Waffenſinn, die Verſchmelzung der verſchiedenen Stände unter gemeinſame Leiſtungen, von Allem dieſem keine Spur, während die Kluft zwiſchen Volk und Heer nach wie vor beſtand *). Die Kammer wies dieſen Entwurf zurück und verlangte einen andern. Dann erſchienen neue Motionen Schlag auf Schlag, ſo am 12. Januar von Stößer auf Einführung von Schwurgerichten (wo ſich Hecker gegen das Warten ausſprach: das Volk habe das Schwurgericht erfunden und brauche nicht zu warten, bis die Gelehrten mit ihren Unterſuchungen über Zuläßigkeit fertig ſeien), von Chriſt auf Preßfreiheit, wo Hecker wieder bei dem Bitt- und Bettelton unwillig das männliche Wort ſagte: man brauche nicht zu bitten, wo man ein Recht auf etwas hat und ſomit fordern muß, woran er noch die trefflichen Worte anſchloß, welche die ganze Ueberzeugungsfeſtigkeit des Mannes und die einfache Politik der Republikaner ſchlagend zeigen: „Die Miniſter brauchen, um die Preßfreiheit herzuſtellen, nur etwas Courage und Ehrgeiz. Ich möchte den Sonderbund von Diplomaten ſehen, der im Widerſpruch mit der öffentlichen Meinung dagegen auftreten möchte.“ Dieſe beiden Motionen wurden einſtimmig zur Berathung in die Abtheilungen gewieſen.

Am 30. Dezember 1847 beſchloß der Staatsrath mehrere Fabriken, die durch Rothſchild'ſche Chikane fallen mußten, mit einer bedeutenden Summe zu unterſtützen. Schon Anfangs Januar wurde von Aktien geſprochen, die den Gläubigern anzubieten ſeien, wogegen die Bürgſchaft von 4 % Zinſen zehn Jahre

*) Wer über das Verhältniß des ſtehenden Heer's zu einer wahren Volkswehr und die Bildung einer vernünftigen Wehrverfaſſung etwas Vortreffliches leſen will, dem rathe ich folgende Schrift an: „Stehendes Heer und Volkswehr, ein Beitrag zu der Bewaffnungsfrage der Gegenwart, von einem deutſchen Offizier.“ Mannheim. Baſſermann. 1848.

lang vom Staat übernommen werden ſollte. Bemerkenswerth iſt, daß in dieſen Fabriken mehrere Mitglieder der großherzoglichen Familien durch Aktien betheiligt waren, und daß man gar zu gern eine bedeutende Baarſumme dem guten Lande abgelockt hätte, um die Familienfinanzen des großherzoglichen Hauſes zu ſchonen. — Ueber das oben erwähnte Projekt der Staatsbürgſchaft wurde nun unter'm 9. Januar 1848 vom Karlsruher Sternchen-Korreſpondenten (Mathy) der D.-Z. geſchrieben: „Wir ſind nicht der Meinung, daß Gewerbsanlagen, welche nicht auf eigenen Füſſen ſtehen können, vom Staate mittelſt Geldopfer, welche die Steuerpflichtigen zu tragen haben, betrieben werden ſollen. Eine ſolche Staatstreibhausinduſtrie hat das vorige Jahrhundert ſchon gerichtet; ſtatt die Hülfsquellen der Nation zu vermehren, erſchöpft ſie dieſelben." Darin ſprach Mathy die geſunde Ueberzeugung aller Verſtändigen aus, derſelbe Mann, der ſpäter der beredte Vertheidiger der Regierungsvorlage wurde, durch den dieſe Staatstreibhausinduſtrie durchgeſetzt wurde. Die Regierung beſchränkte ſich damals auf die obenerwähnte Vorlage der zehnjährigen Zinſengarantie des Staates, die eben ſo wenig von einem geſunden Staatshaushalt angenommen werden konnte, als ein Baarvorſchuß, und gab den Gedanken an einen baaren Vorſchuß auf.

Am 17. Januar war wieder ſtürmiſche Sitzung. Petitionen über Petitionen, Beſchwerden über Beſchwerden. So Hecker mit einer Beſchwerde des Anwalt's Torrent von Waldshut, gegen das Verfolgungs- und Denunciationsſyſtem der Regierung. Man bedenke, daß damals Männer in der Regierung waren, wie Trefurt und Regenauer, und daß Baden, der freiſinnigſte deutſche Staat, am ſogenannten deutſchen Bundestag durch Blittersdorf vertreten war, Männer, welche wenige Wochen ſpäter von dem Sturm der öffentlichen Meinung wie Spreu zerſtäubt wurden. Zittel *) trat auf mit einer Motion auf Errichtung einer gemeinſchaftlichen oberſten Schul- und Studienbehörde, unter Aufhebung der beſtehenden getrennten Behörden. Zentner's Motion auf ein allgemeines deutſches Geſetzbuch war an der Tagesordnung. Dieſe Fragen wurden aber zurückgewieſen, wegen Dringlichkeit der Erledigung der Fabrikenfrage. Zentner's Motion wurde am 20.

*) Der Vertheidiger der Deutſchkatholiken.

Januar, Zittel's am 25. einſtimmig in die Abtheilungen verwieſen. Eine Berathungskommiſſion löste die andere über alle möglichen Geſetzgebungs- und Verwaltungsgegenſtände ab. Die Kammer war ſehr thätig den ganzen Winter hindurch und die Wortführer der Entſchiedenen im Land ſprachen in würdiger, männlicher Haltung, wie Hecker, Brentano, oder mit rückſichtsloſer Offenheit, wie Kapp. Eigenthümlich war auch hier Mathy's Auftreten. In materiellen Fragen zeigte dieſer Mann außerordentliche Kenntniſſe und Scharfſinn, in politiſchen Fragen balancirte er auf dem lockern Seil diplomatiſchen Zuſehens, um ſich ſo über den Parteien zu halten. Wenn er auch einmal von einer Appellation an den Volkswillen ſprach, was wie ein Lauffeuer durch das Land flog und ihm tauſend Herzen gewann, ſo nahm er dieſe Aeußerung ſo ſchnell wieder zurück und verblümte und verwäſſerte ſie ſo ſehr, daß Bekk, der Miniſterpräſident, ihn um ſeiner Loyalität willen öffentlich belobte. Da war's freilich mit der Popularität gleich wieder aus. — Am 5. Februar nun wieder Sturm von Anzeigen auf Motionen und ſo ging es bis Ende Februar fort.

Und allerdings war es Zeit, daß die Kammer ſich ernſtlich mit wichtigen Zeitfragen beſchäftigte, wenn ſie nicht als ein unnützes Rumpelinſtrument bei Seite geworfen werden ſollte. Gut wäre es auch geweſen, wenn ſie derſelben ſich bemächtigt und den wirren Sturm der Volkswünſche und Forderungen in ein geordnetes Bett beſchworen hätte. — Denn nicht nur in Baden, ſondern in ganz Deutſchland brach der lang verhaltene Groll allerorten aus. Die Haltungsloſigkeit und Schwäche der Regierungen hatte das Volk beim Kriege gegen den Sonderbund deutlich genug geſehen und man ſah ein, daß die Zeit komme, wo man einmal im großen Schuldbuch nachzuſehen habe.

Ueberall Demonſtrationen, Adreſſen neben den letzten Zuckungen des Abſolutismus. Wenige Wochen vor der großen nationalen Erhebung Deutſchlands findet man in der neueſten Geſchichte noch glänzende Beiſpiele fürſtlicher Willkür. So wurde am 3. Januar 1848 der Hanauer Turnverein, „wegen ſtaatsgefährlicher Umtriebe", aufgelöst. Dieſe edle Jugend, mit deren Zähmung man zugleich ihre Väter für mißbeliebiges Betragen zu züchtigen gedachte, ſollte den Reigen von Unterdrückungen eröffnen. Schon 1847 weiß man von Anträgen am Bundestage auf Aufhebung

aller Turnvereine in Deutſchland. Dem Hanauerverſuch folgte bald ein gleicher in Frankfurt, dann wollte man hinter die badiſchen Turnvereine ꝛc. Im Januar wurde auch in München das willkürliche Eiſenbahnanlehen mit Rothſchild abgeſchloſſen, wobei Dame Lola dem Judenkaiſer einen Edelſteinſchmuck abgewann *). — In Berlin wurde Wedeke freigelaſſen, während Mieroslawski's Schweſter umſonſt bat, ihren edeln Bruder ſehen zu dürfen. In ganz Preußen lebhafter Widerſpruch gegen das neue Strafgeſetz **) (ich erinnere an die Denkſchrift von Elbing, die Proteſtationen von Breslau, Königsberg, Düſſeldorf ꝛc.). In Köthen gab man keine Antwort auf Verlangen der Konſtitution von 1815. In Kaſſel wurden Offiziere verſetzt, die nicht gegen das Volk zu gebrauchen waren. In Gießen ſchändliche polizeiliche Willkürmaßregeln, wie z. B. die berüchtigte Aktienbäckerei. — In Preußen Vorſchläge, die Landwehr durch Linienoffiziere zu kommandiren, was große Beſorgniſſe im Volke erregte. Zudem große Erbitterung über das heuchleriſche Religionsedikt von Eichhorn und die, die öffentliche Meinung in's Geſicht ſchlagende Behandlung Krackrügge's. In Naſſau in der Kammer eine Motion nach der andern über Lebensfragen und friſches Auftreten gegen ſchändliche Mißbräuche; ſo Motionen gegen die adelige Kadettenſchule, das ungeheure Militärbüdget, den Wildſchaden, die ſchlechte Poſtverwaltung, für öffentliche Kammerverhandlungen ꝛc., alles ungehörte, fruchtloſe Bemühungen. Im kleinen Oldenburg wurden, ſtatt die verlangte Verfaſſung zu geben, immer neue Hofchargen erfunden — und dann Gerüchte von einer permanenten Spionir-

---

*) Rothſchild hat eigene Künſte, um die mächtigen Herzen zu gewinnen. Da beſticht er Miniſter und Maitreſſen, dort bezahlt er die Garniſonsſchulden der Offiziere, die mit ihrem Regimente nach 8—10 Jahren anderswohin verpflanzt werden. — Die betreffende Regierung geht dann mit ihm ein Anlehen ein, wo er ſeine 7 Millionen gewinnt, ähnlich der ſchönen Generalpächterzeit unter Ludwig XIV., wo 140 Millionen erpreßt wurden, um 30 Millionen als Steuern dem Staate zu verſchaffen. Das Verhältniß des Gewinns iſt ähnlich, beſonders wenn man ſieht, wie es mit ſolchen gemeinnützigen Bauten ausſieht. Ich erinnere hier nur an die Stuttgarter Eiſenbahn mit ihrem Tunnel.

**) „Der Entwurf über Hochverrath iſt ſtrenger und härter als bisher."
Sauken Tarputſchen.

Bundeskommiſſion und andern gemeinſchaftlichen Schritten der drei Großmächte. Dieſen Verſuchen folgten immer neue.

Fahren wir in dem chronologiſchen Verfolg der deutſchen Hofgeſchichte noch etwas fort, die Betrachtung dieſer Dinge hat etwas Traurig-Lächerliches, beinahe Fabelhaftes.

Im gleichen Monat Januar dieſes Jahres, als Lola Montez in München und Metternich in Wien regierte, wurde Wippermann vom Dienſt entfernt, und dafür der Poliziſt Specht nach Hanau geſchickt. In Stuttgart Maßregeln über Maßregeln gegen einen unſichtbaren Aufſtand und dabei ſyſtematiſche Verdächtigung der Oppoſition. In Leipzig überaus ſtrenge Cenſur, und als Seitenſtück die Nichtbeſtätigung des Demokraten Robert Blum als Stadtrath. In Magdeburg Druck der neuen Kirche. In der Republik Hamburg polizeiliche Unterſuchungen gegen den Juriſtenverein. In Darmſtadt Vorſorge gegen verbotene Zeitungen. In Breslau wurden am 8. Februar noch chriſtkatholiſche Prediger eingeſteckt, und am 18. fanden geheime Hausſuchungen und Verhaftungen ſtatt. Als die franzöſiſche Revolution ſchon ausgebrochen war, erfolgte noch ein Bundesverbot der ſämmtlichen Verlagswerke von Jenny und Sohn. Am tollſten ging es aber in Kurheſſen zu. Dieſe ſorgfältige Miniaturausgabe des deutſchen Abſolutismus, die kurheſſiſche Regierung, überbot alle. Der Kurfürſt führte vor dem deutſchen Volke einen wahren politiſchen Veitstanz auf. In ſelbſtherrlicher Wuth erließ die Regierung Dekrete über Dekrete, ſo die erwähnte Aufhebung des Hanauer Turnvereins. Am 20. Januar ungefähr wurde das unſchuldige Frankfurter Journal mit ſeiner Didaskalia und Anfangs Februar das rheiniſche Volksblatt verboten. Am 28. Januar Unterſuchungen über das untenerwähnte Verfaſſungsfeſt in Hanau und Anfangs Februar ein Ausſchreiben des Miniſteriums gegen die Unterſtützung der durch den Sonderbundskrieg beſchädigten Schweizer und des Schleswig-Holſteiner Beſeler*). Sogar dieſe Stammverwandtſchaft und Arndt's einiges deutſches Vaterland reſpektirte dieſer kleine Autokrat nicht einmal. Und nun, in alle dieſe Thorheiten ragte das bleiche Geſpenſt

*) Während Ende Dezember 37 heſſiſch-darmſtädtiſche Deputirte in der großherzogl. heſſ. Ztg. ihre Betheiligung an dem Beſelerfond durch Beiträge öffentlich bekannt machten.

der ſchleſiſchen Hungerpeſt, ein furchtbarer Mahner an Intereſſen, die von dem Abſolutismus mit der gränzenloſeſten Gleichgültigkeit aufgenommen wurden und wo auch die Konſtitutionellen nicht den tiefſten Ernſt zeigten, der allein dieſe wichtige Frage zu einer menſchlichen Löſung bringen kann, — die wichtige Proletarierfrage. — Die Leichen der auf jämmerliche Weiſe Dahingeſtechten werfen einen trüben Schatten auf den Freiheitsfrühling des deutſchen Volkes. Deutſchland ſollte eine fürchterliche Erfahrung machen, wie es gehen muß, wenn man des reifen Mannes Recht, ſich ſein Leben nach eigenen Geſetzen zu geſtalten, ſeinen Haushalt ſelbſt zu ordnen und ſich brüderlich beizuſtehen, um in freier Uebereinkunft die allgemeine Wohlfahrt zu erzielen — wenn man dieſe — ich weiß nicht ſoll ich ſagen Rechte oder Pflichten, an ein im Grund erlogenes, heuchleriſches Regierungsſyſtem abgibt, um unter dem Schutze des Landesvaters ein faules, thatenloſes Leben hinzulungern. Der Schutz bewies ſich trefflich, denn die ſchreckliche Noth, die ſchon im Sommer vorigen Jahrs in Schleſien war, und in den Monaten Januar und Februar auf's Fürchterlichſte ſtieg, kam erſt Mitte Februar dem Könige von Preußen zu Ohren, da die offizielle allgemeine preußiſche Zeitung nie ein Wort davon erwähnte. Die Summen, welche verſchiedene Zeitungen ihren Abonnenten entlockten, um auf eine wohlfeile Weiſe dem chriſtlichen Katechismus ein äußeres Genüge zu leiſten, waren von gleicher Wirkung wie ein Tropfen Waſſer auf weißglühendes Eiſen. Da helfen nur durchgreifende Veränderungen, ganz volksthümliche Einrichtungen, die freilich nicht in der Studirſtube gefunden werden können, ſondern allein in der vollen Theilnahme des Volkes an ſeinen Intereſſen durch das Zuſammenwirken Aller in freier Organiſation des Ganzen ihre Löſung finden.

Das Bild dieſer letzten abſolutiſtiſchen Zuckungen iſt ſo widerwärtig, wie die krampfhaften Windungen eines Mondſüchtigen. Sie wären unerklärlich, wenn nicht gleichzeitig die freiſinnigſten Beſtrebungen ſich geltend gemacht hätten, die den Regierungen allerdings großen Reſpekt einflößen und ſie von ſelber auf den Gedanken führen mußten, ihre Macht noch einmal zu verſuchen.

Ich erinnere hier an die Ereigniſſe, die ich oben erwähnte, wo eben die meiſten Reaktionsverſuche den erwachten Volkswillen einzudämmen ſuchten. Ich erinnere an die weitern Ereigniſſe vor

der französischen Revolution, an die Austreibung der Lola, an die doppelte Freisprechung des heldenmüthigen Turners Metternich in Mainz, der Heinzen's Schwager Moras rettete, an das kräftige Auftreten, ja an den Motionensturm der nassauischen und würtembergischen Kammer (Ende Januar wurde Duvernoy zum Vicepräsidenten vorgeschlagen), Ende Januar stellte Reh in der hannover'schen Kammer einen Antrag auf Wahrung der hannover'schen Verfassung durch alle legalen Mittel. Ueberall sprach man sich für Oeffentlichkeit in allen richterlichen und gesetzgebenden Verhandlungen aus, während die Regierungen alle möglichen Gründe suchten, um die alte Abgeschlossenheit zu erhalten *). Am 12. Februar Bassermann's Motion auf eine Nationalvertretung des deutschen Volkes, ein Gegenstand, der in ganz Deutschland den lebendigsten Widerhall fand.

Hier ist nun Kurhessen wieder der Ort, wo über den brutalen Absolutismus männliche Kraft mit jugendlicher Begeisterung herrliche Siege errang. Jeder Süddeutsche weiß, daß von dem freiheitsmuthigen Hanau allein hier die Rede sein kann. Diese kleine gewerbsfleißige Stadt, schon seit frühern Zeiten männlich ihre Rechte behauptend, von der auch weiter unten bei den Ereignissen nach der Februar-Revolution die Rede sein wird, feierte Anfangs Januar (in dieser unendlich gedrückten Zeit, wo ein Polizeigenie nach dem andern hingeschickt wurde, projektirte Truppensendungen aber immer an dem energischen Auftreten der wackern Bürgerschaft und der Turner scheiterten) ihr Konstitutionsfest auf eine erhebende Weise. Die ganze Stadt wurde am 5., am Festtage, beleuchtet, begeisternde Reden zur Wahrung der Rechte wurden gehalten und Tausende schwuren die Konstitution gegen alle Unterdrückungen fest zu halten. Mitte Januar schickte nun die Regierung ihren Polizisten Specht nach Hanau, um sich in den Freiheitsbaum einzu-

*) Komisch ist das Verfahren der hannover'schen Regierung. Unter den Gründen, die sie gegen Oeffentlichkeit der Kammerverhandlungen vorbrachte, ist besonders der bemerkenswerth: „einfache, schlichte Leute, die nicht so gut sprechen können, könnten sich, bei großem Auditorium, vielleicht geniren, gegen Vorschläge zu stimmen, die von Rednerlalenten vertreten werden, aber mit der loyalen Gesinnung nicht zu vereinbaren sind." (Solches und Anderes in dem Dekret der hann. Reg. gegen Oeffentlichkeit der Kammerverhandlungen im Mai vorigen Jahres.)

hacken. In Gießen wurden mehrere Tauſend Exemplare der Verfaſſungsurkunde und der Gemeindeordnung ausgetheilt. In Hanau wurde auch die Ausrüſtung der Bürgerwehr mit großem Eifer betrieben. Wer noch nicht in der ſchon längere Zeit beſtehenden, trefflich einexerzirten Bürgerwehr eingereiht war, trat in eine Freiſchaar ein. Die nächſte Zeit ſollte lehren, daß Hanau ſich nicht umſonſt bewaffnet hatte.

Aus allem Geſagten wird Jeder die dumpfe Gewitterſchwüle empfinden, die über Deutſchland drückend und beängſtigend ſich ausbreitete. Man ſehnte ſich nach Entſcheidung und war bereit, die erſte Gelegenheit zu benützen, um ſich aus der Zweideutigkeit und Verlogenheit der beſtehenden Zuſtände auf freies Feld zu flüchten. — Und hier muß man nun wieder auf Baden zurückkommen, wo einestheils der politiſche Sinn am meiſten entwickelt und die Aufregung am größten, anderntheils, durch die geographiſche Lage von den Erſchütterungen der franzöſiſchen Revolution am ſchnellſten und mächtigſten ergriffen, die erſten Ausbrüche der deutſchen Revolution ſtattfanden, die mit dem 27. Februar 1848, dem Tage der Mannheimer Petition, begann.

III.

Die Februar-Revolution und ihre Wirkung auf Deutschland. Die Karlsruhertage.

Im Anfang der zweiten Hälfte Februars war die Aufregung in Baden schon so groß und die Kammer so energisch aufgetreten, daß das Ministerium eine sehr höfliche Sprache zu reden anfing. Die Führer der Opposition wurden mit großer Aufmerksamkeit von der Regierung behandelt, die Kammer aber nahm eine immer entschiedenere Haltung an. Da kamen die ersten Nachrichten von der französischen Revolution, das Verbot des Reformfestes, die sogenannten Zusammenrottungen, der Sturz Guizot's, die Ministerien Molé's und Odillon Barrot's und nun auf einmal die Proklamation der Republik. Schon bei dem Eintreffen der ersten Nachrichten wartete Alles mit Spannung auf die Dinge, die da kommen würden. Die allgemeine Unzufriedenheit in Frankreich schien sich die ganze Zeit hindurch weniger auf die Verfassung als auf die Regierungsweise Guizot's gerichtet zu haben, der selbst die jüngern Konservativen durch seine Ausschließlichkeit sich entfremdet hatte. Ein gemäßigt-liberales Ministerium aus der bisherigen Kammeropposition schien den Abschluß von Guizot's Sturz zu machen, der nicht mehr aufgehalten werden konnte, da der eigensinnige Doktrinär die Sympathien des Volkes vollständig verloren hatte. Die Unsicherheit und erbärmliche Rathlosigkeit des Königs bei der eintretenden Krise gab der republikanischen Partei den Anstoß zu einem kühnen Handstreich. Aus dem Büreau des National ging die mit socialistischen Elementen gemischte provisorische Regierung hervor. Daß die Männer des National die Stimmung der Zeit verstanden, beweist neben der ungehinderten Vertretung der ausübenden Gewalt die Einberufung der konstituirenden Versammlung, die eine große

republikaniſche Mehrheit zählt. Bei der Nachricht der Regentſchaft und des konſtitutionellen Miniſteriums Molé oder Odillon Barrot hatte die D.-Z., nach ihrem Maßſtab die Dinge hiſtoriſch zu betrachten, ſchon einen Artikel bei der Hand, in welchem nun die ganze Zukunft Frankreichs vorausbeſtimmt wurde. Die erſten Nachrichten von der Republik kamen ihr ſo ungelegen, daß in der Art, wie ſie dieſe Erſcheinung von ſich abzuwehren ſuchte, wirklich etwas Komiſches liegt. So hieß es in einem Extrablatte: „Nur den Zweifel wollen wir ausdrücken, ob die „„proviſoriſche Regierung““ wirklich eine Centralgewalt für Paris bildet, oder vielleicht bloß in einem Winkel der Stadt ihren Sitz aufgeſchlagen hat und eine Macht beanſpracht, welche nur von einem Theil der Bevölkerung anerkannt wird. Dieſe letzte Anſicht halten wir jedenfalls für die wahrſcheinliche.“ Aber dieſe Regierung, „die ſich momentan des Telegraphs bemächtigt hatte,“ wie es anderswo heißt, hielt ſich, und die heißen Wünſche des Volkes wurden alle freudig erfüllt. Die Stimmung dieſer Tage war in Baden eine ſo gehobene, daß die wenigen verdutzten Geſichter im allgemeinen Jubel gar nicht bemerkt wurden, und die D.-Z. trotz den erwähnten Stellen ſchon am folgenden Tage ſagen mußte: „Niemanden wird die Republik in Frankreich improviſirt erſcheinen,“ denn ſie war ja da, die große herrliche Erſcheinung, ſie war nicht mehr wegzuläugnen und wegzudisputiren. Sie war leicht und ſicher herausgetreten, wie die kampfgerüſtete Pallas aus Zeus Haupt, und die Herzen der Völker ſchlugen ihr entgegen, dem heiligen Bilde vernünftiger Freiheit. Hohe Begeiſterung leuchtete aus den Augen der Jünglinge, bisher Fremde grüßten ſich wie nahe Freunde, ſo wie die Griechen in den Oſterfeiertagen brüderlich ſich umarmen. Denn die Völkeroſtern war gekommen und der Heiland unſerer Zeit, der freie Wille vernünftiger Ueberzeugung, war Sieger geworden über die faule Lüge und flitterfalſche Knechtſchaft. Aus dem wirren Taumel des Kampfes perſönlicher und Parteiintereſſen war der Menſch hineingetreten in die Welt, der volle ganze Menſch mit dem denkenden Hirn und dem warmſchlagenden Herzen. Und daß unter den erſten Helden der Republik der Dichter ſtand, der ideale Menſch, iſt eine der ſchönſten Erſcheinungen des ſtürmiſchen Geſchichtlebens und eine freundliche Prophezeiung für Frankreichs Zukunft.

Und auch in Deutſchland war es anders geworden. Das Volk fühlte mit richtigem Takte, daß nun die Zeit da ſei, wo es ſein Recht und die Freiheit einzufordern habe. Mit dem erſten Tage des Eintreffens der Nachrichten von der franzöſiſchen Republik begannen die revolutionären Bewegungen in Deutſchland, vor Allem in Baden eine ernſtere Färbung zu erhalten. An der franzöſiſchen Freiheitsſonne entbrannte die bis dahin verborgen glimmende deutſche Revolution zu heller Flamme. Dabei war es aber wieder ſeltſam, wie der jahrhundertlange Druck, der die deutſche Nation wirklich bis in ihre innerſten Lebenspunkte zuſammengepreßt hatte, bei dem plötzlichen Nachlaſſe und der eintretenden Lockerheit aller bisherigen Bande, nicht einen unendlich ſtarken Gegendruck verurſachte, ſo daß in dieſer thatenfordernden Zeit wieder unendlich mehr geſprochen und geſchrieben wurde als gehandelt. Und gerade da, wo am meiſten Freiheit und daher politiſcher Sinn und männliche Selbſtſtändigkeit zu finden war, in Baden, war man zu energiſchem Auftreten am meiſten vorbereitet, während die lange Unterdrückung anderswo die Geiſter abgeſtumpft und zu willenloſen Werkzeugen gemacht zu haben ſchien. Dieſe politiſche Unmündigkeit, dieſe traurige Charakterloſigkeit und Schwäche zeigt ſich am beſten in der unglaublichen Gleichgültigkeit, mit der im größten Theile Deutſchlands die Nachrichten von der Februarrevolution aufgenommen wurden. Selbſt in Rheinpreußen war die Theilnahme höchſt gering.

Schon am 24. Februar beſchloß die badiſche Kammer eine Beſchwerde gegen den Finanzminiſter Regenauer, wobei dieſer Mann, der ſonſt ſo hochmüthige Büreaukrat, in der Kammer weinend ſeine Redlichkeit betheuerte, wobei aber der Verſuch auf die Thränendrüſen der Volksabgeordneten wirkungslos blieb. Am 26., dem Tage des Eintreffens der Proklamation der Republik, ſogleich Motion von Welker: die Regierung ſolle ſich alsbald von dem Syſtem der Reaktion losſagen (dem ſie bisher, wie alle andern deutſchen Regierungen, ſo treu zugethan war), denn „jetzt thut nichts mehr Noth, als daß alle redlichen Deutſchen auf Thronen wie in Hütten feſt zuſammenhalten.“ So vertuſchte und umkleidete dieſer wackere Veteran deutſcher Volksfreiheiten ſeinen Antrag in einem Augenblick, wo in der Volkskraft und dem Volkswillen die einzige und alleinſtarke Hülfe zu finden war. Am gleichen Tage mußte

der Juſtizminiſter Trefurt*) bittere Worte hören, bei Gelegenheit eines Vorſchlags des Juſtizminiſteriums, wodurch die Rechte der Kandidaten zur Advokatur willkürlich beſchränkt werden. — Der Plan war nicht ohne Grund, denn Hecker, Struve, Brentano ꝛc. waren Oberhofgerichtsadvokaten und vor der zukünftigen Generation wünſchte man ſich ſicher zu ſtellen. Auf die Renommiſterei Trefurt's, er erwarte ruhig das Urtheil auf ein Mißtrauensvotum, bemerkte ihm Welker kurz und bündig: „er ſei ja immer in der Minderheit geweſen," was freilich dieſen konſtitutionellen Miniſter nie hinderte nach wie vor ſeine Stelle zu behalten. — In dieſe Kammerdebatten trat nun eine große wirkungsreiche Volksthat, die den Anfang der ganzen Bewegung machte.

In Mannheim, dem Aufenthaltsorte Hecker's und Struve's, war ſeit wenigen Jahren eine vollſtändige Veränderung eingetreten. Früher eine gleichgültige Bürgerſchaft unter polizeilicher Aufſicht des 4ten Regiments waren es nun die Mannheimer, die wenigſtens in Worten für die Bedürfniſſe der Zeit am kräftigſten einſtanden. Selbſt auf das Militär hatte der neue Geiſt außerordentlich wohlthätig gewirkt. Die frühern ſcheußlichen Scenen brutaler Soldatenrohheit hatten nicht nur ganz aufgehört, die Soldaten waren ſogar zu den Bürgern in ein ganz kordiales Verhältniß getreten. In Mannheim kam unter Struve's Redaktion der **Deutſche Zuſchauer** heraus, der vorzüglich die geſellſchaftlichen Intereſſen vertrat. Neben dem Zuſchauer erſchien noch die bekannte Mannheimer-Abendzeitung unter Grohe's Redaktion. Dieſer politiſche Aufſchwung war nun vorzüglich Struve's Werk. Dieſer Mann, früher im Dienſte der Diplomatie, hatte einen tiefen Abſcheu gegen die ſeelenverkäuferiſche Hofpolitik eingeſogen. Struve kannte ſcharf und tief die Faulheit und Morſchheit der Zuſtände, er hatte Gelegenheit genug, die Lüge der Zeit nach allen Richtungen zu fondiren, und die ſchwärmeriſche Seele dieſes Mannes bot nun alle

*) Reaktionär gegen volksthümliches Gerichtsweſen, beſonders gegen das Geſchwornengericht, obwohl er früher ſehr liberal that, und ſich als Anhänger der Jury aufſtellte, ein Mann, der eng der reaktionären Kamarilla angehörte, die ſich beſonders um Markgraf Wilhelm von Baden, den Kommandanten des 8ten (ſüddeutſchen) Armeekorps, vereinigte. Trefurt nannte z. B. die Verfaſſung ein Chriſtgeſchenk, das man unartigen Kindern wieder nehmen könne.

Kraft auf, den Theil der Nation zur Geltung zu bringen, der, von der halben Bildung noch nicht angefault, bei gesunden Sinnen und gesundem Verstande noch ein warmes kräftiges Herz hat, dem es noch nicht möglich ist, eine Wahrheit, eine Ueberzeugung von dem thatkräftigen Herzen zu trennen, wo die natürliche Energie noch nicht durch verkehrte, heuchlerische Erziehung, abgeschwächte Sinne und eingeimpfte Vorurtheile gelähmt, wo es noch möglich war, für einen großen Gedanken ein aufopferungsfähiges Herz zu finden, wo mit einem Worte noch ganze Menschen zu finden waren — in den sogenannten untern Ständen.

Wie nun Struve die Interessen des Volkes in seinem „Zuschauer" vertrat, einem Journal, dem selbst politische Gegner eine edle würdige Haltung nicht absprechen konnten, so stand der Abgeordnete Friedrich Hecker in der Kammer für dieselben ein, Struve gleichsam sekundirend. Was Hecker vorzüglich auszeichnete, war, neben der scharfen, treffenden, oft schneidenden Wahrheit seiner Worte, die männliche Gesinnung, die flammende Begeisterung eines edeln Herzens, Eigenschaften, die den Mann mit dem seelenvollen Auge und den edeln Zügen zum Lieblinge des Volkes machten. In Mannheim wirkten diese beiden Männer, mit ihnen noch besonders Buchhändler Hoff (der sein Geschäft nur zur Verbreitung republikanischer Ideen gebrauchte), erst in kleinern, dann in größern Kreisen. Da und dort fanden kleinere und größere Versammlungen statt zur Besprechung vaterländischer Angelegenheiten, und die Mannheimer Presse kämpfte unermüdet gegen die tausend Unterdrückungsversuche und den Censurzwang in ganz Deutschland.

Als nun die Nachrichten der französischen Revolution hereinbrachen, war in Mannheim ungeheure Aufregung. Die Gedanken, Wünsche, Bedürfnisse der Zeit drängten sich durch alle andern Interessen vor. Man blieb nicht bei der passiven Bewunderung der großen That stehen, sondern benutzte dies Ereigniß sogleich, um Forderungen zu stellen, deren schleunige Verwirklichung verlangt wurde. Sonntag, den 27. Februar versammelten sich an 3000 Bürger in der Aula in Mannheim, behufs einer Petition an die zweite Kammer zur schleunigen Einsetzung wichtiger Institutionen, als: Nationalvertretung durch ein deutsches Parlament (an Bassermann's Motion anknüpfend, die vor wenigen Tagen von der Kammer einstimmig angenommen wurde, ehe noch Nach-

richten über die franzöſiſche Revolution da waren), Aufhebung des Inquiſitionsverfahrens und Einführung von Schwurgerichten (eine Sache, die in Baden beſonders durch Mittermaiers ausgezeichnete Thätigkeit ſchon längere Zeit angeregt war), vollſtändige Preßfreiheit und Aufhebung des ſtehenden Heeres durch eine allmälige Verſchmelzung desſelben mit einer wahren Landwehr, wie wir ſie in der Schweiz beſitzen.

Das waren allerdings Lebensfragen; es iſt daher erklärlich, daß dieſe Petition, die in energiſchem Tone abgefaßt war, im ganzen Lande mit dem größten Jubel aufgenommen und überall, wenn auch in veränderter, zuweilen ſchwächerer Faſſung, doch in der Hauptſache, den Forderungen ſelbſt, einmüthig von konſtitutioneller wie radikaler Seite unterzeichnet wurde. Zugleich beſchloſſen die Mannheimer dieſe Forderungen durch einen maſſenhaften, aber unbewaffneten Zug nach Karlsruhe zu unterſtützen, was auch ſogleich in Heidelberg, Offenburg und vielen andern Orten angenommen wurde. So kam es denn, daß am 29. Februar und 1. März Tauſende nach Karlsruhe ſich in Bewegung ſetzten.

Der Morgen des 1. März iſt ein unvergeßlicher. Ein Rieſenzug mit zwei Lokomotiven brachte viele hundert Männer aus Mannheim, Heidelberg ꝛc. nach Karlsruhe, ein gleicher Zug kam aus dem Oberlande, nachdem ſchon eine außerordentlich große Zahl den Abend vorher angekommen war, um am folgenden Morgen die Kammerverhandlungen anhören zu können. Die Turner von Karlsruhe mit einigen Heidelberger Turnern, ein kleines Häufchen von 50 Mann, zogen den Ankommenden entgegen. Mit der Zeit ſammelte ſich eine zahlloſe Menſchenmaſſe vor dem Bahnhofe und als nun gegen 11 Uhr die Mannheimer ꝛc., Struve an ihrer Spitze, ankamen, erdröhnte die Luft von Freudengrüßen. Mit Jubel erblickte das Volk hier zum erſtenmal die ſchwarz-roth-goldnen Schleifen, welche die Mannheimer an ihren Hüten trugen, von Struve's begeiſterter Frau verfertigt, die die ganze Nacht hindurch daran gearbeitet hatte. Damals war ein tieferer Sinn in dem Tragen dieſer Farben, indem die Gleichgeſinnten und Entſchiedenen durch dieſe Auszeichnung leichter ſich zuſammenfanden. Die deutſchen Farben waren noch revolutionäre Eroberung, ſie waren noch nicht offiziell wie jetzt und die konſtitutionelle Freiheit mit ihnen. Die Menge ſtrömte nun in den großen Saal der Bürgergeſellſchaft „Harmonie".

Dort wurden aus der Verſammlung Männer gewählt, welche den Auftrag hatten, die Petition der Kammer perſönlich zu überreichen. Struve ward zum Sprecher gewählt. Nun ſetzte ſich der ganze Zug in der beſten Ordnung in Bewegung, die Abgeordneten mit dem Sprecher voraus. Durch die leeren Straßen der Reſidenz*) zog die große Schaar, 5 Mann hoch, in den innern Hof, unmittelbar vor der Kammer, in welcher die Gallerien und die Zwiſchenräume im Saale ſelber ſo von Menſchen überfüllt waren, daß die Deputirten Mühe hatten durchzukommen. — Struve verlangte nun mit den andern vom Volk Gewählten vorgelaſſen zu werden, wobei man ſich dahin verſtändigte, daß Struve die Petition Hecker übergebe und dieſer ſie dem Präſidenten abzugeben habe. Endloſer Jubel erſcholl in dem Augenblick, als Struve ſeinem Freunde Hecker die Forderungen des Volkes anvertraute. Nun vergingen denkwürdige Stunden. Im Ständeſaal lebhafte Debatte, im Hofe und vor demſelben die dichtgedrängte Menſchenmaſſe aus allen Gegenden des Landes, die mit der regſten Theilnahme die Kammerverhandlungen ſekundirte. In den freudigen Zuruf bei Bekanntmachung, daß die Regierung die Cenſur aufgehoben und die Forderung der Preßfreiheit gewähre, miſchten ſich allgemeine Ausrufe wie: „Nicht genug, nieder mit Regenauer, Trefurt, Blittersdorf!“ und neben der gewöhnlichen Petition zirkulirte ein Blatt unter dem Volke, in dem noch Weiteres als die vier erwähnten Punkte ſtand, und das hier mitgetheilt wird, weil es embryonenartig, wie es iſt, dennoch ſchon die Offenburger Proklamation und das Manifeſt der Republikaner in Frankfurt in ſich ſchließt.

„Forderungen des deutſchen Volkes.

Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere.

Ein deutſches Parlament, frei gewählt durch das Volk. Jeder deutſche Mann, ſobald er das 21ſte Jahr erreicht hat, iſt wahlfähig als Urwähler und wählbar zum Wahlmann. Auf je 1000 Seelen wird ein Wahlmann ernannt, auf je 100,000 Seelen

*) Neben der begeiſterten, gehobenen Stimmung der Angekommenen (meiſtens angeſehene Bürger) nahm ſich die Theilnahmloſigkeit und Gleichgültigkeit der Karlsruher Bürger traurig aus. Viele ſchloſſen ſogar ihre Läden aus Furcht vor Plünderungen.

ein Abgeordneter zum Parlament. Jeder Deutſche, ohne Rückſicht auf Rang, Stand, Vermögen und Religion, kann Mitglied dieſes Parlamentes werden, ſobald er das 25ſte Lebensjahr zurückgelegt hat. Das Parlament wird ſeinen Sitz in Frankfurt haben und ſeine Geſchäfts-Ordnung ſelbſt entwerfen.

Unbedingte Preßfreiheit.
Vollſtändige Religions-, Gewiſſens- und Lehrfreiheit.
Volksthümliche Rechtspflege mit Schwurgerichten.
Allgemeines deutſches Staatsbürger-Recht.
Gerechte Beſteuerung nach dem Einkommen.
Wohlſtand, Bildung und Unterricht für Alle.
Schutz und Gewährleiſtung der Arbeit.
Ausgleichung des Mißverhältniſſes von Kapital und Arbeit.
Volksthümliche und billige Staatsverwaltung.
Verantwortlichkeit aller Miniſter und Staatsbeamten.
Abſchaffung aller Vorrechte."

Die hohe Wichtigkeit dieſer Forderungen ſollte aus einem anderen unendlich wichtigen und inhaltſchweren Ereigniſſe in der Kammer ſelber hervorgehen. Während die „Forderungen" unten im Hofe unter dem Volke kurſirten und die einzelnen Punkte tauſendſtimmig verlangt wurden, trat im Ständeſaal Hecker auf und trug eine von acht Abgeordneten*) unterzeichnete Erklärung vor, welche auch weitere Volkswünſche enthielt, die ſich die Kammer aneignen und dem Gr. Staatsminiſterium überreichen ſollte. Staatsrath Bekk und Präſident Mittermaier verwieſen auf die entgegenſtehenden Beſtimmungen der Geſchäftsordnung. Der greiſe Republikaner Itzſtein, der General der Freiſinnigen, wie ihn das Volk nannte und Hecker zeigten auf den Drang der Umſtände, welcher keine Zögerung geſtatte, indem das Volk in einem ſehr gereizten Zuſtand ſei und ſich mit den vier Punkten nicht begnüge. Mathy machte nun den Vorſchlag, die acht neuen Punkte augenblicklich an die Abtheilungen zu ungeſäumter Berathung zu weiſen, um einerſeits die Sache im geſetzlichen Wege zu erhalten, anderſeits den Volkswünſchen entgegen zu kommen. Dieſer Antrag wurde angenommen, die Kommiſſion ſogleich gewählt und dies dem Volke angezeigt. Die Kammerſitzung wurde nun aufgehoben und das Volk ging

*) Hecker, Brentano, Mez, Peter, Soiron, Itzſtein, Kapp, Straub.

auseinander, zweifelhaft den Kopf ſchüttelnd, mit dem feſten Entſchluſſe jedenfalls auszuharren, bis die Kammer einen entſcheidenden Schritt thun würde. Struve's Haltung bei der Sache war würdig. Zugleich zeigte ſich aber die große Gewalt, die er und Hecker über das Volk hatten, indem dieſe Männer allein den hochgeſtiegenen Unwillen desſelben in das geſetzliche Bett zurück bannten.

Am Nachmittag des gleichen Tages zog von der Kammer weg ein Volkshaufe von 4 — 600 Mann auf den Schloßplatz, drang ſogar in den innern Schloßhof ein und hielt etwa zehn Schritte vor der Façade des Schloſſes, längs welcher eine Kompagnie Pompiers aufgeſtellt war. Aus dem Haufen heraus wurden gleich vier junge Leute gewählt, welche den Großherzog zu ſprechen und die Freilaſſung von einigen Gefangenen zu verlangen hatten, die man Aufruhrsgedanken bezüchtigte, unter denen beſonders der bekannte Karl Blind, ein Mann, der mit großem Scharfſinn, bedeutendem Rednertalente und unermüdlicher Energie für die Sache der Republik thätig war, doch weniger aus politiſchem als ſocialem Intereſſe, der Weiſe ähnlich, wie die franzöſiſchen Kommuniſten an der Februarrevolution Theil genommen hatten. Im Schloſſe Schrecken; Hausofficianten rannten auf dem Platze herum, um die auf ihrem Wunſche Feſtbeharrenden zur Heimkehr zu beſchwören. Da fand der charakteriſtiſche Vorfall ſtatt, daß ein alter General einen der jungen Revolutionäre, der als Sprecher beſtimmt war, bei den Händen faßte und beſchwor: er möchte doch die Leute nach Hauſe gehen heißen und dem guten Großherzog keinen ſolchen Schrecken machen. Einige beliebte Deputirte wurden gerufen, auf deren Zureden die Menge ſich wieder verlief.

In den mannigfaltigſten Aeußerungen über dieſen Vorgang brachte man die Zeit bis zum Abend hin. Des Abends verſammelte ſich eine große Menge der Angekommenen im Saale des Prinz Karl, wo die freiſinnigen Deputirten zuſammen kamen. Auch die Führer der Republikaner, vor Allen Struve, waren da. Gewichtige Reden über die Fragen der Zeit wurden mit ſtummem Ernſte aufgenommen. Alles fühlte, daß die Zeit Großes verlange, doch hoffte man mit der Kraft der öffentlichen Meinung und des unzweideutig ausgeſprochenen Volkswillens friedlich zum Ziele zu kommen. Man war auf Alles gefaßt, Gutes und Schlimmes je nach Gebühr aufzunehmen. In die ſeltſame Stimmung dieſes Au-

genblicks, im lebendigen Gefühle ſich trotz der großen Aufregung in den Schranken der Ordnung und des Geſetzes gehalten zu haben, traf nun eine Nachricht ein, welche die ruhige Stimmung im Nu umwandelte. Man überreichte Struve ein eben herausgekommenes Regierungsblatt. Oben ſtand: „proviſoriſches Geſetz.“ Hatte man, belehrt durch die unzweideutigſten Erfahrungen, ſogar der neueſten Zeit (ich erinnere an das oben erwähnte Preß- und Wehrgeſetz), den Maßregeln der Regierung mit Mißtrauen entgegengeſehen, ſo war nun beim Erſcheinen dieſes Blattes, das ſchon die Aufſchrift als ein bloß dem aufgeregten Augenblick zugeſtandenes Proviſorium bezeichnete, die allgemeine Erbitterung auf den höchſten Grad geſtiegen. Struve las das Blatt (worin, ſtatt der verlangten vollſtändigen Preßfreiheit, das Herausgeben von Journalen an große Cautionen gebunden war, wodurch zwar die Cenſur aufgehoben, aber der ganze Verlag mit Beſchlag belegt werden konnte ꝛc.), unter fortwährender Unterbrechung durch den allgemeinen Unwillen, zu Ende. Buchhändler Hoff nahm es aus ſeiner Hand und verbrannte es unter allgemeinem Jubel an einer Gasflamme. Struve ſprach hierauf in wenigen Worten: „man ſehe nun, wie weit man auf dem Wege des Vertrauens komme,“ und forderte Alle auf, morgen nach Hauſe zu gehen und zu Hauſe zu erzählen, wie es in Karlsruhe zugegangen. Das wurde von Allen angenommen und der Sturm des Unwillens wogte in bittern Worten. In dieſe Aufregung trat nun ein Mitglied der Kammer, Brentano, ein Mann, der in dieſen ernſten Tagen entſchieden für die Sache des Volks ohne loyale Umſchweife, wie ſo viele Andere, ſich ausſprach und die Erklärung der Acht mit unterzeichnet hatte. — Brentano erſchrack, als er die ungeheure Aufregung ſah, und beſchwor die Verſammlung, ſich durch das traurige Edikt nicht irren zu laſſen und doch dieſen revolutionären Schritt nicht zu thun; wenigſtens die Kammerſitzung des morgigen Tages abzuwarten. Auf ſein und Struve's Zureden beſchwichtigten ſich die Verſammelten.

Die ganze Nacht hindurch arbeitete nun die von der Kammer gewählte Kommiſſion (die Abtheilungen) an den von den acht Deputirten vorgeſchlagenen Anträgen und nahm den Vorſchlag mit einigen Aenderungen und Ergänzungen an. Welker ward die Ehre

zugetheilt, Berichterſtatter zu ſein und die einzelnen Punkte der Kammer vorzubringen.

Am Morgen des 2. März waren ſchon früh, vor 8 Uhr, die Gänge vor dem Saale voll, während die Sitzung erſt um 12 Uhr anging. Gegen 12 Uhr verſammelten ſich die Deputirten. Hoher Ernſt war auf der Stirne dieſer Männer zu leſen. Der Saal war wo möglich oben und unten noch gefüllter als am vorigen Tage. Die Logen des Hofes und der erſten Kammer waren vom Volk eingenommen. Um 12 Uhr eröffnete Mittermaier die Sitznng. Welker trat als Berichterſtatter auf und brachte den Inhalt der vier erſten und acht weitern Forderungen in folgenden zwölf Punkten vor:

„Die Kammer verlangt:

1) daß die Regierung ſofort die proviſoriſchen Ausnahmsgeſetze, als die Karlsbader Beſchlüſſe vom 20. Sept. 1819, die Frankfurter vom 30. Mai, 28. Juni und 8. Nov. 1832, ſo wie die Beſchlüſſe der geheimen Wiener Konferenzen von 1834 als rechtsverbindlich für das Großherzogthum Baden nicht betrachte;
2) daß ungeſäumt gleiche Beeidigung ſämmtlicher Staatsbürger, mit Einſchluß des Militärs, auf die Verfaſſnng angeordnet werde;
3) daß alle Beſchränkungen politiſcher Rechte aus dem Grunde, daß ein Staatsbürger einer beſtimmten Konfeſſion angehöre, aufgehoben, beziehungsweiſe den Ständen ein Geſetzesentwurf darüber vorgelegt werde;
4) daß ein Geſetz über Verantwortlichkeit der Miniſter in der Art, daß ein Staatsgerichtshof mit Geſchwornen entſcheide, vorgelegt werde;
5) daß in Beziehung auf die übrigen Staatsbeamten eine vorgängige Ermächtigung des Miniſteriums zur Anſtellung von Klagen über Handlungen ihrer Verwaltung nicht erforderlich ſei;
6) daß die Großherzogliche Regierung die Zuſicherung ertheile, daß ſie in nächſter Bälde die Reſte des Feudalweſens, insbeſondere das Jagdregal, die Bürgereinkaufsgelder, ſo wie die Abzugsſteuer der Standes- und Grundherren beſeitigen werde;

7) daß Anordnungen für gerechtere Vertheilung der Staats- und Gemeindelaſten, für Pflege der Gewerbſamkeit und der einfachen Arbeit getroffen werden;
8) daß die privilegirten Gerichtsſtände aufgehoben werden;
9) daß eine volksthümliche Kreisverwaltung, durch geeignete Betheiligung der Bürger an derſelben, eingeführt werde;
10) daß die Regierung dringend darauf hinwirken möge, daß bei der Bundesverſammlung eine Vertretung des deutſchen Volkes eingerichtet werde;
11) daß eine unabhängige Stellung der Richter nach den bereits früher von der Kammer geſtellten Anträgen geſichert werde;
12) daß das Staatsminiſterium und die Stelle eines Geſandten des Großherzogthums Baden bei der Bundesverſammlung nur mit Männern beſetzt werde, welche das allgemeine Vertrauen des Volkes genießen."

Nach einer herrlichen Diskuſſion, die mit voller Freiheit auf beiden Seiten, bei muſterhafter Haltung der Zuhörer, geführt wurde und die erhebendſte war von allen bisherigen, wurden alle Anträge faſt einſtimmig angenommen. Der Jubel des Volkes war groß, doch ließ man es nicht bei dem Kammerbeſchluß bewenden, ſondern bewies der Regierung, durch erhebende, großartige Demonſtrationen, daß dieſe Gedanken im Volk tiefe Wurzel gefaßt hatten. Abends zog Alles wieder heim und erzählte zu Haus die ſchönen Ereigniſſe der zwei Tage. Hecker und Struve wurden fortwährende Lebehoch gebracht, während die brauſende Maſchine den jubelnden Zug pfeilſchnell durch die Nacht führte.

Aber nicht nur in Baden, nein, in ganz Deutſchland rief die franzöſiſche Revolution ähnliche Bewegungen hervor. Der Bundestag witterte gleich Gefahren aus und fand für nöthig, in das allmälig immer ſtärker aufflammende National- und Freiheitsgefühl der Deutſchen eine Proklamation zu werfen, worin er als „geſetzliches Organ der nationalen und politiſchen Einheit für die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutſchlands" zu ſorgen vorgab *), und die erwachte Nation auf „einmüthigſtes

*) Vom erſten März.
Man weiß durch welche Mittel; — und jetzt, da das Volk Miene machte, die labyrinthiſchen, unterirdiſchen Gänge der Hofpolitik zuſammenzutreten

(Superlativ) Zuſammenwirken der Regierungen und Völker aufmerkſam machen zu müſſen" glaubte, in einer Zeit, wo das Volk anfing, einmal auf ſeine Intereſſen, abgeſehen von den fürſtlichen, zu ſchauen. Der Bundestag warnte mit Bezugnahme auf die Geſchichte Deutſchlands (wohl das Stück deutſcher Geſchichte meinend, das er gemacht) vor den bittern Folgen, wenn Zwietracht unter den Fürſten und Völkern entſtände und nebenbei unter den deutſchen Stämmen. Der Bundestag ſagt dann, er werde als bewährter Arzt die nöthigen Präſervativmittel anwenden, um die revolutionäre Seuche von dem großen deutſchen Vaterlande ab- und ſo einer einheitlichen Entwickelung den geſetzlichen Weg offen zu halten. Das Nichtsſagende dieſer Proklamation wurde allgemein empfunden und das Volk, wie ſeine Vertreter in Süddeutſchland beſonders, ſah ein, nach andern Garantien für einen geſunden Fortſchritt ſich umſehen zu müſſen. Denn mitten in die große Bewegung und den mächtigen Aufſchwung des Volkes durfte der König, der ſchon ſo oft mit ſeiner Macht renommirte, der König von Preußen, beim Schluſſe der Ausſchußſitzungen des preußiſchen Landtages, wagen, ſeine Verachtung der öffentlichen Meinung mit den Worten auszuſprechen: „er hätte dem Ausſchuß die Periodicität des Landtags als Angebinde mitgegeben, doch dieſelbe zurückbehalten, weil ſie eine durch die Zeit abgerungene Conceſſion hätte ſcheinen können."

Dieſer Knall oder Puff, wie man's heißen will, prallte an dem Volk ſo wirkungslos ab, wie die Vertrauensproklamation des Bundestages, und auf Sonntag, den 5. März ward von Kammermitgliedern ſieben ſüddeutſcher Staaten im Stillen eine Zuſammenkunft ausgemacht, in der man ſich über die nöthigen Schritte beſprechen wollte. Schon am 1. März hatte Hecker in der Kammer der Regierung rund heraus geſagt, daß man die erſchienenen Zuſagen nicht der Regierung, ſondern der Februarrevolution verdanke, ſo wie das Volk nichts Proviſoriſches annehme und ſein Recht verlange.

Auch die badiſche Regierung hatte ſich bewogen gefunden, am

---

und unter Gottes freiem Himmel unter ſich die Angelegenheiten des Vaterlandes zu beſprechen, glaubte der Bundestag noch immer, er ſei der Kitt, der das deutſche Land zuſammenhalte.

3. März, unmittelbar nach den Karlsruher Tagen, wo das Volk so große Mäßigung gezeigt hatte, eine Vertrauensproklamation zu erlassen. Die Vorfälle der zwei Tage hatten aber so große Wirkung, daß schon am Tage der Proklamation, am 3. März, Gerüchte von Ministerveränderungen umhergingen, wodurch Trefurt und Regenauer ihrer Stellen enthoben und an ihrer Stelle Ministerdirektor Brunner und der Geheime Finanzrath Hoffmann in Stettin bezeichnet wurden. — Schon am 4. März erließ der Ministerpräsident Bekk ein Schreiben an den Präsidenten der zweiten Kammer, in welchem er die zwölf Anträge der Kammer dahin beantwortete, daß alle von der Regierung angenommen und demnächst in's Leben zu setzen seien. Leider war aber diese Zusage in unbestimmten und nichtssagenden Ausdrücken ausgesprochen, man konnte von keinem der verlangten Punkte sagen, er sei von der Regierung mit redlichem Ernste ergriffen worden, und so kam es denn auch, daß dieses Ministerialschreiben die Pazifikation eher hinderte als herbeiführte.

Sonntag, den 5. März, kamen nun 51 Männer, meistens Mitglieder süddeutscher Kammern*), in Heidelberg zusammen, um die Forderungen und Bedürfnisse der Zeit zu besprechen. Nach langer Debatte kam man überein, eine Proklamation an das deutsche Volk zu erlassen, somit die des Bundestags überflüssig zu machen. Und allerdings waren in dieser Versammlung Männer, deren Namen einen guten Klang im Vaterlande hatten und deren entschiedenes Auftreten das Volk mit Jubel begrüßte, ich erinnere an Namen, wie: Gagern, Itzstein, Welker, Hecker, Bassermann, Leisler, Römer, Gervinus**) ꝛc. Die Versammlung sah ein, daß das alte Regierungssystem in dem Sturm dieser Tage gescheitert war, daß aber die Nation noch zu wenig politische Selbstständigkeit besaß, um einen vollständigen Bruch mit der Vergangenheit zu thun.

---

*) Vertreten waren: Preußen (Rheinprovinz), Baiern, Württemberg, Baden, Hessen (alle drei Hessen), Nassau und Frankfurt.

**) Der seine Antipathie gegen die Republik damals nur in der franz. Sache andeutete, wobei zudem das Meiste seinem Pariserkorrespondenten und seinem Mitarbeiter Häußer zugehört. Die Catilinarien gegen die deutschen Republikaner und die Sympathie für preußische Hegemonie traten damals noch nicht hervor.

Zudem war die konſtitutionelle Uebergangstheorie mächtig, beſonders in Gervinus, vertreten, der ſchon in dieſer Verſammlung ſeine Staatsdoktrine in einer ſo engen, unmittelbaren Weiſe an der Politik des Augenblicks angewandt wiſſen wollte, daß ſeine ſogenannten Evolutionsvorſchläge, welche die Revolution abhalten ſollten, ſämmtlich durchfielen.

Der Blick dieſer Männer war beſonders auf eine Nationalvertretung gerichtet. Der Gedanke einer Konſtituante lag nahe genug. War in einer ſolchen Verſammlung der Geſammtwille des deutſchen Volkes ausgeſprochen, hatten ſich die politiſchen Kräfte der Nation einmal geſammelt, ſo ließen ſich jedenfalls näherliegende und größere Reſultate erzielen, als bei einem Verſuch, in's Blaue hinein Revolution um jeden Preis zu machen. Die Enthaltſamkeit der Männer, deren Meinung in der Verſammlung durchdrang, iſt durch die ſeitherige Haltung des deutſchen Volkes und der Reichsverſammlung gerechtfertigt. Die Nationalverſammlung war das Ziel dieſer Männer, beſonders Gagern's, deſſen edle, markige Perſönlichkeit ſchon in dieſer Verſammlung imponirte. Dieſe Männer legten mit weiſer Umſicht der deutſchen Revolution eine große Baſis unter, wohl aus der Abſicht, die Revolution verhüten zu wollen. Es iſt aber ein ſeltſames Spiel des Schickſals, daß dieſe, die ſogenannten Feinde der Republik, das republikaniſche Prinzip der Anerkennung des Volkswillens auf deutſchen Boden eigentlich verpflanzten. Seltſam iſt auch die Erſcheinung, daß in der Schweiz die Volksſouveränetät, die Gewalt des abſoluten Mehr's, auf revolutionärem Wege erſt in den einzelnen Kantonen ſich durchgearbeitet hatte, bis ſie, und auch jetzt in der neuen Bundesverfaſſung noch nicht rein, auch in den allgemein ſchweizeriſchen Angelegenheiten ſich geltend macht, während in Deutſchland die Nation im Ganzen das Recht des durch die Mehrheit beſtimmten Volkswillens beſitzt, ein Prinzip, deſſen Sieg über die noch fortbeſtehenden fürſtlichen Souveränetätsrechte ein noch ungelöstes Problem iſt.

Die von der Verſammlung erlaſſene Proklamation lautet nun wie folgt:

„Die Verſammelten ſprechen ihre Ueberzeugung von dem, was das Vaterland dringend bedarf, einſtimmig dahin aus:

Deutſchland darf nicht durch Dazwiſchenkunft in die Angele-

genheiten des Nachbarlandes oder durch Nichtanerkennung der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden.

Die Deutſchen dürfen nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbſtſtändigkeit, welche ſie als ihr Recht für ſich ſelbſt fordern, andern Nationen zu ſchmälern oder zu rauben.

Die Vertheidigung der Deutſchen und ihrer Fürſten darf hauptſächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmuth der Nation, nie in einem ruſſiſchen Bündniſſe geſucht werden.

Die Verſammlung einer in allen deutſchen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung iſt unaufſchiebbar, ſowohl zur Beſeitigung der nächſten inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwicklung der Kraft und Blüthe deutſchen Nationallebens.

Um zur ſchleunigſten und möglichſt vollſtändigen Vertretung der Nation das Ihrige beizutragen, haben die Verſammelten beſchloſſen:

Ihre betreffenden Regierungen auf das Dringendſte anzugehen, ſo bald und ſo vollſtändig, als nur immer möglich iſt, das geſammte deutſche Vaterland und die Throne mit dieſem kräftigen Schutzwalle zu umgeben.

Zugleich haben ſie verabredet, dahin zu wirken, daß baldmöglichſt eine vollſtändigere Verſammlung von Männern des Vertrauens aller deutſchen Volksſtämme zuſammentrete, um dieſe wichtigſte Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten.

Zu dem Ende wurden ſieben Mitglieder erſucht, hinſichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemeſſenen Nationalvertretung Vorſchläge vorzubereiten und die Einladung zu einer Verſammlung deutſcher Männer ſchleunigſt zu beſorgen.

Eine Hauptaufgabe der Nationalvertretung wird jedenfalls die Gemeinſchaftlichkeit der Vertheidigung und der Vertretung nach Außen ſein, wodurch große Geldmittel für andere wichtige Bedürfniſſe erſpart werden, während zugleich die Beſonderheit und angemeſſene Selbſtverwaltung der einzelnen Länder beſtehen bleibt."

Aber auch das Volk blieb bei der Sache nicht theilnahmlos. Eine ungeheure Menſchenmaſſe wogte in der Straße vor dem Verſammlungsorte der Männer. Mittags, während man über die Proklamation debattirte, war eine große Volksverſammlung in der Stadt, wo man beſchloß, den Verſammelten auszuſprechen, wie

ſehr das Volk an ſeinen Forderungen feſthalte, die Nothwendigkeit dieſes Schrittes einſehe und den Männern dies energiſche Auftreten, trotz der Proklamation des Bundestags, verdanke. Die Verſammlung wählte eine Deputation von zehn wackern, durch ihre tüchtige Geſinnung bekannten Heidelberger Bürgern und einen jungen Mann zum Sprecher. Nach geendigter Debatte wurde die Deputation vorgelaſſen und von dem alten Itzſtein auf männliche, liebevolle Weiſe begrüßt. Die entſchiedenen Worte des Sprechers wurden von den Verſammelten mit der größten Theilnahme aufgenommen und herzliches Händedrücken beſiegelte den neuen Bund des Volkes mit ſeinen Vertretern.

IV.

Die großen Märztage.

Aber nicht nur in Baden, in ganz Deutschland weckten die Donner der Februarrevolution die dem Freiheitsmorgen entgegen träumenden Völker. Die nämlichen Gründe, welche in Baden den Ausbruch hervorriefen, waren verstärkt oder schwächer allwärts Ursache der rasch eintretenden Bewegungen — nämlich die allmälig entwickelte Volksbildung und die materielle Noth, nur daß die politische Bildung anderwärts nicht so verbreitet und die bloß allgemeine Bildung kein hinreichendes Aequivalent für die ersten Bedürfnisse der Zeit bildete, was die unbedeutende Theilnahme des deutschen Volkes an der republikanischen Bewegung in Baden deutlich genug zeigte.

Merkwürdig war es, wie die überall aufsteigenden „Volkswünsche" und Forderungen sich genau den Forderungen des badischen Volkes anschlossen, theils Aneignung der vier Mannheimer-Forderungen, wo der gemäßigte Liberalismus überwog, theils Anschluß an die weiteren Volksforderungen der badischen Republikaner, wo entschiedenere Gesinnung sich zeigte, oder wo materielle Noth zu energischen Schritten drängte.

Den Reigen der Volksforderungen eröffnete auch diesmal wieder Hanau mit einer Petition an den Kurfürsten, in der man um Auflösung der Kammern, des Ministeriums, neue Zusammensetzung dieser Behörden und um Preßfreiheit bat. Am 2. März beschloß der Stadtrath oder Bürgerausschuß von Kassel eine Petition an den Kurfürsten für Maßregeln gegen die einbrechende Noth. Der Kurfürst schickte dagegen Artillerie nach Hanau und Marburg. — Aus Rheinhessen (Worms und Offenbach) kamen Petitionen, die sich an die Volksforderungen der badischen Republikaner anschlossen.

Anträge auf Reformen fielen in der heſſiſch-darmſtädtiſchen Kammer. — Die braven Mainzer beſchloſſen den Carneval aufzugeben, dafür die Zeit den wichtigen Intereſſen der Gegenwart zu widmen. Auch eine Volksverſammlung von 3000 Naſſauern ſchloß ſich den Volksforderungen an. Am 2. März Krawall gegen Lerks. Von Tübingen aus die ſieben von Uhland aufgeſtellten Punkte. — In Marburg große Aufregung durch das Erſcheinen einer Hanauerdeputation, welche dem Kurfürſten die Petition zu überbringen hatte. Die entſchiedene Sprache eines der Hanauer Deputirten bei einem Ständchen, das man den Hanauern brachte, erregte die größte Theilnahme. Der Bürgerausſchuß in Marburg entwarf ebenfalls eine Petition, worin man ſich im Weſentlichen an die Volksforderungen anſchloß, und Zuſammenſetzung eines neuen Miniſteriums und neuer Landſtände gehörte unter die erſten Forderungen. Am 3. März Volkswünſche in Stuttgart, Ulm. Auch in Leipzig. Am 4. März Zugeſtändniſſe in Heſſen-Darmſtadt. In Mainz Errichtung einer Bürgergarde. Verſammlung in Frankfurt und Adreſſe an den Senat. Bewilligung der Naſſauer-Forderungen*). Vom 5. bis 10. März Gerüchte konſtitutioneller Reformen in Oeſterreich. Dagegen Truppenzuſammenziehungen am Rhein, ohne aber Süddeutſchland ſchrecken zu können. Demokratiſche Forderungen in Köln, wo der edle Willich, beide Gottſchalk und Anneke die Intereſſen der untern Klaſſen vertraten. Fortwährende Unruhen in München, Unruhen in Kaſſel; Ernennung des Erbgroßherzogs von Darmſtadt zum Mitregenten. Conceſſionen in München, wobei die Urlaubsverweigerungen aufgegeben wurden. Am 5. März die Ernennung Gagern's zum darmſtädtiſchen Miniſter. Zugleich neuer Erlaß des Herzogs von Naſſau, worin er die Gewährung der Forderungen ſchwarz auf weiß gab mit neuen Betheuerungen, daß

*) Wobei der Herzog die denkwürdigen Worte ausſprach: „Naſſauer! Die Forderungen, die ihr an mich geſtellt habt, deren Gewährung auch mein Miniſter verſprochen und meine Mutter (!—) und mein Bruder mit ihrem Namen verbürgt haben, genehmige ich und werde ich halten (!—). Habt Vertrauen auf mich (!), wie ich Vertrauen habe auf euere Treue und Muth (?), wenn das Vaterland bedroht iſt (d. h. der Herzog). Nun, geht jetzt mit Gott nach Haus und habt Vertrauen zu mir, wie ich zu euch."

er dieſe Verſprechen halten werde und Beſchwörungen, man ſolle doch zu ihm halten, denn jetzt gelte es Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. — Am 8. März hatte auch der bekannte mächtige Miniſter Falkenſtein in Sachſen ſeine Demiſſion gegeben. — Und nun brach ein Petitionenſturm auf alle regierenden Häupter los, der dieſe herrſchaftlichen Windbeutel in einen wahren Wirbelwind hinein riß. An ihre reſpektiven Regierungen kamen im Verlauf einiger Tage Adreſſen und Petitionen aus Düſſeldorf, vielen würtembergiſchen Orten, Koburg, Neuſtadt a. d. Hardt (12 Punkte), Nürnberg (7 Punkte), Homburg, Aachen, Augsburg, Hannover, Braunſchweig, wiederholt aus Kaſſel, Leipzig (Köchly's entſchiedene Faſſung fiel mit kleiner Mehrheit durch, eine gemäßigtere wurde angenommen, doch für die gleichen Forderungen), Bonn (auch ſpeciell eine von der Univerſität, wie in Baden von Heidelberg aus), Osnabrück, Saalfeld, Jena, Wien, Mühlheim a. d. R., Dortmund von rhein. Ständemitgliedern, von Koblenz, Burtſcheid und Kurfeld in Rheinpreußen, Kremitzſchau in Sachſen (Wydenbruck's Motion in Weimar, auch dahin zielend), Hildesheim, Kreuznach, Elberfeld, Dresden, noch einmal aus Koburg, Wismar, Gotha, wieder Weimar, Elbing, Münden, Lüneburg, ja aus den hannöver'ſchen Städten Peine, Neuhaus, Celle, Haarburg (und fünf andern hannöv. Städten), Hameln, Leer (von Hannoveranern aus dem Lande Hadeln, Wurſten und Bederkäſa), aus Weilburg, Hirſchberg a. d. Saale, Breslau, Deſſau, Altenburg ꝛc. ꝛc.

Und nun Schlag auf Schlag die wichtigen Ereigniſſe, die ſo lähmend auf die republikaniſchen Bewegungen zurückwirkten. Ich meine vornämlich die Miniſterveränderungen, die von der republikaniſchen Parthei mit ſo vielem Mißtrauen aufgenommen wurden und die doch, im Zuſammenwirken unter ſich und mit den Führern der Frankfurter-Verſammlung, wie beſonders mit dem Fünfziger-Ausſchuß, die Geburtshelfer der großen Nationalverſammlung waren. Schon bei ſeiner Heimkehr von der Heidelberger-Verſammlung erwartete Gagern das Miniſter-Portefeuille. Die Miniſterveränderungen in Baden habe ich ſchon erwähnt. Um den 6. oder 7. Mai wurde Blittersdorf, der badiſche Bundestagsabgeſandte, abgeſetzt und Karl Welker an ſeine Stelle geſetzt.

Es kam die Zeit der ſogenannten Vertrauensmänner, die ein

Anachronismus gegen den Geiſt der Zeit zu ſein ſchien, in der man anfing von der alten Vertrauens- und Glaubensmethode abzugehen und die vernünftige Ueberzeugung als Maßſtab der Dinge anzulegen begann. Wenn man aber bedenkt, daß dieſe Erſcheinung der Ergänzung des Bundestags nur eine vorübergehende Erſcheinung war und den Geſchäftsverkehr mit dieſer Behörde, deren Lebenslicht erſt durch ein Reichsminiſterium ausgeblaſen werden konnte, weſentlich erleichterte, ja, daß auch die neue Zeit für den revolutionären Zwiſchenakt eine Centralbehörde gebrauchen konnte, die, weil unter dem beſtimmenden Einfluſſe der Leiter der Bewegung, unſchädlich war, ſo wird man auf dieſe Vertrauensgeſchichte den gebührenden politiſchen Werth legen.

In München das 1½ ſtündige Miniſterium des Fürſten Wrede und hierauf die Ernennung von Thon-Dittmer zum Miniſter des Innern. In Würtemberg Sturz des Miniſteriums Schlayer und auf den Miniſterſeſſeln Düvernoy, Pfizer und der greiſe Republikaner Römer.

Den außerordentlichen Schritt der würtembergiſchen Regierung, die äußerſte Linke in's Kabinet zu ziehen, mögen wohl die bedenklichen Unruhen im Hohenlohiſchen, Leining'ſchen ꝛc. verurſacht haben. In dieſen Brennſtoff, der überall verbreitet war, wollte man nicht noch die Fackel eines neuen Bauernkriegs geſchleudert ſehen.

Den Bauernkrieg im Hohenlohiſchen, Leining'ſchen, im Odenwald ꝛc., der einen ſehr bedenklichen Charakter angenommen hatte und den man nur durch Aufhebung aller Feudalrechte ſtillen konnte, begleiteten ähnliche Bewegungen in Sigmaringen, wo auch alle Forderungen des in Schaaren zum Hauptort ſtrömenden Volkes angenommen wurden. Durch das in Heſſen-Darmſtadt durch Gagern eingeführte freie Aſſociationsrecht wurden die Turngemeinden wieder hergeſtellt. Vom Bundestag hörte man von Schritten zu Volksvertretung am Bunde. In dieſe Stimmung, wo die Regierungen Conceſſionen auf Conceſſionen machen mußten und Alles, was das Volk nur wollte, bewilligt wurde, kam noch die Nachricht vom Uebertritt Neuenburg's zur Schweiz, was Preußen von Neuem bloß ſtellte. Man ſprach auch von einem bedenklichen Ausſehen der Berliner Arbeiter, von einem großen Zuge von 5000 Leipzigern nach Dresden. Von allen Seiten laufen wieder Conceſſionen ein, wie von Lippe-Detmold, Schwarzburg-Sonders-

hausen*), Schauenburg, Braunschweig ꝛc. ꝛc. Am 14. März Nachrichten von Zusammenrottungen in Berlin.

Neben diesen friedlichen Petitions- und Adreßbewegungen und Ministerwechseln wurde aber auch Ernst gemacht. Der Anfang geschah wieder in Hessen-Kassel. Am 4. März wurde die Adresse der Stadt Marburg durch eine Deputation von drei Männern überreicht, unter denen sich auch der Landtagsdeputirte, Bierbrauer Lederer, befand. Die Antwort des Kurfürsten auf diese Adresse bestand in den lakonischen Ausdrücken: „Kein Bierbrauer regieren, Universität verlegen, Audienz beendigt." Die Erbitterung der Hoheit war so groß, daß die Plebejer nicht einmal einer zusammenhängenden Antwort gewürdigt wurden. Nun war in Kassel Alles in größter Aufregung. Scheffer, der dem Kurfürsten noch härtere Maßregeln gerathen hatte, wurde abgesetzt und der Pedant Lotz an seine Stelle gewählt. — Der Hanauer Deputation wurde eine zweite nachgeschickt, welche der ersten den Beschluß der Stadt ankündigte, daß man nicht dafür gut stehe, was kommen könne, wenn die Concessionen nicht gleich bewilligt würden; die Deputation sollte daher augenblicklich nach Hanau zurück, von wo aus man in einem großen Zuge nach Kassel marschiren wolle. — Am 8. März kam eine neue Zuschrift an den Kurfürsten mit der Bedingung, in drei Tagen Antwort zu geben, widrigenfalls Trennung in Aussicht gestellt würde. Diese Adresse war die erste in Deutschland, in der die Unterzeichner den Muth hatten auszusprechen, daß das Volk sein Recht und nicht eine Gnade verlange. Der Schluß lautet charakteristisch: „Jetzt ist die Stunde gekommen, wo Sie zu zeigen haben, Königl. Hoheit, wie Sie es mit dem Volke meinen. Zögern Sie nicht einen Augenblick, zu gewähren, vollständig zu gewähren. Besonnene Männer, Königl. Hoheit, sagen Ihnen hier, daß die Aufregung einen furchtbaren Charakter angenommen hat. Bewaffneter Zuzug aus den Nachbarstädten ist bereits vorhanden, schon wird man mit dem Gedanken einer Lostrennung vertraut und kennt recht wohl das Gewicht der vollendeten Thatsache. Königl. Hoheit, gewäh-

*) Wo der Herrscher dieses Miniaturstaats sagte: „Ich verleihe diese Punkte zur Gewährung der Güter, um deren Besitz die Wünsche meiner Völker sich vereinigen."

ren Sie! Lenke Gott Ihr Herz!" Die D. Z. wußte dazu nichts Anderes zu ſagen, als: „Es iſt ſchlimm, wenn Bürger ſo zu ihrem Regenten ſprechen, ſchlimm, wenn ſie ſo zu ihm ſprechen müſſen." So ſprach die D. Z., anſtatt dieſe kernige Sprache männlicher Geſinnung mit Freuden zu begrüßen und als Muſter für den eigenen Styl zu gebrauchen. Die Regierung gab Antwort, aber nur in drei unbedeutenden Zuſagen. Das ſteigerte nun die Erbitterung auf's Höchſte. Alles bewaffnete ſich und auf den Straßen machte man Waffenübungen, die Offiziere fraterniſirten mit den Bürgern. — Die Zurücknahme des Verbots des Frankfurter-Journals vermochte die Erbitterung nicht aufzuheben und in Flugblättern, die öffentlich vertheilt wurden, benutzte man die Preßfreiheit in innern Angelegenheiten. — Fulda, Gelnhauſen und Schlüchtern ſchloſſen ſich den Forderungen der übrigen Städte in Kaſſel an. — In Hanau wurden die Thore verbarrikadirt (anſtatt nach Kaſſel zu ziehen). Die Soldaten verließen die Stadt. Zugleich ging die Nachricht aus Fulda ein, daß man das Benehmen der Stadt Hanau vollſtändig billige und ſich demſelben anſchließe. Gleiche Nachrichten liefen aus Steinau, Saalmünſter und Soden ein. Zugleich trafen Zuzüge von Bockenheim, Offenbach, Frankfurt, auch von Mannheim und Heidelberg ein. In der Stadt ſelber war eine flammende Begeiſterung. Mit einer großartigen Gaſtfreundſchaft bewirtheten die Hanauer ihre 5 — 6000 Gäſte. Am 11. März lief nun die kurfürſtliche Verfügung ein, welche die Forderungen der Hanauer bewilligte, zu deren Zuſage der Kurfürſt ſich „allergnädigſt bewogen fand." Zugleich die Nachricht, daß Wippermann in die Kammer eingeladen ſei. Nun Jubel und herzlicher Abſchied der Zuzüger.

In Baden war man nun in einer ſeltſamen Stimmung. Man hatte die Karlsruher Zuſagen und doch fühlte man, daß man noch Nichts habe. Schon am 9. März war wieder Petitionenſturm in der Kammer. Hecker warf Bekk vor, daß die Regierung in einer Zeit, wo man bündige, beſtimmte Antworten wolle, ſich nicht mit einer halben Miniſterialerklärung über die Forderungen des Volks und der Kammer hätte begnügen ſollen.

Die Stimmung im Lande war ebenfalls eine ſonderbare. Theils Freude über das feſte Zuſammenhalten, das einmüthige Auftreten des ganzen Landestheils, theils Mißmuth über die „ſofiſtiſch-rabu-

liſtiſche" Miniſterialerklärung und das Beengende, noch Unklare, nicht genug gethan zu haben, um die verlangte Freiheit zu erhalten und ſie konſequent durchzuführen. Es galt das Problem zu löſen, wie republikaniſche Inſtitutionen in einem konſtitutionell-monarchiſchen Staate durchzuführen ſeien.

Seltſam und erwähnenswerth iſt die Stellung, die das badiſche Militär, mit Ausnahme des 1ſten Regiments (Leibregiment) und der Bruchſaler-Dragoner, gegen das Volk einnahm. In Mannheim, wo das 4te Regiment ſtationirt war, fraterniſirte daſſelbe mit den Republikanern. Eine Kneipe, die man „Republik" taufte, und in der die entſchiedenſten Republikaner zuſammentrafen, war immer voll Soldaten. Das ſpätere Auftreten der Soldaten in Mannheim und der Feſtung Raſtatt iſt nur aus dem engen Anſchließen derſelben an die republikaniſche Partei zu erklären. Beſonders wirkten die neu eingetretenen Conſcriptionen, durch welche viele junge Republikaner mitten unter die Soldaten verſetzt wurden. — Am 13. wurde in ganz Baden das Militär auf die Verfaſſung beeidigt und am 14. wurden Welker und Baſſermann, wie oben erwähnt, zu Bundestagsgeſandten ernannt.

Am gleichen Tage erſchien auch folgende „Einladung an das badiſche Volk":

„Die freiheitlichen Beſtrebungen des badiſchen Volks entbehren der Einigung. Die Aufregung äußert ſich theilweiſe in beklagenswerthen Ausbrüchen. Die Feinde der Freiheit und des Vaterlandes treten zwar im Augenblick nicht offen auf, können aber leicht wieder ihre Macht entwickeln. Unter dieſen Umſtänden iſt zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Rechte des Volks ein Zuſammentreten aller Freunde des Vaterlandes nothwendig, wenn ſich nicht der gute Geiſt zerſplittern oder gar von feindſeligen Umtrieben unterdrückt ſehen ſoll. Von dieſen Erwägungen geleitet, laden die Unterzeichneten alle badiſche Staatsbürger, welche das Recht haben, Wahlmänner zu wählen, auf Sonntag, den 19. l. M., Vormittags 10 Uhr, zu einer allgemeinen Verſammlung nach Offenburg ein, wo das Weitere berathen und beſchloſſen werden wird.

Karlsruhe, den 9. März 1848.

* Dr. Hecker. * Peter. Struve. * Welker. E. Eller.
* v. Itzſtein. * Richter. * Sachs. * Kapp. Val.

Streuber. *Soiron. *Straub. *Metz. J. P. Grohe. Heinrich Hoff*)."

Diese Einladung war somit von zehn Deputirten und fünf allgemein geliebten Volksmännern unterzeichnet. Die Vorbereitungen auf dieses Fest nahmen die ganze Zeit bis zum 19. März in Anspruch.

Schon am 12. März hatte jedoch auch der von der Heidelberger-Versammlung gewählte Ausschuß folgende Anzeige erlassen:

„Der Ausschuß, welchen die zu Heidelberg am 5. März versammelten deutschen Männer beauftragten, vorläufig die Grundlagen einer nationalen deutschen Parlamentsverfassung zu berathen, hat über diese Grundlagen sich so weit geeinigt, daß dieselben einer größern Versammlung der Männer des Vertrauens unseres Volkes zur weiteren Berathung vorgelegt werden können. Wir laden demgemäß alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer gesetzgebender Versammlungen in allen deutschen Landen (natürlich Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein mit einbegriffen) hiermit ein, sich Donnerstags, den 31. März in Frankfurt a. M. zu dieser Berathung einzufinden. Eine bestimmte Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneter Männer, die bisher nicht Ständemitglieder waren, werden noch besondere Einladungen erhalten. Alle diejenigen, welche dieser Einladung Folge leisten, bitten wir am 30., als am Anmeldungstage, oder vor der ersten Sitzung ꝛc.

Heidelberg, den 12. März 1848.

Binding I., Gagern, Itzstein, Römer, Stettmann, Welker, Willich."

Gegen republikanische Bewegungen im Seekreis fand man sich schon bewogen, den beliebten Abgeordneten Peter als Regierungskommissär zu schicken. In allen entschiedenen Blättern wurde nur über die Republik gesprochen. Zugleich Anzeige der republikanischen „Deutschen Volkszeitung".

Im übrigen Deutschland nahmen nun die Reformbewegungen den gemüthlichsten Fortgang. — Am 14. wurde die würtemb. Kammer eröffnet und mit der Vorlage eines tüchtigen Wehrentwurfes

*) Die mit * Bezeichneten sind Deputirte.

von Düvernoy begonnen. Zugleich verbreitete ſich das Gerücht, daß 2—3000 Oeſterreicher nach Ulm gebracht werden ſollten, was ungemeine Erbitterung hervorrief. Man begann ernſtlich an die Losreißung von Schleswig-Holſtein zu denken. In Leipzig Zuſammenkunft der Oppoſition und der liberalen Kandidaten, Aufſtellung eines Programm's der Volksforderungen und Wahl Blum's und Biedermann's an die Verſammlung in Frankfurt. — In Hannover Deputation von Hildesheim an den König, die aber von ihm, wie nachher von Miniſter Falke, „wegen überhäufter Geſchäfte" nicht vorgelaſſen wurde. Am 14. Eröffnung der Stände in Kaſſel, worin Wippermann ſich für die konſtitutionelle Monarchie ausſprach und von der Kammer mit 30 Stimmen (von 33) zum Präſidenten vorgeſchlagen wurde. Zugleich Miniſterveränderungen. Neue Miniſterwahlen in Sachſen (wohl in Folge der Wiener Ereigniſſe), in Braun, Pfordten und Georgi, und immer fortgeſetzter Petitionen- und Adreſſenſturm aus allen Theilen Deutſchlands.

Am 16. März wird Uhland von Würtemberg aus zum Bundestagsgeſandten ernannt, wobei die Deutſche Zeitung ſeltſamerweiſe folgenden Paſſus in ihre Reihen aufnimmt, der mit wenigen Worten ihrer ganzen Auffriſchungstheorie den Hals brach. Sie ſagt nämlich über die Wahl Uhland's: „Niemand weiß beſſer als Uhland ſelbſt, daß man keinen neuen Wein in alte Schläuche ſchüttet*)." Ein Wort, das auf alle dieſe Wahlen vollkommen paßt.

Am 14. März erließ König Ernſt Auguſt wieder eine Proklamation an ſein Volk, die auch in der Deutſchen Zeitung ſteht und die um ihrer Originalität willen ein längeres Andenken erhalten ſollte. Ein zukünftiger Geſchichtſchreiber dieſer Tage wird gewiß dies „Muſterſtück patriarchaliſcher Politik, die das Volk als eine wollige und unmündige Heerde betrachtet," wie die D. Z. ſagt, gerne als ein charakteriſtiſches Dokument der Zeit aufnehmen**).

*) D. Z. vom 20. März.

**) Der König ſagt: „Hannoveraner! Dieſe Anrede erregt in Mir nur die Gefühle von Liebe und Zutrauen, welche durch die ſtärkſten Beweiſe der Anhänglichkeit an den angeſtammten König und das Vaterland in der unglücklichen Zeit von 1803 — 13 von Euch ohne Ausnahme bewieſen, auch ſeitdem bethätigt ſind. Von dieſen Gefühlen erfüllt, antworte Ich hierdurch Selbſt auf alle Eure Petitionen, denn von früh Morgens bis ſpät Abends, oft bis zur Erſchöpfung, mit Geſchäften überhäuft, kann Ich nicht Euch Alle ſehen oder einzeln antworten; aber Jeder ſoll ſein Recht haben.

Am 14. März fand der merkwürdige Auszug der Göttinger Studenten ſtatt, welche der hannöverſchen Polizei-Chikane

---

Die meiſten dieſer Petitionen beweiſen Mir noch immer die alte Liebe und das Zutrauen Meiner geliebten Unterthanen. Wo andere Wünſche darin laut werden, kommen ſie — davon bin ich überzeugt — nicht von Hannoveranern ſelbſt, ſondern ſind durch Fremde eingeflößt (!!), die überall Unordnungen und Verwirrungen anzuregen bemüht ſind. Ich bin feſt überzeugt von der Treue und dem geſunden Sinne Meiner Unterthanen, daß ſie ſich nicht ihre eigene Ruhe und ihren Wohlſtand, den jeder Fremde, welcher in das Land kommt, beneidet, vernichten werden. Die Begründung und Erhaltung Eures Glücks und Eures Wohlſtandes, welche ſtets Meine unabläſſige Sorge geweſen iſt, wird nicht aus meinen Augen gelaſſen und liegt Mir jetzt mehr am Herzen als jemals. Ich beſtrebe Mich, Alles zu thun, was in Meinen Kräften ſteht, um Eure Wünſche zu erfüllen, ohne Euer wahres Glück zu zerſtören. Das Ergebniß Meiner Erwägungen über die Zuläſſigkeit der Gewährung eines Theils dieſer Wünſche, und die Maßregeln, welche ich im verfaſſungsmäßigen Wege dieſerhalb vorbereiten laſſe, werden Euch dies beweiſen*). Dieſe Verſicherung wird jeder Hannoveraner verſtehen und glauben, da jeder weiß, daß ſein König nie das ſagt, was er nicht wirklich meint, und Nichts verſpricht, was er nicht ehrlich halten wird. So ſage Ich Euch denn auch, daß Ich zwar Meine Zuſtimmung nicht geben kann zu dem Antrage auf Volksvertretung bei dem Deutſchen Bunde, daß Ich aber alle Meine Kräfte aufbieten werde — wie Ich dies ſchon gethan habe, ſeit Ich Euer König bin — damit die hohe Deutſche Bundesverſammlung mit mehr Fleiß und mit größerer Energie in den Deutſchen Angelegenheiten handle, als dies bisher geſchehen iſt**). Bedenkt, Hannoveraner, daß die Zeit kommen kann, wo Ich Eure Kräfte anſtrengen muß. Wie Ich überzeugt bin, daß auf Meinen Aufruf Keiner zurückbleiben wird, da Jeder weiß, daß Ich Mich an die Spitze Meines Volkes ſtellen werde; ſo ermahne Ich Euch, bereitet Euch vor auf Das, was die Zukunft bringen kann, durch Feſthalten an der geſetzlichen Ordnung und durch Erhaltung des Vertrauens auf Euern König. Ich werde dieſes Vertrauen nicht täuſchen, ſondern gern Meinen letzten Tropfen Blut dem Wohl Meines Volkes opfern. Hannover, 14. März 1848. Ernſt Auguſt. v. Falke."

---

*) Kömmt ungefähr auf das Gleiche heraus, wie wenn der König von Preußen bezüglich der zu ertheilenden Preßfreiheit ſagt: „Weßhalb auch dieſe Vorbereitungen ſo zu treffen ſind, daß eintretenden Falles (? —) ſofort ein meinen Abſichten entſprechendes Geſetz erlaſſen werden könnte Bert., 8. März 1848."

**) In dieſem Vorwurf liegt tiefe Wahrheit; z. B. in der hannöverſchen Verfaſſungsfrage hat der Bund gewiß nicht mit dem rechten „Fleiß und Energie" gehandelt. Daß ihm aber der Vorwurf gerade vom König von Hannover gemacht werden muß, iſt eine ſehr bittere Züchtigung für die deutſche Bundesverſammlung. (Anm. der D. Z.)

entfliehen wollten. Am 18. wird Jordan heſſiſcher Bundestags-geſandter*).

In dieſe Reformbeſtrebungen im ganzen Deutſchland treten nun drei große Volksthaten, die im innerſten Zuſammenhange ſtehen, ich meine die große Offenburger-Volksverſammlung und die Märzrevolutionen von Wien und Berlin. Es iſt eigenthümlich, wie, je nach dem bisherigen Maße politiſcher Freiheit, ſtufenweiſe immer die Ereigniſſe in dem freieren Süddeutſchland, beſonders Baden, und dem übrigen Deutſchland ſich gliedern. Hier Petitionen und Adreſſen, dort Kammerbeſchlüſſe durch das Drängen des Volkes; hier Bitte um Preßfreiheit, dort ſchon wochenlang faktiſch freie Preſſe; hier Unſicherheit und Unentſchiedenheit in dem, was zu thun, dort ſchnelle glückliche Maßregeln; hier endlich blutiger Kampf um die Rechte, die dort in freier Volksverſammlung, am hellen, klaren Tage, als ſich von ſelber verſtehend, als rechtmäßiger Beſitz des Volkes allgemein ausgeſprochen wurden, welches in einem vaterländiſchen Vereine, der durch ganz Baden ſich verzweigte, das Organ zur politiſchen Durchführung ſich ſchuf. Die Revolutionen in Wien und Berlin ſelber ſind noch zu friſch in der Erinnerung, als daß es nöthig wäre, das ernſte Bild noch einmal zu entrollen.

Man erlaube mir daher nur die Erwähnung einiger Motive dieſer merkwürdigen Revolutionen, die Europa ſo ſehr überraſchten.

Oeſterreich, das Land hermetiſcher Abgeſchloſſenheit, wie man glaubte, hatte das ſtählerne Netz, mit dem man es umſchlungen glaubte, mit kecker Hand zerriſſen, als es ſich enger und enger um die Kehle zuſammenzog. In Oeſterreich, deſſen Theilnahme

---

*) Die einfache Zuſammenſtellung aller dieſer Thatſachen möge nicht zu ſehr befremden. Die Bewegung, die eine nationale, deutſche geworden war, gab ſich in dieſen tauſend verſchiedenen Ereigniſſen kund, die in ihrer bunten Miſchung und Durchkreuzung den revolutionären Geiſt dieſer Zeit charakteriſiren. Eine ſorgfältige Zuſammenſtellung nach den verſchiedenen Staaten würde eine Geſchichte dieſer Einzelſtaaten vorausſetzen, was der Schrift eine zu große Ausdehnung gäbe. Die einzige hier vorgeſetzte Aufgabe iſt, den revolutionären Charakter der Zeit, die Motive deſſelben, den innern Werth und die politiſche Bedeutung dieſer Erſcheinungen aus ihrem innern Zuſammenhange ſelbſt und den politiſchen Prinzipien der Zeit ſelbſt anzudeuten und in größern Zügen aufzuſtellen.

an der deutſchen Sache mehr etwas Mährchenhaftes, Träumeriſches, als praktiſch Lebendiges hatte, Oeſterreich war Deutſchland noch nicht fremd geworden. Der ſchöne Freiheitsmorgen Oeſterreichs war von den Liederlerchen angekündigt worden. Die herrlichen Lieder von A. Grün, Lenau, Karl Beck ſprachen in verklärter Schönheit das ſeltſame Gefühl des ganzen Volkes aus, und wenn die dunkeln Künſte der öſterreichiſchen Diplomatie die elegiſch geſtimmte Seele Lenau's in bittere Verzweiflung bannten, ſo war es doch A. Grün vergönnt, den Oſtermorgen der deutſchen Freiheit mit friſchem, heiterm Auge zu grüßen. In Deutſchland unterſchied man die erbärmliche Politik Metternich's von dem geſunden Volk und nach Oeſterreich kamen die Ueberzeugungen, die der Kampf der Freiheitsmänner mit dem Abſolutismus beſonders in Süddeutſchland erzeugte, auf tauſend und tauſend Wegen herüber. Börne wurde vielleicht in Oeſterreich am meiſten geleſen. Die bekannten Memoiren eines Mediatiſirten gingen, wenn auch in wenigen Exemplaren, von Hand zu Hand. — Kein unwichtiges Motiv iſt auch die Gegenwart deutſcher Studenten, beſonders Burſchenſchäftler, auf der Univerſität Wien, wie die Rückwirkung böhmiſcher und ungariſcher Studenten, wie der Studenten, die dem ſächſiſchen Stamme angehören, der in frühern Zeiten durch außerordentliche Begünſtigungen nach Ungarn gelockt wurde, um gleichſam einen ritterlichen Wall gegen die Türken zu haben. — Dieſe jungen Männer, die faſt ſämmtlich der deutſchen Burſchenſchaft angehören, waren es, die das Wiener-Volk zum Sturme aufriefen, den der unerträgliche Druck und der drohende Bankerott um Metternich's Haupt ſammelte. Der alte Dämon, der Diplomat, der mit ſeiner Spionen- und Soldatenkette ein ſo großes edles Reich gefeſſelt hielt, ward geſtürzt von einer Schaar junger Leute und Arbeiter, die ihre nackten Leiber den Kanonen entgegenwarfen. Seltſame Widerſprüche einer Zeit, in der eine neue Weltordnung auf der Grundlage von tauſendjähriger Geſchichte geſchaffen werden ſoll. Ernſt rächte ſich der gewaltſam zurückgedrängte Geiſt der Zeit, der während der alte Schacherjude der europäiſchen Politik ihn mit ſeinen tauſend Netzen und Künſten einzufangen trachtete, ihm rieſengroß über den Kopf gewachſen war.

In Preußen gährte es ſchon lange. Man erinnere ſich an den Eindruck, den die renommiſtiſche Thronrede im vorigen Jahre

überall verurſachte. Dieſer Fehdehandſchuh, den der chriſtlich-germaniſche Romantiker des 19ten Jahrhunderts ſo ungenirt der Ueberzeugung des Jahrhunderts in's Geſicht warf und dabei noch dem ſchmählich Beleidigten verbieten wollte, denſelben aufzunehmen, dieſer war nicht von den Rittern und Edeln, nicht von den Kanzellaren und Schriftgelahrten, nicht von dem ehrbaren Burger, dem très-honorable tiers-état, wohl aber von einer nervigen Fauſt aufgehoben worden. Das war der junge Roland, der, als Knecht erzogen und gehalten, mit ſtillem Ingrimm die Verachtung der Edeln und Hohen tragen ſollte und nun mit keinen andern Mitteln als ſeiner Kraft, ſeiner ſinnreichen Erfindungsgabe und der aus beiden entſprungenen Waffe zwar auch den Ambos in die Erde ſchlug, auf dem er die Waffe ſchmiedete, aber mit dem blanken Stahl nun vortrat, um eine lange Sklavenzeit an dem übermüthigen Herrn zu rächen. Der König von Preußen, der Zögling der romantiſchen Schule, hat er von dem Hauspoeten des Ordens, von Ludwig Tiek, dem geiſtreichen Vorleſer, Shakspeare's „Wie es euch gefällt" gehört? Nun, der junge Orlando, der den übermüthigen Tyrannen züchtigt und die Braut davon trägt, iſt es nicht das Volk, das den Tod nicht ſcheut, weil ihm das Leben nicht lebenswerth iſt? Hier muß wiederholt werden, was von dem Parlament geſagt wurde: „Mit der preußiſchen Konſtitution iſt die preußiſche Revolution nicht vollendet." Das Volk kennt ſeine Rechte und ſeine Kraft und mit ihm iſt die Vernunft, die Bildung des Jahrhunderts.

Seit der Thronrede hatte Preußen wieder unzählige Erfahrungen gemacht. Ich erinnere neben einigen der früher erwähnten zugleich an den künſtlichen Schluß des Landtags, auf die weit hinausgeſchobene Zuſammenberufung des zweiten, auf das Eichhorn'ſche Religionsedikt, die religiöſe Unterdrückung überhaupt, die Preßverhältniſſe, die markausſaugende Erpreſſung der Büreaukratie, die überall hineindrohenden Gewaltſtreiche (Krackrügge) und vor Allem an die fürchterliche ſchleſiſche Hungerſeuche, die nur durch die gänzliche, dem Lebensintereſſe und dem Volkswohl ſo feindliche Büreaukratie auf dieſe ungeheure Höhe ſteigen konnte. Dem wilden Schrei des Unwillens, der darüber in ganz Deutſchland erſcholl, der ernſten Mahnung gegenüber, die allgemeinen Intereſſen der öffentlichen Beſprechung frei zu geben,

im Angeſicht der furchtbaren Thatſache, die in ihrer entſetzlichen Größe dem Auge ſo nahe gerückt war — konnte dieſer Landesvater, der einen Beweis gegeben hatte, wie in ſeiner väterlichen Liebe eine viel größere Garantie für das Wohl ſeines Volkes liege, als in der freien Theilnahme der Bürger an ihren Intereſſen, noch wagen, das durch ſolche Gründe unterſtützte Begehren nach Preßfreiheit dahin zu beantworten, daß er „ein ſeinen Abſichten entſprechendes Preßgeſetz vorbereite.“ Der gleiche Monarch durfte in der gleichen Zeit, wenige Tage vor der Revolution, in dieſer Gährung und Aufregung, wo das Maſchinenwerk der Vergangenheit auseinanderfiel und das Volk keine andern Garantien mehr für ſein Wohl fand, als in ſeinen wahren Vertretern, in den Männern, die aus innerer Ueberzeugung und Herzensbedürfniß die Sache des Volkes vertheidigt hatten und wo ein raſches Zuſammenhalten dieſer volksthümlichen Elemente allein die allgemeine Auflöſung abhalten konnte, in dieſer Zeit durfte, wie oben erwähnt, der romantiſche „Monarch um Gottes willen“ wagen, dem Volke verächtlich zu ſagen: er hätte dem Landtag (dem bloßen Anfang einer Volksvertretung) die Periodicität als Angebinde mitgegeben, wenn ſie nicht jetzt eine durch den Augenblick abgedrungene Conceſſion hätte ſcheinen können. Im Angeſichte Deutſchland, hinter ſich die ſchleſiſche Hungerſeuche, und ſolche Worte! Doch ganz Anderes ſollte noch kommen.

Schon in der Mitte März ſprach man von einer bedenklichen Stimmung der Arbeiter. Man hörte von Arbeiterverſammlungen, wobei es zu keinen Exceſſen kam, wo die Leute ſich aber auf drohende Weiſe über die Lage ihres Standes (?) ausließen. Zugleich bedeutende Truppenzuſammenziehungen um Halle, man wußte nicht gegen wen. — Auch anderswo waren bedeutende Truppenmaſſen beiſammen, vor Allem in Berlin. Am 14. Abends umzingelte Militär eine Verſammlung unter den Zelten. Die Leute, die überall eingeſchloſſen waren, bekamen nun den Befehl auseinander zu gehen, obwohl nirgends ein Ausweg war. Da man der Aufforderung nicht gehorchen konnte, wurde eingehauen, wobei bedeutende Verwundungen vorfielen. Bald nachher floß wieder auf ähnliche Weiſe Blut in der Brüderſtraße, auf der Jungfernbrücke und anderswo. Mitten in die Gewaltſtreiche der preußiſchen Soldaten kam nun wie ein Wetterſchlag die Nachricht von der Revolution in Wien

und dem Siege des Volkes daſelbſt. An den Iden des März ging der Kampf gegen die modernen Cäſaren los, von Männern, welchen die Republik noch nicht eine ſchöne Vergangenheit iſt, ſondern die ihn vor ſich haben, den Freiſtaat, der noch nie ohne Bluttaufe in's Leben getreten.

Man kann ſich denken, wie erſchütternd und ermuthigend die Wiener Nachrichten auf das Volk wirken mußten. Selbſt die Bürger, die ſich bis dahin erbärmlich gehalten hatten*), bekamen Muth. Man bewaffnete ſich ſo ſchnell als möglich. Die republikaniſche Partei bot Alles auf, um das Volk zu einem entſcheidenden Schritt zu drängen. Unter den Leichen der auf der Jungfernbrücke Gefallenen war ein feingekleideter Mann, dem das Volk das blaſſe Todtengeſicht küßte und den es fluchend forttrug. — Am 12. März war Dronke aus Weſel verſchwunden, wohin er zu zweijähriger Feſtungsſtrafe wegen republikaniſcher Grundſätze verbannt war. Die Geſchichte dieſer Tage gehört den Republikanern.

Vom 16. auf den 17. März fielen wieder Angriffe, obwohl unbedeutendere, vor. Die Regierung verkündigte, allgemeine Ruhe ſei hergeſtellt, während es in der Stadt ſtumm fortgährte. Am 16. Abends war eine Menge Studenten aus Halle, Breslau und Leipzig angekommen, beinahe alle Burſchenſchäftler. — Die Thaten der Wienerſtudenten mögen die jungen Männer getrieben haben, ſich auch ein Feld zu ſuchen, wo Ehre einzuholen wäre. In Breslau hieben die Küraſſiere ebenfalls ein, zugleich ſprach man von einem Miniſterium Camphauſen — Binke.

Am 18. März Nachmittags hatte nun der König der Kölner Deputation Preßfreiheit, Miniſterwechſel und Berufung des Landtags auf den 2. April zugeſagt. Das Volk drängte ſich unter

*) Z. B. in der Brüderſtraße, wo 14 — 16jährige Jungen zum Spaß eine Art Barrikade, wenn man es ſo heißen darf (man hob einen Rinnſtein aus und zog ein Brett über die Straße) errichteten. Nun kamen von beiden Seiten Potsdamer Gardekürafſiere und hieben die armen Jungen in der Straße zuſammen, da alle Flucht unmöglich und die Hausthüren alle geſchloſſen waren, während die Beſitzer der Häuſer zu den Jalouſien hinausſahen, beſonders aus zwei dichtgedrängten Kaffehäuſern, und ſich begnügten „Schonung!" zu rufen, ſtatt die armen Jungen durch bloßes Oeffnen der Thüren vor dem ſchrecklichen Tode zu retten. Aber — man hätte das eigene liebe Leben gefährden können!! —

Jubel und Vivatgeſchrei um den Palaſt. Da ſtürzte das Militär auf die Maſſe los, hieb und ſchoß auf das Volk, das unter dem Ruf „Verrath!“ ſich ſchnell ſammelte und Gegenwehr leiſtete. Nun begann der blutige Kampf. Die Volksmaſſe wuchs lawinenſchnell. Ueberall Barrikaden. Wildes Straßengefecht bis zum Morgen des 19. Die Ereigniſſe dieſer Tage ſind ſo bekannt, daß es hinreicht, an dieſelben zu erinnern. Die Soldaten mußten aus der Stadt; die Konſtitution wurde verſprochen, der König erließ die Proklamation an „ſeine lieben Berliner*)“ und zog über die blutgetränkten Straßen, das ſchwarz-roth-goldne Banner in der Hand und rief ſich ſelbſt zum Vorkämpfer der deutſchen Freiheit aus. Die Truppen bekamen ſchwarz-roth-goldne Kokarden. — Was ſind Worte dieſen Thatſachen gegenüber? Wem zuckt nicht bitterer Hohn um die Lippen? — Jedenfalls waren die Helden und Märtyrer dieſer Tage, die Republikaner, nicht unter den tollen Schaaren, die das königliche Komödienſpiel mit ſo ungeheuerm Applaus begleiteten. Das iſt eher Solchen anzurechnen, die nach dem Siege auf eine wohlfeile Weiſe an der Geſchichte der Tage theilnehmen und jetzt um jeden Preis Ruhe wollten. Die bedeutende Folge dieſes Kampfes war die Thatſache, daß die bisherige abſolutiſtiſch-ſeparatiſtiſche Regierung geſtürzt und durch ein den deutſchen Intereſſen zugethanes Miniſterium erſetzt wurde. Das Stock-Preußenthum war gebrochen und die nationalgeſinnte Partei des vereinigten Landtags, beſonders durch die rheinpreußiſchen Deputirten vertreten, kam nun an's Ruder.

Der Eindruck dieſer Wiener- und Berliner-Ereigniſſe in Süddeutſchland, beſonders in Baden, war, wie ſich denken läßt, außerordentlich. Die Nachrichten des Verrathes und dann des glorreichen Sieges des Volkes kamen noch in den letzten Tagen vor der Offenburger-Verſammlung nach Baden. Die Republikaner wollten damals ſchon losbrechen. — Allgemein erwartete man, daß die Verſammlung, die Sonntags, den 19. März, in Offenburg ſtattfand, die Republik proklamiren würde. — Eine Menſchenmaſſe von mehr als 20,000 Mann hatte ſich eingefunden.

Seltſam überhaupt war die Stellung der Parteien. Von einem entſchiedenen Konſtitutionalismus war unter den bedeutendſten

*) Die Jemand in bitterm Hohn an eine in eine Mauer eingeſchlagene Bombe heftete.

Volksmännern keine Rede. Mit wenig Ausnahme, beſonders Welker's, der vor einer Proklamation der Republik mit Eifer warnte, waren alle Männer, die das Volk zuſammenberufen hatten und ſich ſonſt als Sprecher einfanden, für die Republik. Nur ſchied man ſich in diejenigen, welche die Republik jetzt ſchon proklamirt wiſſen wollten, und in ſolche, welche glaubten, man müſſe noch zuwarten. Dieſe letztere Meinung gewann im Rathe der Volksmänner die Oberhand und man beſchloß zwar auf die Nothwendigkeit der Republik hinzudeuten, eine Proklamation derſelben aber zu unterlaſſen. Itzſtein eröffnete die Verſammlung in väterlichen Worten und brachte zum Schluß die Nachricht von dem Amneſtiedekret. — Nach ihm trat Struve auf und erklärte in meiſterhafter Rede die Lage des Landes, die Nothwendigkeit durchgreifender Verbeſſerungen und brachte alle Vorſchläge vor das Volk. Ihm folgten andere Redner, ſo Soiron, der das Volk ſchwören ließ, an ſeinem Rechte unverbrüchlich zu halten, ſo ein greiſer 80jähriger katholiſcher Prieſter, der früher Abgeordneter war und nun ſein Schickſal ſelig pries, daß er dieſen Tag noch geſehen habe. — Als der Liebling des Volkes, Friedrich Hecker, erſchien, hatte der Jubel kein Ende. Einige Minuten währte der freudige Zuruf und es war ein ſeltſamer Anblick, zu ſehen, wie aus dieſer ungeheuern Maſſe die tauſend und tauſend Mützen und Hüte auftauchten und hin und her geſchwenkt wurden, während aus allen Fenſtern ringsherum weiße Tücher wehten. Man hatte unter Anderm ein neues Miniſterium verlangt: „Hecker muß hinein!“ erſcholl es tauſendſtimmig. Hecker aber ſprach vor Allen am hellen lichten Tage aus: „Fürſtendiener kann ich nicht ſein. Wir wollen frei werden und nicht daran denken, das alte Geſchäft unter neuer Firma fortzuſetzen.“ Da begann der Jubel wilder und ſtürmiſcher als zuvor. Hecker hatte ſich zurückgezogen, doch das Volk wollte ihn noch einmal ſehen und mit ruhiger aber höchſt bewegter Stimme dankte nun Hecker dem Volk mit wenigen Worten. — Mathy hörte das Alles und ſah Allem aus dem neben dem Balkon befindlichen Verſammlungsſaale zu. — Von ihm ſprach kein Menſch, keine Stimme ertönte für ihn, ſein Name blieb unerwähnt*).

---

*) Eine Thatſache, die ſehr unerklärlich ſcheint, wenn man nicht bedenkt, daß Mathy wohl einen andern Weg für Deutſchland's Zukunft vorausſah, als

Nach Schluß der Reden brachte nun Struve die einzelnen Punkte dem Volke zur Abstimmung vor, die dann auch alle einstimmig angenommen wurden. Interessante Zwischenfälle waren mehrere, z. B. als über die Trennung der Schule von der Kirche gesprochen wurde, ertönte eine Stimme aus dem Volke: „Die Pfaffen müssen weniger und die Schullehrer müssen mehr haben." Da rief das Volk tausendstimmig: „Ja! Ja! die Pfaffen weniger, die Schullehrer mehr!" und jubelnd und lachend wurden die Hüte geschwenkt. — Der letzte der Vorschläge war die Eintheilung des Landes in politische Kreise, mittelst welcher die vaterländischen Interessen besprochen und die neuen Einrichtungen in's Leben gesetzt werden sollten. Zum Obmann aller Kreise wurde Hecker vorgeschlagen, was dann das Volk mit unendlichem Jubel annahm*).

---

den der Revolution. Die diplomatische Zurückhaltung Mathy's aus schlechten Absichten hinzustellen, ist eine widrige, ungerechte Weise, zumal da der eingeschlagene Weg noch nicht vollendet, ja kaum begonnen ist. Jedenfalls hätte man in der Hinwirkung auf die Nationalversammlung der deutschen Revolution eine breitere Basis legen können, als die badischen republikanischen Führer vermochten. Die Geschichte der Nationalversammlung ist, wie gesagt, erst begonnen, der Lebenspunkt, das Verhältniß der von ihr aufzustellenden Gewalt zu den monarchischen Regierungen, ist noch nicht festgestellt, eine Frage, auf die freilich der Waffenstillstand mit Schleswig-Holstein eine düstere ernste Antwort zu geben scheint.

*) Die Beschlüsse folgen hier in treuer, vollständiger Fassung.

Die Volksversammlung zu Offenburg
am 19. März 1848.

Bereits unterm 12. September v. J. stellte die Versammlung zu Offenburg die Forderungen des Volkes fest.

Sie verlangte damals schon unter andern namentlich eine volksthümliche Wehrverfassung, eine gerechte Besteuerung, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital und Abschaffung aller Vorrechte. Die Regierung hat diesen Forderungen mit Hochverrathsprozessen geantwortet, allein das Volk hat sie beim Zusammentritt des Landtages erneuert und nach dem gewaltigen Umsturze im Westen mit gesteigerter Kraft auf deren Erfüllung gedrungen. Diesem unwiderstehlichen Drange nachgebend, haben *dieselben Regierungsmänner*, welche die Redner der Offenburger-Versammlung vom 12. September *mit Hochverrathsprozessen verfolgt hatten*, Zugeständnisse gemacht, deren Halbheit nur schlecht den Hintergedanken verhüllte, bei günstiger Gelegenheit, wie in den dreißiger Jahren, die abgedrungenen Zugeständnisse zurückzunehmen und in ihr Gegentheil zu verkehren.

Das Volk hat erkannt, daß die ihm zu Theil gewordenen Zugeständnisse

Nach der Wahl des politiſchen Komite's, das beſtimmt war, der Beſprechung über vaterländiſche Angelegenheiten in kleinern und

---

nicht der ſtaatsmänniſchen Einſicht und dem guten Willen der Machthaber, ſondern den gewaltigen Bewegungen des Volkes, der äußeren Anregnng der franzöſiſchen Revolution und den Kundgebungen vom 1. und 2. März d. J. zuzuſchreiben ſeien.

Jeder denkende Freund des Vaterlandes erkennt klar und deutlich, daß in den Pariſer Februartagen nur der Anfang einer Völkerbewegung gemacht worden ſei, welcher mit unabweisbarer Nothwendigkeit ſeine Fortſetzung in allen Staaten Europa's erlangen müſſe.

Der Kampf der Volksherrſchaft und der Einherrſchaft hat begonnen. Deutſchland, ſeit Jahrhunderten das große Schlachtfeld aller ſtaatlichen und kirchlichen Kämpfe, wird auch jetzt wiederum den Zuſammenſtoß zwiſchen dem deſpotiſchen Nordoſten und dem freigeſinnten Südweſten Europa's am ſchwerſten empfinden. Darum thut es noth, daß unſer Vaterland bei Zeiten eine feſte Stellnng, ſeinen auswärtigen und innern Feinden gegenüber einnehme.

Es verlangt daher vor allen Dingen:

Ein deutſches Parlament,

welches im Großen ſeine Verhältniſſe nach Innen und Außen kräftig ordne und frei geſtalte, und deſſen erſte Aufgabe ſein wird, der deutſchen Nationalität und Selbſtſtändigkeit Anerkennung zu verſchaffen.

Was insbeſondere unſere badenſchen Angelegenheiten betrifft, ſo erklärt die Volksverſammlung von Offenburg:

I. Mehrere Mitglieder der Regierung und der größte Theil der Beamten beſitzen das Vertrauen des Volkes nicht, weil Einzelnen der gute Wille, Anderen die erforderliche Kraft fehlt.

Das Volk kann kein Vertrauen in Männer ſetzen, welche vor wenigen Wochen noch als revolutionär bekämpften, was ſie theilweiſe jetzt ſelbſt zugeſtanden haben.

Es läßt ſich nicht täuſchen durch das Vorſchieben liberaler Perſönlichkeiten.

Anſtößig iſt dem Volke namentlich der Einfluß, welchen der Markgraf Wilhelm ſeit langer Zeit auf die Staatsgeſchäfte überhaupt und das Militärweſen insbeſondere ausgeübt hat. Nicht minder anſtößig iſt ihm der Einfluß einiger Perſonen aus der nächſten Umgebung des Großherzogs, welche man mit dem Namen Camarilla zu bezeichnen pflegt.

II. Das Volk hat kein Vertrauen zu der erſten Kammer der Ständeverſammlung, da dieſelbe aus Privilegirten beſteht, welche ihren Sonderintereſſen das Wohl des Volkes ſtets geopfert haben. — Das Volk verlangt Abhülfe gegen dieſen Uebelſtand vermittelſt einer Reviſion der Verfaſſung.

III. Das Volk hat kein Vertrauen zu einer großen Anzahl der Mitglieder der zweiten Kammer, da dieſelben durch Wahlbeherrſchung und Wahlverfälſchung unter dem Einfluß der Cenſur und der Polizei gewählt wurden, und ſich als blinde Werkzeuge in den Händen jeden Miniſteriums erwieſen

größern Verſammlungen Bahn zu brechen, wurde von Itzſtein dem Vaterlande noch ein ſtürmiſches Lebehoch gebracht.

---

haben. — Das Volk verlangt den Rückritt der reaktionären und geſinnungsloſen Partei der zweiten Kammer.

IV. Das Volk beſitzt durchaus keine Bürgſchaften für die Verwirklichung ſeiner Forderungen und die Begründung eines dauerhaften Zuſtandes der Freiheit. Es muß ſich dieſe Bürgſchaften ſelbſt verſchaffen.

Demzufolge bildet ſich:

1) In jeder Gemeinde des badenſchen Landes ein vaterländiſcher Verein, deſſen Aufgabe iſt, für die Bewaffnung, die politiſche und ſociale Bildung des Volkes, ſo wie für die Verwirklichung aller ſeiner Rechte Sorge zu tragen.
2) Sämmtliche Vereine eines Wahlbezirks bilden einen Bezirksverein, ſämmtliche Bezirksvereine einen Kreisverein, die vier Kreisvereine einen Landesverein.
3) An der Spitze jedes dieſer Vereine ſteht ein leitender Ausſchuß.
4) Für jeden dieſer Vereine bildet ſich ſofort eine Vereinskaſſe zur Beſtreitung der nothwendigen Auslagen.
5) Alle Provinzen Deutſchlands ſollen aufgefordert werden, ähnliche Vereine zu bilden, und mit dem badenſchen Landesvereine in freundſchaftlichen Verkehr zu treten.

V. Das Volk verlangt von der Ständeverſammlung, daß ſie die entſchiedenſten Maßregeln treffe, um zu bewirken, daß die Regierung:

1) Sofort eine Verſchmelzung der Bürgerwehr und des ſtehenden Heeres durchführe zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfaſſenden Volkswehr.
2) Alsbald alle Abgaben abſchaffe, außer den Zollvereins-Abgaben und etwa den direkten Steuern, und ihre Ausgaben decke durch eine progreſſive Einkommens- und Vermögensſteuer.
3) Daß ſofort alle Vorrechte, welchen Namen ſie tragen, abgeſchafft werden.
4) Daß ungeſäumt die Schule von der Kirche getrennt werde.

Vorſtehende Anträge wurden der Volksverſammlung vorgelegt und von derſelben mit nachfolgenden Abänderungen und Zuſätzen mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommen:

Zu I. wurde beſchloſſen, ſtatt „mehrere Mitglieder der Regierung" zu ſetzen: der Präſident des Kriegsminiſteriums.

Zu II. wurde angenommen mit dem Zuſatze: das Volk will nur eine Kammer.

Zu V. 1) wurde angenommen mit der Abänderung, ſtatt ſofort: unverzüglich, oder auf der Stelle.

Zu V. 2) wurde angenommen mit dem Zuſatze: wir wollen eine wohlfeile Regierung, Abſchaffung der Apanagen und unverdienter Penſionen.

Zu V. 4) wurde angenommen, mit dem Zuſatze: die Pfaffen haben zu viel, die Lehrer zu wenig. Wir wollen gerechte Ausgleichung dieſes Mißverhältniſſes.

Erhebend war der Eindruck der Verſammlung. Man ſah, das Volk verdiente ſouverän zu ſein. Die größte Ruhe herrſchte bei lebendigſter Theilnahme des Volkes an allen vorgebrachten Fragen. Es war eine Verſammlung, die neben die ſchönſten Landsgemeinden der Schweiz geſtellt werden darf. Jeder fühlte ſich unendlich gehoben durch ſeine Theilnahme am Werke für das Vaterland, und die begeiſterte Stimmung dieſes Tages weihte die ſchlichten Männer zu ritterlichen Streitern für die freie Zukunft. Unaufhörlicher Jubel begleitete die Fortziehenden.

Wenn man in der Geſchichte auf große Zeiten kömmt, wo inſtinktartig ein hochherziges Streben verſchiedene Völker ergreift, wo große Thaten für große Zwecke geſchehen, ſo wird man immer gern einen Blick auf die drei Ereigniſſe des Jahres 1848 werfen, die der Zeit charakteriſtiſche Färbung geben. Die Volksbewegungen in Wien, Berlin und Offenburg, rein demokratiſcher Natur, wie ſie ſind, ſtehen im innerſten Zuſammenhang nicht nur inſtinktartig verwandten Volksſtrebens, ſondern bewußter Wirkſamkeit von Männern, die allein die Geſchichte dieſer Tage gemacht haben — nicht von den doktrinären Prieſtern des deutſchen Kaiſerthums, nicht von den vornehmen Geſtalten auf dem Standpunkte hiſtoriſcher Betrachtung — ſondern von den Volksmännern, den Republikanern.

Nachdem dieſe Beſchlüſſe gefaßt worden waren, wurden folgende Männer zu Mitgliedern des Centralausſchuſſes gewählt:

1. Unterrheinkreis:

G. Struve von Mannheim. — Bürgermeiſter Winter von Heidelberg.
Heinrich Hoff von Mannheim. — Junghans von Mosbach.

2. Mittelrheinkreis:

Brentano von Bruchſal. — Rehmann von Offenburg.
Bürgermeiſter Rée von Offenburg. — Schubert von Lahr.

3. Oberrheinkreis:

Kiefer von Emmendingen. — Torrei von Waldshut.
Rottek von Freiburg. — Weißhaar von Lonſtetten.

4. Seekreis.

Würth von Konſtanz. — Bürgermeiſter Emmert von Möskirch.
Banotti, prakt. Arzt von Konſtanz. — Grüninger von Donaueſchingen.

Als Obmann:
Friedrich Hecker von Mannheim.

V.

Die Reformbewegung in Deutschland und die republikanischen Versammlungen in Baden.

Es tritt nun die Zeit ein, wo die Bewegung, an tausend und tausend Punkten zerstreut, noch überall fortdauert, nachhaltig Wirkendes aber von einzelnen Punkten auszugehen beginnt. Wie das Streben nach Einheit Alle gemeinsam und am stärksten durchzuckte, so geschah es auch, daß die äußere Form, die dieses Einheitsbedürfniß in's Leben setzte, das Nächste war, worauf sich die Gesammtenergie des deutschen Landes warf. Die Frucht dieses den Meisten unklaren, schwärmerischen Einheitsstrebens werden erst künftige Tage bringen. Das für Deutschland vorzüglich Maßgebende und Bewegende liegt in den Ereignissen, welche die Frankfurter-Versammlung zu Tage brachte, deren politische Unentschiedenheit das nächste Motiv des badischen Aufstandes war.

Die Zeit zwischen den Wiener- und Berliner-Ereignissen ward immer ernster und bekam immer mehr und mehr einen revolutionären Charakter. Ueberall brachen Unruhen aus, revolutionäre Flugschriften kursirten zu hunderttausenden, die der weitaus größten Zahl nach von der republikanischen Partei ausgingen. Man kam den Thronen etwas näher und einige der hohen Herren machte der zitternde Boden schwindlig. Der Herzog von Braunschweig erklärte (wie früher Leopold, König in Belgien), die Krone abgeben zu wollen, wenn es verlangt werde. Ihm war König Ludwig von Baiern vorangegangen, der freiwillig (?) seinem Sohne Maximilian die Krone abtrat.

Wohl mochten den regierenden Herren eigenthümliche Gedanken kommen, denn überall im guten, stillen deutschen Land hatten

verborgene Funken geknistert, die nun zu heller Flamme ausbrachen. Es war für jedes Nest eine Art Ehrenpunkt geworden, an dem Freiheitsstreben doch einigen Antheil zu nehmen, zumal wenn es mit so leichter Mühe vor sich gehen konnte und dabei noch etwas zu gewinnen war. Die Todesverachtung der Wiener und Berliner, die Männertugend der Aufopferung in Hanau, das energische Gesammtauftreten in Baden — solche Erscheinungen brachten die trägen Massen in Bewegung. — In Baiern hatte die Revolution einen erbärmlichen Gang und würde zum Gespött geworden sein, wenn nicht die Rheinbaiern noch zur rechten Zeit gekommen wären. Der Lola-Montez-Skandal war nur ein Mittel der ultramontanen Aristokratie, durch die aufgerührte Hefe dem schwachen Könige und dem trägen Lande einen bittern Trank einzugießen. Die Parallele des katholischen Oesterreich und des katholischen Baiern liegt in den beiderseitigen Kämpfen und verhältnißmäßigen Resultaten zu nahe und ist zu schlagend, als daß sie nicht erwähnt werden sollte. In Oesterreich wurde am 10. März die Konstitution verkündet und in München am folgenden Tage Lola-Montez vogelfrei erklärt. — Und leider, daß im Volke selber großer Widerspruch vorhanden war, der ein energisches Zusammenhandeln im Keim erstickte. Der katholische Altbaier wollte nichts von dem protestantischen Franken wissen und dieser, den doch größere Bildung und einiger Freiheitssinn zu energischen Schritten vorbereitet haben sollte, haßte förmlich den Rheinbaiern, den „Franzosen", wie er ihn nannte. So kam es, daß Ludwig eine Deputation aus der Pfalz, ernste, würdige Männer, die in seinen letzten Regierungstagen zu ihm geschickt wurde, über die schönen Mädchen der Pfalz fragen durfte, anstatt genügende Antwort auf die Forderungen zu geben, oder nur mit redlichem Ernst auf die wichtigen Fragen einzugehen. Im höchsten Grad erbittert und revolutionslustig kam die Deputation wieder zurück in die Heimath, in der man auf Alles gefaßt war.

Bunt und kraus gingen so die Bewegungen in Deutschland fort. Es sei erlaubt, einiger der Hauptereignisse zwischen den Wiener- und Berliner-Ereignissen, der Volksversammlung in Offenburg und des Zusammentritts der ersten Frankfurter-Versammlung zu erwähnen, um so auf die passendste Weise in die Haltung und den Charakter dieser merkwürdigen Versammlung einzuführen.

Kurz nach den Berliner-Ereigniſſen brachen überall Tumulte los, ſo in Breslau, Magdeburg, Köln ꝛc., wo überall das Militär einhieb, bedeutende Todtſchläge und Verletzungen ſtattfanden und wo überall der Regierungsterrorismus durch die Kunde von den Märztagen gelähmt wurde. Zugleich kurſirten aber Gerüchte von einem Ziehen des Bundestags und eines Fürſtenkongreſſes nach Potsdam, wovon natürlich Niemand etwas wiſſen wollte. — Am Hof ſchien man indeſſen ſo etwas vorhaben zu wollen, denn der König that alles Mögliche, um den Glauben an die Vollſtändigkeit ſeiner Verwandlung recht einleuchtend zu machen und zu neuen Truppenzuſammenziehungen zu benützen. Obſchon am 21. März, fünf Tage nach der Revolution, die famöſe Proklamation*) erſchienen war und der Umzug gehalten wurde, wobei der König — mit den Farben der deutſchen Burſchenſchaft angethan, dem Volke als konſtitutioneller König von dem neuen konſtitutionellen Miniſterium Camphauſen gezeigt — mit beiſpielloſer Zungenfertigkeit ſich über alles Mögliche expektorirte und wiederholt ausſprach, daß er als der mächtigſte deutſche Fürſt ſich an die Spitze der deutſchen Bewegung ſtellen wolle und zudem an der Univerſität darauf aufmerkſam machte, daß ſich ſchon mehrfach in der deutſchen Geſchichte der Fall ereignet habe, daß ein beliebiger, mächtiger Fürſt das Reichsbanner ergriffen habe, um das Reich zu retten, obſchon er betheuerte, er ſei kein Freund von Verſprechungen geweſen und was er gethan habe, habe er ſelten verſprochen (!??—), diesmal aber wolle er Alles halten; obwohl Miniſter Schwerin ſagte, die Seele des neuen Miniſteriums ſei der König und dem deutſchen König und dann ſeinen „verantwortlichen Miniſtern", ſich ſelbſt mit einbegriffen, ein Lebehoch brachte, trotz Allem, Allem und trotz

*) „Eine neue glorreiche Geſchichte hebt mit dem heutigen Tag für Euch an! Ihr ſeid fortan wieder eine einige große Nation, ſtark, frei und mächtig im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat Sich, im Vertrauen auf Euren heldenmüthigen Beiſtand und Eure geiſtige Wiedergeburt, zur Rettung Deutſchlands an die Spitze des Geſammtvaterlands geſtellt. Ihr werdet Ihn mit den alten, ehrwürdigen Farben deutſcher Nation noch heute zu Pferd in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konſtitutionellen Fürſten, dem Führer des geſammten deutſchen Volkes, dem neuen Könige der freien wiedergebornen deutſchen Nation! Berlin, 21 März 1848."

der Kokardenproklamation*), die ebenfalls an dem unvergeßlichen 21. März erſchien, wo Berlin von der königlichen Huld faſt erdrückt wurde, trotz allen dieſen Verſuchen des Königs, der das Militär ſchon am 22. wieder einziehen laſſen wollte, wozu die Bürger auch mehr oder minder geneigt waren, wollte doch das „eigentliche Volk", wie ein Korreſpondent der D. Z. ſich charakteriſtiſch ausdrückte, nichts davon wiſſen. Man mußte daher, um neues Blutvergießen zu vermeiden, dieſen Gedanken fahren laſſen und durfte erſt mehrere Tage ſpäter das 24ſte Regiment, das in Magdeburg war und an den Märzereigniſſen nirgends ſich betheiligt hatte, einlaſſen.

Friedrich Wilhelm wurde aber auch von ſeinem königlichen Gemahl ſekundirt, das am 23. Abends bei der Schloßwache anfragen ließ: „ob einige Mitglieder der Bürgerwehr Sie auf einem Spaziergange begleiten könnten, indem Sie ſich ein wenig in der friſchen Luft ergötzen wollte?" Zudem ließ die Bürgerkönigin die Verwundeten aus ihrer Küche verpflegen und beſuchte ſie täglich. — Am 22. fand die feierliche Beerdigung der Gefallenen in Berlin ſtatt, wo der König vor den Gefallenen ſein Haupt entblößen mußte**).

---

*) „Da Ich mich ganz der deutſchen Sache widme und in der Theilnahme Preußens eine entſchiedene Förderung derſelben erblicke, ſo beſtimme Ich, daß die Armee ſogleich neben der preußiſchen die deutſche Kokarde anzuſtecken hat. Das Kriegsminiſterium hat das Weitere zu veranlaſſen. Friedrich Wilhelm. Berlin, 21. März 1848."

**) Ueber die Stimmung dieſer Zeit bis auf die neueſten Tage gibt A. Stahr in den Tübinger Jahrbüchern der Gegenwart, in den letzten Nummern vortreffliche Schilderungen. Wichtig zur Kenntniß des neuen preußiſchen Miniſteriums, beſonders Camphauſens, und der Führer der konſtitutionellen Partei iſt das geiſtreich geſchriebene, doch ſehr apologetiſch gehaltene Buch Haym's „Redner des preußiſchen Landtags." Berlin 1847. Was den frühern Zuſtand Preußens vor der Revolution betrifft, ſo braucht hier wohl kaum an die ausgezeichnete Schrift von Gervinus über das preußiſche Patent erinnert zu werden. Es iſt ein ſchmerzliches Gefühl zu ſehen, wie eine ſo kräftige, edle Natur wie Gervinus dem drängenden Strome der Zeit ſeine papiernen Dämme entgegenſetzt, er der mit freierem Geiſte die Gegenwart beſtimmen könnte, der ein Charakter iſt wie Wenige und den man aber zu den rückwärtsgekehrten Propheten zählen muß. Wichtige Aufſchlüſſe geben auch der Aufſatz in Herwegh's 21 Bogen aus der Schweiz: „Kritik der preußiſchen Zuſtände", Ruge's Werke Bd. 1 — 4, die frühern Schriften von Heinzen, Nauwerk ꝛc.

Die Volksmeinung war so stark geworden, daß selbst die Redaktion der reaktionären Allg. pr. Zeitg. (Dr. J. W. Zinkeisen) erklären mußte, ein verfälschter Bericht über die Märztage sei ihr von der — wohl frühern — Ministerialbehörde zugeschickt worden und müsse in seiner Entstellung von ihr verleugnet werden. Schon am 24. März fand eine neue Volksversammlung von 10,000 Menschen unter den Linden statt, worin beschlossen wurde, das Wahlgesetz müsse aus den Urversammlungen hervorgehen. Am 26. wurde Krackrügge von Erfurt als Stellvertreter gewählt. Am gleichen Tage erklärte die Allg. pr. Zeitg. der konstitutionellen Monarchie jetzt anzuhängen, wie früher der patriarchalisch-absolutistischen. Schon beklagten sich aber selbst edle Konstitutionelle über die Polizeigesinnung der Berliner bourgeoisie. Ein Korrespondent der D. Z. (vom 26. März) sagt: „Die Bürgergarde nimmt oft fast einen polizeilichen Charakter an. Jede neue Versammlung, jede republikanische Meinungsäußerung wird mit büreaukratischer Gereiztheit von Freunden der Volksfreiheit aufgenommen*)." Daneben hielt die extrem-radikale Partei das Proletariat gegen das neue Ministerium und die neue konstitutionelle Staatsform in fortwährender Aufregung. Die Leidenschaft war bei einigen jugendlichen Tribunen der Proletarierinteressen, die sie nur durch kommunistische Einrichtungen (aus Louis Blanc, Cabet ꝛc. abgezogen) zu heben meinten, so groß, daß entschiedene Republikaner, wie Ruge, Jung, W. Jordan u. A., die ein klares Auge für größere Verhältnisse behalten hatten und nicht im Stoff erstickt waren, sich von den Extremsten trennten, deren charakteristischer Repräsentant der Student Gust. A. Schlöffel ist, ein Jüngling, der, gesättigt von den kommunistischen Theorien der Franzosen und der Socialisten der Schreckenszeit, dieselben nun mit fanatischem Eifer in's Leben zu setzen versucht, aber seiner Unkenntniß der wirklichen Verhältnisse und der ungeheuern Einseitigkeit seiner Weltanschauung wegen mit seinen Experimenten seinen republikanischen Freunden mehr schadet als nützt. Durch cynische Angriffe auf das Ministerium, besonders auf Camphausen, dem Niemand Redlichkeit und

*) Eine höchst anmuthige Episode in dem bunten Treiben dieser Tage war der Empfang der befreiten Polen auf der Aula, der an herzlicher Begeisterung dem bekannten Zuge der befreiten Polen in den Märztagen nichts nachgab.

hohe geiſtige Tüchtigkeit abſprechen kann, verlor er die Theilnahme der Gebildeten aller Stände und die Arbeiter fangen an einzuſehen, daß ihre Intereſſen in dieſen Händen nicht geſichert ſind. Schlöffels*) Stärke liegt in der Verdächtigungspolitik (um welche die Republikaner die Regierungen nie beneidet haben) und in der Denunciation an die Maſſen, einem Talente, das bei vollkommener Troſtloſigkeit der Zuſtände ſehr nöthig, bei Ausſichten auf kernhafte Erfolge aber eben ſo ſchädlich iſt.

Am gleichen Tage, wo Krackrügge zum Stellvertreter Erfurts gewählt wurde, ward Graf Arnim, der konſtitutionelle Ariſtokrat, der Mann der Formen, wie Haym ihn heißt, Landtagskommiſſär. Am 28. wurde David Hanſemann nach Berlin gerufen, um bei der Berathung wichtiger Intereſſen thätig zu ſein, was wohl durch Camphauſens Vermittlung geſchehen mochte. Am 29 wurde das neue Miniſterium aus Camphauſen, Auerswald, Hanſemann, Arnim, Schwerin und Bornemann zuſammengeſetzt. Die kurze Dauer dieſes Miniſteriums und Bildung eines neuen Kabinets durch Hanſemann beweist, daß ein tieferer demokratiſcher Sinn im preußiſchen Volke ruht, als die Extremſten nach unten und oben zugeben. Jedenfalls fordert eine ehrliche Politik, daß auch die Republikaner eine Regierung, der es Ernſt iſt, energiſche Maßregeln von **demokratiſchem** Charakter durchzuſetzen, mit allen Kräften unterſtützen und nicht die Maſſen mit blindem Mißtrauen gegen Alles, was Regierung heißt, erfüllen. Die ſolide Einſetzung großer Inſtitutionen fordert allerdings Ruhe. Wenn man nicht die unzweideutigſten Beweiſe von der Unfähigkeit oder Unredlichkeit der Reformgeſinnungen mächtiger deutſcher Fürſten hätte, läge es der Politik der Republikaner viel näher, einer konſtitutionellen Regierung in der Durchführung großer demokratiſcher Einrichtungen zu helfen. Gelingt der Verſuch, ſo haben die Republikaner an den ſogenannten Konſtitutionellen die beſten Vorarbeiter. Gelingt er nicht, ſo bleiben den Republikanern alle die Kräfte, über die ſie vorher zu verfügen hatten und tauſend neue von ſolchen, die enttäuſcht ſind.

In Oeſterreich ſah es nach den Märztagen noch ſonderbar genug aus. Statt des verjagten Metternich war nun ein neues

*) Des „Berliner Marat", wie ihn Ad. Stahr heißt.

Miniſterium ganz in ſeinem Sinne gebildet an die Spitze getreten, im großen Unterſchiede gegen Preußen, wo die Führer der Oppoſition das Steuerruder ergriffen. Graf Fiquelmont, ein Mann, der Metternichs Stelle in Mailand vertrat, wurde zum Miniſter des Aeußern ernannt. Als künftigen Miniſterpräſidenten bezeichnete man den Grafen Colloredo-Wallſee, der Metternichs Geſandter am ruſſiſchen Hof war und ſich eben in Frankfurt a. M. als Bundestagspräſident befand. Pillersdorf wurde zum Miniſter des Innern ernannt, und außerdem Kübek (Finanzen) und Graf Taafe (Juſtiz). Zugleich erſchien ein kaiſerliches Amneſtiedekret und die Veröffentlichung des Staatsfinanzetats. — Am 28. kam die Nachricht an, daß der König von Sardinien Oeſterreich den Krieg erkläre, zugleich daß Radetzki den Rückzug antrete. Zugleich Angriffe der officiellen Wienerzeitung auf den König von Preußen und ſeine Sympathien für die deutſche Kaiſerkrone und die von Polen, während Rée am 20. März kräftig für Unabhängigkeit Polens in der heſſen-darmſtädtiſchen Kammer geſprochen hatte.

Unterdeſſen überall Unruhen; ſo in Elbing, Münſter, Braunſchweig, Aachen, Kreſeld, Luxemburg ꝛc. Am 20. März verbreitete ſich die Kunde der Abdankung König Ludwigs zu Gunſten ſeines Sohnes Maximilian. Ludwig gab ſelbſt zu, daß er durch Kabale der hohen Ariſtokratie zu dieſem Schritt gezwungen wurde. So trat der Mann aus der deutſchen Monarchenreihe, der einerſeits ſeiner Genußſucht wegen und daraus erfolgter Theilnahmloſigkeit an den Intereſſen ſeines Volkes und ſeiner Regentenpflichten, in der Macht der ultramontanen Partei und dann einer kecken Tänzerin, den Hohn der Welt auf ſich gezogen hatte, deſſen großartiger Aufopferung aber der außerordentliche Umſchwung, der in das neue Kunſtleben kam, ewig zu verdanken iſt, indem er mit ſeinem Takte Männer wie Cornelius und Rottmann aus dunkler Verborgenheit, mißverſtanden von der Welt, hervorholte und ihnen Gelegenheit gab, ihren Geiſt in Werken zu bethätigen, welche der deutſchen Kunſt eine unſterbliche Zukunft anbahnen.

In das neue baieriſche Miniſterium kamen Willich als Juſtizminiſter*) und Lerchenfeld für die Finanzen. Mehrere Tage ſpäter ging Willich als bundestäglicher Vertrauensmann nach Frankfurt,

*) Den man vor Kurzem nicht einmal in die Kammer laſſen wollte.

während Herr v. Gagern, der Sohn von Heinrich Gagern, mit zwei andern Adeligen eine Reise durch Deutschland machte, um im Auftrag der Regierungen von Nassau, Hessen und Würtemberg norddeutsche Regierungen zur Theilnahme an der sofortigen Organisation des deutschen Parlamentes aufzufordern. Die sächsische hatte, wie der König von Preußen, sogleich ihre Zustimmung gegeben. Zugleich kam die Nachricht, daß der deutsche Fürstenkongreß nicht gehalten werde.

Seltsam war schon längere Zeit der Zustand des Landes Hannover gewesen. Mitten in der Reformzeit war Falke noch Minister geblieben. Dem allgemeinen Willen mußte er endlich weichen und der König fand sich bewogen, ein neues Ministerium zu bilden. Die Augen des Volkes waren vorzugsweise auf den Advokaten Dr. Stüve gerichtet, den man als Bürgermeister von Osnabrück eilf Jahre lang von der Ständekammer entfernt hielt, wodurch ihm die Personen, die nun mit ihm auftreten sollten, fremd blieben. Anstatt ehrlich und wahr zu handeln und Stüve (den man nun doch berufen mußte und dem die unbeschränkteste Vollmacht zu Allem gegeben wurde, obwohl er der unbeugsamste Gegner der Krone war) ein neues Ministerium bilden zu lassen, wurde er in ein in der Eile zusammengetrommeltes hineingepfuscht und in aller Eile beeidigt. Die Mitglieder des Ministeriums neben Stüve waren theils vollkommen zweideutige Leute, die von Falke abhängig in seinem Sinne gegen alle Reformversuche angekämpft hatten, die nun durch sie in's Leben gesetzt werden sollten — theils waren es Leute, die unfähig waren, mit der Zeit Schritt zu halten. Die Besorgniß, für die gegebenen Zusagen die nöthigen Garantien nicht zu haben, war so groß, daß man überall die Nothwendigkeit fühlte, die Kammer energisch unterstützen zu müssen, um der Regierung den Willen des Volkes auf unzweideutige Weise kund zu thun. In allen Gemeinden des Landes wurde daher beschlossen, jeden Deputirten durch 12 seiner Wähler bei der Eröffnung der Kammer (am 25. März) begleiten zu lassen; da die Zusagungsproklamation vom 22. März*) nicht hinreichend war, die Besorgnisse des Volkes zu beschwichtigen. Man wollte sicher

*) Deren erster Artikel eine Zusage auf Hinwirkung zur Nationalvertretung war (siehe S. 43, Note).

ſein, daß die neuen Inſtitutionen auch vollſtändig und treu in's Leben eingeführt würden.

Am 25. wurde Eiſenmann als Vertrauensmann von Baiern aus nach Frankfurt an den Bundestag geſchickt, wie Jordan von Heſſen-Kaſſel aus. Am gleichen Tag wurde in der würtembergiſchen Kammer der neue Geſetzentwurf über Ablöſung der Grundlaſten faſt einſtimmig angenommen. Am 26. erſchien die erſte Probenummer der vortrefflich geſchriebenen, entſchieden republikaniſchen „Deutſchen Volkszeitung", im Gegenſatz zu der konſtitutionellen D. Z. Es iſt eigen zu ſehen, wie nahe dieſe beiden Hauptorgane (denn die D. V. Z. war unſtreitig ſchnell, trotz ihrem kurzen Leben, das Hauptorgan der Republikaner) in der Kritik der frühern und da und dort noch beſtehenden Zuſtände ſich berühren und erſt in der Frage über die Bildung der Zukunft und die zu ergreifenden Maßregeln auseinander gehen. Die D. V. Z. blieb wahr, während die D. Z., die ſonſt mit anerkennenswerther Redlichkeit und Tüchtigkeit eine ſcharfe Kritik an das Beſtehende und Beſtandene anlegte, alle die Ereigniſſe in ihren Berichten völlig verfälſcht, die einen Bezug auf die republikaniſche Frage haben. Ich erinnere nur an die kleinlichen Berichte über die Heidelberger-Volksverſammlung, den Austritt der Minderheit in Frankfurt, vor Allem über den Aufſtand ſelber und die fanatiſch-ungerechte Kritik der Führer der republikaniſchen Partei.

Wie die V. Z. die Frage der Gegenwart erfaßte, möge das unten angegebene Programm des Blattes ſelbſt zeigen. Die fünf Punkte ſind das Credo der ganzen republikaniſchen Partei in Deutſchland*).

---

*) 1. Der Staat ſoll die ſittliche Ordnung der menſchlichen Geſellſchaft ſein, während ſeine bisherige Ordnung im Allgemeinen genommen eine unſittliche iſt. Als ſittliche Ordnung aber iſt er die organiſirte ſouveräne Geſammtheit des Volkes, und duldet keine Obrigkeiten und Unterthanen, ſondern nur freie Bürger und ihre Beamteten. Wenn die höchſten Beamteten des Volkes Fürſten heißen, ſo ändert dies nichts in der ſittlichen Natur der Sache. Auch ſie ſind Beamtete des Volkes für beſtimmte Staatszwecke. Aber dieſe Zwecke können ſicherer, vollkommener, des Menſchen würdiger in republikaniſchen Staatsformen erreicht werden und das deutſche Volk, einmal eingetreten auf die Bahn des freien politiſchen Lebens, wird nicht auf halbem Wege ſtehen bleiben.

2. Die ſittliche Ordnung des Staates ſetzt als unerläßliche Bedingun-

Dem offen ausgesprochenen Widerwillen der großen republikaniſchen Partei entgegen, beſchloß die öſterreichiſche Regierung am

---

gen voraus, daß Gedanken und Ueberzeugungen ſich in Rede und Schrift mit voller Freiheit geltend machen können, und daß für Jeden eine ſeinen Bedürfniſſen und Fähigkeiten entſprechende Ausbildung möglich gemacht wird; — daß die Bedürfniſſe des Gemüthes frei in jeder religiöſen Form ihre Befriedigung ſuchen können; — daß jeder Mündige zu den allgemeinen Volksbeſchlüſſen mitzuwirken berechtigt iſt; — endlich, daß das Verhältniß von Arbeit und Genuß ein gerechtes ſei für Alle.

3. Die Organe des Staates ſind die geſetzgebende, die richterliche und die vollziehende Volksgewalt, welche durch die vom Volke dazu erwählten Bürger ausgeübt wird: die geſetzgebende Gewalt durch Volksräthe, die richterliche durch Volksgerichte (Schwurgerichte), die vollziehende durch Volksobmänner und ihre Beiſtände und Gehilfen.

4. In Bezug auf die politiſche Einrichtung Deutſchlands im Großen brauchen wir kaum unſere Hauptanſicht auszuſprechen, denn ſie iſt die der Mehrheit des deutſchen Volkes. Die unbedingte Centraliſation eines großen politiſchen Körpers iſt mit wahrer Freiheit unvereinbar. Dieſe verlangt, daß politiſche Einſicht, politiſcher Wille, politiſche Geſchicklichkeit alle Theile durchdringe, daß der Geiſt ſittlicher Selbſtbeſtimmung in der ganzen Staatsgeſellſchaft wirkſam ſei, daß alle beſonderen Intereſſen, ſo weit es nur immer mit den allgemeinen vereinbar iſt, ſich in ihren eigenen Kreiſen ihre Befriedigung zu verſchaffen berechtigt ſeien. Wenn irgend ein Hinderniß den bewundernswürdigen Anſtrengungen unſerer weſtlichen Nachbarn mit Gefahr droht, ſo iſt es die centraliſtiſche Gewohnheit des franzöſiſchen Volkes. Wir verdanken dieſem Volke unendlich viel; — verdanken wir ihm noch die Warnung vor dieſem politiſchen Fehler! — Aber umgekehrt zeigt uns die Machtloſigkeit unſerer bisherigen Zuſtände das Elend einer Zerſtückelung, gegen die ſich das Gefühl des großen deutſchen Volkes empört; und die inneren Kämpfe unſerer republikaniſchen Nachbarn in der Schweiz haben uns lange das, dem franzöſiſchen entgegengeſetzte, abſchreckende Beiſpiel gegeben. Was die Schweiz in zweckmäßiger Verknüpfung der Intereſſen aller Theile mit den Intereſſen des Ganzen jetzt nach langen Kämpfen zu erreichen im Begriffe iſt, das nehmen wir, mit größerer Freiheit und Folgerichtigkeit, bei unſerem Eintritt unter die freien Nationen, gleich von Anfang an in Beſitz. Deutſchland ein republikaniſcher Bundesſtaat, der, wie die nordamerikaniſche Union, die freieſte Bewegung ſeiner Glieder im Kreiſe ihres beſonderen Lebens mit einer mächtigen, hinreichend umfaſſenden Bundesgewalt verbindet, — dies iſt der Gedanke, in welchem wir allein Glück und Heil zu finden vermögen. Und dieſer Gedanke ſoll ausgeführt werden!

5. Und nun unſer Verhältniß zu den anderen Völkern: Wer die Freiheit nicht für Alle will, iſt unwürdig, ſie ſelbſt zu beſitzen. Es ſind zwei

29. März das ganze Heer auf den Kriegsfuß zu stellen mit allen ersten Landwehrbataillonen, um das abtrünnige Italien wieder zu erhalten, in einer Zeit, wo die Organisation des Innern die erste Frage war. In Berlin wurde dieser Tage der konstitutionelle Klub von Krelinger, dem ausgezeichneten Vertheidiger der Polen, gestiftet. Am 29. bildete sich auch in Sachsen ein Volksbewaffnungskomite, um die allgemeine Bewaffnung auch auf Privatwegen zu erreichen. Am 30. März wurde der Premierminister Camphausen zum Landtagskommissär ernannt, da Graf Arnim aus dem Ministerium trat, das dem Manne der aristokratischen Formen wohl zu demokratisch aussehen mochte. — Eine neue Verordnung, den Besuch der Kammersitzungen betreffend, wurde am gleichen Tage ausgegeben, mit Weisung auf besondere Berücksichtigung der Zeitungsredaktoren. Am 30. liefen auch 12 Forderungen von 18 rheinischen Städten ein, die aber vom Ministerium nur halb beantwortet wurden. Ende März hörte man wieder von Bauernunruhen in Schlesien gegen Feudallasten.

Die Kette der Volksdemonstrationen erhielt ein Glied nach dem andern. — Sie begann, an die Märztage anknüpfend, mit dem großen Ereigniß der Lostrennung von Posen. Schnell entstanden Gerüchte, die Regierung wolle Posen freigeben. Wie das zu verstehen war, erklärte ein Erlaß des Königs vom 24. März, worin die ganze Freilassung sich darauf beschränkte, daß Abgesandte des deutschen und polnischen Theils von Posen sich zusammen über die Reorganisation des Landes zu berathen hätten. Das nützte aber nichts. Die feindliche Stimmung war immer deutlicher und der preußische General Willisen war am wenigsten der Mann, sie zu heben. Von allen Seiten zogen Polen der Heimath zu.

Am 24. März konstituirte sich die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein. Die Lauheit in Erfüllung der verheißenen

---

edle Nationen, denen durch die Schuld unserer bisherigen Machthaber der deutsche Name zum Abscheu geworden ist — die Polen und die Italiener. Wir haben Vieles gegen sie gut zu machen. Wir können unser Ziel nicht erreichen, ohne ihnen zu dem ihrigen zu verhelfen. Keine deutsche Staatsgewalt kann als der Ausdruck des deutschen Volksgeistes gelten, welche diese Pflicht nicht anerkennt. Denn es gibt nur eine Freiheit — **die Freiheit für Alle!**

Hülfe bewog sie bald, der preußischen Regierung zu erklären, daß man sich zur Republik zu erklären genöthigt sehe, wenn nicht schleunige Hülfe käme.

Am 26. März war eine große Volksversammlung in Geppingen, in Würtemberg, wo demokratisch gesinnte Redner, besonders Dr. Scherr, das Volk begeisterten Am gleichen Tage wieder große Volksversammlung in Berlin (15,000 Menschen) (zwei Tage nach der von 10,000 Männern zur Wahrung der Wahlrechte) für Arbeiterinteressen, Herstellung eines Arbeiterministeriums, Verminderung der Arbeitszeit mit Erhöhung des Lohns, wohlfeile Regierung ꝛc., ganz den Offenburger-Forderungen sich anschließend. Schon am Tage darauf hatte der König das Staatsministerium beauftragt (?), ihm für die Bildung eines eigenen Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Vorschläge zu machen. Zugleich kam eine Soldatenbittschrift aus Köln an, worin würdige Behandlung, Erleichterung des Dienstes ꝛc., verlangt wurde.

Doch einige loyale Demonstrationen sollten auch noch kommen, ehe die Frankfurterversammlung begann. Am 24. März kam eine Deputation angesehener Bürger aus Mainz nach Darmstadt und zeigte der Regierung an, daß die Bürger wegen ihrer begeisterten Theilnahme an den Freiheitsbestrebungen von den preußischen Soldaten auf das Schändlichste behandelt würden. Soldaten hätten Bürgern die Nationalkokarde heruntergerissen und dieselben mißhandelt. Die Erbitterung sei so groß, daß schon von beiden Seiten Leute gefallen seien. — Die Bürgerschaft stehe waffenlos den Unholden gegenüber.

Gleich wurden der Deputation 1200 Gewehre mit 60,000 scharfen Patronen, unter Artilleriebedeckung, mitgegeben. Die Truppen wurden in die Kasernen konsignirt, die Ruhe kehrte zurück, eine erbitterte Stimmung blieb nach wie vor. Die Mainzer hatten aber 1200 Gewehre bei der Gelegenheit gewonnen.

Rührend ist noch die loyale Erklärung eines Herrn von Kotze von und auf Wanzenburg, der gegen das neue preußische Ministerium Protest einlegte und dem Könige seine waffenfähige Mannschaft von 11 Mann zur freien Disposition anbot. Er wisse wohl, daß der König zu den neuen Schritten gezwungen worden sei und wolle ihm beistehen mit Rath und That, das revolutio-

näre Miniſterium zu ſtürzen und den König in die alte Herrlichkeit einzuſetzen. — Das war im Ganzen die Stimmung eines großen Theils des weſtphäliſchen, pommer'ſchen und märkiſchen Landadels, der es an reaktionären Beſtrebungen nicht fehlen ließ.

In Baden war nun die Stimmung eine höchſt eigenthümliche. Neben dem Konſtitutionalismus auf der breiteſten Grundlage (der Volksſouveränetät?) gaben ſich raſch aufeinander folgende republikaniſche Demonſtrationen kund. Zugleich aber zeigte ſich die ſchlaue Vorſicht der Regierungen, allmählig unter Scheinvorwänden immer mehr und mehr fremde Truppen in's Land zu ziehen, obwohl die unermeßliche Majorität des Volkes für die konſtitutionelle Regierung ſein ſollte.

Seltſam iſt es, daß in der Deutſchen Zeitung, außer in dem bloßen Abdruck der Volkswünſche, keine weitere Notiz von den höchſt intereſſanten Vorgängen des wichtigen Tages der Offenburgerverſammlung genommen wurde. Fürchtete ſie durch Schilderung der demokratiſchen Haltung der Verſammlung, die dem Hiſtoriker als ein gewichtiges hiſtoriſches Faktum gegenüberſtand, mit ſich ſelbſt in ſpätern Artikeln, beſonders bei der Verſicherung des Konſtitutionalismus in Baden in Widerſprüche zu gerathen? — Die D. Z. hätte eher auf dieſe Frage eingehen dürfen, als auf die, was wohl der Papſt bei dem gegenwärtigen Zuſtand der Dinge denken möge*).

Am gleichen 19. März, dem Tage der Offenburgerverſammlung, kam die Nachricht herum, die badiſche Regierung hätte von der würtembergiſchen eine Truppenſendung erbeten, alſo noch ehe die Genehmigung der Kammer zu ſolchen Schritten da war. Schon am 20. verſammelten ſich über 10,000 Männer in Donaueſchingen, wo ſie erklärten, ſolche Sendungen nicht dulden zu wollen. Selbſt die D. Z. mußte geſtehen, daß ſich die Verſammlung bedeutend zur Republik hinneigte.

Am 21. März ſetzte Ueberlingen ſeinen Vertreter Trefurt ab. Auch Junghans I. trat zurück und wenige Tage ſpäter wurde Buß abgeſetzt. Zugleich zeigte Markgraf Wilhelm die Demiſſion ſeiner Befehlshaberſtelle des 8ten Armeekorps an.

Am 24. März war nun die merkwürdige Kammerſitzung, in

*) Siehe D. Z. vom 1. März, leitender Artikel.

der Miniſterpräſident Bekk*) der Kammer die Zuſammenziehung von Truppen am Rhein anzeigte, zur Sicherung der Gränze gegen Freiſchaaren deutſcher Arbeiter, die unter Herwegh's Leitung von Paris aufgebrochen waren, um allfällige republikaniſche Bewegungen zu unterſtützen. Eigenthümlich iſt die Erſcheinung, daß Bekk dieſe Anzüge für gefahrlos erklärte, um die Kammer glauben zu machen, daß die Truppenzuſammenziehungen unbedeutend ſein würden. Bekk gebrauchte die Worte: „die Abſicht der Deutſchen in Paris gehe vielmehr dahin, **im Fall einer Reaktion** gegen die Bewegung in Deutſchland der Freiheit ihren Arm zu leihen." Und gegen dieſe Freunde fand Bekk ſich bewogen, Truppen zuſammenzuziehen, das 4te Regiment aus Mannheim abzurufen und ein heſſiſches und naſſauiſches Regiment zu „erbitten"! Erbauliche Heuchelei einer Politik, die ſich auf das Volk beruft, um ihre Handlungen zu rechtfertigen und zugleich ſich nicht ſcheut, die freie Aeußerung des Volkswillens mit Gewaltmitteln zu hemmen. Die unentſchiedene Kammer ging auf dieſen Vorſchlag wie auf ein von Bekk erbetenes Vertrauensvotum ein. Selbſt Hecker und die Entſchiedenen legten nicht einmal Proteſt gegen dies Verfahren ein. Hecker begnügte ſich zu ſagen, er gebe kein Votum, bis die Forderungen erfüllt ſeien. Bei der Abſtimmung ſtimmten alle Mitglieder zu.

Am 25. wurde eine Kommiſſion zu einem nochmaligen Geſetzentwurf über Bürgerwehr ernannt, da durch den zweiten Regierungsentwurf wieder die Landwehr in eine von den Behörden abhängige Polizeianſtalt verwandelt wurde. — Am gleichen Tage, einen Tag nach der, der Kammer vorgeheuchelten optimiſtiſchen Anſicht der Dinge, ruft die Regierung, „beunruhigender Gerüchte wegen", die übrigen Staaten des 8ten Armeekorps (Würtemberg und Heſſen) um Zuzug, da die eigenen Truppen nicht hinreichten, die Gränzen gehörig zu decken und zudem die Bundesfeſtung Raſtatt zu beſetzen**).

Sonntag den 26. März fand nun die durch die Angriffe der

---

*) Dem die republikaniſche Verſammlung ſchon etwas verdächtig vorgekommen ſein mochte.

**) Während in ſervilen und konſtitutionellen Blättern die Zahl der Ankommenden immer auf bloße 6 — 800 angegeben wurde.

D. Z. wie der konstitutionellen Partei bekannte bedeutende Heidelbergerversammlung statt. Die republikanischen Führer Hecker und Struve waren nicht in Heidelberg. Hecker war in der Kammersitzung desselben Tages und Struve zu der Versammlung in Freiburg gezogen. Dennoch wird jeder Unbefangene leicht finden, daß die Heidelbergerversammlung, so gut als die in Offenburg, eine entschieden republikanische Färbung hatte.

Die Angekommenen wurden von Heidelberg's biedern Bürgermeister Winter*) empfangen. Gleich wurden Ausschüsse gewählt, die ein Programm für die Versammlung beschlossen**). Um 11½

*) Einem Manne, der in jahrzehntlanger Bemühung es dazu brachte, daß die früher höchst gleichgültige Bürgerschaft von Heidelberg völlig umgestimmt wurde. Winter war lange Jahre Kammermitglied und hatte sich in unermüdeter wirksamer Thätigkeit vielfach um das badische Volk verdient gemacht. So hatte er z. B. im Jahr 1819, dem Geburtsjahr der badischen Konstitution, eine treffliche Motion für Preßfreiheit vorgetragen. Als Bürgermeister genoß er eine solche Achtung und Liebe, daß er in Heidelberg in Anerkennung seiner Verdienste von Allen „Vater Winter" genannt wird.

**) 1) Annahme der Offenburger-Beschlüsse, welche nochmals verlesen werden sollten.

2) Folgende neue Forderungen des Volkes: Daß das deutsche Parlament —

I. Die von demselben zu entwerfende neue Verfassung Deutschlands auf den Grundlagen der föderativen Republik (des republikanischen Bundesstaats) feststelle, und durch eine Reihe von Gesetzen, welche ganz Deutschland gemeinsam umfassen, allen gerechten Forderungen des Volkes Genüge leiste.

II. Daß dasselbe unter den vielen Gegenständen, welche neu zu gestalten sein werden, vor allen Dingen

1) die Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heeres zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr;

2) die vollste Preßfreiheit;

3) das Schwurgericht;

4) gleiche Berechtigung ohne Unterschied des Glaubens — anordne, überwache und leite.

III. Zu den mannigfaltigen Forderungen, welche das deutsche Volk aller Orten aufstellt, fügt dasselbe folgende hinzu:

Das Volk verlangt:

1) Sicherstellung der persönlichen Freiheit des Bürgers durch ein besonderes Gesetz („Habeas-corpus-Acte"). —

2) Vollständige Trennung der Kirche vom Staate.

Uhr zog die Menschenmasse auf das Schloß. Es waren da Leute aus allen Städten Badens, aus dem Odenwald, beiden Hessen, Nassau, Würtemberg, Baiern und aus mehrern Theilen Norddeutschlands. — In Abwesenheit Winter's wurde Buchhändler Hoff aus Mannheim, der entschiedene Republikaner, zum Präsidenten gewählt und eröffnete die Versammlung mit einigen einleitenden Worten über den Zweck derselben. Ehe man nun das Programm des Festes vortrug, las der treffliche Mainzer Dr. Strecker die Offenburgerbeschlüsse vor, die dann auch mit allgemeinem Jubel aufgenommen wurden. Besonders gefiel der Zusatz: daß die Pfaffen zu viel und die Lehrer zu wenig haben. Hierauf kam Winter an, dem Hoff sogleich das Präsidium abtrat und der dann in kernigen Worten mit treffendem Witz die Verfallenheit des monarchischen Systems mit der morschen Ruine verglich und offen und entschieden für die Republik sprach. Nach ihm sprachen Welker und Mittermaier gegen die Republik und für die konstitutionelle Monarchie. Mittermaier sprach gut, doch zu lange und zu gelehrt. Nach Mittermaier sprach Kapp, der auf die bekannte rücksichtslose Weise sich offen für die Republik aussprach.

Nun kam die Tagesordnung. Scholz von Mainz las die Offenburgerbeschlüsse zur Abstimmung vor, die dann auch alle einstimmig angenommen wurden. Nun brachte Hoff die neuen Forderungen vor. — Beim ersten Satz*) entspann sich eine heftige De-

---

3) Augenblickliche Aufhebung aller, auf der Benützung von Flüssen und Straßen ruhenden Abgaben.

4) Sofortige Erleichterung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes.

Die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Besitzungen vieler Körperschaften, so wie die Domänen des Landes bieten dazu reiche Mittel.

IV. Das Volk erkennt in der Verwirklichung der zu Offenburg beschlossenen Organisation vaterländischer Vereine die kräftigste Bürgschaft für die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit, und erwartet von der Vaterlandsliebe aller Deutschen, daß sie diese Organisation rasch und kräftig verwirkliche.

*) „Das Volk fordert, daß die von dem Parlamente zu entwerfende neue Verfassung Deutschlands auf der Grundlage der föderativen Republik (des republikanischen Bundesstaats) festgestellt werde, und daß das Parlament durch eine Reihe von Gesetzen, welche ganz Deutschland gemeinsam umfassen, allen gerechten Forderungen des Volkes Genüge leiste."

hatte, an der sich besonders Scholz, Mittermaier, Küchler von Heidelberg, Vater Winter und Hoff betheiligten. An die Stelle des beantragten Satzes wurde von der Versammlung ein anderer angenommen, welcher lautete:

„Die Mehrheit der Heidelbergerversammlung ist überzeugt, daß das deutsche Volk für die nordamerikanische Verfassung reif ist und sie wünscht."

Die übrigen Vorschläge wurden alle unbedingt angenommen. Hier wie in Offenburg kamen noch aus dem Volke zwei Vorschläge: „Abschaffung des Adels" und „Allgemeines Niederlassungs- und Staatsbürgerrecht in Deutschland", die dann auch beide mit stürmischem Jubel angenommen wurden.

Nach der Abstimmung über die letzten Punkte verlas Dr. Strecker eine Protestation gegen den Gedanken Friedrich Wilhelm IV., sich zum deutschen Kaiser aufzuwerfen, die dann auch später vielfach unterzeichnet wurde. Nach einigen begeisterten Reden von Dr. Eller aus Mannheim und Buchhändler Hoff schloß die Versammlung, in der das Wort Republik, wenn auch Manchem noch fremd, doch Allen sehr nah an's Herz gerückt wurde. Daß man die Sache der Republik wollte, zeigen alle Beschlüsse. Gegen den Passus I in der veränderten Fassung erhob nun die D. Z., die wieder über die Versammlung selber und ihren Gehalt kein Wort erwähnte, einen kleinlichen Streit, den sie mit den kleinlichsten Mitteln führte. Man sah ihr deutlich an, wie sie vor dem energischen Volkswillen schauderte und auf die alte vornehme Weise auf diese sogenannten Wühlereien herabsah und an den Darmstädter Konstitutionalismus appellirte. Sie wurde aber von den Republikanern kräftig widerlegt*). Die Heidelbergerversammlung hatte ernste Gedanken in's Volk geworfen. Was die Zahl der Theilnehmer betrifft, so gibt selbst die D. Z. 25,000 an.

Am gleichen Tag kam die Nachricht, daß die letzten Glieder der Camarilla pensionirt, dieselbe also gesprengt war.

Die Freiburgerversammlung, über deren Theilnehmerzahl die Nachrichten verschieden sind — 20,000 bis 40,000 — fand am gleichen 26. März statt, an dem das Volk in Heidelberg tagte.

---

*) Siehe hierüber D. Z. vom 28. März, S. 702, und Deutsche Volkszeitung, zweite Probenummer, vom 29. März, S. 9 — 13.

„Die Stadt war dem Feſte gemäß geſchmückt; vom Münſter flaggte die Fahne deutſcher Einheit, ſelbſt an dem geringſten Häuschen erblickte man das Farbenzeichen, welches ſich endlich zur Geltung erhoben hat. Der geräumige Münſterplatz war überfüllt von Menſchen, man ſchlägt ihre Zahl über 40,000 (?) an. Arndt's Lied: „Was iſt des Deutſchen Vaterland" eröffnete die Verſammlung; hierauf hieß der Abgeordnete Mez dieſelbe im Namen der Stadt willkommen; wobei er an eine ähnliche Verſammlung erinnerte, die auf demſelben Platze im J. 1248 ſtattfand. Hierauf ſprachen nach einander Rotteck aus Freiburg, Struve aus Mannheim, v. Weiſſeneck aus Freiburg, Reich, Torrent und zwiſchen ihnen wiederholt der Präſident Mez. Struve regte die Frage der Republik an. Er verwies auf die trübe Zeit, welche zwiſchen den Jahren 1815 und 1848 lag, bezeichnete das Regierungsſyſtem dieſer Periode durch die Worte: Knechtung, Verdummung und Ausſaugung des Volks, bezeichnete als Wahlſpruch der anbrechenden beſſern Zeit die Worte: Wohlſtand, Bildung, Freiheit für Alle, ohne Unterſchied des Standes, der Geburt und des Glaubens, und führte mit beſonderer Hinweiſung auf den Verfaſſungsumſturz in Hannover und die Metzeleien in Wien und Berlin aus, daß die Urſache aller Uebel, welche auf Deutſchland laſteten, in der einherrſchaftlichen Regierungsform beruhe. Darauf richtete er die Frage an das Volk, ob es mit der Einherrſchaft brechen, auf immer brechen wolle? Ein donnerndes, vieltauſendſtimmiges „Ja" war die Antwort des Volkes. Nun erinnerte der Redner an das demnächſtige Zuſammentreten eines deutſchen Parlaments in Frankfurt und richtete an das Volk die zweite Frage, ob es an dieſes Parlament das Verlangen richten wolle, die von demſelben zu unternehmende neue Verfaſſung Deutſchlands auf den Grundlagen der föderativen Republik (des republikaniſchen Bundesſtaats) feſtzuſtellen? Auch dieſe Frage wurde durch ein vieltauſendſtimmiges, donnerndes „Ja" beantwortet. Nur ein gewiſſer Kuenzer legte von einem entfernten Balkone eine Verwahrung gegen jede Abſtimmung Seitens des Volkes ein. Dies rief eine ungemeine Erbitterung hervor. Unter dem Volke befanden ſich Soldaten der Freiburger Garniſon. Einer derſelben zog ſein Faſchinenmeſſer und drohte damit dem Manne, der es wagte, eine Verwahrung gegen den Volkswillen einzulegen. — Auch eine Antwort

an Friedrich Wilhelm IV. von Preußen wurde durch Struve verlesen und mit dem hellsten Beifalle aufgenommen.

Die vom Volke gefaßten Beschlüsse folgen unten*)."

*) „Das Volk verlangt Bürgschaften, daß ähnliche Schlächtereien, wie sie zu Wien und in noch weit schrecklicherem Maße zu Berlin stattfanden, sich nicht wiederholen können. Diese Bürgschaften werden ihm nur zu Theil werden, wenn das zu erwartende deutsche Parlament die Zustände Deutschlands von Grund aus verbessert.

Das deutsche Volk verlangt eine Verbesserung an Haupt und Gliedern, daher vor allen Dingen, daß das zu erwartende deutsche Parlament:

I. Die von demselben zu entwerfende neue Verfassung Deutschlands auf den Grundlagen der föderativen Republik (des republikanischen Bundesstaats) feststelle, und durch eine Reihe von Gesetzen, welche ganz Deutschland gemeinsam umfassen, allen gerechten Forderungen des Volkes Genüge leiste;

II. daß dasselbe unter den vielen Gegenständen, welche neu zu gestalten sein werden, vor allen Dingen

1) die Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heeres zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr;

2) die Preßfreiheit;

3) das Schwurgericht;

4) gleiche Berechtigung aller Bürger ohne Unterschied des Glaubens anordne, überwache und leite.

III. Zu den mannigfaltigen Forderungen, welche aller Orten aufgestellt werden, fügt das deutsche Volk hinzu:

1) Sicherstellung der persönlichen Freiheit des Bürgers durch ein besonderes Gesetz („Habeas-corpus-Acte").

2) Vollständige Trennung der Kirche vom Staate und insbesondere Uebertragung und Führung der bürgerlichen Standesbücher an die weltlichen Behörden.

3) Freigebung der Wahl der Geistlichen und Bürgermeister.

4) Augenblickliche Aufhebung aller, auf der Benutzung von Flüssen und Straßen ruhenden Abgaben, sowie Aufhebung sämmtlicher, die verschiedenen Theile Deutschlands trennender Zollschranken.

5) Sofortige Erleichterung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, und vorzüglich Hebung des Handels, des Gewerbstandes und der Landwirthschaft.

Die bisherigen ungeheuern Civillisten, Apanagen, die unverdienten und zu hohen Besoldungen und Pensionen, die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Besitzungen vieler Körperschaften, sowie die Domänen des Landes bieten dazu reiche Mittel.

IV. Das Volk erkennt in der Verwirklichung der zu Offenburg beschlossenen Organisation vaterländischer Vereine die kräftigste Bürgschaft für die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit und erwartet von der Vaterlandsliebe aller Deutschen, daß sie diese Organisation rasch und kräftig verwirkliche."

Dieſe Vorſchläge wurden von der Verſammlung mit Jubel begrüßt und alle faſt einſtimmig zum Volksbeſchluſſe erhoben.

Von der Volksverſammlung zu Freiburg wurden ferner die in Offenburg gewählten Männer als Mitglieder des Central-Ausſchuſſes für den allgemeinen Volksverein beſtätigt und neue dazu gewählt.

Die Verſammlung wiederholte die Forderung zur Beſſerſtellung der deutſchen Volksſchullehrer auf das Kräftigſte und beſchloß, die allgemeine Volksbewaffnung auf das Schnellſte überall in's Leben zu rufen.

Die Kammerſitzung deſſelben Tages über Bundesvertretung, durch augenblickliche Wahl von Vertretern an den Bundestag (die auch nicht erfolglos blieb, da Buhl's hierauf bezüglicher Antrag angenommen wurde), iſt durch folgenden Ausſpruch Hecker's intereſſant, in dem er der Reichsverfaſſung ſchon damals den ſelbſtſtändigen, republikaniſchen Charakter gibt, den jetzt die ganze ſogenannte Linke im Parlamente ihr ſchaffen will. Hecker ſprach: „Der Schwerpunkt muß in der Nation, in dem Rathe der Repräſentanten liegen. Dieſer ſoll den Reichsvollzieher ernennen und das Bundesgericht wählen. Endlich muß ein verantwortliches Bundesminiſterium beſtehen und der Reichsvollzieher vor einem Reichsgericht verantwortlich ſein (?). Wird es anders, ſo wird es zum zweiten Mal wahr, daß Sagunt verloren iſt, während Rom beräth. Erwägen Sie, daß wenn nicht in 3—4 Wochen der Nation ein Sammelpunkt gegeben iſt, es vielleicht zu ſpät ſein wird." — Beſonders intereſſant iſt dieſe Sitzung durch eine Thatſache, die Hecker in ſeiner Schrift „die Erhebung des Volkes in Baden" erzählt, wie folgt: „Von Abgeordneten der äußerſten Linken waren nur drei anweſend; Miniſter Bekk trat ein und eröffnete nun nach gezogener Einleitung, daß die Wahlen zum deutſchen Parlament unverzüglich ausgeſchrieben und vorgenommen werden müßten, und verlas den Entwurf eines Reſcripts, wornach die Mitglieder der erſten (Ariſtokraten- und Regierungs-) Kammer mit den Mitgliedern der 2ten Kammer und endlich aus jedem der 63 Wahlbezirke 2 weitere Individuen, welche von den Wahlmännern, die die gegenwärtige 2te Kammer erwählt hätten, erkoren werden ſollten, zuſammentreten und zur konſtitui-

renden Reichsverſammlung Abgeordnete ernennen ſollten; dabei eröffnete er, daß er über dieſes Projekt bereits mit verſchiedenen Abgeordneten, namentlich Welker und Baſſermann, geſprochen und dieſe ſich ganz einverſtanden erklärt hätten. Meine Erbitterung über dieſe offenbare Volkstäuſchung bei Anlaß eines ſo hochwichtigen Aktes läßt ſich nicht beſchreiben; der dahinterliegende Kniff war zu platt. Mit dieſem Kollegium kamen lauter Miniſterielle, Ariſtokraten und Servile, das konnte nicht fehlen, als Parlamentsmitglieder zum Vorſchein. Es ſollte alſo bei der Berathung der Grundform eines Staates nicht nur dem Volke ſein Wahlrecht wegescamotirt, es ſollten zu jener Verſammlung Leute geſchickt werden, welche lediglich Regierungsgeſchöpfe waren. Da war es nun wieder ein Mathy, welcher dieſes elende Machwerk vertheidigte. Mit aller Entrüſtung erhob ich mich gegen dieſe Volksbetrügerei, deckte den ganzen im Hintergrunde liegenden abſcheulichen Plan auf, drohte, wenn ein ſolches Wahlausſchreiben ergehe, durch Flugblätter und Volksverſammlungen das Volk über den geſpielten Streich aufzuklären und dafür einzuſtehen, daß eine Reihe Wahlbezirke gar nicht wähle. Da wurde den Herren etwas flau zu Muthe, ſelbſt Blankenhorn und Denning, welche ſonſt auf Bekk als Herrn und Meiſter ſchwuren, ſprachen ſich gegen das Projekt aus, Peter unterſtützte mich mit aller Kraft, und ſo fiel dieſer heilloſe Plan in's Waſſer."

Am gleichen Tag übergaben, neben einer Fluth von andern Petitionen, auch 298 Soldaten eine ſolche, in der ſie humane Behandlung ꝛc. verlangten. Sie erſchienen ſelber in der Kammer und folgten den Weiſungen ihrer Offiziere, den Saal zu verlaſſen, nicht.

Ein weiterer Vorfall half dieſen Tag zu einem der intereſſanteſten in der neuern Geſchichte zu machen. Ein Regierungsblatt verkündete das Verbot, Privatvereine zur Volksbewaffnung zu bilden, welches eben nur ein frommer Wunſch war, indem aller Orten die Volksbewaffnung durch Privatbemühungen angeregt wurde und oft durch dieſelben in's Leben trat, da die Regierung mit Waffenlieferungen ſich nicht beeilte.

Am 28. März wurde der neueſte vernünftige Landwehrgeſetzesentwurf der Kommiſſion (Berichterſtatter: Hecker) einſtimmig angenommen.

An demſelben Tag wurde in Waldshut eine Volksverſammlung

für die zweite Abtheilung des Oberrheinkreiſes abgehalten (Schopfheim, Säckingen, St. Blaſien, Waldshut, Jeſtetten). Sie war von 6—7000 Mann beſucht. Die Offenburgerbeſchlüſſe wurden angenommen, der Abgeordnete Buß entſetzt und der proviſoriſche Ausſchuß des Vaterlandsvereins beſtätigt. Auch die Freiburgerbeſchlüſſe wurden angenommen mit dem beigeſetzten Verlangen einer Reviſion der Zollvereinsgeſetzgebung, Abſchaffung mehrerer Mißbräuche und der Anerkennung, daß die Föderativrepublik die einzig vernünftige, für Deutſchland paſſende Regierung ſei. Auch dem Proteſt an Friedrich Wilhelm IV. trat man bei.

Am 29. ſtellte der Abgeordnete Baum den Antrag, die Truppen der Altersklaſſen von 1818—1821 einzuberufen, weil Gefahren vorhanden ſeien. General Hoffmann erklärte: „es komme eine Zeit, in der man geübte Truppen brauche, doch hoffe er, daß man dieſelben in kurzer Zeit entlaſſen und die Bürgerwehr eingeübt ſein könne.“ Der Widerſpruch von Peter, Brentano, Welte und Richter half nichts. Das Geſetz wurde gegen eine Minorität von 5 Stimmen angenommen.

Am gleichen Tage war noch eine durchaus republikaniſche Kreisverſammlung in Engen, die von 2500—3000 Männern beſucht war, wobei aber mindeſtens 150 mit ſchriftlichen Vollmachten ihrer Gemeinden verſehene Bürgermeiſter und Gemeindeabgeordnete waren. Das Gegenmehr in den republikaniſchen Anträgen hatte kaum ein Dutzend Hände. Es wurden 12 Abgeordnete an's Parlament in Frankfurt ernannt, welche für Einführung einer deutſchen Republik zu ſtimmen hatten.

So ſtand es in Baden. Die Vorgänge dieſer letzten Wochen zeigen, daß die badiſchen Republikaner ſich auf das Volk berufen durften. In Frankfurt, wohin aus allen Regionen Deutſchlands ſchaarenweis die ſogenannten Volksmänner hinliefen, ſollten nun die Schritte beſprochen werden, die ganz Deutſchland die bisher nur auf dem Papier verſprochenen Freiheiten für alle Zukunft garantiren ſollten.

VI.

Die Frankfurterverſammlung.

Die alte freie Reichsſtadt Frankfurt, eine der vier ſogenannten deutſchen Republiken, hatte ſich zum Empfange der Gäſte aus ganz Deutſchland mit einem Fahnenmeer und unzähligen Laubgewinden feſtlich herausgeputzt. Wenn die Frankfurter Geldariſtokratie mit Schmerzen daran dachte, daß die alte Stadt den Strahlenglanz diplomatiſcher Größen verlieren, aus dem Wohnort dieſer Erdengötter in eine bloße deutſche Stadt verwandelt werden könnte, worin alle Vorzüge durch Geburt und Geld aufhören würden, ſo läßt ſich denken, daß die Republik bei den Bürgern wenige Gönner fand, die Idee, eine Reſidenz des konſtitutionellen Kaiſers zu bekommen, mit Begeiſterung ergriffen wurde und die wärmſten konſtitutionellen Geſinnungen anregte. — Wie ſehr die Frankfurter den Ernſt der Zeit erkannten, wo es vor Allem darauf ankam, der Nation einen feſten demokratiſchen Mittelpunkt zu ſchaffen, zeigt die Bereitwilligkeit, mit der ſie die unſinnige Anzeige aufnahmen, daß die Verſammlung nur zwei Tage dauern dürfe, um ebenfalls ein Gaukeleiprogramm feſtzuſtellen, damit die lieben Gäſte nicht unzufrieden fortzögen. Am erſten Tag große Oper und am zweiten große Illumination als Anerkennung der von der Verſammlung erwarteten großen Thaten — und dann fertig.

Schnelle Reſultate, die man erwartete, wären bei einer viel ſorgfältigeren Zuſammenſetzung der Verſammlung, bei noch größerer Uebereinſtimmung der Majorität, unmöglich geweſen. In der Art aber, wie die Zuſammenſetzung dieſer ſogenannten vorberathenden Verſammlung ſtattfand, war leicht einzuſehen, daß von dem wahren Zweck derſelben, Bürgſchaften für die Erhaltung der Freiheit aufzuſtellen, kaum die Rede ſein konnte. Die Verſammlung

ſollte aus zwei Elementen beſtehen, aus den Mitgliedern deutſcher Ständekammern und aus ſogenannten Volksmännern. Was die Ständemitglieder betrifft, ſo war bekannt, wie die badiſche Kammer, die allen andern ſo unendlich vorangeſchrittene, freiſinnige, jahrelang impotent war, da durch die bekannten Regierungsmittel, Cenſur, Pfaffeneinfluß und beſonders die Beamtenwirthſchaft früher eine große reaktionäre Minorität in derſelben war und Leute wie Buß und Junghans I. erſt ſeit Kurzem aus derſelben ausgeſchieden waren. So ſtand es mit der badiſchen Kammer, deren energiſches Auftreten nicht ihr, ſondern dem ſtürmiſchen Volkswillen zu verdanken war, und ebenſo und noch viel ſchlimmer ſtand es mit der württembergiſchen, bairiſchen, naſſauiſchen, den heſſiſchen ꝛc. Kammern. Die Schuld lag freilich nicht ſowohl an der ſogenannten Oppoſition, als in der Art, wie die konſtitutionelle Regierungsweiſe durchgeführt wurde.

Wenn aber dieſe Kammermitglieder noch am meiſten Beruf hatten, an der Verfaſſungsfrage ſich zu betheiligen, um ihrer oft jahrzehntelangen, wenn auch meiſt wirkungsloſen Theilnahme an den vaterländiſchen Intereſſen willen, ſo boten dagegen die ſogenannten Volksmänner einen wunderlichen Anblick dar. Daß in keiner Weiſe ein Maß eingehalten war, zeigt die Thatſache, daß jedes Neſt ſeinen Vertreter ſchickte, daß ein etwas bekannter Mann ſeinem Geburtsort, war er auch noch ſo klein, nur zu ſchreiben brauchte: „ſchickt mich hin," und ſiehe, er ward geſchickt; daß neben Männern wie Rob. Blum, Jakoby, Struve faſt alle Korreſpondenten der D. Z. ſich eingefunden hatten. Daß dieſe Verſammlung einige große Prinzipien ausſprach, war wahrhaftig nicht ihre Schuld.

Schon am Vorabend, am 30., zeigte ſich die ganze Unklarheit, Charakterloſigkeit und Inkonſequenz, welche dieſe Verſammlung bezeichnen ſollten. Im Saale des Gaſthofs zum Weidenbuſch, wo die konſtitutionellen Deputirten ſich verſammelten, war eine große Menſchenmaſſe meiſtens Frankfurter Bürger. Unter den vielen langen Reden, deren kurzer Sinn gewöhnlich auf Mäßigung, Vertrauen ꝛc. hinausging, fand beſonders die Rede eines langen, dürren, blaſſen, ſpitznäſigen Hannoveraners (Hofrath) Beifall, der erklärte, *man müſſe vor Allem darauf ſehen, im harmoniſchen Einklang mit den Regierungen zu bleiben, die jetzt doch gewiß*

alles Mögliche gethan haben. Wenn man diese Bahn verlasse, so komme man gewiß in's Unglück." Bei dem anhaltenden Beifallrufen und Klatschen wurde mancher gelbe Glacehandschuh invalid geklopft. — Die republikanischen Versammlungen im Wolfseck hatten, zur Ehre der Deutschen sei's gesagt, einen andern Charakter.

Freitag den 31. März versammelten sich an 5—600 aus allen Theilen Deutschlands zusammengekommene Männer in der Paulskirche. Es war ein Anblick, der die Seele im Innersten ergriff, in dieser bunten Versammlung Repräsentanten der deutschen Geschichte seit den Befreiungstagen zu sehen. Da waren Männer aus der Zeit der Befreiungskriege, ich erinnere an Uhland und den alten Jahn, Männer aus den Reihen der konstitutionellen Kämpfer gegen den Absolutismus, wie Beseler, Dahlmann, Herchenhahn, Jordan, Wippermann, Eisenmann, Willich, Welker, Gagern, Mittermaier, Gervinus ꝛc., und Republikaner der neuen Zeit, wie Itzstein, Robert Blum, Hecker, Struve, Zitz, Jakoby, Vogt aus Gießen, Dr. Strecker, Beisler, Graf Reichenbach, F. W. Schlöffel aus Schlesien, der edle Vater des jungen Berliner Schlöffel, Brentano ꝛc. ꝛc. Römer hielt zu der konstitutionellen Mehrheit. Zum Präsidenten wurde Mittermaier mit vier Vizepräsidenten ernannt.

Die von dem badischen Volke gewählten Vertreter desselben hatten die verschiedenen Beschlüsse der badischen Volksversammlungen in ein Programm *) zusammengebracht und erwarteten, daß

*) Eine lange Zeit tiefster Erniedrigung lastet auf Deutschland. Sie läßt sich bezeichnen durch die Worte: Knechtung, Verdummung und Aussaugung für das Volk, Willkürherrschaft, Reichthümer und Ehren für die Machthaber und ihre Schergen. Unter dem Einflusse dieses Systems der Tyrannei, welches noch immer, wenn auch in seiner Kraft gebrochen, doch dem Wesen nach fortbesteht, ist Deutschland mehr als einmal an den Rand des Verderbens gebracht worden. Es hat viele seiner schönsten Provinzen verloren, andere werden schon auf's schwerste bedroht Die Noth des Volkes ist unerträglich geworden. Sie hat sich in Oberschlesien bis zur Hungerpest gesteigert.

Daher haben sich alle Bande gelöst, welche das deutsche Volk an die bisherige sogenannte Ordnung der Dinge geknüpft hatten, und es ist die Aufgabe der Versammlung deutscher Männer, welche sich am 31. März l. J. zu Frankfurt a. M. vereinigt hat, neue Bande vorzubereiten, mit denen das gesammte deutsche Volk zu einem freien und großen Ganzen umschlungen werden soll.

die Verſammlung dieſe wichtigen Fragen gleich in den Kreis ihrer Berathungen aufnehmen würde. Dies Programm der republikani-

---

Sicherheit des Eigenthums und der Perſon, Wohlſtand, Bildung und Freiheit für Alle ohne Unterſchied der Geburt, des Standes und des Glaubens iſt das Ziel, nach welchem das deutſche Volk ſtrebt. Die Mittel, zu demſelben zu gelangen, ſind:

1) Aufhebung der ſtehenden Soldatenheere und Verſchmelzung derſelben mit der Bürgerwehr zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfaſſenden Volkswehr.
2) Aufhebung der ſtehenden Heere von Beamten und Erſetzung durch eine wohlfeile Regierung, welche aus freigewählten Volksmännern beſteht.
3) Abſchaffung der ſtehenden Heere von Abgaben, welche an dem Marke des Volkes zehren, insbeſondere aller derjenigen Abgaben, welche den innern Verkehr Deutſchlands hemmen, Binnenzölle und Schifffahrtsabgaben, welche die Landwirthſchaft drücken, Zehnten, Gülten, Frohnden u. ſ. w., welche die Gewerbe belaſten, Gewerbſteuer, Aeciſe u. ſ. w. und Erſetzung derſelben
   a) durch eine progreſſive Einkommens- und Vermögensſteuer, bei welcher der nothwendige Lebensunterhalt frei von allen Abgaben verbleibt;
   b) durch einen an den Gränzen Deutſchlands zum Schutze ſeines Handels, ſeiner Induſtrie und ſeiner Landwirthſchaft erhobenen Zoll.
4) Abſchaffung aller Vorrechte, welchen Namen dieſelben tragen mögen, insbeſondere des Adels, der Privilegien des Reichthums (Cenſus) und der bevorzugten Gerichtsſtände, und Erſetzung derſelben durch ein allgemeines Staatsbürgerrecht.
5) Abſchaffung der Bevormundung der Gemeinden und Erſetzung derſelben durch ein, auf der Grundlage der Selbſtverwaltung ruhendes Gemeindegeſetz.
6) Aufhebung aller Klöſter und klöſterlichen Einrichtungen.
7) Auflöſung des Bundes, welcher bisher beſtand zwiſchen Kirche und Staat und Kirche und Schule, und Erſetzung desſelben durch:
   a) die Grundſätze der gleichen Berechtigung aller Glaubensbekenntniſſe, der ungeſchmälerten Glaubens- und Gewiſſensfreiheit, des freien Aſſociationsrechts, der Selbſtverwaltung der Gemeinden und namentlich des Rechts derſelben, ihre Geiſtlichen, Lehrer und Bürgermeiſter frei zu wählen;
   b) Beſſerſtellung des Lehrerſtandes und gleichmäßigere Ordnung der Pfarrbeſoldungen;
   c) Abſchaffung des Schulgeldes und der Stolgebühren.
8) Abſchaffung der Cenſur, Conceſſionen und Kautionen und Erſetzung dieſer Zwangsanſtalten durch den Grundſatz der Preßfreiheit in ſeiner weiteſten Ausdehnung.
9) Abſchaffung der geheimen und ſchriftlichen Inquiſitionsgerichte und Erſetzung derſelben durch öffentlich und mündlich gepflogene Schwurgerichte,

ſchen Partei, wie es genannt wurde, von Struve vorgebracht, war allerdings hier nicht am Platz, da die Verſammlung in ihrer bunten Miſchung keineswegs befähigt war, in dieſen wichtigen

---

10) Abſchaffung der Hunderte von Beſchränkungen der perſönlichen Freiheit der Deutſchen der verſchiedenen Stände und gleichmäßige Sicherſtellung derſelben durch ein beſonderes Geſetz (Habeas-corpus-Acte, im ausgedehnteſten Sinne des Worts), welches insbeſondere auch das Vereins- und Verſammlungsrecht des Volkes feſtſtellt.

11) Beſeitigung des Nothſtandes der arbeitenden Klaſſen und des Mittelſtandes, Hebung des Handels, des Gewerbſtandes und der Landwirthſchaft.

Die bisherigen ungeheuern Civillisten, Appanagen, die unverdienten und zu hohen Beſoldungen und Penſionen, die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Beſitzungen vieler Körperſchaften, ſowie die Domänen des Landes bieten hierzu reiche Mittel.

12) Ausgleichung des Mißverhältniſſes zwiſchen Arbeit und Kapital vermittelſt eines beſondern Arbeiter-Miniſteriums, welches dem Wucher ſteuert, die Arbeit ſchützt und derſelben namentlich einen Antheil an dem Arbeitsgewinne ſichert.

13) Abſchaffung der tauſendfältig unter einander abweichenden Geſetze des Privatrechts, Strafrechts, des Prozeſſes, des Kirchenrechts und des Staatsrechts, in Sachen der Münze, des Maßes, des Gewichts, der Eiſenbahnen u. ſ. w., und Erſetzung derſelben durch Geſetze, welche, dem Geiſte unſerer Zeit entſpringend, die innere Einheit Deutſchlands in geiſtiger und materieller Beziehung gleichmäßig wie ſeine Freiheit feſtſtellen.

14) Aufhebung der Zerriſſenheit Deutſchlands und Wiederherſtellung der Eintheilung in Reichskreiſe mit billiger Berückſichtigung der Zeitverhältniſſe.

15) Aufhebung der erblichen Monarchie (Einherrſchaft) und Erſetzung derſelben durch freigewählte Parlamente, an deren Spitze freigewählte Präſidenten ſtehen, allein vereint in der föderativen Bundesverfaſſung nach dem Muſter der nordamerikaniſchen Freiſtaaten.

Deutſches Volk, dieſes ſind die Grundſätze, mit deren Hülfe allein Deutſchland, unſers Erachtens, glücklich, geachtet und frei werden kann.

Deutſche Brüder in Oſt und Weſt, wir fordern euch auf, uns in dem Beſtreben zu unterſtützen, euch die ewigen und unveräußerlichen Menſchenrechte zu verſchaffen.

Wir werden in Frankfurt a. M. vereinigt bleiben, bis ein freigewähltes Parlament die Geſchicke Deutſchlands leiten kann. Mittlerweile werden wir die erforderlichen Geſetzesvorlagen entwerfen und durch einen freigewählten Vollziehungsausſchuß das große Werk der Wiederherſtellung Deutſchlands vorbereiten."

Frankfurt a. M., den 31. März 1848.

Angelegenheiten bindende Normen aufzustellen, Struve's Antrag und der ihm folgende von Schaffrath (aus Sachsen)*) wurden daher nach einer ziemlich bewegten Diskussion verworfen. Die 15 Punkte sind oben als Note angegeben, da man sie als vollständiges Programm der deutschen Republikaner ansehen kann und der Vergleich mit den frühern Karlsruher und Offenburger Forderungen mit den Beschlüssen der spätern Volksversammlung die steigende Fluth der Revolution am deutlichsten zeigt.

Eisenmann hatte inzwischen den allerdings zeitgemäßern Antrag gestellt, über die Berufung einer konstituirenden Nationalversammlung sogleich einzutreten. Die Einhelligkeit, mit welcher dieser Antrag angenommen wurde, beweist am besten, daß die Versammlung mit richtigem Takte dem Möglichen, Ausführbaren sich anschloß. Woher hätte sie ihre Berechtigung genommen, auf wen hätte sie sich berufen können? Auf das Volk gewiß nicht, das hatten die Republikaner anderswo in bitterer Kritik über die Versammlung deutlich genug ausgesprochen. Dieses direkte Hinarbeiten auf gewaltsame Revolution, das in diesem zweideutigen Spiele mit der Versammlung immer deutlicher hervortritt, war nicht geeignet, Sympathien für die republikanische Partei zu wecken.

Ehe die Berathung über die Art der Berufung der Nationalversammlung anging, wurden noch verschiedene Zwischenanträge gestellt; so von Schaffrath aus Sachsen gegen das gleich am Anfang der Sitzung ausgegebene Programm der Siebner-Kommission**), dessen einzelne Punkte berathen werden sollten. Er

*) Die frühere Heidelberger-Siebnerkommission durch eine andere zu ersetzen.

**) I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern.
II. Ein Senat der Einzelstaaten.
III. Ein Haus des Volks, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstab von 1 zu 70,000.
IV. Kompetenz des Bundes durch Verzichtung der Einzelstaaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Centralgewalt:
1) Ein Heerwesen,
2) eine Vertretung gegenüber dem Auslande,
3) ein System des Handels, der Schiffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münze, Maß, Gewicht, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen,
4) Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht,
5) Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte.

ſchlug daher vor, eine Kommiſſion zu ernennen, die den Siebner-antrag und weitere Vorſchläge zu prüfen und der Verſammlung Bericht zu erſtatten hätte.

Jetzt da mit unbefangenerem Auge dieſe Ereigniſſe beurtheilt werden können, verſteht es ſich von ſelber, daß die Verſammlung noch viel weniger auf dieſe Punkte eingehen konnte, als auf Struve's Anträge. Die Erklärung der Rechte, die Hecker nach dem Beiſpiele der nordamerikaniſchen Bill of rights von der Verſammlung ausgeſprochen wiſſen wollte, blieb auch nicht aus.

Hecker ſtellte nun den Antrag, die Verſammlung ſolle ſich permanent erklären und in ihren Arbeiten fortfahren, bis die geſetzgebende Verſammlung des Volks zuſammengetreten ſei und in Folge deſſen nach dem Schaffrath'ſchen Antrage die einzelnen Wünſche und Anträge einer verſtärkten Kommiſſion überweiſen und durch ſie der Verſammlung hierüber Bericht erſtatten laſſen, indem er ſich vorzüglich darauf berief, daß man vor Allem eine Volksgewalt hätte begründen ſollen, ehe man, wie in dem Programm, mit dem Bundesoberhaupt begann. Hecker ſchloß mit den Worten: „Zuerſt hätte man die Nationalverſammlung mit ihren Rechten und Befugniſſen ausſtatten oder wenigſtens benennen ſollen, und hätte man dann eine Grundlage gehabt und wir uns ſelbſt die Ehre angethan, ein Volk zu ſein, dann hätten wir die Glieder bis zu der letzten Spitze hinauf ſuchen können. Wenn aber ſchon an der Spitze das Bundeshaupt ſteht, ſo haben Sie ſich gewiſſermaßen ſelbſt die Schlinge um den Hals gezogen, Sie haben ein Souveränetätsprincip an die Spitze geſtellt, aus dem Sie nur Konſequenzen ziehen können und alles Uebrige iſt Nichts." Allgemeines Bravo begrüßte den edeln Redner, als er ſchloß, doch ſeine Anträge wurden verworfen und die Verſammlung ging auf

---

V. Der Beſchluß der Einberufung der konſtituirenden Nationalverſammlung auf obige Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verſtärkten Bundesbehörden.

VI. Ein aus gegenwärtiger Verſammlung zu wählender permanenter Ausſchuß von 15 Mitgliedern iſt beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konſtituirenden Nationalverſammlung zu betreiben. Wenn innerhalb 4 Wochen von heute der Zuſammentritt nicht erfolgt iſt, ſo tritt dieſe Verſammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zuſammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausſchuß die Verſammlung auf einen früheren Termin zuſammenberufen.

die Berathung ein, wie die konstituirende Nationalversammlung herzustellen sei. Nach einer langen Debatte, in der sich besonders Eisenmann, Robert Blum, Gagern (der unter Anderm aber sagte: die ersten Punkte des Programms seien da, um eine Vereinbarung mit den Regierungen zu bewirken; diese zwei ersten Punkte, Kaiser und Fürstenkammer, seien dieselben Grundsätze, welche die 51, die in Heidelberg zusammentraten, damals schon zur Grundlage ihrer Bestrebungen genommen haben), Wesendonk (der u. A. gegen die Annahme des Bundesoberhauptes sprach: „man solle nicht mit dem Dach anfangen, ehe man ein Fundament habe und nicht die Rechte der Fürsten zur Diskussion bringen, ehe von den Rechten des Volks die Rede sei"), Dr. Wiesner aus Wien (der in begeisterter Rede den engen Anschluß Oesterreich's an die deutsche Sache von der Versammlung ausgesprochen wissen wollte), Hecker und Struve auszeichneten, wurden folgende wichtige Punkte beschlossen:

1. Die unmittelbare Einberufung einer konstituirenden Versammlung für Deutschland (eines deutschen Verfassungsrathes). Diese konstituirende Versammlung soll vom ganzen deutschen Volke in Urwahlen erwählt werden, von denen kein mündiger Bürger ausgeschlossen sein soll.

2. In dieser konstituirenden Versammlung sollen auch Schleswig und Ost- und Westpreußen vertreten sein. Bei Gelegenheit dieses Punktes werden folgende Unterbeschlüsse gefaßt:

a. Die Versammlung erklärt Schleswig als mit Holstein staatsrechtlich und historisch verbunden, und verlangt dessen unverzügliche Aufnahme in den deutschen Bund, wie auch, daß Schleswig-Holstein in der konstituirenden Versammlung gleich jedem andern Bundesstaat durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten sei (siehe S. 65 und 66). Fast einstimmig.

b. Die Versammlung verlangt gleicher Weise die unmittelbare Einverleibung von Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund. Fast einstimmig.

c. Die Versammlung will in Bezug auf die Provinz Posen und deren deutsche Einwohnerschaft die Entscheidung für jetzt dahingestellt sein lassen, erklärt aber, daß es die heilige Pflicht Deutschlands sei, die Theilung Polens als ein schreiendes

Unrecht zu erklären, und daß Deutschland mit allen Kräften dahin wirken müsse, Polen wieder herzustellen.

3. Die konstituirende Versammlung soll nach dem Verhältniß von 1 Abgeordneten auf 50,000 Seelen zusammengesetzt werden, jedoch mit der Nebenbestimmung, daß Staaten, welche unter 50,000 Seelen haben, doch einen Abgeordneten senden sollen.

Während in der Kirche über diese Fragen debattirt wurde, bewegte sich das Volk festlich gekleidet zu Tausenden über die festlich geschmückten Straßen. Republikaner und Konstitutionelle bewegten sich ruhig durch einander, nur mit dem Unterschied, daß bei letztern fortwährend eine ängstliche Gereiztheit sich zeigte, die sich auch in den gespannten Gesichtszügen und dem unruhigen Drängen kund gab. Die Konstitutionellen bestanden fast nur aus Darmstädtern, die gratis mit der Eisenbahn nach Frankfurt befördert wurden, und Frankfurtern, während die Republikaner besonders aus Hanau, Mainz, Heidelberg, Mannheim kamen. Unter den letztern, meistens Turner, waren die schönsten männlichen Gestalten mit ausdrucksvollen, oft geistreichen Gesichtern zu sehen. Der männliche Wuchs dieser Leute war besonders durch das Gewand vortheilhaft hervorgehoben. In ihren grauen leinenen Jacken und Beinkleidern mit dem grauen Hut auf dem Haupt zogen sie schaarenweis durch die Stadt. Möge die warme Begeisterung dieser edeln Jugend von rechtem Sinn zum rechten Ziele geleitet werden. Jugendliche Energie im Dienste eines unklaren Fanatismus oder kühler, liebloser Berechnung kann der Freiheit nur vorzeitige Todtenopfer bringen.

In der zweiten Sitzung am 1. April wurde die Berathung über den Wahlmodus für die konstituirende Nationalversammlung fortgesetzt. Einstimmig wurde beschlossen, daß die Wahlen ohne Rücksicht auf Vermögens-, Religions- und Standesunterschiede vor sich gehen sollten. — Eine lebhafte Debatte entstand darüber, ob man auf direkte (Urwahlen) oder indirekte Weise (durch Wahlmänner) wählen solle. Wiesner aus Oesterreich bemerkte hier sehr treffend, daß in bisher absolutistischen Staaten, wo die Leute sich nicht kennen, die indirekte Wahlweise sehr vorzuziehen sei. Der alte Jahn sprach besonders dafür, daß man vom 21. Jahr Wähler und Wahlmann sein dürfe, „denn," sagte er, „wo wir nicht mitrathen, wir auch nicht mitthaten." Sonderbar war es, wie

Viele die Wühlerei bei direkten, Andere wieder bei indirekten Wahlen mehr begünstigt glaubten. Die Erfahrung zeigte den Nutzen der indirekten Wahlweise. Die Versammlung entschied aber: Der Wahlmodus solle den einzelnen deutschen Staaten überlassen bleiben. — Dieser Beschluß hatte 317 Stimmen gegen 194. — Sonderbar war auch, daß einige hohe Herren für Urwahlen stimmten.

Nach der mittäglichen Pause bestimmte die Versammlung noch, daß die konstituirende Nationalversammlung in vier Wochen zusammenzuberufen sei. — Nun ging man auf den von der Siebnerkommission der Heidelberger Versammlung vorgeschlagenen Antrag ein, einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zu wählen, der besonders die Aufgabe hätte, die Wahlen für die Nationalversammlung zu betreiben*), ein Vorschlag, der den Republikanern gefährlich schien, weil sie glaubten, daß einige wenige Leute nicht die Macht haben würden, bei eintretender Ruhe im Volke demselben die errungene Wahlfreiheit zu erhalten. Hecker stellte daher den Gegenantrag, die Versammlung solle sich permanent erklären, aber bedachte nicht, daß die Versammlung in ihrer Zusammensetzung, die er selber bitter genug kritisirt hatte, eben so unfähig wäre, diese Garantie zu leisten und daß bei schnellem Ergreifen der Volkssympathien eine kleine Versammlung jedenfalls energischer und rascher wirken könnte, als eine Versammlung von 5 — 600 Menschen, worin die Debatte über eine wichtige Maßregel vielleicht bei der bunten Zusammenwürflung der Versammlung wohl meistens die Ausführung verhindern könnte. Hecker vertheidigte seine Motion, man solle permanent bleiben, besonders damit, daß in dem Lockerwerden aller bisherigen Bande, bei der totalen Verachtung des Bundestages es heilige Pflicht sei, daß die Nation einen festen Sammelpunkt habe. Die Regierungen und der deutsche Bund seien machtlos, aufgelöst; die beste Maßregel, wenn der Bund sie sanktionire oder in

*) Diesen Ausschuß habe die Bundesversammlung bei Wahrung der Interessen der Nation und bei Verwaltung der Bundesangelegenheiten selbstständig zu berathen und erforderlichen Falls Anträge an denselben zu stellen. Die Bundesversammlung werde eingeladen, über Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritt des konstituirenden Parlaments ausschließlich mit dem Ausschusse, als den Männern des Vertrauens, in Benehmen zu treten, der Ausschuß aber werde beauftragt, bei etwa eintretender Gefahr für das Vaterland, die gegenwärtige Versammlung wieder einzuberufen.

die Hand nehme, sei nicht bloß verdächtig, sondern in die Acht erklärt. Schleswig-Holstein müßte mit dem Schwerte erobert werden, oder man habe das Volk getäuscht, belogen; das sei aber eine Kriegserklärung gegen Rußland. Der preußische Landtag solle sich aufgelöst haben. In so gefahrvoller Zeit müßten wir hier bleiben, bis andere Männer des Vertrauens kämen, um die Regierungen anzutreiben, wenn sie das Rechte nicht thun wollten, oder zu ohnmächtig dazu seien. In so wichtigen Momenten müsse die Nation einen Sammelpunkt haben. Wer Alpha gesagt, müsse auch Omega sagen; sonst sei er ein Schwachkopf, ein Feiger oder Verräther. (Lebhafte Bewegung.) Wenn auch Oesterreich hier nicht vertreten, werde es gleich Preußen uns zuziehen. „Wir wollen zusammenbleiben als Gesammtbürgschaft der Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands. Geschieht dies nicht, wohlan! neben dem Ausschusse wird sich der Ausschuß der Straßen, der Volksversammlungen bilden. (Heftige Unterbrechung.) Darum permanent, permanent!" — Schneider und Raveaux aus Köln sprachen besonders dagegen, daß diese Versammlung sich als eine legale betrachte, da sie ganz auf dem Boden der Revolution stehe und nur durch sie zu Stande gekommen sei. Viele Redner sprachen für Permanenz, und zwar in sehr energischem Tone. Gagern bekämpfte dieselbe, da er sich darauf berief, daß sehr viele Männer ohne bestimmtes Mandat da seien. Die Autorität des deutschen Bundes sei ohnehin schwach, man dürfe sie nicht noch mehr schwächen. Struve erwiederte ihm hierauf: „Weil er den deutschen Bund wolle, wolle er den Bundestag nicht; er sei eine Leiche," worauf Gagern selber zugab, daß der vorige Bundestag allerdings gestorben und eine Leiche sei, daß aber der deutsche Bund fortbestehe und daß der abgestorbene Bundestag durch neue Besetzung das populärste Organ werden könne. Nach einer sehr heftigen Debatte wurde Heckers Antrag auf Permanenz verworfen und Gagerns Antrag angenommen, doch mit der Veränderung, daß man den Ausschuß statt mit 15 nun mit 50 Mitgliedern zu bestellen beschloß.

Am folgenden Tage, dem dritten der Versammlung (2. April), wurde zuerst über den Wahlmodus des Fünfziger-Ausschusses gesprochen. Blums Antrag, die Namen der Ausschußmitglieder auf Zettel zu schreiben, wurde angenommen. Nach diesem Beschlusse

trat Dr. Zitz von Mainz mit folgendem Antrag auf: „Die Verſammlung ſolle erklären: Bevor die Bundesverſammlung die Angelegenheit der Begründung einer konſtituirenden Verſammlung in die Hand nehmen kann, muß ſich dieſelbe von den verfaſſungswidrigen Ausnahmsbeſchlüſſen losſagen und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derſelben mitgewirkt haben." — Die republikaniſche Partei, die nun in der Wahl- und Permanenzfrage nachgegeben hatte, fand ſich zu dieſem Antrag verpflichtet, indem es wahrhaftig hohe Zeit war, ſich einmal ernſt um eine Garantie für die Zukunft umzuſehen. Gleich am Anfang waren die Republikaner ſchon durch die Beſtimmungen der Geſchäftsordnung erbittert, daß die Verſammlung nicht länger als zwei Tage dauern und daß Niemand länger als 10 Minuten ſprechen dürfe. Großes Bedenken erregten auch die früher erwähnten Stellen des Programms, wo von einem Bundesoberhaupt und einem Fürſtenſenat die Rede war, ehe man auf ein „Haus des Volkes" zu ſprechen kam. Die bedeutenden Fragen der Zeit, welche Struve vorbrachte, wurden auch zurückgewieſen, ebenſo der Antrag auf direkte Wahlen und der Permanenzantrag. Nun wurde der Ausſchuß gewählt, der bis zum Zuſammentritt der konſtituirenden Verſammlung die Angelegenheiten der Nation in die Hände nehmen, dabei aber mit dem Bundestag zuſammen arbeiten ſollte, der noch viele reaktionäre Mitglieder in ſeiner Mitte hielt und von den verfaſſungswidrigen Ausnahmsbeſchlüſſen ſich noch nicht losgeſagt hatte. Es wollte etwas heißen, ein Inſtitut zu wählen, das Schirm und Hort für die noch junge Volksfreiheit ſein ſollte. Dazu gehörte aber vor Allem, daß redliche Hüter aufgeſtellt wurden, die mit ernſtem Willen und mit Macht alle Hinderniſſe niederſchlagen wollten und konnten. Man war zu der Ueberzeugung gekommen, daß die höchſte, beſte Garantie in der Volkskraft, in dem Volkswillen liege, der bei ſeiner erſten friſchen Aeußerung das ganze diplomatiſche Gewebe ſiegreich durchbrochen hatte. Es war daher vor Allem nothwendig, den Ausſchuß auf eine ganz vollkommen demokratiſche Grundlage zu bringen, ihn zu einem Inſtitute des Volkswillens zu machen. Das Allererſte, was daher geſchehen mußte, war das offen ausgeſprochene Wort, daß das Volk mit der Vergangenheit gebrochen habe, daß es nun ſelber zu ſeinen Angelegenheiten ſehen und nur

ſolche Männer an ſeinen Intereſſen betheiligt wiſſen wolle, die das Vertrauen des Volkes haben. Die nächſte Folge dieſes Grundſatzes war daher, daß ein Inſtitut, das ein Organ des Volkswillens zu werden beſtimmt war, vor Allem auf der Entfernung der volksfeindlichen Elemente feſt beharre, ehe man die nöthige Thätigkeit entwickeln könne. Das hatten die Republikaner mit rückſichtsloſer Konſequenz eingeſehen, darum ſtellte Zitz dieſen Antrag. Und wahrhaftig, wie weit mochte eine Verſammlung kommen, die nicht einmal wagte, ihre Stellung einzuſehen, die Scheu davor hatte, an den Willen der Nation zu appelliren, die, anſtatt friſch und entſchieden zu ſein und ſich ſtark durch den Volkswillen zu fühlen, nichts Weiteres zu thun vermochte, als vertrauensvoll das Nöthige zu erwarten, und ſtatt fröhlich und energiſch zu handeln, mit der morſchen Hofdiplomatie zu unterhandeln begann und daher in dem bekannten Baſſermann'ſchen Verſöhnungsantrag (der im gleichen Antrag „indem" ſtatt „bevor" ſetzte) einen nichtsſagenden Ausweg zu Stande brachte. Die wahre, eigentliche Verſöhnung wurde durch die Republikaner geboten, die loyal ihre Mitwirkung an dem Beſchluſſe der Majorität nicht verſagten, zugleich aber dem Beſchluſſe den Charakter aufgeprägt wiſſen wollten, der ihm allein gebührte, den demokratiſchen nämlich. Der Unterſchied in den Ausdrücken bevor und indem charakteriſirt die verſchiedene Stellung der beiden Parteien zum bisherigen Bundestag.

Ueber dieſe verſchiedene Faſſung entſpann ſich nun eine heftige Debatte. Struve erklärte: Der Antrag von Zitz ſei That, während der von Baſſermann eine bloße Erklärung ſei. Gagern appellirt an die Redlichkeit der Regierungen, ſo auch Eiſenmann.

Hecker will keine künſtliche Aufregung im Volke, hält es aber um ſo mehr für ſeine Pflicht, darauf aufmerkſam zu machen, daß die Annahme von Baſſermanns Antrag eine wirkliche Aufregung hervorrufen könne. Denn das Volk wolle den Bundestag nicht mehr, das heißt, den Bundestag mit den verdorbenen Elementen, aus denen er gegenwärtig großentheils noch zuſammengeſetzt ſei, Männer wie er und ſeine Freunde könnten unmöglich neben den Männern der Reaktion Platz nehmen und gemeinſam mit denſelben wirken. Es ſei daher Läuterung (Epuration) des Bundestages unumgänglich nöthig; ja, dieſe Läuterung hätte ſchon geſchehen ſollen. Die ſtrengſte Faſſung des Antrags, die von Zitz,

müſſe alſo beibehalten werden, damit ein um ſo raſcherer Beſchluß erfolge.

Die redlichen Erklärungen der Republikaner richteten aber nichts aus. Die Verſammlung beſchloß mit großer Majorität, den Baſſermann'ſchen Antrag anzunehmen. Die entſchiedenſten Republikaner verzweifelten nun daran, daß aus dieſer Verſammlung je etwas Kluges hervorgehen könne. Die Mitunterzeichner des Zitz'ſchen Antrags verließen mit Ausnahme von 7 den Saal und erließen eine Proteſtation an die Verſammlung, die von 79 Mitgliedern unterzeichnet wurde*).

---

*) Vogt aus Gießen, Hecker, Struve, R. Blum, Zitz, Jakobi (aus Königsberg), Schlöffel, Graf Reichenbach, Streker aus Mainz ꝛc.

Verwahrung.

Die unterzeichneten Mitglieder der Verſammlung deutſcher Volksrepräſentanten (?) zu Frankfurt haben in deren Urſprunge und in der Art, wie ſie verwirklicht worden iſt, ein ſelbſtſtändiges Auftreten der Volksſouveränetät erkannt, und haben nur in der Ueberzeugung mitgewirkt, daß darin der Keim eines neuen Staatslebens für Deutſchland zu finden ſei.

Das Programm der Siebnerkommiſſion hat ſie ſchon aufgeklärt, daß ſich der Bundestag zu Frankfurt dieſer Volksrepräſentation bemächtige (?).

Sie trauten der Verſammlung zu, daß ſie ihren eigenen Charakter zu würdigen wiſſen und jedes Einmiſchen eines vom deutſchen Volke mit Verachtung zurückgewieſenen Inſtitutes entſchieden ablehnen werde.

Demungeachtet hat der Gagern'ſche Antrag den Charakter der Verſammlung aus einer Volksrepräſentation in einen von dem ſeitherigen Fürſtenbundestage genehmigten und mit ihm verbundenen Beirath geändert, und der zu wählende Ausſchuß iſt nur ein Kollegium, das der Wirkſamkeit des ehemaligen Bundestages in der öffentlichen Meinung des deutſchen Volkes neuen Eingang verſchaffen ſoll (?).

Wir haben verſucht, dieſen unglücklichen Schritt dadurch zu mildern, daß wir durch den von Blum und Andern geſtellten Antrag ein Glaubensbekenntniß des Bundestages zu vermitteln ſuchten, wodurch deſſen fortwährender Wirkſamkeit und dem volksthümlichen Anſehen des Ausſchuſſes einiges Vertrauen erzeugt werden ſollte.

Auch dieſer Antrag hat die Zuſtimmung der Mehrheit der Verſammlung nicht erhalten. Wir können es daher mit unſerer Ueberzeugung und mit unſerer Verantwortlichkeit gegen das Volk, welches allein wir vertreten, nicht mehr vereinbar finden, mit dieſer Verſammlung in ihrer heutigen Richtung zu wirken, erklären vielmehr auf's Entſchiedenſte, daß wir uns gegen die Wahl und künftige Wirkſamkeit eines Ausſchuſſes verwahren, welcher ſeinen Charakter ändert, und aus Volksrepräſentanten zu Fürſtenräthen

Der Austritt dieſer Männer aus der Verſammlung erregte einen großen Tumult. Die Gallerien wurden leer. Alle drückte die Stimmung, daß ein entſcheidender Schlag geſchehen ſei. Dieſer Austritt, von den Einen erwartet, von den Andern befürchtet, ſchien dem ganzen Stand der Dinge eine neue Richtung geben zu wollen. Die Aufregung, welche dieſer Schritt unter dem Volk hervorbrachte, war gewaltig. Wir werden darauf zurückkommen, wenn die Theilnahme des Volkes an dieſen Tagen erwähnt wird.

In der Verſammlung entſtand wie geſagt nach dem Austritt ein heftiger Sturm, der aber von Raveaux, Vogt und Rob. Blum beſchwichtigt wurde. — Hierauf beſprach man ſich noch beſonders darüber, daß der permanente Ausſchuß vorzüglich dafür zu ſorgen habe, daß eine allgemeine Volksbewaffnung in ganz Deutſchland eingeführt werde, ſo wie daß eine Arbeiterproklamation erlaſſen werden ſollte, worin die Theilnahme der Verſammlung an den Arbeiterintereſſen verkündet würde. Die Ausſchußwahlen betreffend beſchloß man noch, Jeder ſolle auf dem gedruckten Verzeichniß der Mitglieder der Verſammlung diejenigen 50 anzeichnen, für welche er ſtimme. Mit dieſem Beſchluß endigte die Sitzung. — Die beiden letzten in der Eile gefaßten Beſchlüſſe zeigten deutlich, daß der Austritt der Männer große Beſorgniſſe erregt hatte und daß man in dieſem ungewiſſen Augenblicke die Sympathie der Maſſen gewinnen wollte. Es waren das ja ein paar von Struve's Anträgen, die damals zurückgewieſen, jetzt aber in Eile adoptirt wurden.

Im Volk, im eigentlichen Volk, wie die D. Z. ſagte, d. h. nicht in der denkfaulen Bourgeoiſie, erregte der Rücktritt großen Beifall. Wenn Nachrichten hierüber, die nach Baden kamen, nicht ſchon von vornehereiu von der ſpätern Ausgleichung begleitet geweſen wären, ſo würden ſie wie Funken auf Pulver eingewirkt haben. Aber in Frankfurt ſelbſt ſollte dieſe Thatſache große Zuſtimmung finden. Der Beſitzer des Kaffeehauſes zum Wolfseck hatte zwei ſehr große aneinander ſtoßende Säle bauen laſſen, die von dem republikaniſchen Klubb als Lokal angenommen und mit einer Rednerbühne geziert wurden. Dorthin ſtrömten nun alle in Frankfurt anweſenden Republikaner, die aus allen

herabgeſtiegen iſt. Wir verwahren die Rechte des deutſchen Volkes gegen die Handlungen dieſer Verſammlung und gegen alle ihre Folgen.

Frankfurt a. M., 2. April 1848.

Theilen Deutſchlands herkamen. Die Angelegenheiten, die Bedürfniſſe der Zeit wurden dort auf die mannigfachſte Weiſe ausgeſprochen. Mit wenigen, ſeltenen Ausnahmen ſprachen ſich aber alle Redner offen und entſchieden für die Republik aus. Am meiſten Theilnahme fanden die Reden von Hecker, Robert Blum, Struve und Raveaux aus Köln. Alle Abende waren Verſammlungen von 2 — 3000 gebildeten tüchtigen Männern beiſammen, die nur eine entſchiedene Sprache annahmen. Man kann leicht denken, daß die Nachrichten des eben beſprochenen Tages große Aufregung hervorbringen mußten. Allgemein war aber die Stimme: „Die Männer haben Recht gehabt! Man muß einmal Ernſt machen und das ſchmähliche Unterhandeln laſſen!“ Mitten in dem Sturm der Verſammlung warf ein junger Mann den Antrag in die Menge: „man ſolle den Ausgetretenen die volle Zuſtimmung zu ihrem Schritte ausſprechen,“ und motivirte ihn mit kräftigen Gründen. Dieſer Antrag wurde einſtimmig angenommen und eine in dieſem Sinne abgefaßte Adreſſe wäre mit Tauſenden von Unterſchriften bedeckt worden, wenn Andere als der Antragſteller nicht in den erwähnten Antrag noch den Satz hineingebracht hätten, „die Ausgetretenen ſeien aufgefordert, nach eigenem Gutdünken Volksmänner zu berufen und ſo eine Nationalverſammlung zu ergänzen.“ Das war denn doch Vielen zu bunt und gewagt. Thatſache aber blieb, daß das Ereigniß ſelber allgemeine Zuſtimmung bei den Entſchiedenen gefunden hatte.

Am Nachmittag desſelben Tages war in dem drei Stunden von Frankfurt entfernten Hanau eine große Turnerverſammlung. Abgeordnete von mehr als 40 deutſchen Turngemeinden und an 1200 Turner waren da, die von der Hanauer Bürgerwehr und den ſchönſten Jungfrauen in die Kirche geleitet wurden, wo man die Verſammlung halten wollte. Der Zweck derſelben war Aufſtellung eines politiſchen Glaubensbekenntniſſes. Ein junger Mann ſchlug Struve's Programm vor, das denn auch allgemeinen Anklang fand, mit einziger Ausnahme des letzten Punktes, der Aufhebung der Monarchie. An dieſem Punkt entſpann ſich ein hitziger Streit, der auf die Weiſe durch Abſtimmung gelöst wurde, daß ſieben Turngemeinden für den Paſſus und vier dagegen ſich erklärten*). Die Andern behielten das Protokoll offen.

*) Irrthum vorbehalten.

Mit gespannter Erwartung sah man dem Morgen des 3. April, des vierten Sitzungstages, entgegen. Was die Ausgetretenen zusammen besprachen und ausmachten, ist unbekannt, doch läßt sich aus spätern Ereignissen, dem Aufstand in Baden, der Bildung des demokratischen Wahlkomites ꝛc. herausfinden, daß man schon damals nur durch Revolution die Freiheit zu erringen hoffte. Doch war vorauszusehen, daß ein Aufruf an den Volkswillen mit Ausnahme Badens und einiger deutschen Provinzen wenig republikanische Kraft zu Tage gebracht hätte. Alles fühlte sich beengt, in der seltsamen Stimmung der Ungewißheit. Die Konstitutionellen hatten von der republikanischen Partei immer einen Handstreich befürchtet und sehr viele Mitglieder der Versammlung waren zu geneigt, aus dem Rücktritt die gräßlichsten Folgen zu ziehen.

Die Sitzung dieses Tages (des 3. April) begann mit einer Erklärung Mittermaiers, worin er offiziell die Aufhebung der Ausnahmsbeschlüsse verkündigte und zugleich der Versammlung anzeigte, daß diejenigen Mitglieder des Bundestags, gegen welche der gestrige Beschluß gerichtet sei, sogleich ihre Entlassung eingegeben und ihre Regierungen dringend ersucht hatten, den Bundestag neu zu besetzen. Hierauf beschloß die Versammlung — ich gebe hier wörtlich die von Mittermaier ausgegebene, an allen Straßenecken angeheftete Proklamation — „auf einen Versöhnung und Frieden athmenden Antrag Itzstein's, Jordan's u. A., die ausgetretene Minorität sei einzuladen, der Versammlung wieder anzuwohnen, ihnen das Protokoll offen zu lassen, jedem sich Meldenden seine bereits abgegebenen Wahlzettel wieder zurückzugeben, um Aenderungen vorzunehmen, den Schluß der Wahl aber jedenfalls auf 1 Uhr Nachmittags zu bestimmen" (Itzstein verläßt den Saal, um die ausgetretene Minorität zum Wiedereintritte zu bewegen).

Schon ehe Itzstein zu der im holländischen Hof versammelten ausgetretenen Minderheit kam, hatte dieselbe einen Ausschuß als Zentralkomite für die Wahlen zur konstituirenden Versammlung ernannt, welches die Wahlen in republikanischem Sinne zu leiten sich vornahm. In dem Wahlmanifest desselben (der neben dem Ausschuß der Majorität ein Ausschuß der republikanischen Minorität sein sollte, um wie der Majoritätsausschuß seinen Sitz in

Frankfurt aufzuſchlagen) ward ausdrücklich auf die 13 Artikel Struve's hingewieſen, die man als Programm annahm. Das Wahlmanifeſt ſagt ſelber: „Was die Staatsform betrifft, ſo muß es allen denkenden Männern einleuchten, daß nur die freieſte uns in den Beſitz der bezeichneten 13 Forderungen des Volkes zu ſetzen, nur dieſe uns von den zu gleicher Zeit genannten 13 auf unſerm Volke laſtenden Landplagen zu befreien vermag.“ Ein anderer Punkt weist auf friedliche Umgeſtaltung der Dinge hin: „In der Wahlſchlacht wird ſich das Schickſal Deutſchlands entſcheiden!“ Jedenfalls hat dies Komite einen bedeutenden Einfluß, beſonders auf die Wahlen in Preußen gehabt.

Doch auch die Majorität hatte noch vor der Wiedervereinigung einen bedeutenden Schritt gethan, einen Schritt, durch den die konſtitutionelle Partei die Todeswaffe für das eigene Syſtem ſchmiedete. Der badiſche Abgeordnete Soiron hatte nämlich den Antrag geſtellt: „Daß die Beſchlußnahme über die künftige Verfaſſung Deutſchlands der vom ganzen deutſchen Volk zu erwählenden konſtituirenden Verſammlung einzig und allein zuſtehe, mit der fernern Erläuterung, daß dabei an dem Grundſatze der Souveränität des Volkes feſtzuhalten ſei (und es der konſtituirenden Verſammlung überlaſſen bleibe, ob ſie es für nöthig achte, am Schluſſe ihrer Arbeiten mit den Fürſten in Verhandlung zu treten).“

Aeußerſt ſonderbar war es nun, daß dieſe Prinzipienfrage, wie die D. Z. ſelber ſagt, „auf der einen Seite nur Bedenken, auf der andern Seite nur die lebhafteſte Akklamation veranlaßte; eine vollſtändige Diskuſſion aber nicht ſtattfand, — nachdem man vorher über unbedeutende Formfragen Stunden lang diskutirt hatte.“ Die Verſammlung legte außerordentlich viel Werth darauf, dieſen Beſchluß vor dem Wiedereintritt zu Wege zu bringen, der, ſo viel ich mich erinnere, mit geringer Mehrheit angenommen wurde. Dieſe Thatſache iſt leicht zu erklären. Die Vaterlandsliebe, die redliche Geſinnung, die Kenntniß der Zuſtände und der dringenden Nothwendigkeit energiſche Beſchlüſſe zu faſſen, war nicht auf die Ausgetretenen allein beſchränkt. Zudem hatte das höhniſche Lächeln, die unverhehlte Siegesfreude Solcher, die über Nacht aus Monarchiſten Konſtitutionelle geworden waren, und der verächtliche Ton,

mit dem einige Doktrinäre die Volksmänner von oben herab behandelten, einen Stachel in Vieler Herzen zurückgelaſſen! Die Sympathie für eine Staatsform, in der die Organe vom Volke ausgehen, die ihm nicht künſtlich angeleimt werden, ſprach ſich lebendig in dieſem wichtigen Beſchluſſe aus. Die Konſtitutionellen, die höhere Sicherheit in der Stärkung der Krone als in der Macht der Verfaſſung ſahen, darunter alle die doktrinären Apoſtel der reinen konſtitutionellen Monarchie auf breiteſter Grundlage, ſperrten ſich mit allen Kräften gegen dieſen Beſchluß, da ſie die Wichtigkeit deſſelben wohl einſahen, ſo wie daß mit dieſem Hebel ihr ganzes Syſtem geworfen werden konnte. Und dennoch kam dieſer Beſchluß zu Stande, dennoch wurde dies Prinzip ausgeſprochen, welches das Loſungswort des Jahrhunderts iſt. Werden die Konſequenzen dieſes Prinzips auf friedlichem Wege herbeizuführen ſein?

Mit dem Soiron'ſchen Antrag waren zugleich eine Reihe von andern Anträgen aufgetaucht, deren Inhalt übereinſtimmend dahin ging, noch vor der Auflöſung der Verſammlung die weſentlichſten deutſchen Volksrechte als Wunſch in's Protokoll zu legen, die man bei der künftigen Verfaſſung Deutſchlands als unumſtößliche Grundlagen berückſichtigt wünſchte. War die Verſammlung nicht befähigt, Deutſchland eine Verfaſſung zu geben, ſo durfte man doch über die Fundamente ſich ausſprechen und eine „Erklärung der Rechte" der Verfaſſung vorausſchicken. Unter den Anträgen war der von Jaup mitgetheilte und von 70 Mitgliedern unterzeichnete der hervorragendſte; er verlangte als geringſtes Maß der deutſchen Rechte: volle Glaubens- und Religionsfreiheit mit Gleichſtellung aller Konfeſſionen in bürgerlichen Rechten, volle Preßfreiheit, Vereinsfreiheit, freie volksvertretende Landesverfaſſungen, Gleichheit der Steuerpflicht, der Wehrpflicht und des Wehrrechts, gleiche Zulaſſung zu allen Staatsämtern, abzugsfreie Auswanderung, allgemeines deutſches Heimathsrecht, Freiheit der Bildung mit Lehr- und Lernfreiheit, Schutz der perſönlichen Freiheit (Habeas-corpus-Acte), Schutz gegen Juſtizverweigerung, Unabhängigkeit, Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Juſtiz mit Schwurgerichten u. ſ. w. Ein anderer Antrag Venedeys berückſichtigte noch beſonders die Lage der arbeitenden Klaſſen und die Verbeſſerung derſelben; Andere wichen nur in Einzelnheiten oder in der Faſſung von dem Jaup'ſchen Antrage ab. Eine Berathung des Einzelnen

war natürlich hier nicht denkbar; es genügte, dieſe Erklärungen deutſcher Volksrechte der künftigen deutſchen Nationalverſammlung zur Berückſichtigung dringend zu überweiſen.

Während der Debatte kehrte auch die ausgetretene Minorität in die Kammer zurück und wurde herzlich begrüßt. Hecker erklärte auf der Tribüne, daß die Minderheit ſich nach der für das deutſche Volk erlangten Genugthuung und auf die an ſie ergangene Aufforderung der Mehrheit gegen das Vaterland für verpflichtet gehalten habe, ſich wieder mit der Mehrheit zu vereinigen, worauf er mit dem Rufe ſchloß: „Es lebe das deutſche Vaterland!“

Einem Beſchluſſe der Verſammlung: „den aus Frankreich kommenden Polen den Zug durch Deutſchland offen zu laſſen,“ folgten am 4. April, dem fünften Sitzungstage, noch die Ausſchußwahlen. Unter den hervorragendſten Namen der Ausſchußmitglieder ſeien einige erwähnt, um zu zeigen, daß dieſe Verſammlung nicht in der ſervilen, charakterloſen Weiſe zuſammengeſetzt war, wie ſpäter in Blättern und Flugſchriften behauptet wurde, die unmittelbar auf Revolution hinwirkten. Im Ausſchuß waren Männer wie Itzſtein, Rob. Blum, Jakobi aus Königsberg, Simon aus Breslau, Schott aus Würtemberg, Raveaux, Venedey und Stettmann aus Rheinpreußen, Wippermann aus Kaſſel, Hergenhahn aus Naſſau, Heckſcher aus Hamburg, Reh aus Darmſtadt, Wiesner aus Oeſterreich ꝛc. Zu Suppleanten wurden die meiſten Republikaner gewählt (wie Hecker, Struve, Schaffrath, Vogt, Leisler, Zitz, Graf Reichenbach, Schlöffel, Hoff, Brentano, Strecker, Peter, Pelz [Treumund Welp, Mitherausgeber der D. V. Z.], Schlöffel, Junghans II., Titus u. A.), was freilich bei der kurzen Wirkſamkeit, die dem Ausſchuß möglich war, ohne weitere Bedeutung*) war.

Mit dieſen Wahlen war die Frankfurterverſammlung geſchloſſen. Sie hatte freilich nicht allein die Geſchäftsordnung in ihrem fünftägigen Beiſammenbleiben überſchritten, man war auch über das Programm der Siebuer-Kommiſſion hinausgekommen. Wunderbar war es, wie das allgemeine Bedürfniß, die gleichmäßige Bildung dieſe bunt zuſammengewürfelte Verſammlung gleich in beſtimmte Schaaren trennte, wobei ſo mannigfaltige Verſchiedenheit

*) Nur ein Mitglied trat aus und auch dies vielleicht nur, um Hecker in den Ausſchuß zu ziehen, um ihn ſo von einem Gewaltſtreiche abzuhalten.

persönlicher politischer Ueberzeugungen sich auflöste, während man in Hauptpunkten sich zusammenfand. Allerdings hatte der Austritt der Minorität die Haltung der Versammlung verändert. Dieser Sturm hatte die politische Atmosphäre derselben gereinigt, und das ernste Grollen der Entschiedenen hatte ihren Boden wohlthätig erschüttert und für Aufnahme fruchtbringenden Saamens vorbereitet. Die Mission, die ihr allein möglich war, hatte die Versammlung erfüllt. Sie hatte große Prinzipien, wie eine Jury der deutschen Nation hatte sie ihr Schuldig über die Vergangenheit ausgesprochen und Winke für die Zukunft gegeben. Sie hatte noch mehr gethan; sie hatte ein Organ hingestellt, das auf die Bahn des Volkswillens sich stützen durfte, dem Willen des Volkes zu folgen und denselben geltend zu machen fähig sein sollte. — Der Geist der Zeit hatte die Versammlung zu einigen entschiedenen Thaten gedrängt und mit dem zweideutigen Bewußtsein, mehr gethan zu haben, als sie von sich selbst erwarteten, gingen die Versammelten höchst zufrieden auseinander.

VII.

Deutschland nach den Frankfurtertagen.

Ehe wir auf den der Frankfurterversammlung rasch folgenden Aufstand in Baden kommen, muß der Fortgang der Bewegung in Deutschland in leichten Zügen angezeichnet werden. Die Ereignisse, die theils die Frankfurterversammlung begleiteten, theils indirekt von ihr hervorgerufen wurden, bilden den natürlichen Uebergang zu dem badischen Aufstande, da sie aus den nämlichen Ursachen abgeleitet werden müssen. Der einzige, aber wichtige Unterschied besteht allein in der Art und Weise der Ausführung des gemeinsamen Strebens. — Die scheinbare Stockung, die durch den Aufstand herbeigeführt wurde, bildet einen natürlichen Ruhepunkt zur Betrachtung des Vergangenen und einigen Blicken auf die Zukunft.

Die Hauptthätigkeit des deutschen Volkes, und zwar die folgenreichste, nothwendigste während dem Monat April bildet der Wahlkampf für die Volksvertreter am Parlament. Neben dieser Hauptarbeit waren die übrigen Lebensäußerungen ganz in den Hintergrund getreten. Dennoch fehlte es nicht an den mannigfaltigsten Demonstrationen, welche die immer wach gebliebene Revolutionslust des deutschen Volkes deutlich zeigen. Besonders in Preußen war außerordentliche politische Regsamkeit eingetreten. Reaktionäre Bestrebungen in Pommern, der Mark Brandenburg und Schlesien verpufften. Am 2. April eröffnete Camphausen den vereinigten Landtag. Die Versammlung hatte ein ganz anderes Aussehen als die des vorigen Jahres. Statt des schweren Prunkes und des Farbenreichthums war nun Alles schwarz gekleidet. Camphausen erklärte in der Eröffnungsrede, daß der König gesinnt sei, mit einer wahren konstitutionellen Monarchie Ernst zu machen, und daß er auf die treue Theilnahme des Landtags hoffe. Hierauf wurde die Propo-

ſition des Königs (?) vorgeleſen, nach welcher der Landtag ſogleich ein neues Wahlgeſetz berathen ſollte, das von der Regierung entworfen war, welches die Vorſchläge enthalten ſollte, wonach die neue Verſammlung zu bilden ſei, um in Verein mit ihr einen neuen Verfaſſungsentwurf ſchnell in's Leben zu ſetzen. In der von Bekerath verfaßten Adreſſe wurde der König einfach auf die bekannten Hauptpunkte aufmerkſam gemacht, welche in die neue Verfaſſung aufgenommen werden müſſen, und dem König die redliche Theilnahme des Landtags zugeſagt, ohne alle die Floskeln und Demüthigungen, welche die Adreſſe des vorigen Jahres begleiteten *).

Als Entwurf einer neuen Verfaſſung gab der König folgende Punkte: Freie Preſſe, geordnetes Gerichtsverfahren, Sicherſtellung der Richter, Verſammlungsrecht, Religionsfreiheit und Theilnahme der Kammern am Staatshaushalte. Man ſieht, daß die neue Verfaſſung einen ziemlich ſtreng konſtitutionellen Charakter annehmen ſollte. Die genaue Einpaſſung in das konſtitutionelle Syſtem mag, da er ſchon vor der Geburt ſtarb, das kurze Leben des Entwurfs erklären.

In der Stadt machten Camphauſen's Worte und die Geſetzesvorſchläge den beſten Eindruck, was aber weder ein Beweis für die politiſche Stimmung des preußiſchen Reiches noch für die politiſche Tüchtigkeit Berlin's iſt, das ſeinen Sieg nicht zu benutzen verſtand. Erſt von Breslau und Köln wurde es ausgeſprochen, daß ſobald als möglich eine konſtituirende Nationalverſammlung, hervorgegangen aus allgemeiner Wahl ſämmtlicher Staatsbürger, einzuberufen ſei, um über die zukünftige Geſtalt Preußens und ſeine Stellung zum deutſchen Reiche zu beſchließen. Köln fügte als nothwendige Ergänzung noch hinzu: ſofortige Proklamirung

*) H. v. Meding, der Oberpräſident der Mark Brandenburg, bisher unter den erſten Reaktionären, bettelte förmlich um ſein Amt, mußte aber mit Spott und Hohn abziehen. Ein ſeltſamer Vorfall begegnete Bodelſchwing (von dem der Hofpoet Förſter, einige Jahre früher, ſehr zart und poetiſch in einer Rede ausgeſagt hatte: „In Zukunft wird man ſtatt auf Adlerſchwingen auf Bodelſchwingen zum Tempel des ewigen Nachruhms aufſliegen"), der als abgeſetzter Miniſter, auf der Reiſe nach ſeinem Gute, in einem kleinen Dorfe dem Bürgermeiſter Smidt von Bremen begegnete, der nach Frankfurt zur Verſammlung reiste. Mit bitterm Zorn ſagte der Exminiſter: „Sie mit Ihren Bremer-Zeitungen ſind doch Schuld an der ganzen Geſchichte!"

der unbedingten Preß- und Redefreiheit, des Rechts der freien Verſammlung und Vereinigung und der allgemeinen Volksbewaffnung mit eigener Wahl der Führer. Berlin ſelber war in zwei Lager geſpalten, in Solche, die den Landtag erhalten und Andere, die eine Nationalverſammlung wollten. Viele Reiche verließen die Stadt.

Was beſonders eine ſchnelle Durchführung und Kreditzunahme der konſtitutionellen Monarchie verhinderte, war auch die eingetretene Geldnoth. Die Geldfrage war eine ſchwere Probe für Hanſemann. Wo ſollte er neue Anleihen machen in einem Augenblicke, wo Staatsſchuldſcheine nur darum auf 67 ſtiegen, weil eine Convertirung von 3½ auf 4% in Ausſicht ſtand? Der Staatsſchatz, den Hanſemann ſelbſt vor einem Jahre auf 30 — 40 Mill. Thaler angeſchlagen hatte, war erſchöpft.

Bei dieſen Umſtänden war es eine ſchwere Aufgabe für Hanſemann eine neue Anleihe zu Stande zu bringen, für welche eine königliche Propoſition vom Landtag Zuſtimmung verlangte, die dieſer, dem ſtrengen Rechte gemäß, nicht einmal geben konnte. — Eine Propoſition anderer Art war die, daß der Landtag die Vertreter des Volkes an der konſtituirenden Verſammlung zu ernennen habe; dem allgemeinen Volkswillen entgegen, das ſeine Vertreter ſelber wählen wollte. Wie konnte man auch auf den Gedanken kommen, dem Landtag zuzugeſtehen, daß von ihm dieſe Wahlen ausgehen ſollten, da eben dieſer Landtag, ſeiner unvolksthümlichen Zuſammenſetzung wegen, am Verſcheiden war und einer wahren Volksvertretung Platz machen mußte. Von Köln und Koblenz liefen auch gleich energiſche Proteſtationen ein. Am 5. erließen die Stadtverordneten von Berlin eine gleiche Proteſtation, der ſich einige Tage ſpäter der ganze Magiſtrat anſchloß. Doch ſchon am 10. April erſchien die Bekanntmachung der Regierung, „nach dem Beſchluſſe des Bundestags ſollten ſtatt der Wahlen durch den Landtag neue angeordnet werden," worauf dann die indirekte Wahlform (durch Wahlmänner) eingeführt wurde, die von der republikaniſchen Partei heftig angefochten, dennoch die erfreulichſten Reſultate (beſonders auch für die preußiſche Kammer) zur Folge hatte.

Einige Tage ſpäter wurde die höchſt ungerechte, die untern Klaſſen empfindlich drückende Schlacht- und Mahlſteuer proviſoriſch aufgehoben und zugleich eine direkte Steuer angeſagt, von der alle Handarbeiter befreit ſeien.

Mit Anfang April erſchien in Köln die „Neue Rheiniſche Ztg.“, die früher aufgehoben wurde, unter dem frühern Redakteur und dem bekannten Lieutenant Anneke, der wie bekannt an der preußiſchen Landwehr ſonderbare republikaniſche Erfahrungen gemacht hatte. Die Zeitung nahm gleich ihren frühern entſchieden republikaniſchen Charakter an und gewann in kurzer Zeit ihre alte Bedeutung wieder.

Am 10. April wurde der vereinigte Landtag geſchloſſen, nachdem alle Vorſchläge Hanſemann's faſt einſtimmig angenommen wurden*). Am Ende forderte der Marſchall Fürſt Solms ſeine Standesgenoſſen auf zu einer am 11. abzuhaltenden Verſammlung, um in derſelben auf die ihnen bis jetzt noch zuſtehenden Hoheitsrechte und niedern Regalien freiwillig zu verzichten, welche Einladung, wie es ſcheint, ohne Erfolg blieb. Am folgenden Tag fand eine große Volksverſammlung unter den Zelten ſtatt, die Wahlangelegenheit zur Nationalverſammlung betreffend. In das Wahlkomite kamen meiſtens Republikaner. — In Rheinpreußen, beſonders in Köln (wo Gottſchalk, Anneke, Willich u. A. an der Spitze der Arbeiter ſtanden), und in Breslau folgte ein unruhiger Auftritt dem andern. Die Parteien trennten ſich ſcharf. Die Konſtitutionellen nannten die Republikaner „Wühler“, dieſe die Konſtitutionellen „Heuler“. Der demokratiſche Arbeiterverein nahm immer zu und ſandte eine Petition nach der andern an den Stadtrath. Das Hauptintereſſe des preußiſchen Volks nahmen aber die Wahlkämpfe um die deutſche Nationalverſammlung und die preußiſche Kammer, wie die Eröffnung des Feldzugs gegen das revolutionäre Poſen, in Anſpruch.

Auch in Sachſen gährte es gewaltig. Leipzig, dieſe bedeutende Stadt, als der Mittelpunkt des deutſchen Buchhandels, war ein Ort, an dem alle Intereſſen und Fragen der Zeit ſich durchkreuzten. Die ſächſiſche Kammer, die nächſt der badiſchen die bedeutendſten Namen Deutſchland's aufzählte, war ſeit einer langen Reihe von Jahren im heftigſten Kampfe gegen das reaktionäre Miniſterium Falkenſtein.

---

*) 15 Mill. Thaler zu Kriegsrüſtungen und 25 Mill. Thaler zur Unterſtützung der Induſtrie (durch Leiſtung von Garantien Seitens des Staats) aufzubringen.

In letzter Zeit hatte die Kammer ſogar in ihrer Energie bedeutend nachgelaſſen. Hauptführer des Volkes iſt Robert Blum, ein Mann, der mit feſter, beſonnener Ruhe und diplomatiſcher Gewandtheit in ſeinen Reden immer den Ton zu treffen verſteht, der mit der Bildungsſtufe und Stimmung ſeiner Zuhörer zuſammentrifft. Seine politiſche Gewandtheit zeigt ſich auch in der deutſchen Nationalverſammlung, wo ſeine Reden weniger durch organiſirende Kraft als durch ein keckes Ergreifen der dringendſten politiſchen Fragen der Gegenwart, ein Hinüberſpielen aller Fragen auf das politiſche Gebiet und durch beſonnenes Zuſammennehmen und ſcharfe Kritik gegneriſcher Anſichten ſich auszeichnen. Blum iſt mehr eine negative als poſitive Natur. Die ungeheure Gewalt, die dieſer Mann über das Volk hat, zeigt die Geſchichte der bekannten Leipziger Blutſcene vor drei Jahren deutlich genug. Die Hauptmacht politiſcher Kräfte bietet vorzüglich das ſogenannte ſächſiſche Vogtland, aus dem ſchon die gediegenſten Charaktere hervorgegangen ſind: ich erinnere an Rob. Blum, Schaffrath, Todt ꝛc. Von großer Bedeutung ſind auch hier die burſchenſchaftlichen Verbindungen, aus denen ſchon ausgezeichnete Leute hervorgegangen und die einen kräftigen Nachwuchs liefern, beſonders von jungen Männern aus dem bergigen Vogtlande.

Während den erſten Sitzungen der Frankfurterverſammlung beſchloß der über tauſend Mitglieder ſtarke ſogenannte Redeübungsverein, von Rob. Blum geſtiftet, ſich zu einem allgemeinen vaterländiſchen zu konſtituiren. Dieſer Verein zählt ſchon viele tauſend Mitglieder, man möchte ſagen, die Hauptintelligenz von Sachſen, und hat vor Kurzem ein bedeutendes Lebenszeichen von ſich gegeben, indem er ſich offen für die republikaniſche Staatsform ausſprach.

Doch, wozu die Wahlthätigkeit, die Hinderniſſe der Wahlfreiheit und die Kämpfe um dieſelbe in ihren Einzelnheiten zu verfolgen, da das Hauptreſultat, die konſtituirende Verſammlung, ſchon ſeit Monaten exiſtirt. Bemerkenswerth iſt nur, daß alle politiſchen und religiöſen Parteien in Deutſchland vertreten zu ſein ſuchten. In Rheinpreußen gaben ſich ſo überwiegend ultramontane Geſinnungen kund, daß die Geiſtlichkeit ſelber von der Ausdehnung ihrer Macht überraſcht wurde. Von hier aus kamen lauter Ultramontane in die Reichsverſammlung, denen Süddeutſchland, aus Würtemberg und Baiern beſonders, Hülfstruppen ſandte. Würtemberg

ſandte nebenbei eine Pietiſtenkolonne. Der edle Denker Strauß mußte dem heuchleriſchen Pietiſten Hoffmann aus dem Salon weichen, der noch vor wenigen Wochen geſagt hatte, alle Verfaſſungen ſeien ein Teufelswerk und während dem Wahlkampf naiv erklärte, er ſchicke ſich nach Gottes Willen in alle Dinge, wie er überhaupt als Chriſt die jeweilige geſetzliche Obrigkeit, möge ihre Richtung ſein, welche ſie wolle, zu unterſtützen habe.

Wunderlich iſt es, welche Maſſe von Meinungen und Anſichten der Allgemeinbegriff „Konſtitutionelle" in ſich ſchloß. Hier Männer, die an die Republik ſtreiften, wie Jakoby, Raveaux und Andere, dort ſtrenge Konſtitutionelle, die mit dem Maßſtab der engliſchen Verfaſſung die deutſchen Zuſtände einrichten wollten. Der Abſolutismus aber iſt ohne Vertreter, wenigſtens wagen ſich bis jetzt keine abſolutiſtiſchen Gelüſte und Sympathien hervor. Und unter den Republikanern wieder, welcher Unterſchied! Hier Männer, die offen die Republik für die beſte Staatsform, für die dem reinen menſchlichen Geiſte allein angemeſſene ausſprechen, aber die Geiſter hiezu noch nicht genug vorbereitet glauben, dort Männer, die nur durch die Republik die Inſtitutionen ein- und durchzuführen glauben, die dem Volk die Bildung und den Wohlſtand verſchaffen ſollen, die man als ein allgemeines Menſchenrecht anzuſehen beginnt, die daher auch auf Seite der Revolution ſtehen und deren enges Anſchließen an die Revolutionspartei des ſogenannten demokratiſchen Centralvereins in Frankfurt den Sturm heraufbeſchwören half, der gewitterſchwer über die junge Saat deutſcher Freiheit heraufgezogen iſt. Jedenfalls mußte es Jedem das Erſte ſein, an der Herſtellung eines Organ's mitzuſchaffen das die zerſplitterte Thätigkeit des deutſchen Landes einmal zuſammenzufaſſen vermochte, ein Organ, in dem der ganze politiſche und geſellſchaftliche Zuſtand Deutſchland's einmal zum charakteriſtiſchen Ausdruck kommen konnte, wo man ſich je nach den verſchiedenen Bildungsſtufen über die Bedürfniſſe der Zeit ausſprechen und in ſolchen Maßregeln ſich zu vereinigen ſuchen mußte, die einerſeits den Boden der Verſammlung, der ein demokratiſcher iſt, nicht verlaſſen, andrerſeits dem Zuſtande des Volkes gebührende Rechnung tragen, in Maßregeln alſo, die eine vernünftige innere Nothwendigkeit in ſich haben, welche Beſchlüſſe bei der hohen geiſtigen Bildung jedenfalls ein großes Mehr um ſich ſammeln können,

wenn auch Extreme nach beiden Seiten ſich kund geben*). Deutſchland könnte das noch nie da geweſene Beiſpiel geben, welchen Weg ein Volk zur politiſchen Durchbildung einſchlägt, dem bei vollendeter allgemein menſchlicher und wiſſenſchaftlicher Bildung die politiſche Erfahrung mangelt. Ich glaube, daß kein Volk ſo fähig wäre wie das deutſche den Staat rein aus der vernünftigen Ueberzeugung herauszubilden, die Idee eines Vernunftſtaates in ſo weit äußerlich herzuſtellen, als überhaupt Seele und Leib ſich gegenſeitig bedingen.

Mit dieſem Gange aber, der dem deutſchen Weſen nicht unangemeſſen erſchiene, hat freilich der badiſche Aufſtand wenig Zuſammenhang. Es iſt unmöglich über dieſes Ereigniß ein fertiges Urtheil abzugeben, da das deutſche Volk ſelbſt über dieſes Faktum ſich noch nicht vollſtändig ausgeſprochen hat. Die Debatte darüber, ob Hecker in das Parlament zugelaſſen werden ſolle oder nicht, wird ſich in eine höhere Prinzipienfrage umgeſtalten, nämlich in die, in welches Verhältniß die einzelnen Staaten zum Geſammtreiche treten, in wie fern es den einzelnen Staaten nach dem Prinzip der Volksſouveränetät und dem Konſtitutionalismus auf breiteſter Grundlage erlaubt iſt, die innere Angelegenheit unabhängig von der Verfaſſungsform anderer Staaten zu ordnen, ſo lange man von dem Prinzip der Volksſouveränetät nicht abweicht, überhaupt einen Zuſtand herſtellt, der noch immer im allgemein vaterländiſchen Intereſſe eine Unterordnung unter das Nothwendige, unter den Willen der Geſammtheit möglich macht**). — Der badiſche

*) Dieſe Hoffnung iſt leider nicht eingetroffen, wie es beſonders die rein politiſchen Beſchlüſſe der Verſammlung beweiſen. Störend, aber leicht zu erklären, iſt auch das weitſchweifige Sichgehenlaſſen und Breitſchlagen allbekannter Prinzipien und Thatſachen. Das parlamentariſche Wirken Deutſchland's iſt noch jung, man hört ſich noch gar zu gern reden. Das Bedürfniß nach Mäßigung und raſcherem Gange hat ſich aber ebenfalls in neueſter Zeit in der Annahme des Ausſchuß-Antrags auf eine ſchöne Weiſe gezeigt.

**) Die Verhandlungen über die Wahl Hecker's in Thiengen haben auf dieſen Punkt nicht geführt. Man ſcheint allgemein der Anſicht zu ſein, daß eine badiſche Republik neben dem übrigen Deutſchland nicht beſtehen könne. Zudem hat Hecker in ſeiner neueſten Schrift über den badiſchen Aufſtand auch meinen perſönlichen Irrthum berichtigt, da die Abſicht Deutſchland zu republikaniſiren frei ausgeſprochen iſt. Die Unmöglichkeit eines engen Anſchluſſes einer badiſchen Republik an das wiedergeborne Deutſchland iſt aber nicht erwieſen.

Aufstand muß daher, nach meiner Meinung, von dem Standpunkt aus betrachtet werden, welche Stellung die Einzelnverfassungen der deutschen Länder einer nicht rein konstitutionellen des Gesammtvaterlandes gegenüber einnehmen. Denn die nächste Vergangenheit hat deutlich gezeigt, ob Baden republikanisch eingerichtet sein wolle oder nicht. Wer darüber im Zweifel sein sollte, der bemerke nur, daß das badische Volk und vor Allem der Theil, der durch den Aufstand am meisten gelitten, das Oberland, fast lauter Republikaner in's Parlament gewählt hat. Itzstein, dessen republikanische Ueberzeugungen kein Geheimniß sind, wurde an sieben oder neun Orten zugleich gewählt, und seine bloße Empfehlung verdrängte konstitutionelle Kandidaten, denen man Kenntnisse und Redlichkeit offen zuerkennen darf.

Der gemäßigte Konstitutionalismus vermochte aber die aufgeregten Gemüther nicht mehr zu beschwichtigen. Durch die Presse, besonders durch die mit wahrer Virtuosität in der Verdächtigungskunst geschriebenen „Seeblätter", war das Volk im badischen Oberlande bis zum politischen Siedpunkte hinaufgetrieben worden. Eine gespenstisch wirkende Furcht vor neu eintretender Reaktion lag auf den Herzen, die aber ein bloßer Hinblick auf die Geschichte des Blittersdorf'schen Ministeriums hätte beschwichtigen können. Der noch immer fortwährende materielle Druck und die leidenschaftlich aufgeregte Stimmung, welche die Februarrevolution zum Ausbruch zeitigte und die durch die Presse und die bewegten Volksversammlungen lebendig erhalten wurde, zugleich die Allen klare Impotenz der Frankfurterversammlung führten die Erscheinungen zu Tage, die eher lähmend als fördernd auf die Bewegung in Deutschland einwirkten. Dem eigentlichen Aufstande gehen aber noch höchst interessante Ereignisse voraus, welche mithelfen, die Bewegung selbst zu motiviren. Diese Ereignisse, die im innersten Zusammenhang mit dem Aufstand stehen, begleiten die Wahlthätigkeit im ganzen Deutschland, auf die sie, wie gesagt, eher lähmend zurückwirkten. Die an einzelnen Punkten erbitterte, zu Gewaltschritten geneigte Stimmung in Deutschland wurde durch verschiedene Ereignisse noch verstärkt, die denn auch wieder auf die badische Revolution zurückwirkten. So die Arbeiterbewegungen besonders in Köln. Denn das ist auch ein charakteristisches Merkmal der Zeit, daß an vielen Orten die Arbeitervereine sich sammelten, um ihren Interessen nach-

haltige Geltung zu verſchaffen und überall neue ſich bildeten*). Von Bedeutung iſt die Bildung eines allgemeinen Arbeitervereins in Mainz, der ein proviſoriſcher Einheitspunkt für alle deutſchen Arbeitervereine werden ſollte. In dieſen Vereinen war überall ſtreng republikaniſche Geſinnung.

Wichtig ſind die Erlaſſe des ſächſiſchen Miniſteriums im Monat April, beſonders über ein Arbeiterminiſterium. Beſondere Hoffnung ſetzte man darauf, daß Oberländer in dieſen Tagen zum Miniſter des Innern ernannt wurde.

Die erwähnte Bildung des ſächſiſchen Vaterlandsvereines, der mit dem badiſchen blutsverwandt iſt, begann den Reigen republikaniſcher Beſtrebungen in Norddeutſchland. Die innere Aehnlichkeit zwiſchen Sachſen und Baden zeigt ſich auch in dieſem Punkte. Dort wie hier langer Kampf in den Kammern ohne Reſultate. Was Blittersdorf in Baden, war Falkenſtein in Sachſen. Dort wie hier ein verhaltener Groll zwiſchen Bürgern und Arbeitern und dem Militär. Dort wie hier Unzufriedenheit des Bauernſtandes. Anfangs April hatten ſich gegen 10,000 Bauern in Waldenburg verſammelt, um Entſchlüſſe wegen ihrer ſehr ſtarken herrſchaftlichen Laſten zu faſſen. Da ſie keinen Vertreter hatten (der Abgeordnete Joſef, der ſich beſonders um den Bauernſtand verdient machte, war in Frankfurt) beendeten ſie die Demonſtration damit, daß ſie das Schloß des pietiſtiſchen Fürſten Schönburg in Waldenburg abbrannten. Auch gegen die pietiſtiſchen Geiſtlichen richtete ſich der Unmuth der Bauern auf ſehr heftige Weiſe. Bei den Parlamentswahlen kamen mehr radikale als gemäßigte Namen heraus. Ein konſtitutioneller Doktrinär lehnte die Wahl ab, weil er bei ſeinen Kindern bleiben wolle.

Neben dem Vaterlandsverein, der außer ſeinen 5 — 6000 Mitgliedern in Leipzig ſchon 40 Zweigvereine zählt, exiſtirt noch ein großer deutſcher Verein, der, wie ein Korreſpondent der D. Z. ſagt, herrliche Programme erläßt, aber nicht konſequent verfährt, ſo daß er bei einer von ihm ausgegangenen Wahlmännerliſte

*) Allerdings hatte man eine Organiſation nach franzöſiſchem Muſter à la Louis Blanc und nach der kommuniſtiſchen Gemeindeordnung Willich's im Auge. Die Beſchuldigung der D. Z. über Zuſammenhang eines neuen Einfalls bei Gelingen der Proletarierrevolution im Juli iſt unerwieſen.

charakterlos Männer der verschiedensten politischen Gesinnungen zusammenstellte und empfahl. Ueber die Tendenz der beiden Vereine möge hier eine Stelle aus der erwähnten Korrespondenz ihren Platz finden. Sie heißt: „Die Tendenz des Vaterlandsvereins ist eine völlig freisinnige, gemäßigt insofern noch als er die Republik nicht an die Spitze stellt, aber seine Grundlagen sind mit denen der Republik eng verwandt. Er erkennt die Einigung, Einigkeit und Einheit des deutschen Volkes in Freiheit, Gleichheit und Brudersinn aller Volksangehörigen, in Selbständigkeit, Unversehrtheit, Größe und Machtansehen des Vaterlandes als Ziel seines Strebens an, und der Grundsatz unbedingter Machtvollkommenheit des Volkswillens und der Selbstherrlichkeit des deutschen Volkes gilt dem Verein als Richtschnur seines Handelns. Der deutsche Verein stellt dagegen konstitutionelle Monarchie mit breitester demokratischer Grundlage an die Spitze seines Programms; welches der Vaterlandsverein für die Gegenwart ebenfalls als zeitgemäß in Sachsen anerkannt hat. Man arbeitet jetzt eifrig an dem Einigungswerke."

Neben diesen beiden Vereinen existirte noch ein dritter demokratischer von Semmel und Weller, von kommunistischer Tendenz.

In Würtemberg, dem badischen Lande nachbarlich nahe, nahm mit der Zeit die Bewegung einen sehr konstitutionellen Charakter an. Besonders überraschte hier die traurige Nachricht, daß der Pietismus ungeheuern Boden im Volke habe. — Anfangs April gab das neue Ministerium darin ein bedeutendes Lebenszeichen, daß es ein neues Gesetz für Volksversammlungen erließ. Gleichzeitig mit diesem Erlaß fanden zwei große Volksversammlungen statt, in Kalw, wo eine Kammer verlangt wurde, und in Krailsheim, die von 10,000 Menschen besucht war. Am gleichen Tage fand eine Volksversammlung in Tübingen statt. In Stuttgart herrschte Anfangs April eine düstere Stimmung. Die gewichtigen Worte von Rau und Dr. Zimmermann, die sich offen für Republik aussprachen, wurden von dem pöbelhaften Geschrei der Konstitutionellen unterbrochen. Ein fanatischer Eifer charakterisirte die von dem frühern Republikaner Murschel geleiteten Versammlungen, die dann von selber republikanische Demonstrationen hervorriefen. Zu erwähnen ist in dieser Beziehung, daß damals im Seekreise sich noch sehr konstitutionelle Sympathien kund gaben, doch auf

eine Weise, die zeigte, wie wenig eine feste Ueberzeugung im Volke Wurzel gefaßt hatte. Ich erinnere an die Volksversammlungen am See, in Ravensburg, Tettnang ꝛc. Reibungen bei der Wahlbewegung verstehen sich von selbst.

Der republikanisch-demokratische Verein, der gegen die Wahl Wächters als Mitglied des Fünfziger-Ausschusses protestirte, wurde zwar nicht aufgehoben, beschränkte sich aber auf eine kleine Zahl Theilnehmer. Die Empfehlungen zu den Parlamentswahlen überflossen von Konstitutionalismus. In diese Zeiten fallen auch die Sympathien von Pfizer und Strauß für preußische Hegemonie. — Energisch traten allein die Soldaten und Unteroffiziere auf, die Beförderung der Geschicktern zu Offiziersstellen ꝛc. verlangten, ähnlich wie die badischen Soldaten. Die Antwort, die sie erhielten, war, daß man ihnen verbot, sich zu versammeln. Dafür rückte in Ulm österreichische Artillerie ein und 3000 Mann Infanterie wurden erwartet.

In Baiern ebenfalls konstitutionelle Wahlbewegung. Anfangs April ergriff die Kammer der Reichsräthe die Initiative in der Proletarierfrage. Am 7. konstitutionelle Volksversammlungen in Würzburg und Nürnberg, wo Eisenmann florirte. Anders sah es in Rheinbaiern aus, besonders in dem entschieden republikanischen Neustadt, das zu Baiern eine ähnliche Stellung einnahm, wie Mainz zu Darmstadt. — Wahlhindernisse (man wollte nur jenen volljährigen Bürgern erlauben an der Wahl Theil zu nehmen, die direkte Steuern entrichteten) wurden dem Fünfziger-Ausschuß angezeigt und von diesem aufgehoben.

In den übrigen süddeutschen Staaten war auch die Wahlbewegung vorherrschend.

Hessen-Darmstadt, das sich immer durch seinen Konstitutionalismus ausgezeichnet hatte, ließ gar keine republikanischen Sympathien aufkommen. Am allerliebsten hätte dies Ländchen nur einen Vertreter geschickt, nämlich den lieben Erbgroßherzog. Darmstadt, durch die D. Z. groß gezogen, hielt mit fanatischem Eifer zu seiner Fürstenfamilie, die durch Sitteneinfachheit sich beliebt gemacht hatte. — Es wurden im Lande auch einige Volksversammlungen gehalten, in denen man aber die Republikaner nicht zum Sprechen kommen ließ. Ich erinnere an die denkwürdige Versammlung in Reissen. — Den vollständigsten Widerspruch bildete das

dem Großherzogthum angehängte Stück Rheinpreußen, vorzüglich Mainz, die republikaniſche Stadt, die zugleich das Unglück hat, Bundesfeſtung ſein zu müſſen, die von Preußen und Oeſterreichern beſetzt iſt. Die brutale Rohheit der Preußen hatte ſchon traurige Erſcheinungen hervorgerufen. Ich erinnere an die Märzereigniſſe. Es läßt ſich denken, daß die preußiſche Hegemonie, welche die D. Z. predigte und deren Paradies Darmſtadt war, den Mainzern nicht zuſagte. Es war daher eine fortwährende Antipathie, die Darmſtadt gegen Mainz hatte und die ſich über dem extrem-republikaniſchen Vertreter der Stadt Mainz im Parlament und in der Kammer, dem Abgeordneten Zitz, nebelſchwer zuſammenzog. Man wollte Zitz mehrmals aus der Kammer und aus dem Parlamente ſprengen, was aber nie gelang. Zitz behielt immer die Majorität der Mainzer Bürger und wurde ſogar am 16. April zum Oberſten der Bürgergarde gewählt, was man als etwas ſehr Gefährliches anſah. — Die Wahlen in's Parlament gingen auf Gagern's Vorſchlag auf indirekte Weiſe durch Wahlmänner vor ſich. Doch auch in Darmſtadt blieben Unruhen, Demonſtrationen gegen die konſtitutionelle Regierung nicht aus. Der Kammer und dem neuen Miniſterium, beſonders Gagern, iſt aber ernſte, unaufhörliche Thätigkeit nicht abzuſprechen. — In Mainz fand am 17. April eine große Bürgerverſammlung (5000) ſtatt, in der die Verſammlung neben andern Beſchlüſſen (für direkte Wahlen in's Parlament z. B.) offen die republikaniſche Regierungsform als die beſte anerkannte. Das republikaniſche Programm der Forderungen, welche die rheinheſſiſchen Deputirten dem Parlament vorzulegen hatten, wurde überhaupt angenommen.

Als die badiſche Revolution ſchon ihr Ende erreicht hatte, beſchloß eine Bürgerverſammlung in Oberingelheim die Regierung zu bitten, daß die darmſtädtiſchen Truppen nicht länger mehr gegen die badiſchen Republikaner zur Unterdrückung des Aufſtandes benutzt werden, wobei der Korreſpondent der D. Z. die Befürchtung ausſpricht, daß es der Regierung wohl nicht möglich ſein werde, dieſer Zumuthung zu widerſtehen. — Die Republikaner in Mainz entwickelten eine außerordentliche Thätigkeit, während neben ihnen die Konſtitutionell-Monarchiſchen, wie ſie ſich nannten, vor lauter Vorſchlägen und Halbheiten nicht nur nie energiſche Beſchlüſſe faſſen konnten, ſondern auch nicht einmal eine ſtarke Partei zuſam-

menbrachten. Charakteriſtiſch iſt in der Beziehung eine Verſammlung Konſtitutioneller in Mainz, am 30. April, in der viel über ein deutſches Oberhaus, aus mediatiſirten Fürſten ꝛc. beſtehend (ſo weit waren ſelbſt die Konſtitutionellen von dem revolutionären Fieber angeſteckt, daß ſie ſich an die Souveränetäten wagten), einem erblichen Kaiſer oder König und von einem Unterhaus ſchwadronirt wurde, worauf man endlich, da ſchon die Meiſten weggegangen waren, einen Vermittelungsverſuch mit den „gutorganiſirten Republikanern" beſchloß. Der Berichterſtatter dieſer Verſammlung im Frankfurter-Journal (Nr. 123, Beil. 1) ſchließt den Bericht hierüber mit folgenden charakteriſtiſchen Worten: „Das Uebel iſt, daß dieſe Partei nicht die nöthige Energie beſitzt, öffentlich hervorzutreten keinen rechten Muth hat und auf eine wahrhaft unglückliche Weiſe das kaufmänniſche laisser-aller kund gibt."

Im benachbarten Heſſenkaſſel dauerten die Unruhen fort. (Schon am 7. April bildete ſich in Marburg ein demokratiſches Komite, an deſſen Spitze Profeſſor Bayrhofer und Eichelberg ſtanden und das rein republikaniſche Tendenz hatte.) Das neue Miniſterium vom 11. März hatte ſich das allgemeine Vertrauen erworben. Da verbreiteten ſich, um die zweite Woche des Monats April, beunruhigende Gerüchte von neuen Reaktionsmaßregeln, der berüchtigte Exminiſter Scheffer ſollte ſich ſeit einigen Tagen verborgen im Schloß aufhalten, ebenſo ſollte der Exreferent im geheimen Kabinet, der fromme Obergerichtsrath Abée, halbe Nächte im Schloſſe zubringen. Auch von den übrigen Miniſtern argwöhnte man fortdauernden Einfluß auf den Kurfürſten. Dieſe beunruhigenden Gerüchte brachten auch eine gewaltige Aufregung hervor, die ſich in mehreren Katzenmuſiken kund gab, die man dem ausgetretenen Miniſterium brachte. Da erfuhr man am Morgen des 8. April, daß der neue Kriegsminiſter Oberſt Weiß ſeine Entlaſſung durch Militärordre erhalten habe. Dieſe Nachricht ſteigerte die Aufregung außerordentlich, beſonders weil allgemein bekannt war, daß ſämmtliche Mitglieder des Miniſteriums unter ſich die Verabredung getroffen hatten zuſammen zu ſtehen und zu fallen. Eine große Schaar junger Leute beſchloß daher durch eine Demonſtration dem Kurfürſten die Volksmeinung zu zeigen. Man beſchloß vor die Häuſer aller neuen Miniſter zu ziehen und jedem ein Lebehoch zu bringen. Bei Eberhard war dies ſchon ausgeführt. In aller Ruhe und

Ordnung wollte man ſich in der gleichen Abſicht zu dem neuen Juſtizminiſter Baumbach begeben. Da wurde der Zug in der Nähe der Gardekorps-Kaſerne von einem Piquet Gardekorps angefallen, die ſofort auf die unbewaffnete Menge ſcharf einhieben und Mehrere verwundeten, von denen einer gleich ſtarb. Nun allgemeiner Aufruhr. In allen Straßen erhoben ſich Barrikaden und ſogleich war die ganze Bürgergarde, über 4000 Mann, unter den Waffen. Das Zeughaus wurde im Nu geleert. Die Gardekorps mußten mit großem Verluſte aus der Stadt fliehen. Man wollte nicht eher die Waffen niederlegen, als bis die Gardekorps aufgelöst und die Anſtifter dieſer ſchändlichen Gewaltthat (junge adelige Offiziere, die ſchon lange ihren Haß gegen die Bürger äußern wollten) beſtraft ſeien. Das wurde auch ſogleich vom Kurfürſten zugegeben. Die Gardekorps wurden dem erſten Huſarenregiment einverleibt, zugleich mußten die bedeutendſten Reaktionärs die Stadt verlaſſen. Am gleichen Tag beſchloß auch die Kammer direkte Wahlen für's Parlament und Jordan wurde zum Bundestagsgeſandten ernannt. Unter den Namen der Miniſter, welche den kurfürſtlichen Erlaß unterzeichneten, fand ſich natürlich auch der von Weiß vor. Die Gardekorps-Kaſerne wurde zum Nationaleigenthum erklärt*). An vielen Orten hörte man den Ruf: „Fort mit dem Kurfürſten! es lebe die Republik!“ und zwar, wie das Frankf. Journal ſagt, nicht allein aus den unterſten Volksklaſſen, ſondern aus dem Munde von ſehr gebildeten Leuten. — Die Haltung des Volkes war muſterhaft.

Den Tag nach dieſen Ereigniſſen ging eine Petition von Hanau an das Miniſterium ab, in der man ſich darüber beſchwerte, daß die Zuſagen noch nicht vollſtändig erfüllt ſeien und daß man eine beharrliche Durchführung einer volksthümlichen Regierung verlange. In Hanau entdeckte man noch im Zeughaus 600 gute Gewehre, 30,000 ſcharfe Patronen und 3 bis 4 Zentner Pulver. Zeughaus und Kaſerne wurden als Nationaleigenthum erklärt. — Am 14. trat Bürgermeiſter Rühl von Hanau mit einem demokratiſchen Glaubensbekenntniß in 20 Punkten als Kandidat für das Parlament auf. Die

*) Die neueſten Vorgänge in Ulm, die aus den nämlichen Motiven hervorgegangen ſind, beweiſen, daß Reaktionsgelüſte noch bereitwillige Organe fänden.

Stadt Kaſſel wählte konſtitutionell. Rheinheſſen und Hanau wählten Republikaner.

Außerordentlich kräftigend wirkte auf die Wahlfreiheit die entſchiedene Haltung des in Frankfurt verſammelten Fünfziger-Ausſchuſſes. Wenn dieſer Ausſchuß nichts Weiteres vollbracht hätte, als daß er, getragen durch den Willen der Nation, dieſelbe fortwährend wach gehalten hätte und ſo die gefährliche Zwiſchenzeit von über ſechs Wochen (ſeit der Frankfurterverſammlung bis zum Zuſammentritt der deutſchen Nationalverſammlung, vom 3. April bis zum 18. Mai) mit unausgeſetzter wirkungsreicher Thätigkeit ausgefüllt und gleichſam als ein Organ der Volksſouveränetät gehandelt hätte, ſo wäre das ſchon viel. — Dem Fünfziger-Ausſchuß verdankt man aber, daß die ganze Wahlangelegenheit ſchnell und ſicher überall durchdrang. Er war ein redlicher Hebearzt der deutſchen Freiheit, wenn ſie durch die jetzt verhandelnde Nationalverſammlung dem Volke geſichert werden wird. Der Widerwille der extremſten Republikaner gegen ihn läßt ſich nur aus dem Grunde erklären, daß dieſe Partei an einer friedlichen Revolution verzweifelte und nur durch einen vollſtändigen Bruch mit den Zuſtänden der Gegenwart den Boden der Freiheit beſtellen zu können glaubte. Die kommuniſtiſche Partei, die ebenfalls die vollſtändige Aufhebung der beſtehenden Verhältniſſe zur Herſtellung ihrer Einrichtungen brauchte, ſchloß ſich daher an die reinen Republikaner an, die in der vollen politiſchen Freiheit, in der ungehinderten Theilnahme Aller an Allem von ſelber die Mittel zur Hebung des geſellſchaftlichen Zuſtandes ſahen.

Wenn man aber weiß, daß der Fünfziger-Ausſchuß in allen ſeinen Beſchlüſſen nicht den geringſten Widerſtand fand, da er doch mächtigen Regierungen, beſonders Preußen, das Wahlgeſetz der Frankfurterverſammlung aufnöthigte, wenn man bedenkt, daß er den Bundestag, im Verein mit den Vertrauensmännern, nöthigte Schleswig-Holſtein in den Bund aufzunehmen, wenn man, abgeſehen von den vielen Proklamationen, beſonders die großen bedeutenden Vorarbeiten für die Nationalverſammlung in's Auge faßt, ſo wird man, wenn man gerecht ſein will, nicht umhin können, zwar nicht ſowohl eine große ſelbſtſtändige, organiſirende Kraftentwickelung an dem Ausſchuß zu entdecken, denn hiezu gingen ihm die Mittel ab, als vielmehr das kluge Verfahren deſſelben mit

so schwachen Mitteln, in der vollen Erkenntniß der Macht und Schwäche seiner äußerst charakteristischen Stellung, die feine, redliche Benutzung desselben, um in dieser so unendlich aufgeregten Zeit, bei dem Gewitterschlage der badischen Revolution, mit Kraft den Willen des Volkes beisammen und wach zu erhalten und so, trotz den Gewaltversuchen von doppelter Seite, der Nationalversammlung freie Bahn zu erhalten — als eine große That anerkennen müssen. Allerdings stand die große Majorität des deutschen Volkes auf seiner Seite, allerdings wirkten mächtige Hebel, besonders die neuen konstitutionellen Ministerien alle, im gleichen Sinne mit, es ist wohl anzunehmen, daß der Ausschuß, ohne solche Unterstützung, seine Mission nicht so leicht und glücklich zu Stande gebracht hätte, doch gebührt ihm die Anerkennung, dieser zersplitterten Thätigkeit einen Sammelpunkt gegeben und fortwährend den Blick auf das nächste Bedürfniß offen gehalten zu haben.

In die Verhandlungen dieses Ausschusses drängte sich aber ein Ereigniß, das jetzt noch nicht abgeschlossen eine Prinzipienfrage in sich hält. Ich meine den badischen Aufstand, der jetzt aus den allgemeinen Verhältnissen herauszuheben und an dieselben anzuknüpfen ist.

VIII.

Revolutionäre Stimmung in Baden.

Die Frankfurterverſammlung war auseinander gegangen. Die Abgeordneten brachten unter den andern Beſchlüſſen die Anerkennung des Prinzips der Volksſouveränetät heraus, die denn auch für die Parlamentswahlen in ausgedehntem Maße benutzt wurde. In Baden aber ſahen die Dinge ganz anders aus, dort war die von der Vorverſammlung proklamirte Volksſouveränetät nichts Neues. Die großen Volksverſammlungen im Monat März hatten dieſelbe ſchon lang ausgeſprochen und der Frankfurterbeſchluß hatte in Baden nicht einmal die Wirkung, daß er die weiteſten Konſequenzen dieſes Prinzip's in's Leben zu rufen beſtimmt war. Man wird ſich noch an die republikaniſchen Volksverſammlungen erinnern, die kurz vor der Verſammlung im ganzen Lande ſtattfanden. Neben den fünf Tagen in Frankfurt, ja noch ehe man das Wort „Volksſouveränetät" ausgeſprochen hatte, fanden neue, höchſt zahlreiche Volksverſammlungen ſtatt, die ſich beinahe einmüthig für die republikaniſche Staatsform erklärten. Und allerdings war es kein Wunder. Wer die materielle Noth Badens in's Auge faßt*), der wird es ſehr natürlich finden, daß ein durch die raſ-

*) Eine höchſt charakteriſtiſche Anekdote muß hier erwähnt werden. Bei der Jubiläumsfeier des Königs von Würtemberg waren in Friedrichshafen, am Bodenſee, große Feſtlichkeiten. Die von denſelben ermüdeten Schulzen umliegender Ortſchaften irrten von Wirthshaus zu Wirthshaus, um die von den Loyalitätsanſtrengungen ermüdeten Leiber zu ſtärken. Als ſie endlich ein Unterkommen fanden und eben Hand anlegen wollten an Speis und Trank, kam eine Botſchaft, ſie ſollten dahin kommen, wo das große officielle Feſteſſen gehalten wurde. Die guten Bäuerlein beſannen ſich eine Zeit lang, ob ſie dem Rufe Folge leiſten ſollten oder nicht, maßen ſie ſehr

finirteſte Büreaukratie ausgeſogenes, gedrücktes Volk, in dem aber noch Mannhaftigkeit genug war, um endlich eine ſolche Stellung unerträglich zu finden, und bei dem erſten Rufe Männern, wie Hecker und Struve, die bei ihm in großer Achtung ſtanden, zu folgen bereit war, obgleich ſie für das Wohl des Volkes keinen andern Weg fanden, als die Revolution, den gewaltſamen Bruch mit dem Beſtehenden.

Faſſen wir daher kurz die Ereigniſſe nach der Frankfurterverſammlung bis zum Aufſtand zuſammen, in welche die im Seebezirk ausbrechende Bewegung wie eine Gewitterwolke einbrach.

Die Theilnahme Badens, beſonders des See- und Oberrheinkreiſes, an der Frankfurterverſammlung war eine höchſt geringe. Theils war das Volk durch die revolutionäre Preſſe, beſonders durch die in Konſtanz erſcheinenden „Seeblätter", von vornherein gewaltig gegen die Verſammlung eingenommen, theils lag wieder an der Verſammlung ſelber die Urſache, die von vornherein von ſich wies, einen Ausſpruch über die von Struve aufgeſtellten materiellen Fragen zu thun. Das Volk war müde geworden, bloß theoretiſche Sätze, Prinzipien ausſprechen zu hören, es konnte nur einem Organe Vertrauen ſchenken, das ſich mit ſeinem materiellen Drucke beſchäftigen und denſelben aufzuheben verſuchen wollte. Das Herumreiten auf Prinzipienfragen, wie Preß-, Religionsfreiheit ꝛc. war ihm durch die eigenen Kammerverhandlungen zum Ekel geworden, und an der Verſammlung in Frankfurt wollte es auch nichts Beſſeres als an ſeiner Kammer finden, die Jahre lang immer drehorgelmäßig dieſelben Stücke abſpielte, ohne einen kräftigen,

---

hungrig und durſtig waren und die Erquickung ſo lockend vor ſich ſahen. Endlich hieß es aber: „Ja, der Herr Amtmann will's und da müſſen wir halt." Sie zogen nun in den Feſtſaal, wo ſie aber kein Unterkommen mehr fanden, ſondern in ein dunkles Neſt auf der Seite hinuntergeſperrt wurden. Oben in dem Beamtenhimmel war Alles Jubel und Seligkeit. Der Oberamtmann, von der Hoheit des Tages und der Vortrefflichkeit des Weines höchſt ergriffen, beſchloß nun auch auf die verlaſſenen Schulzen einen Sonnenblick fallen zu laſſen. Mit einiger Anſtrengung begab er ſich in das erwähnte Verließ und dort, von Rührung übermannt, umarmte und küßte er die ganze verdutzte Mannſchaft und brach in die Worte aus: „Ja, beſſer als bei uns iſt es doch nirgends auf der Welt." Die Bäuerlein fühlten, daß ſie doch auch etwas ſagen mußten. Einer von ihnen ſtand auf und ſagte, indem er ſich hinter den Ohren kratzte: „Ja wohl, Herr Oberamtmann, im Badiſchen iſt es noch viel ſchlimmer."

muthigen Ernst im Ergreifen der bestehenden Zustände und deren Abhülfe zu zeigen. Der liberalen Kammer lag ein Ministerwechsel näher als ein radikales Verfahren zur Aufhebung der Noth und Herstellung eines vernünftigen Zustandes. Regierungs- und Kammertaschenspielerei hatten das aufgeregte Volk so lang als möglich hingehalten. Aber die Geduld ging endlich aus.

Schon am 30. März, also noch vor dem Zusammentritt der Frankfurterabgesandten, war in Engen eine große von 5000 Männern besuchte Kreisversammlung, in der man sich offen für Republik aussprach.

Am dritten Tage der Frankfurterversammlung fanden vier große Volksversammlungen statt; in Achern, die von 15,000 Männern besucht war, in Grenzach und Mörsburg (an 5000), bei welchen man sich überall offen für Einführung republikanischer Staatseinrichtung aussprach, und in Emmendingen, wo man sich den Offenburgerforderungen anschloß. Diese Versammlungen waren Kreisversammlungen des in Offenburg konstituirten badischen Landesvereins, der nun, besonders im Oberland und Seekreis eine außerordentliche Thätigkeit zu entwickeln begann. Ueberall wurden kleinere und größere Volksversammlungen gehalten unter dem Vorwand der Volksbewaffnung, die aber alle zur Besprechung über die Einführung der Republik gebraucht wurden.

Außerordentlich trugen zur Aufregung noch die Nachrichten bei, die sich überall verbreiteten, daß fremdes Militär in Masse einrücken würde. Selbst in der D. Z. war zugegeben, daß bei Rotweil 4000 Würtemberger einrücken sollten. 1700 Oesterreicher sollten nach Rastatt kommen. Zugleich ewartete man zwei darmstädtische Infanterieregimenter und zwei badische. Zudem sollte die badisch-würtembergische Gränze durch Würtemberger gedeckt werden. Dies Alles sollten die Oberländer ruhig geschehen lassen. Es ward ihnen sogar zugemuthet, von oben herab, ja von den bisherigen liberalen Notabilitäten, diese fremden Soldatenmassen, die bei der langen Zersplitterung, bei allem Mangel großer gemeinsamer Interessen Baden immer fern standen und nun kamen, um die Bewegung im Volke mit Bayonnetten und Geschützen zu unterdrücken, nicht als Fremde, sondern als Bürger zu empfangen *).

*) Dieser bittere Hohn der Konstitutionellen, besonders Mathy's, ward in dem charakterlosen Pfälzerlande nicht einmal gefühlt.

Und da fällt nun bittere Schuld auf die ſtarke republikaniſche Partei im Unterrheinkreis, vor Allem in Mannheim, wo man immer in den Kneipen republikaniſche Lieder ſang, wo das 4te Regiment vollſtändig revolutionär gemacht wurde, wo die republikaniſchen Zeitungen erſchienen, welches die republikaniſchen Führer geliefert hatte, und dennoch den fortwährenden Einzug der fremden Truppen nicht nur nicht im Geringſten hinderte, ſondern an mehreren Orten ſogar verlangte, z. B. in Heidelberg, wo gegen den deutlich ausgeſprochenen Willen der größern Hälfte der Bürger dennoch von den Kapitaliſten und Hofräthen eine Beſetzung verlangt wurde zum Schirm des Eigenthums gegen eine nirgends exiſtirende anarchiſche, kommuniſtiſche Partei. Die Geſellſchaft, der man ſolche Tendenzen unterzuſchieben bemüht war, der Heidelberger-Arbeiterverein, hat zwar einen entſchieden republikaniſchen Charakter, aber mit anarchiſchen Beſtrebungen und kommuniſtiſchen Gelüſten nicht das Geringſte zu thun. Der immer mächtiger werdende Verein, der aus ſtürmiſchen Verſammlungen heraus ſich in eine feſte Geſtalt organiſirt hatte und beſonders die ſogenannten untern Klaſſen geiſtig zu heben und den Arbeitern ein klares Verſtändniß über die Beſtrebungen der Gegenwart zu geben bemüht war, war im Ganzen doch zu ſchwach, um ohne Hülfe von Mannheim für die Oberländer-Republikaner eine günſtige Diverſion zu machen. Daß keiner der in Mannheim zurückgebliebenen Volksführer*) einen energiſchen Schritt zu thun wagte, iſt bis jetzt unerklärlich, da dieſe Männer ſich offen für die Republik ausgeſprochen hatten. Der Mangel militäriſcher Leitung mag wohl dazu geholfen haben. Jedenfalls hätte es aber, nachdem man ſich bei der Regierung genug kompromittirt hatte, um in die Folgen verwickelt zu werden, die ein Fehlſchlagen des Aufſtandes im Oberlande nach ſich ziehen mußte, gut gethan, einmal eine große republikaniſche Demonſtration zu machen, um zu beweiſen, daß die republikaniſche Partei nicht ein bloßes Nebelbild überſpannter Köpfe, ſondern eine ſehr reale Erſcheinung ſei.

Während nun die Kammer am 8. April über die Einführung der Schwurgerichte debattirte, rückten ſchon am 5. April zwei heſ-

*) In Mannheim waren noch: Buchhändler Hoff, Eduard Pelz, Fröbel, Grohe, Struve ꝛc.

ſiſch-darmſtädtiſche Bataillone in Raſtatt ein, welche die badiſche Regierung zum Schutze gegen die Herwegh'ſchen Schaaren kommen zu laſſen vorgab. Zur Erleichterung und Aufhebung der Noth im Lande begnügte ſich die Kammer die Petitionskommiſſion um zwei Mitglieder zu vermehren. Finanzminiſter Hoffmann erklärte an einem Entwurf über ein neues Steuergeſetz zu arbeiten und denſelben ſeiner Zeit der Kammer vorzulegen, da eine ſolche Arbeit große Umſicht und Vorſicht verlange.

Dieſen Truppenzuſammenziehungen und Berufungen ſah aber das mannhafte Oberländervolk nicht ſchweigend zu wie die Unterländer. Schon Ende März forderte Bürgermeiſter Raus von Donaueſchingen die Bürger der Umgegend auf, ihre Söhne, die zu den einberufenen militäriſchen Altersklaſſen ſich ſtellen ſollten, nicht abziehen zu laſſen und die Abgegangenen zurückzufordern; Bekk forderte Raus zur Rechenſchaft, worauf der Kreisausſchuß des Seekreiſes Bürgermeiſter Raus zur Unterſtützung des revolutionären Schritts ermunterte und ihm erklärte, daß er im Sinne des Seekreiſes gehandelt habe. Auf die Kunde, daß würtembergiſche Truppen anrücken, verſammelten ſich am 6. April 8—10,000 bewaffnete Männer in Donaueſchingen, wo ſie auf einer Wieſe bei Sturm und Regen beſchloſſen:

„Bei der heute dahier ſtattgehabten, bewaffneten Volksverſammlung, welche in Folge des Einmarſches würtembergiſcher Truppen Statt hatte, und wobei circa 10,000 bewaffnete Männer erſchienen waren, wurden folgende Beſchlüſſe gefaßt:

1. Es ſoll Markgraf Wilhelm als Kommandant des 8ten Armeekorps entſetzt werden.

2. Es ſollen alle Miniſter, mit Ausnahme des Präſidenten des Finanzminiſteriums, entſetzt werden.

3. Die Beſchlüſſe sub 1 und 2 ſollen von großh. Staatsregierung innerhalb dreimal 24 Stunden, von der Ueberreichung an gerechnet, vollzogen werden; widrigenfalls man in **Maſſe** bewaffnet in Karlsruhe erſcheinen werde, um dieſen Beſchlüſſen Geltung zu verſchaffen.

4. Es ſoll durchaus kein fremdes Militär und ebenfalls keine deutſchen Bundestruppen in Baden einrücken, widrigenfalls dieſes als eine Kriegserklärung gegen das Volk angeſehen und Gewalt entgegengeſetzt würde.

5. Das Volk ſoll augenblicklich bewaffnet und die Linie mit der Bürgerwehr verſchmolzen werden.

6. Das Geſetz, wonach die Altersjahre oder Klaſſen von 18 bis 21 einberufen werden, ſoll augenblicklich außer Wirkſamkeit geſetzt werden.

7. Bei einer nachträglichen Verſammlung, welche Nachmittags Statt hatte, wurde beſchloſſen, auch von der großh. Staatsregierung zu verlangen, daß Mark-

graf Max gleichfalls innerhalb dreimal 24 Stunden von seinem Posten als Befehlshaber des badischen Armeekorps entfernt und überhaupt keine Person aus einem fürstlichen Hause als Kommandant ernannt werden soll.

8. Es soll heute noch eine Deputation nach Karlsruhe abgesendet werden, um sowohl den Ständen als der großh. Staatsregierung diese Beschlüsse zu eröffnen, und es soll diese Deputation bis zu einer erfolgten Resolution in Karlsruhe bleiben.

Erfolgt diese Resolution nicht innerhalb dreimal 24 Stunden, so hat die Deputation augenblicklich zurückzukehren und dem hiesigen Bezirks-Komite Anzeige zu erstatten.“

Diese energische Protestation hatte denn auch zur Folge, daß man vor der Hand nicht wagte, die würtembergischen Truppen in's Land zu ziehen. Die Konstanzer kamen auf die erste Nachricht von dem Anzug der Würtemberger gleich mit zwei Kanonen zu Hülfe, zogen aber wieder heim, als sie halbwegs den Rückzug der Würtemberger vernahmen.

Am gleichen Tage fand eine große Gemeindeversammlung in Freiburg statt, wo man von der Regierung zur Volksbewaffnung 20,000 fl., so wie Enthebung des Markgrafen Wilhelm von der Befehlshaberstelle und die Entfernung fremder Truppen verlangte. Zugleich mußte am gleichen Tage das 4te Regiment, das mit den Republikanern fraternisirte, aus Mannheim ziehen, weil man einen Aufstand befürchtete, dem sich die Soldaten jedenfalls angeschlossen hätten. Um beides zu verhüten, schickte man die badischen Soldaten weg und ließ dafür hessische kommen.

Am folgenden Tag war eine große Volksversammlung in Mannheim, in der die Donaueschinger-Beschlüsse noch dadurch verstärkt wurden, daß man verlangte, die Regierung solle entschieden ihre Sympathie für das französische Volk öffentlich aussprechen. Am gleichen Tage kam eine gleiche Forderung aus Emmendingen.

Nun begann es der Regierung selber etwas schwül zu werden. Die Nachrichten aus dem Seekreis wurden immer drohender. Eine Deputation des Geh. Ref. v. Stengel und des Reg.-Rathes Fromherz richtete nichts aus, obgleich sie versichert haben soll, daß man vor der Hand keine fremden Truppen einrücken lassen wolle. Die Regierung fand sich daher bewogen, den Abgeordneten Peter*)

*) Der seiner entschiedenen Gesinnung wegen unter Blittersdorf seiner Regierungsrathsstelle entsetzt wurde und in Frankfurt zu der ausgetretenen republikanischen Minderheit gehörte. In der Kammer stand Peter immer zu den Entschiedensten.

als Regierungsdirektor in den Seekreis zu ſchicken. Derſelbe erließ ſchon am 7. April von Donaueſchingen aus zwei Schreiben an die Generäle der würtembergiſchen und baier'ſchen Truppenabtheilungen, worin er ſchleunigen Rückzug derſelben verlangte, was denn auch befolgt wurde, indem ſchon am gleichen Tage die baieriſchen Quartiermacher ſich aus Konſtanz zurückzogen und der würtembergiſche General auf würtembergiſchem Boden blieb. Wie es aber der Regierung mit dieſen Zuſagen Ernſt war, und wie ſie Hülfe an der Kammer fand, möge der fortwährende Truppenanzug und die Kammerverhandlungen vom 7. April zeigen. Schon am Tage vorher hatten mehrere badiſche Deputirte eine Aufforderung an das Volk erlaſſen, in welcher ſie die Ausführung einiger der verlangten Forderungen in Ausſicht ſtellten, ohne die wichtigſten Fragen, z. B. die Aufhebung der Beamtenwirthſchaft, zu erwähnen. Daneben war aber dieſer Erlaß vollgeſpickt von Vertrauensaufforderungen für die Regierungen und Mißtrauensäußerungen über die republikaniſchen Führer. Zugleich war die dringende Nothwendigkeit fremde Truppen zu berufen eng an's Herz gelegt und die Ungerechtigkeit ſeufzend beklagt, daß man dieſe Truppen „fremde" nenne. Dieſer Erlaß ging aber wirkungslos am Volke vorüber, während er natürlich in der Reſidenzſtadt und bei der konſtitutionellen Partei überhaupt höchſt preiswürdig gefunden ward.

Die Kammerverhandlungen des folgenden Tages drehen ſich um die Truppenzuſammenziehung, in der Mathy das Verfahren der Regierung glänzend vertheidigte. Die ganze Stellung dieſes Mannes, die er in dieſen Tagen einzunehmen begann, die von der republikaniſchen Partei mit bitterm Haß angegriffen, von der konſtitutionellen aber eben ſo eifrig vertheidigt wurde, kann, wie ich meine, jetzt noch nicht beurtheilt werden, da die Frage noch nicht geſchloſſen iſt, ob das badiſche Volk nur durch Revolution den Zuſtand zu erlangen fähig iſt, der als rechtliche Nothwendigkeit von dem Volksgeiſte erkannt worden iſt. Jedenfalls kann jetzt nichts Bindendes ausgeſprochen werden, bis man einige Erfahrungen über den Fortſchritt im Ganzen, dem man die badiſche Freiheit opferte, gemacht hat, bis man einige Ausſichten gewonnen hat, welchen Gang die deutſche Bewegung überhaupt nehmen wird. Einem demokratiſch eingerichteten Deutſchland durften die Leichen von Kandern und Freiburg ſchon geopfert werden. Gegen

Mathy und das neue konstitutionelle Regiment spricht aber der sehr bedenkliche Umstand, daß trotz den 17 Wochen seit der Offenburgerversammlung und den 12 Wochen seit dem Aufstand noch keine gewichtige Verbesserung eingetreten ist und die alte Wirthschaft fortdauert, während neue schwere Lasten auf dem Volke ruhen*).

Und nun sollte sich Mathy's Stellung zur republikanischen Partei in einer That zeigen, welche die größte Erbitterung herbeiführte; Jeder weiß, daß hier allein die Verhaftung Fickler's, des Redakteurs der „Seeblätter", gemeint ist. Josef Fickler, ein Mann, der das Volk zu lenken verstand wie Wenige, hatte durch seine Reden in Volksversammlungen, vorzüglich aber durch seine Redaktion der „Seeblätter", wesentlich geholfen, die allgemeine Unzufriedenheit zum Siedpunkte hinauf zu treiben. Er war auf einer Rundreise begriffen, die keinen andern als revolutionären Zweck hatte, und wollte nun über Karlsruhe in's Oberland zurück. Als er mit der Eisenbahn abfahren wollte, kam Mathy, von einem Polizeikommissär und sechs Unteroffizieren begleitet, an den offenen Schlag des Wagens und sagte zu Fickler, der, in eine blaue Blouse gekleidet, tief im Hintergrunde saß: „Herr Fickler! im Namen des Gesetzes sind Sie verhaftet! Sie sind ein Vaterlandsverräther!" Fickler erhob sich langsam und trat aus dem Wagen, indem er zu Mathy sagte: „Ein rechter Polizeimann! Sie sind ein Volksverräther!" Die Unteroffiziere nahmen den Führer der Republikaner im Seekreis in ihre Mitte. Fickler wurde sogleich in festen Gewahrsam abgeführt.

Diese That Mathy's war eine nothwendige Konsequenz seines Auftretens in der Kammer. Fickler war allerdings ein Mann, der im Seekreis den größten Einfluß hatte. Zugleich kannte die Regierung die revolutionäre Stimmung im Seekreis deutlich genug. Von dem Standpunkte der nationalen Partei, die in der konstituirenden Versammlung das naturgemäße Organ der Wiedergeburt Deutschlands erkannte und die wohl die überwiegende Majo-

*) Und bis jetzt — der neueste unsinnige Versuch Struve's beweist, daß eine große Erbitterung im Volke fortgährt, die aber nicht zu einer solchen Höhe der Verzweiflung gestiegen ist, um günstige Chancen für ein Unternehmen zu bieten, in dem das badische Volk va-banque gespielt hätte.

rität des deutschen Volkes in sich schließt, war diese That eine große, da Mathy wohl voraussehen konnte, daß die Republikaner nun für immer mit ihm brechen würden, daß er allgemeinen Haß auf sich laden werde. Das geschah auch sogleich. Die ganze republikanische Partei erhob sich einstimmig und verdammte diese That in den heftigsten Worten. Mathy wurde ein Judas geheißen, der die junge Freiheit um 4000 Silberlinge (das Einkommen seiner bald darauf folgenden Anstellung als Staatsrath) verrathen habe. Man schalt ihn außerdem den Verräther seines Freundes und Wohlthäters, da durch Ficklers Einfluß er von Konstanz aus in die Kammer gewählt wurde, was den Grund zu seiner großen politischen Wirksamkeit legte. Die Erfahrung wird zeigen, ob Mathy bloß den gefährlichen Gegner der Regierung, in die er zu gelangen voraussah, abfassen, oder ob er in seiner Verhaftnahme ein der deutschen Freiheit gefährliches Hinderniß beseitigen wollte, denn das ist eine klare Sache, daß mit dem Gelingen des badischen Aufstandes, den Fickler außerordentlich gefördert hätte, die Revolutionirung von ganz Deutschland im innersten Zusammenhang gestanden wäre. Eine Revolution stand dadurch in Aussicht, wie sie bei den so geringen politischen Erfahrungen, der ungeheuern Bildungs- und Vermögens-Unterschiedenheit in Deutschland noch nie da gewesen wäre. Es ist charakteristisch, daß die Regierung dieses einzige vernünftige Motiv der Verhaftnahme Fickler's nie erwähnte und mit lauter thörichten Scheingründen sich zu helfen versuchte. Man mochte wohl die Todeswunde des konstitutionellen Organismus in Baden den Augen der Welt nicht bloßstellen.

Die Kunde der Gefangennehmung Fickler's lief blitzschnell durch das Land. Die Konstitutionellen athmeten leichter, die Republikaner fühlten erbittert den großen Verlust. In Mannheim war der Sturm gegen Mathy ungeheuer. Mathy konnte sich nicht anders als durch die Behauptung helfen, Fickler konspirire mit der republikanischen Regierung in Frankreich und wolle mit ihrer Hülfe Deutschland zur kommunistischen Republik machen. Dieser Behauptung widersprach Fickler's Organ, die Seeblätter, in denen noch vor wenigen Tagen eine Einmischung Frankreichs mit den kräftigsten Ausdrücken zurückgewiesen wurde*). Hatte auch die dumme

*) Selbst Mittermaier sah sich genöthigt, die Unwahrheit dieser Behauptung auszusprechen. Ausführliches hierüber, wie über die weitern Vorgänge vor

Franzoſenfreſſerei aufgehört, ſo war man doch weit entfernt, mit Hülfe Frankreichs die Freiheit zu erringen. Das Nationalgefühl war ſo mächtig und Fickler kannte das Volk zu gut, um nicht zu wiſſen, daß er mit einem ſolchen Verſuch alle gewichtigen Sympathien verlieren würde, wenn auch manche weiter blickende, den Verrath der Hohen vorausſehende Männer einen ſolchen Schritt nicht geſcheut hätten. Auf dieſe Behauptung hin ſtützte man ſeine Gefangennehmung und von dem Treffen bei Doſſenbach an, da man wichtige Papiere hierüber gefunden haben wollte, bis auf den heutigen Tag iſt Fickler ohne Urtheil noch immer gefangen, geſchweige daß man die proklamirte Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, die ſchon ſeit Anfangs März von der Regierung verſprochen iſt und deren Einführung kein Hinderniß im Wege ſteht, auf dieſen Fall angewandt hätte, d. h. auf ein politiſches Verbrechen, bei dem geheimes Verfahren am meiſten verdammungswürdig iſt.

Am gleichen Tage kam von Donaueſchingen aus eine neue Geſandtſchaft nach Karlsruhe, die augenblickliche Entfernung von Bekk, Duſch (Miniſter des Aeußern) und Hoffmann (Kriegsminiſter) verlangte, an deren Stelle die Abgeordneten Peter, Hecker und Brentano treten ſollten. Zugleich verlangte man Entfernung alles nicht badiſchen Militärs über die Gränze, ſo wie daß der Großherzog, wenn er ſich zu dieſer Maßregel nicht entſchließen wollte, der Krone entſagen und einer Volksregierung Platz machen ſolle, weil man ſonſt nicht mehr im Stande ſei, die Maſſen im Zaume zu halten. Am folgenden Tage, den 9. April, brachte Bekk dieſe Anliegen vor die zu außerordentlicher Sitzung verſammelte Kammer, die Tribüne war überfüllt von Karlsruherbürgern. Mathy wurde bei ſeinem Eintritt mit ſtürmiſchem Beifall empfangen, wie das Miniſterium und die konſtitutionellen Häupter Baſſermann, Mittermaier, Welker, Soiron. Die Kammer wies faſt einſtimmig das Begehren des Volkes zurück und billigte alle Schritte der Regierung. Nur Itzſtein und Metz erhoben ſich gegen den Zutrauenstaumel der Kammermitglieder und der Bürger der Reſidenz. Bemerkenswerth iſt noch, daß Fickler wenige Tage vor ſeiner Ge-

dem Aufſtand und denſelben, gibt in treuer Wahrheit Hecker in ſeiner mehrmals erwähnten Schrift.

fangennehmung Welker eine Eingabe an das Miniſterium übergeben hatte, worin er offen erklärte, daß die republikaniſchen Führer das Volk nicht mehr zurückzuhalten im Stande ſeien und worin er vorſchlug, das Geſammtvolk darüber abſtimmen zu laſſen, ob man Monarchie oder Republik wolle. Dieſer Vorſchlag gelangte aber nicht einmal vor den Großherzog.

Hecker, der Liebling des Volks, der redliche, muthige Vertheidiger des Volksrechtes, war nicht in der Kammerſitzung des 9. April. Er war abgereist. Die republikaniſchen Führer im Seekreis hatten ihm geſchrieben, das Volk ſei nicht mehr zu halten. Schon in Frankfurt hatte man ihm geſagt, er könne auf mehr als 80,000 bewaffnete, für einen Kampf auf Leben und Tod entſchloſſene Männer zählen. In neueſter Zeit kamen ihm nun Berichte auf Berichte: Er vor Allem und Struve ſollten kommen, um die ſonſt unausweichbare Anarchie zu bannen und den zu Allem entſchloſſenen Volkswillen auf die rechte Bahn zu führen. Wenn er nicht komme, ſo werde es einen fürchterlichen Aufſtand geben, der ſich nutzlos an ſich ſelbſt aufreiben werde. Hecker, der mit männlicher Offenheit ſchon lange mit dem konſtitutionell-monarchiſchen Syſteme gebrochen hatte, den das Volk nun einſtimmig verlangte, brach mit freier Entſchloſſenheit die ſchmale Brücke, die ihn mit der beſtehenden Ordnung noch verband, riß ſich von allen Banden los, die ihn an die Heimath knüpften, gab ſeine glänzende Stellung als gefeierter Führer der Kammer und des Volkes auf und eilte in das republikaniſche Konſtanz, in dem der Aufſtand beginnen ſollte, einer düſtern Zukunft entgegen.

Am 9., dem Tage der eben erwähnten Kammerſitzung, fanden wieder vier große Volksverſammlungen ſtatt, von denen drei ſich entſchieden für Republik ausſprachen; dieſe drei republikaniſchen Verſammlungen fanden in Freiburg (5000 Mann ſtark), Achern in der Ortenau und Röttelweiler ſtatt. In einer vierten von 2000 Männern beſuchten in Neuſtadt ſchloß man ſich an die Donaueſchinger-Forderungen an.

Aber auch im Unterlande begann es zu ſpucken. Das Oberland hatte man vor der Hand aufgegeben, im Unterland war aber noch viel zu machen. Die Pfälzer ſind, wie bekannt, ein leicht aufbrauſendes Völkchen, das viel ſpricht, aber wenig handelt. Der Pfälzer will mit ſo wenig als möglich Anſtrengungen ſo gut als

möglich leben; er hätte die Republik gerne gehabt, so geſcheidt war er ſchon, aber ſie hätte, wie eine überreife Frucht, ihm in den Schooß fallen müſſen. Man kann ſich daher denken, daß es den konſtitutionellen Führern leicht werden mußte, den Volksunwillen für ihre Zwecke zu lenken, wenn man den aufgeregten Gemüthern einen Mann ſchicken würde, der angeſehen, wie er ſein mußte, mit kecker Sprache die Segnungen der ſogenannten geſetzlichen Revolution dem Volke vor Augen zu ſtellen vermochte. Der rechte Mann hiezu war Soiron, ſelbſt Pfälzer, Präſident des Fünfziger-Ausſchuſſes, der nun in Mannheim und Heidelberg die Bürgerſchaft, der ohnehin Ruhe lieber iſt als Bewegung, die höchſte Ruhe anempfahl, da bei dieſer Ruhe viel größere Reſultate zu erzielen ſeien, als bei einem Anſchluß an eine etwaige republikaniſche Bewegung. Soiron ſprach unumwunden die Mediatiſirung der kleinen Fürſten aus und ſagte ſogar von den größern, die etwa bleiben würden, man ließe ſie nicht von Gottes-, ſondern von Volkesgnaden wegen nur noch ſo lange auf ihren Thronen, als man ſie brauche. Aber — man ſolle nur den Fünfziger-Ausſchuß machen laſſen, der bringe die Sache ſchon in's Reine. Man kann ſich denken, daß dieſe reizende Perſpektive, die von Soiron ſo keck aufgeſtellt wurde und an deren Endziel auf ſo leichte Weiſe zu gelangen war, die Maſſen vor einem revolutionären Schritte zurückſchaudern ließ, der in die Bayonnette der Bundesbrüder führen konnte. Dieſe Reden Soiron's trugen viel zu dem höchſt paſſiven Antheil des Unterlandes an dem Aufſtande bei. Doch iſt es merkwürdig, daß ſelbſt Soiron, der Präſident des von der großen Majorität der Frankfurterverſammlung gewählten Fünfziger-Ausſchuſſes, für nöthig fand, in ſo republikaniſcher Weiſe zu ſprechen.

Unterdeſſen zeigten ſich aber bedenkliche Symptome. Am 10. wurde der bekannte Karl Blind verhaftet, doch konnte er nach Straßburg entfliehen. Zugleich erſchien eine Proklamation des Großherzogs, die den Einmarſch der fremden Truppen als nicht zur Unterdrückung der Freiheit im Innern, ſondern zur Fernhaltung deutſcher Freiſchaaren aus Frankreich und der Schweiz zu rechtfertigen ſuchte, „da dieſe den Ruf revolutionärer Parteiführer im Inlande erwarteten, mit denen ſie theilweiſe in Verbindung ſtänden, um hier einzubrechen und den Verſuch einer revolutionären Partei zum Umſturz der Verfaſſung mit bewaffneter Hand zu un-

terſtützen." — Denn allerdings hatten Herwegh's Proklamationen, die eine bewaffnete, gut organiſirte Maſſe von wenigſtens 6 bis 8000 franzöſiſchen Arbeitern verſprachen, manches Bedenken und viel Unwillen in Deutſchland erregt, da man vor dieſem Proletarierheer, wie man es nannte, die ſchlimmſten Beſorgniſſe hatte. Tauſende glaubten, oder verbreiteten mit Abſicht das Gerücht, daß dieſe Schaaren mit Mord und Brand einziehen und auf ſolche Weiſe den Kommunismus in Deutſchland einführen wollten. Unklug war es jedenfalls von Herwegh, durch ſeine großſprecheriſchen, hochtönenden Proklamationen der Regierung einen Scheingrund gegeben zu haben, der die, nur gegen den Aufſtand im Innern gerichtete Truppenzuſammenziehung vor Vielen rechtfertigte, während im kritiſchen Augenblicke Herwegh mit kaum 900 Mann erſchien.

Am 11. erſchien die erſte öſterreich. Artilleriekompagnie in Ulm, der noch andere folgen ſollten. Den in Baden verſammelten Truppen wurde der tägliche Sold um 3 kr. erhöht. Der Fünfziger-Ausſchuß erließ Proklamationen an die deutſchen Arbeiter (welche von den Regierungen „Fremde" genannt wurden) und an die Bewohner des Seekreiſes und Oberlandes. Nach Straßburg, und ſpäter zu Hecker, wurden Deputationen geſandt, die vom Zuge abrathen ſollten. Am 13. April, als in Konſtanz ſchon die Republik proklamirt wurde, marſchirten vier würtembergiſche Infanterie- und zwei Kavallerie-Regimenter mit einer reitenden und einer Fußbatterie in's badiſche Land ein; heſſiſche und naſſauiſche Truppen wurden immerfort in's Land gezogen und der Oberbefehl des ganzen 8ten Armeekorps, das gegen die Oberländer aufgeboten wurde, dem Prinzen Wilhelm von Würtemberg übergeben. Zum General der 2ten badiſchen Diviſion ernannte die badiſche Regierung Friedrich von Gagern, den Bruder Heinrich Gagern's, einen Mann, der durch große geiſtige und militäriſche Bildung ſich auszeichnete. Man ſieht, die Regierung fand eine große Kraftentwickelung nöthig. Dieſe Thatſache iſt einer der vielen gewichtigen Beweiſe, daß die republikaniſche Partei eine große gefürchtete war, ja daß ſie das halbe Baden vollſtändig in ſich ſchloß und in der andern Hälfte einen gefährlich-großen Anhang zählte.

IX.

Der Aufstand.

Während nun in ganz Deutschland gehofft wurde, daß die ganze Bewegung einen ruhigen Gang nehmen werde, daß alle Reformen im friedlichen Einverständnisse mit den bestehenden Regierungen in's Leben gesetzt werden könnten, war man schon wieder mitten drin im alten Vertrauen. Fast Niemand schien zu bedenken, daß alle diese Zusagen nur deßwegen so schnell geschahen, weil der feste Bestand der republikanischen Ordnung in Frankreich im Verein mit dem Kriegsruhm und der Kriegslust des französischen Volkes, bei dem kosmopolitischen, weltbefreienden Charakter der ersten Revolutionstage und einem durch Widerstand entfremdeten, erbitterten Volke, den Thronen allzugefährlich hätte werden können. Wenn man sich auch ausschließlich der Wahlthätigkeit für die deutsche Reichstagsversammlung widmete, dieselbe doch nicht mit dem Ernst betrieb, wie es einem Zwecke geziemte, der die Einführung des Prinzips der Volkssouveränetät in das wirkliche Leben, in die Politik der Gegenwart war, wenn die Wahlen meistens ohne scharfes, strenges Bewußtsein dessen vor sich gingen, was ihre eigentliche Bedeutung war, ein Mangel eben sowohl bei den Wählern als bei den Gewählten — so war es in Baden eben sehr anders.

Ich habe schon früher an mehrern Orten die Hebel der badischen Revolution erwähnt. Die dem übrigen Deutschland vorangeschrittene politische Bildung, der heillose materielle Druck, den besonders die allem gesunden Volksleben todtfeindliche Beamtenwirthschaft über das schöne Land verhängt hatte, die elektrisirende Nähe von Frankreich, beson-

ders aber, und dies ist nicht genug hervorzuheben, da die Revolution eigentlich im Seekreis losging und je mehr sie sich in's Land hineinzog, um so mehr an männlicher, todesverachtender Theilnahme verlor — der stille, jahrelange Einfluß der freien Schweiz, des Landes, das sich aller der Segnungen zu erfreuen hatte, die eine Staatsform von selber mit sich bringt, die den Menschen auf sich selbst, auf den freien Gebrauch seiner Kräfte, ich möchte sagen, mit freier Nothwendigkeit hinweist. — Die Schweiz, die blühenden, gesegneten Grenzkantone St. Gallen, Thurgau, Zürich, Aargau, Solothurn, Baselland und Baselstadt, das Leben in ihnen, war den Bewohnern des badischen Seekreises nichts Fremdes, wie denen, die tiefer im Land wohnten und den Bewohnern des übrigen Deutschlands, wo man die bloß theoretische Ueberzeugung hatte, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei, die der Gewalt der Anschauung nicht gleichkommen, keine solche energische Bestrebungen zu Herstellung eines ähnlichen Zustandes in's Leben rufen konnte.

Zudem war, wie auch erwähnt, durch zahllose republikanische Flugblätter, durch die republikanische Zeitungspresse, besonders durch die mit wahrer Virtuosität in der Verdächtigungs- und Aufreizungskunst geschriebenen „Seeblätter", das durch den schändlichen Druck gewissenloser, feiler Beamten schon genug erbitterte Volk zu einer politischen Siedhöhe hinaufgetrieben, die nur durch eine geordnete Waffenthat gegen den gemeinsamen Feind beisammen gehalten werden konnte. Nur auf diese Weise war eine fürchterliche Anarchie zu heben, die in Baden vor der Thüre stand. — Hecker, der Liebling des Volkes, der schon lange öffentlich und unzweideutig mit dem monarchischen System gebrochen hatte (ich erinnere z. B. nur an den Offenburgertag), der kein anderes Heil für das Jahrhunderte lang geknechtete, materiell leidende Volk fand, als daß er ihm einen Zustand herbeizuführen wünschte, in dem es ihm möglich war, seine unsterblichen Kräfte einmal für sich und zum eigenen Nutzen zu gebrauchen, der mit einem kecken Griff das ganze königliche, adelige und Beamten-Unkraut wegreißen wollte, das sich schmarotzerhaft um die verkrüppelte deutsche Eiche zusammenzog und ihr die Lebenssäfte aussog, Hecker hatte schon in Frankfurt vernommen, daß er auf 80,000 Bewaffnete zählen könne, was ihm freilich damals schon redliche Freunde als eine Unrichtigkeit

hinſtellten. Hecker war nun zu dem Volke gezogen, weil er bei den gegenwärtigen Regierungen und dem Weg, der eingeſchlagen wurde, kein Heil für das Volk vorausſah. Der Mann, deſſen ganzes Leben ein begeiſterter Kampf für die Volksrechte war, der in der neueſten Zeit die ſchönſte Anerkennung für ſein edles Streben gefunden hatte, mochte vielleicht durch den brauſenden Jubel, der die bloße Nennung ſeines Namens begleitete, über den Mangel an Ernſt und männlichem Muthe ſich täuſchen, der hinter dem Lärmen bei Vielen ſtattfand. Er mochte ſich auch vielleicht darin täuſchen, als er glaubte, daß ſein Name Tauſende von Streitern um ſeine Fahne locken würde. Doch gewiß hat er ſich hierin nicht zu ſehr getäuſcht, denn trotz dem bodenloſen Leichtſinn, mit dem der Zug unternommen wurde, bei allem Mangel tüchtiger militäriſcher Leitung *) konnte Hecker doch ſagen, daß über 15,000 für die Republik Bewaffnete ziemliche Zeit da ſtanden. Ein einziger glücklicher Schlag konnte die ungeheuerſten Folgen haben. Das wußte die Regierung wohl, ſie wußte, wie unſicher ſie ſaß — daher die 60,000 Mann gegen den rebelliſchen Haufen, wie man die Revolutionsarmee zu nennen beliebte.

Struve, der früher immer die Nothwendigkeit eines gewaltſamen Schrittes gepredigt hatte, aber durch die Karlsruher- und Offenburgertage beſtimmt einen andern Weg als den revolutionären einzuſchlagen ſchien, hatte in Frankfurt ſchon gezeigt, daß er der Alte geblieben war. Struve war jetzt ſchon einige Tage früher als Hecker in Konſtanz und erwartete dort den Freund, der denn auch am 12. April in Konſtanz anlangte, von Willich begleitet, dem bekannten preußiſchen Artillerieoffizier, der mit Anneke und Gottſchalk ſocialiſtiſche Ideen unter den Kölner-Arbeitern verbreitete. Hecker hatte Willich um der militäriſchen Kenntniſſe willen, die er von dieſem edelſinnigen Mann erwartete, mitgebracht. Der Zug ſelber bewies, daß die weiche, ſchwärmeriſche Seele des Mannes für dieſe ernſte Aufgabe nicht gewachſen war.

Schon bei ſeiner Ankunft in Konſtanz mußte Hecker die bittere Erfahrung machen, daß ſich die Sache nicht ſo verhalte, wie er

*) Hecker hoffte, daß die verſchiedenen Korps gute Anführer hätten, und die Republikaner hofften, daß Hecker ihnen gute Anführer bringen würde, da er die Leitung des Zuges übernommen hatte.

es vorſchnell ſich gedacht hatte. Alle ſeine republikaniſchen Freunde, beſonders der männliche Kaufmann Katzenmaier und der kluge, tapfere Kaiſer, riethen ihm davon ab, einen Gewaltſtreich zu beginnen, ehe die Sache organiſirt, ehe der badiſche Landesverein überhaupt die Einführung der Republik zu ſeiner Sache gemacht habe. Man ſagte Hecker, der noch immer an die 80,000 Bewaffneten glaubte, von denen man ihm in Frankfurt geſprochen hatte, daß man ihn hierin ſehr getäuſcht habe, daß er zwar auf 15 — 18,000 Bewaffnete zählen könne, die aber noch nicht recht organiſirt ſeien, daß es an kundigen Offizieren fehle, daß der Aufſtand mit einem Worte noch nicht ein allgemeiner ſei. Auf die Ergreifung dieſer Angelegenheit durch den in Offenburg gebildeten Landesverein wäre am meiſten zu hoffen geweſen. Das Unternehmen hätte eine Art Legitimation erhalten, wenn der vom Volk ernannte Ausſchuß die Sache ergriffen hätte. Das wollte beſonders Katzenmaier, der Hecker beſchwor, dieſe bedeutende Hülfe abzuwarten. Hecker aber, in fieberhafter Aufregung, glaubte ſich von denen verrathen zu ſehen, auf die er am meiſten gezählt hatte, er beſchuldigte ſie in krankhafter Gereiztheit ſogar der Feigheit, was freilich, wie die ſpätern Ereigniſſe zeigten, eine große Ungerechtigkeit war.

Die republikaniſche Partei ließ nun eine große Volksverſammlung auf Abends 5 Uhr anzeigen. Die Räume des neuen Stadthauſes waren zum Erdrücken von ſtimmfähigen Bürgern angefüllt. Hecker trat nun auf und ſchilderte in Meiſterzügen die traurige Vergangenheit Badens und deutete den Segen an, der bei freien Verfaſſungen dem Lande zu Theil werde. Er erklärte, daß ganz Deutſchland Baden nachfolgen würde, darum gezieme es männlich und entſchloſſen voranzugehen.

Gegen Hecker traten nun mehrere Männer auf, deren einige ihm eng befreundet waren, wie Kaufmann Katzenmaier, Advokat Würth, Bürgermeiſter Hüetlin, Kuenzer u. A. Dieſe warnten vor einem bewaffneten Zuge nach Karlsruhe, da ganz Baden mit Truppen überzogen und der Aufſtand ſelber nicht organiſirt ſei. Auch berief man ſich darauf, ſich den Offenburger- und Frankfurterbeſchlüſſen unterziehen zu wollen. Dieſe letztern Gründe waren um ſo weniger ſtichhaltig, als die Beſchlüſſe von Offenburg von ſelber zur Republik führen mußten und die Frankfurter-

beſchlüſſe die Volksſouveränetät erklärt hatten, deren nothwendige Konſequenz ebenfalls die Aufhebung der Monarchie und die Einführung der Republik iſt. Große glückliche Umwälzungen haben beſonders zwei Symptome. Es ergreift entweder ein inſtinktmäßiger Drang alle Herzen zu einer entſcheidenden That. Man fühlt lebendig vergangene Ungerechtigkeit und die leidende Sehnſucht nach einer beſſern Zukunft wandelt ſich blitzſchnell in Willensakte um, wenn der Zuſtand unerträglich geworden. Das iſt die Zeit, in welcher die Revolution in der Luft liegt, wo ſie mit jedem Athemzug aufgenommen wird — das war die Zeit vor und bei der Offenburgerverſammlung. Treten aber Hoffnungszeichen ein, ſcheinen gründliche Verbeſſerungen ſich Bahn brechen zu wollen, dann ſtaut der wilde Strom der Volksbewegung allmälig in das alte Bett zurück. Man beginnt allmälig über die Lage nachzudenken und mit dem Denken ſtellen ſich die Bedenken ein. Der unklare Taumel verliert ſich, eine feſte Ueberzeugung iſt noch nicht allgemein geworden und in ſolchen Zwiſchenakten des hiſtoriſchen Lebens ſchwanken Viele auf der ſchmal und unſicher gewordenen Linie der Revolution dem Verderben zu. Nichts läßt ſich weniger künſtlich hervorbringen als eine Revolution. Das war zudem das Seltſame der Märzrevolution, daß die poſitiven Reſultate einer ſolchen durch allgemeine Volksbeſchlüſſe vorweg genommen waren, ohne daß man freilich ein Organ zur tüchtigen Realiſirung gehabt hätte. — Dieſe Lebensform der Selbſtthätigkeit und Selbſtbeſtimmung des Volksorganismus aber jetzt mit Gewalt geltend zu machen, dazu war leider der größte Enthuſiasmus verraucht und andererſeits keine Nothwendigkeit eines entſcheidenden letzten Schrittes eingeſehen. Das beweist die Möglichkeit der Truppenzuſammenziehung deutlich genug.

Hecker aber wollte von keinem Zaudern mehr hören. In ihm war das Revolutionsfieber der Offenburgerzeit wach geblieben, zugleich erkannte er mit klarem Auge die Vernünftigkeit der republikaniſchen Staatsform. Er war bereit, Gut und Blut an die Sache zu ſetzen und glaubte im Volke auf einen gleichen Gemüthszuſtand zu treffen. Er erließ folgenden Aufruf an die Bewohner der Aemter Donaueſchingen, Engen, Blumenfeld, Villingen, Bonndorf, Neuſtadt und Hüfingen: „Mitbürger, Brüder, Freunde! Der Augenblick der Entſcheidung iſt gekommen. Worte können uns unſer Recht und unſere Freiheit nicht erobern. Darum fordern wir auch

alle waffenfähigen Männer auf, Freitag, den 14. April, Mittags 12 Uhr, in Donaueſchingen auf dem Marktplatz mit Waffen und Munition, in geordneten Zügen, mit Lebensmitteln auf 6 Tage verſehen, zu erſcheinen. Unſre Freunde Bruhn, Au, Willmann, Raus, Raſina und Andere werden zu Euch treten und Euch ſagen, was das Vaterland von Euch erwartet. Sie ſind bereit ſich an Eure Spitze zu ſtellen. Struve iſt bereits in Donaueſchingen angekommen und wird der Verſammlung mit Rath und That zur Seite ſtehen. Konſtanz, 12. April 1848. Friedrich Hecker. Guſtav Struve." Hecker erklärte zugleich nichts mehr abwarten und am folgenden Tage abziehen zu wollen, und wenn ihn nur einer begleite. Zugleich war Struve nach Ueberlingen und Arzt Vanotti nach der benachbarten Gemeinde Allmannsdorf gegangen, wo es beiden gelang, die Republik zu proklamiren.

Am folgenden Tag, Donnerſtag, den 13. April, zog denn Hecker unter Muſik und Trommelſchall, von einer unzähligen Menſchenmaſſe begleitet, mit 52 Begleitern aus Konſtanz über Stockach Donaueſchingen zu, wo er mit Struve zuſammenſtoßen wollte, um in Verbindung mit ihm nach Freiburg zu ziehen. Von Gemeinde zu Gemeinde zogen die Muthigen und wurden oft mit Jubel empfangen. Spät Abends zog die ſchon auf einige hundert Mann verſtärkte Schaar in Stockach ein, wo man einen würtembergiſchen Hauptmann, der auf's Spioniren ausging, gefangen nahm und hielt, bis er nicht mehr ſchädlich ſein konnte. Eine rührende Epiſode bildet das Ereigniß, daß die Mutter des würtembergiſchen Kammermitgliedes Mögling, der ſich auch Hecker angeſchloſſen hatte, in Stockach ankam, um ihren Sohn aufzuſuchen und ihm abzurathen. Die Unruhe der guten Frau machte ſie verdächtig, und als ſie für Mögling's Mutter ſich ausgab, wurde ſie demſelben vorgeſtellt. Mögling ließ ſich aber durch ihre Bitten nicht beſtimmen und blieb. Am folgenden Tag, unter ſteter Verſtärkung, zog Hecker bis Engen, wo er und ſeine Schaar mit ungemeinem Jubel aufgenommen wurden. In Engen erhielt die kleine Revolutionsarmee, die auf 800 Mann angewachſen war, zwei kleine Kanonen.

In Engen traf Frau Herwegh auf Hecker, der ihr unumwunden erklärte, daß er viel lieber geſehen hätte, wenn die Legion nicht ſchon beim Beginne des Unternehmens ſich vereinigt hätte. Dieſe Arbeiterkolonnen ſeien, freilich auf unverantwortliche Weiſe, verdäch-

tigt worden, was ein ſchlimmes Licht auf die deutſchen Republikaner werfe. Zudem wünſchte Hecker die Erhebung im Innern des Landes zu Stande zu bringen. Auch deßwegen wünſchte er dies Auftreten nicht, da dieſe Schaaren den deutſchen Regierungen ſcheinbaren Grund zu Truppenzuſammenziehungen gäben. Und wahrlich, wenn man an die Unordnung, die innere und äußere Haltloſigkeit dieſer ſogenannten Fremdenlegion denkt, die durch die intereſſanten Berichte im Morgenblatt klar zu Tage liegt, wenn man an die hochtönenden Proklamationen Herwegh's denkt, die für eine zehnmal größere Maſſe noch zu ſtark geweſen wären, ſo wird man Hecker's Unmuth ſehr begreiflich finden. — Die energiſche Frau erſchien ſpäter in kritiſchen Momenten wiederholt bald da bald dort vor Hecker, um ihm die Hülfe der deutſchen Arbeiter anzubieten, was aber von Hecker wiederholt zurückgewieſen wurde.

Am 15. April zog Hecker von Engen nach Donaueſchingen. Struve war ſchon nach Donaueſchingen vorausgezogen, während die zweite Seekolonne langſam im Rücken heranzog. Noch ehe die erſte Seekolonne die Verbindung bewerkſtelligen konnte, rückten gegen 1,800 Mann Würtemberger Infanterie, Reiter und Artillerie heran, gegen welche die aus höchſtens 300 Mann beſtehende Schaar Struve's zu ſchlagen entſchloſſen war, und nur durch die Anführer abgehalten werden konnte. Während Struve nun mit dem Anführer der Truppen kapitulirte, rückte Hecker ſchon Donaueſchingen zu. Willich, der die militäriſche Leitung von Hecker's Schaar übernommen hatte, beging nun hier den großen Fehler, ſtatt ſchnell vorwärts zu rücken und ſich mit Struve zu vereinigen, einen Stillſtand zu gebieten, ſo daß, als man endlich Donaueſchingen ſich näherte, man die würtembergiſchen Truppen ſchon im Orte ſah. — Struve ſchloß mit dem Anführer der würtembergiſchen Truppen eine Konvention ab, wornach ſeine Schaar mit fliegenden Fahnen abziehen und die Truppen erſt zwei Stunden nach dem Abzug in Donaueſchingen einmarſchiren ſollten, wobei Struve ſich mit der Hecker'ſchen Kolonne leicht verbinden konnte. Geſchah dieſe Vereinigung vor Ankunft der Würtemberger, war Donaueſchingen von der ganzen erſten Kolonne beſetzt, ſo war ein Gefecht und deſſen Ausgang zu Gunſten des Volksheeres unzweifelhaft. Der würtembergiſche Befehlshaber rückte aber Struve auf dem Fuße nach und beſetzte ſogleich Donaueſchingen, wo er Bür-

germeiſter Raus, Raſina, Au und andere republikaniſche Führer verhaftete. Es galt nun durch Märſche und Gegenmärſche die würtembergiſchen Truppen zu zerſplittern, damit hinter ihrem Rücken das aufgeſtandene Volk die einzelnen Korps zwinge ſich über die Gränze zurückzuziehen. Das Terrain war zu ſolchen Operationen auch überaus günſtig, da der Weg, den die Truppen gegen Freiburg zu nehmen hatten, an mehreren Punkten durch wilde Bergpäſſe gebrochen werden konnte. Hecker ſagt hier: „Vergeblich gab Dr. Kaiſer, welcher einen entſchiedenen militäriſchen Scharfblick mit großer perſönlicher Tapferkeit, Unerſchrockenheit und Ruhe im entſcheidenden Momente verbindet, den Rath, das Synntachthal in der Gegend von Kappel zu beſetzen. Hätte man dieſen Rath befolgt, ſo hätte der ganze Kriegsplan der Würtemberger vereitelt werden müſſen, weil die Würtemberger im Centrum ihrer Operationslinie bedroht waren, ihre Flügel nicht ſo weit ausdehnen konnten, unſere Hauptkolonne hätte Luft bekommen, wir hätten Zeit gewonnen, neue Mannſchaft an uns zu ziehen, hätten uns entweder nach dem Kinzigthale werfen oder in zwei Richtungen gegen Freiburg hinabziehen können.“ Statt nun die würtembergiſchen Truppen auf dieſe Weiſe durch einen Bergkrieg, den einzigen, den ein ungeregeltes Volksheer führen konnte, über die Gränze zu treiben und die Revolution den ganzen Schwarzwald hinunter zu bringen, wie es vorzüglich Kaiſer's Plan war, beſchloß Willich die Schaar in die Ebene den heſſiſchen und badiſchen Truppen entgegen zu führen. — Hecker zog daher am Palmſonntag, den 16. April, von Riedböhringen über Stühlingen nach Bonndorf, ſtets wachſend, überall an Würtembergern vorbei. Von Stühlingen aus begab ſich Dr. Kaiſer zu Weishaar, welcher in Unthätigkeit und Unentſchloſſenheit zu verharren ſchien und auf deſſen treffliche Schützen und wohlorganiſirte Mannſchaft Hecker ſicher zählte und ſtündlichen Zuzug erwartete. Am folgenden Tage, den 17., zog die Schaar, an 1000 Mann ſtark, mit drei Kanonen über Lenzkirch nach Bernau. Ueberall nahm das Volk die unter fröhlichen Liedern dahinziehenden Männer freudvoll auf. Manches Hoch ermunterte die brave Schaar, und bei Lenzkirch, wo die ſchönſten Mädchen Badens ſind, wurde mancher graue Schützenhut mit friſchen Sträußen geſchmückt. Vor allen zeichnete ſich, wie Hecker in ſeiner Schrift ſelber ſagt, das Fähnlein der Konſtanzer-Arbeiter

aus. Von dort zog man unter wildem Sturm, in Schnee und Schloſſen, über Todtnau und Schönau dem Wieſenthale zu. In Bernau trafen Schatz und Venedey, die Abgeordneten des Fünfziger-Ausſchuſſes, auf Hecker und ſeine Schaar, und boten ihm Amneſtie an. Es läßt ſich denken, daß Hecker und die Seinen bei dem äußerſten Schritte, den ſie gethan, und bei der ſchlechten Meinung, die ſie von dem Fünfziger-Ausſchuß hatten, dieſen Vorſchlag zurückwieſen und zwar mit bitterm Hohne, wie aus Heckers Erzählung*) deutlich genug hervorgeht. Abends 9 Uhr kam man endlich, ſehr ermattet, in Schopfheim an, wo man ſich zwar dem Zuge nicht anſchloß, die Freiſchaar aber überaus gaſtlich bewirthete. Die Republikaner hießen Schopfheim ſcherzweiſe nur ihr Capua. Dort wurde übernachtet. — Kaiſer wollte nun wieder, daß man die erſchöpften Leute einen Tag ſollte raſten laſſen, um zugleich die 2te Kolonne, die unter Siegel gerade um eine Tagreiſe noch zurück war, zu erwarten. Willich wollte aber nichts davon wiſſen und ſo brach man denn am 19., Morgens 9 Uhr, auf, um über Lörrach und Steinen nach Kandern zu ziehen. — Die Mannszucht auf dem ganzen Zuge war vortrefflich. Keinerlei Exceſſe fielen vor. Alle hob der Gedanke, für die Freiheit des Volkes gegen die Fürſtenmacht in's Feld zu ziehen. Selbſt die ſonderbaren Befehle Willich's wurden von den republikaniſchen Offizieren, wenn auch mit dem höchſten Widerſtreben, ausgeführt. Durch die Schluchten des Schwarzwaldes am Feldberge, über Schnee und Eis, bei fürchterlichem Regen- und Schloſſenſturme, wie durch das liebliche Wieſenthal, zog die edle Schaar mit hellen Liedern überall freudig vorwärts.

Unterdeſſen war es in Konſtanz anders geworden. Der Schritt, den Hecker gethan hatte, geſtaltete die ganze Lage um. Die republikaniſchen Freunde Hecker's, die ihm von dem Zuge abgerathen hatten, beſonders Katzenmaier, wollten nun, da Hecker das Aeußerſte gewagt hatte, auch nicht zurückbleiben und den Freund ſeinem Schickſale überlaſſen. Eine große Stellung nahm hier beſonders Katzenmaier ein. Dieſer Mann, Chef eines ſehr großen Geſchäftes und Familienvater, war innerlich von der Unausführbarkeit des Hecker'ſchen Planes überzeugt. Er hatte Hecker, allein

*) S. 49 und 50.

und öffentlich vor dem Volke, widerſprochen und vor dem Zuge gewarnt. Nun aber, da der begeiſterte Mann ausgezogen war, konnte Katzenmaier nicht mehr zurückbleiben. Die Würfel waren gefallen, man konnte nicht mehr zurück, ohne verrätheriſch und feig zu ſcheinen.

Katzenmaier hatte noch das Letzte verſucht, was in ſeinen Augen der Sache einen günſtigen Ausſchlag geben konnte. Er unterhandelte in Hecker's Namen mit dem Ausſchuß des badiſchen Landesvereins, um von dieſem aus eine Proklamation der Republik zu erlangen. Aber von überall her erhielt er abſchlägige Antworten.

Freitag, den 14., als Hecker in Engen war, kam nun die Nachricht, Hecker habe im Namen der proviſoriſchen Regierung die badiſche Regierung abgeſetzt und Peter zum Statthalter ernannt. Mit dieſer Nachricht war noch die Weiſung verbunden, daß Hecker die Konſtanzer zwingen werde, dieſen Beſchluß anzunehmen, wenn man es nicht freiwillig thun wolle. Dieſe Nachricht brachte eine ſeltſame Stimmung in Konſtanz hervor. Sogleich wurde eine Volksverſammlung gehalten und beſchloſſen, eine Deputation zu Hecker zu ſchicken, aus ſeinen Freunden Katzenmaier, Vanotti und Merk beſtehend, und von ihm Näheres über die proviſoriſche Regierung, wie über ſeine Exekutionsmittel zu verlangen. Die Deputation zog ſogleich ab und kam Nachts 1 Uhr in Engen bei Hecker an. Statt der Deputation aber die gewünſchte Auskunft zu geben, eröffnete er den Männern, daß er feſt entſchloſſen ſei, ſein Unternehmen nicht aufzugeben, beſonders da er durch republikaniſche Sympathien im übrigen Baden und Deutſchland unterſtützt zu werden hoffe. Wie nun die Männer ſahen, daß Hecker nicht mehr zurücktrete, erklärten ſie ihm, daß ſie ihn in der Gefahr nicht allein laſſen wollten und baten ihn nur um einen militäriſch gebildeten Mann, der ſie führen könnte. Hecker gab ihnen nun Lieutenant Siegel, einen jungen Mann, der den Unterricht der Konſtanzer Wehrmannſchaft geleitet hatte. In ſeiner Begleitung kehrten die Konſtanzer noch in derſelben Nacht zurück und kamen Samſtag vor Palmſonntag, früh Morgens, wieder in Konſtanz an. Gleich wurde wieder eine große Volksverſammlung zuſammenberufen, in der die Abgeſandten erklärten, daß Hecker jetzt noch keinen Aufſchluß geben könne, daß er aber entſchloſſen ſei, den Kampf mit

der Monarchie zu wagen und daß auch sie entschlossen seien, Hecker in der Gefahr nicht zu verlassen. Auch Siegel sprach warme aufmunternde Worte. Die Versammlung schloß damit, daß man Jedermann freistellte, als Freiwilliger den Vorausgegangenen zu folgen und die nöthigen Unterstützungen zugesagt wurden. Diese Worte brachten natürlich eine Aufforderung zum Zuge mit sich. Gegen 200 Männer meldeten sich am Zuge theilnehmen zu wollen. Außerdem gaben die Konstanzer ihre zwei Kanonen und die Wehrmannschaft ihre schöne Fahne her. Nachmittags 4 Uhr setzte sich der stattliche Zug, von Siegel angeführt, unter dem Geleit von ganz Konstanz und der Umgegend in Bewegung, fast in der gleichen Stunde, wo die Kammer in geheimer Sitzung Hecker's Verhaftung beschloß.

Die musterhafte, imponirende Haltung dieser Schaar erweckte in den Landleuten die lebendigste Theilnahme und großes Zutrauen. In Radolfzell wurde sie sogar vom Bürgermeister und Magistrat begrüßt und als die Schaar am Palmsonntag früh in Singen ankam, schloß sich der ganze Ortsverein an, der über 200 Mann zählte. Von Ort zu Ort nahm der Zug lawinenartig zu, da überall kleinere und größere Parteien von 20 — 50 Mann sich anschlossen. Von Radolfzell wollte nun Siegel über Engen und Geisingen nach Donaueschingen, das zum Hauptsammelplatz bestimmt war*) und wo er also die Hecker'sche Kolonne zu treffen hoffte. Auf dem Wege dahin erhielt Siegel durch einen Expressen von der Kolonne Hecker die Nachricht, daß er eine andere Marschrichtung einschlagen müsse, indem bereits würtembergisches Militär in Donaueschingen eingerückt sei. Siegel sollte nun über Engen nach Blumberg, wo man eine feste Stellung nehmen wollte, und zog daher über Füßen nach Stühlingen. Man mußte über den Hohenranden, einen Bergrücken an der Schaffhausergränze, Hecker nachziehen. Auf dem Hohenranden erblickte die erste Kolonne wieder würtembergisches Militär. Sie stellte sich sogleich in Schlachtlinie auf, zog aber, da die Würtemberger den Zug nicht angriffen, ungefährdet vorwärts. Montag, den 17., kam Siegel Abends nach Stühlingen. Von allen Seiten kamen Zuzüger.

---

*) Von wo aus man in drei Kolonnen nach Freiburg marschiren wollte.

Für Konſtanz war dieſer Tag noch beſonders wichtig *). Von 16 bis 17 Dorfgemeinden waren die Vorſteher, von je zehn Männern der betreffenden Heimath begleitet, in der Stadt erſchienen, um mit den Konſtanzern den gemeinſamen Schritt zu thun zur ſofortigen Abſetzung der Seekreisregierung und der großherzoglichen Aemter. Regierungsdirektor Peter, der Mann des Volksvertrauens, wurde dringend erſucht, im Namen des Volkes als Statthalter die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Die Anträge der Männer vom Lande waren ſo feſt und beſtimmt, daß die Konſtanzer im Weigerungsfalle damit bedroht wurden, von etlichen tauſend bewaffneten Bauern einen Beſuch zu erhalten, die, was mit Güte nicht ginge, mit Gewalt durchſetzen ſollten. Nachdem im Konſtanzer Gemeinderath die Sache ernſtlich erwogen war, wurde um 10 Uhr im Saale des neuen Stadthauſes öffentliche Volksverſammlung gehalten. Die Räume waren zum Erſticken angefüllt. Unter den Vorſtehern der Landgemeinden und ihren Begleitern waren ſchlichte aber kräftige Redner, die den Stadtleuten in ihrer einfachen, biedern Sprache ein ſolches Schaudergemälde von den amtlichen und geſetzlichen Volksmißhandlungen, den zahlloſen Bedrückungen und unerſättlichen Blutſaugereien entwarfen, wie ſie es noch niemals gehört oder in einem gleichen Grade ſelbſt erfahren. Um 12 Uhr trat endlich Herr Peter auf den Balkon und verkündete dem harrenden Volke, daß er, ſowohl aus phyſiſchen als moraliſchen Gründen, die ihm angebotene Stelle als Statthalter übernehme. Donnernde Hoch- und Jubelrufe wollten nimmer enden und ſetzten ſich faſt den ganzen Tag über auf den Straßen und in den Wirthshäuſern fort. Abends wurde die ganze Stadt beleuchtet.

Am gleichen Tage erließ die Kammer eine Proklamation, in der ſie ſich einſtimmig von Hecker losſagte. Zugleich rückte neues würtembergiſches Militär in Baden ein.

Dienſtag, den 18., zogen Siegel und Katzenmaier mit dem ſchon über 3000 Mann ſtarken Zuge gegen Waldshut. In Thiengen vereinigte ſich Siegel mit Weißhaar, deſſen Schaar auch über 3000 Mann ſtark und vortrefflich bewaffnet war. Weißhaar hatte über 300 ausgezeichnete Büchſenſchützen. Dieſe beiden Schaaren zogen nun zuſammen in ſchönſter Ordnung in Waldshut ein, wo

*) Siehe die Volkszeitung vom 21. April.

ſie enthuſiaſtiſch begrüßt wurden. Das war der ſchönſte Augenblick während dem ganzen Zuge, der einzige ſchöne. Selbſt Katzenmaier fing an Hoffnungen zu ſchöpfen, daß die Sache noch einen glücklichen Ausgang nehmen möchte. Er wurde freilich bald genug enttäuſcht, denn ſchon am andern Morgen, als man von Waldshut wegzog, trennte ſich die Weißhaar'ſche Kolonne von Siegel, zog im Land herum und verſchwand, indem ſie ſich bei der Nachricht von dem Treffen bei Kandern auflöste, ohne den Feind je geſehen zu haben. — Auch die Siegel'ſche Kolonne blieb nicht ganz beiſammen. Sie zerſplitterte ſich in kleine Trüppchen, von denen ſich beinahe eben ſo viele verliefen, als neue Schaaren beigezogen wurden. Der Marſch wurde dadurch bedeutend aufgehalten, während doch die Vereinigung mit Hecker das Allernothwendigſte war.

Am gleichen Tage, als Siegel, Katzenmaier und Weißhaar in Waldshut einzogen, geſchah eine bedeutende republikaniſche Demonſtration in Offenburg. Am 18. wurde von dem Vorſtand der Gemeinde Offenburg die Anordnung getroffen, daß, um den Willen der Geſammteinwohnerſchaft auch auf eine förmliche Weiſe zu erfahren, auf den folgenden Morgen um 8 Uhr eine vollſtändige Gemeindeverſammlung abgehalten werde. Um eine Störung dieſer Verſammlung durch Truppenherbeiziehung zu hindern, wurde die Eiſenbahn beſetzt; und obgleich am 19. ſchon in der Früh eine bedeutende Anzahl Truppen gegen die Stadt zog, und die Ordonnanzoffiziere ſogar bis vor die Barrikaden gerückt waren, ſo ließ ſich die Einwohnerſchaft doch nicht abhalten, die allgemeine Verſammlung abzuhalten und abzuſtimmen über die Frage des Tages. Die beigezogenen Truppen durften nicht einrücken.

Die Verſammlung fiel ſo aus, wie ſich vorausſehen ließ. Keine einzige Stimme erhob ſich gegen die Verkündung der Republik, obgleich die bisherigen Anhänger der jetzt noch beſtehenden Regierung durch Beamte und ihren Anhang vertreten waren. Die Abſtimmung ging daher auch nur dahin, ob ſogleich die Republik verkündet werden ſolle, oder ob man vorerſt die Kundgebung anderer Städte darüber abwarten wolle, ob dieſe Sympathien für die republikaniſche Staatsform getheilt würden. Dieſe letztere Anſicht erhielt die Mehrheit der Stimmen, während die Minderheit nicht nur nicht gegen die Verkündung der Republik, ſondern vielmehr dafür war, nicht erſt noch den Beitritt anderer

Städte abzuwarten. Dieſe Abſtimmung geſchah Angeſichts der die Stadt bedrohenden bewaffneten Macht.

Offenburg erließ noch eine Erklärung*). Die Nachricht hievon, wie von der ausgeführten Proklamation der Republik, kam am 19. früh nach Karlsruhe. Zu dem um Offenburg liegenden Militär wurden neue Truppen entſendet und Kanonen zum Sturm aufgefahren. Die von allen Seiten umſchloſſene Stadt ergab ſich in den alten Gehorſam. Die Republik hatte keine 24 Stunden gedauert.

In Mannheim geſchah nichts Weiteres, als daß an einem dieſer Tage Tauſende in den Straßen herumzogen, Hecker und Struve hochleben ließen, beide und Gleichgeſinnte zu Wahlmännern für das Parlament wählten und projektirte Verhaftungen von Hoff, Grohe ꝛc. verhinderten.

Am gleichen Tage, als Offenburg mit männlichem Muthe offen ſeine Sympathie für die Republik ausgeſprochen hatte, der Uebermacht aber ſich fügen mußte, am 19. April, rückte nun Siegel von Waldshut über Heſſenſchwand nach St. Blaſien, wäh-

---

*) Erklärung der Stadt Offenburg.

In dieſen mächtig bewegten Zeiten bringt jeder Tag neue Ereigniſſe, erzeugt jede Stunde neue Bedürfniſſe. Das politiſche Leben dringt aller Orten mit größerer oder geringerer Kraft auf freie, republikaniſche Geſtaltung.

Die Aufregung im Seekreiſe pflanzt ſich fort und fort durch die Gauen unſeres Vaterlandes. Die Theilnahme am Schickſale der Beſtrebungen der beiden Volksmänner Hecker und Struve erhält ſich beſtändig wach und ihre Ideen finden einen ſtets größern Kreis von Anhängern.

Dieſes und der unerwartete Schritt eines größern Theils unſerer hieſigen Bürgerſchaft in verfloſſener Nacht drängt uns heute zu der offenen Erklärung:

Offenburg gehört zu den Städten des Landes, wo ſich kräftige Sympathien für die republikaniſche Staatsform im größten Theile ſeiner Einwohner finden.

Offenburg will dieſes hiermit ausſprechen, ohne übrigens darauf einzugehen, ſogleich die Republik zu verkünden, und ſeine hier beſtehenden ſtaatlichen Einrichtungen zu ändern. Hierin liegt der Ausdruck ſeines Sinnes für Ordnung und ſeiner Freiheitsbeſtrebungen, welche ſich durch die Nationalverſammlung, oder doch nur Hand in Hand mit denen der größern Schweſterſtädte verwirklichen ſollen.

Offenburg will Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes.

Gott mit uns!

Beſchloſſen in der allgemeinen Bürgerverſammlung.

Offenburg, am 19. April 1848.

rend Hecker, wie früher erwähnt, nur einen Tagmarſch weiter vorn, in Schopfheim war. Bei der Hecker'ſchen Kolonne beſtand Kaiſer heftig darauf, daß die durch den Marſch erſchöpften Männer einen Tag in Schopfheim raſten ſollten, um dort Siegel zu erwarten. Ebenſo wollte Katzenmaier, daß man in St. Blaſien ſich nicht aufhalte, ſondern langſam vorwärts ziehe, um ſo bald als möglich zu Hecker zu ſtoßen. Dieſes nothwendige Ziel wurde aber außer Augen geſetzt; Siegel ließ in St. Blaſien raſten, und Hecker und Willich ließen ihre Schaaren aufbrechen, um ſie, wie erwähnt, über Lörrach nach Kandern zu führen. So ſcheiterte das Zuſammentreffen, das dem Treffen bei Kandern einen ganz andern Ausſchlag geben konnte, während die Niederlage der kleinen Hecker'ſchen Schaar höchſt entmuthigend rückwirken mußte. In St. Blaſien lief Alles durcheinander, die bisher muſterhafte Ordnung hörte auf, die Leute wußten nicht, was ſie anfangen ſollten. Von Weißhaar ſah und hörte man Nichts.

Hecker, der, wie geſagt, am 19. von Schopfheim wegzog, kam am gleichen Tage Abends nach Kandern, einem Dorfe, das ſeitwärts der Straße von Baſel nach Freiburg liegt. Ueber die Nacht vom 19. auf den 20. blieb Hecker in Kandern; das Militär, 3000 Heſſen und Badener, war theils in Schliengen, theils in der Kaltenherberge. Das Militär hatte alle Zollgardiſten von Lörrach, Weil, von der Leopoldshöhe und der Umgegend an ſich gezogen und war ſchon am Morgen 3 Uhr aufgebrochen. Die Kanderer, welche für ihre Gäſte wachten, erklärten dem Militär, ſie geſtatten den Einzug nicht, bis die Republikaner abgezogen ſeien. Morgens zog die Hecker'ſche Schaar aus Kandern. Willich zog, von Hecker begleitet, mit dem Vortrabe und Mitteltreffen den hinter Kandern liegenden Berg hinauf und ſtellte ſich am Eingange des ziemlich engen Paſſes, der auf der Straße über die Scheidegg und Schlechtenhaus nach Steinen zurückführt, in Schlachtordnung. Kaiſer und Doll blieben mit der Nachhut im Orte. Bei Kaiſer traf nun Regierungskommiſſär Stephani ein, der die Aufruhrakte verleſen ließ und die Nachhut aufforderte, die Waffen niederzulegen, was einſtimmig verneint wurde. Gegen 9 Uhr Morgens verlangte Gagern Hecker zu ſprechen, der denn auch ſogleich, von Willich, Kaiſer, Mögling, dem Adjutanten Feuerlein und einigen Andern begleitet, zu Gagern ging und ihn auf der Mitte einer Brücke vor

Kandern traf. Gagern redete nun in polternder rauher Rede Hecker an und ſagte ihm: „Sie müſſen die Waffen niederlegen.“ Hecker wies dieſe Forderung ab. Hierauf ſagte Gagern zu ihm: „Sie ſind ein geſcheidter Mann, aber ein Fanatiker!“ Darauf erwiederte Hecker: „Wenn die Hingabe für die Befreiung eines großen Volkes Fanatismus iſt, ſo will ich gern ein Fanatiker ſein. Dann gibt es aber auch einen Fanatismus auf der andern Seite, dem Sie dienen; übrigens bin ich nicht hier, um zu ſtreiten, ſondern frage Sie, ob Sie ſonſt etwas mitzutheilen haben?“ Als Gagern hierauf ſagte, daß er jetzt mit aller Strenge einſchreiten wolle, frug ihn Hecker: er werde ſie, die republikaniſchen Führer, zurückgehen laſſen; was Gagern zugeſtand. — Damit hatte das Parlamentiren ein Ende. Die Anführer gingen zurück, zogen ihre Reihen langſam die Bergſtraße hinauf, denen die Heſſen, kaum in einer Entfernung von hundert Schritten, folgten. Auf der Höhe des Paſſes, Scheidegg genannt, mußte man nun Stand halten, da von dort an die Straße ſich abwärts zieht und man das Feuer der Truppen im Rücken gehabt hätte. Nun beging aber Willich die Unvorſichtigkeit im Centrum eine dichte Kolonne Senſenmänner aufzuſtellen, die gerade dem Feuer der angreifenden Truppen preisgegeben waren.

Die Aufſtellung der Freiſchaaren war folgende: rechts und links von der Straße und quer über dieſelbe war überall ein Fähnlein mit Schießgewehren Bewaffneter; rechts von dem quer über die Straße gelegenen Fähnlein am Waldrand war die erwähnte Senſenkolonne und hinter dem Fähnlein, rechts von der Straße (von Kandern aus), ſtand die Reſerve; zu beiden Seiten im Gebüſch ſtanden die Schützen. Gegen den rechten Flügel der Truppen ſtand noch ein Häufchen von 40 Konſtanzerſchützen unter Mögling. An der linken Seite der Straße, neben den Senſenmännern, ſtanden die Kanonen. Unvorſichtig war ebenfalls, daß die Fähnlein der Musketiere, ſtatt, wenigſtens zum größten Theil als Plänkler, in die Flanken des unvorſichtig im Paſſe vorrückenden Feindes gelegt zu werden, in geſchloſſenen Gliedern gehalten wurden und dies theilweiſe in Stellungen, wo ihr Feuer, ohne Artillerie und Senſenträger zu decken, wegen vorſtehender Bäume, ſelbſt gegen die Feinde unwirkſam ſein mußte. Willich's Debut in der Kriegsführung hatte leider den natürlichen Erfolg.

Kaum hatten die Republikaner ihre Dispoſitionen getroffen,

als ſchon die Truppen in dichten Reihen auf ein, etwa hundert Schritte im Umfange meſſendes, freies Plateau auf der Höhe des Paſſes vordrangen, voran die Heſſen. Willich gebot ihren Offizieren Halt. Nun erfolgte eine minutenlange Stille. Da ſprang plötzlich Kaiſer aus Konſtanz hervor, der den linken Flügel der Freiſchaar befehligte, näherte ſich den Truppen bis auf wenige Schritte und rief dieſen mit innerlich bewegter Stimme zu: „Schießet nicht auf eure Brüder! Schießt nicht! Wir wollen ja das Gleiche, was eure Väter und Brüder wollen; ihr würdet als Greiſe noch dieſer That fluchen.“ Bereits begann der rechte Flügel der Truppen zu ſchwanken. Die Schützen verließen unter Rufen der Liebe und Freundſchaft ihre Glieder, um den Soldaten die Hände zu ſchütteln, als plötzlich General Gagern durch die Truppen auf den freien Platz ſich vordrängte und mit rauher, leidenſchaftlich bebender Stimme auf den Ruf: „Brüder!“ den Freiſchaaren zurief: „Geſindel ſeid ihr!“ und zu feuern befahl. Während Gagern ſich noch vorne befand, ertönte der Ruf: „Unteroffiziere und Freiwillige hervor!“ worauf an beiden Flanken ſolche vordrangen. Ein badiſcher Stabsoffizier ritt gegen die Artillerie an von heſſiſchen Freiwilligen gefolgt, die mit gefälltem Bayonnett der Kanonen ſich zu bemächtigen trachteten.

Nun zog ſich auch Kaiſer zurück, um das Kommando des linken Flügels zu übernehmen. Hecker ſtand die ganze Zeit rückwärts gegen den Wald auf der rechten Seite von Kandern aus. — An einer raſchen Operation wurde aber Kaiſer durch die unglückliche Kolonne Senſenmänner gehindert, die, meiſtens biedere Leute aus dem Höhgau, der Baar und den Gränzbezirken des Schwarzwaldes, voll Vertrauen den Soldaten ſich genähert hatten, auf ihre Stellung zurückſtürzten, da ſie bei dem Raſſeln der ſchußbereiten Gewehre ſich preisgegeben glaubten, und die ohnehin ſchwerfällige Phalanx in einen entgliederten ſchwankenden Knäuel verwandelten. Kaiſer wollte nun mit den Senſenmännern einen raſchen Angriff auf die Truppen ausführen, ſobald von ihrer Seite ein Schuß fiel. Das ſchnelle Hereinbrechen der Ereigniſſe und die Verwirrung der Senſenmänner vereitelte dieſe Abſicht. Der gegen die Geſchütze vordringende badiſche Offizier hieb auf die Artilleriſten los; wiederholt wurde in den heſſiſchen Reihen Feuer kommandirt, ein Schuß fiel, dem nun das Centrum der Freiſchaaren antwor-

tete, und nun brach das Gliederfeuer der Heſſen los und mit ihm vermiſchten ſich die Salven der Freiſchäärlerſchützen. Faſt gleichzeitig mit dem badiſchen Offizier, der das Centrum mit dem Bayonnette forcirte, nachdem bereits Schüſſe gefallen waren, fiel Gagern, das Schwert in der Hand, nachdem er ſchon mehrere Mal Feuer kommandirt hatte, an der Seite und nicht vor der Fronte ſeiner Leute. — Kaiſer ſagt ſehr treffend von Gagern: „Er ſtarb den Tod eines kühnen Soldaten, der vielleicht aus militäriſchem Vorurtheil ſeinen Feind zu ſehr verachtet hatte.“ Die Senſenmänner löſten ſich fliehend auf und die Musketiere, wie die Schützen und Kanoniere, die ihre Geſchütze nicht abfeuerten, obwohl der Feind nur 30 Schritte vor ihnen ſtand, traten ebenfalls den Rückzug an. Nur die 40 Mann ſtarke Abtheilung Konſtanzer Musketiere unter Mögling, mit einigen Scharfſchützen, behaupteten die Wahlſtatt, die ſie aber aus Mangel an Unterſtützung räumen mußten, als die Regulären mit den Tirailleuren ſie zu überflügeln begannen. 10 bis 15 abgeſchnittene Heſſen fielen in die Gewalt der Konſtanzer, denen man aber nur eine Fahne und einige Perkuſſionsgewehre abnahm und auf die Bitten eines gefangenen Offiziers mit Gagern's Leiche abziehen ließ und ihnen nur den Zuruf mitgab: daß ſie dieſes traurigen Augenblickes eingedenk bleiben möchten. Viele von den Freiſchaaren zerſtreuten ſich nun; über 300, darunter die braven Konſtanzer und Kaiſer, der mitten im heißeſten Feuer ſtand und dreimal getroffen wurde, eilten nach Schopfheim, um ſich mit dem dort angelangten Siegel'ſchen Korps zu verbinden.

Dies iſt die getreue Schilderung des Treffens bei Kandern, das zwei bittere, traurige Erinnerungen zurückläßt. Die eine Erfahrung iſt die, daß eine Unternehmung, ohne tüchtige Oberleitung, bei dem beſten Willen und den günſtigſten Umſtänden ſcheitern muß; die andere, mehr ſchmähliche als ſchmerzliche Erfahrung iſt die Art und Weiſe, wie die konſtitutionelle Partei dies Ereigniß benutzte, um, nicht zufrieden mit den ſpätern Siegen, die republikaniſche Partei in den fürchterlichen Verdacht des Meuchelmordes zu bringen. Die Ausſagen des Reitknechts, der immer um Gagern geweſen ſein wollte und behauptete, Gagern hätte noch unmittelbar vor ſeinem Tode Hecker geſprochen, da Hecker, ſeit dem Parlamentiren auf der Brücke nie mehr in Gagern's Nähe kam, während, wie erwähnt, Kaiſer von Gagern, unmittelbar vor Be-

ginn des Treffens, ſo rauh angefahren wurde und der doch in Geſtalt und Geſichtsbildung nicht die geringſte Aehnlichkeit mit Hecker hat und ganz anders gekleidet war — verdienen eben ſo viel Glauben, als die Behauptungen des badiſchen Dragoner-Oberſten Hinkeldei, der gar nicht im Gefecht war, indem er den Schall von Geſchützen gehört haben wollte, die nie abgefeuert wurden, dabei aber in ſeinem Siegesberichte die Leichen der wehrloſen, verwundeten Hingemordeten aufzuzählen vergaß. Es iſt ein ſchlechtes Zeichen für die Siegesſicherheit der Konſtitutionellen, daß man die Feinde, die man für beſiegt ausgeben will, auch noch durch ſolche entſetzliche Ausſagen moraliſch zu vernichten ſucht.

Siegel marſchirte am 20. April, Gründonnerſtag, dem Tage des Treffens bei Kandern, durch das Albthal gegen Todtnau. Da erhielt er auf dem Wege die Nachricht von dem unglücklichen Ausgange des Treffens. Zu dieſer Botſchaft kamen wieder andere, man ſolle ſchnell vorrücken. Bei dieſen verſchiedenen Gerüchten entſtand eine allgemeine Verwirrung und ein großer Lärm. Siegel zog nun mit ſeiner Schaar, die noch über 3000 Mann ſtark war, und mit 70 Wagen nach Schopfheim, wo die Verſprengten von Kandern ſich ſammelten. In Schopfheim wurde Raſt gehalten.

Die Truppen waren nun wie folgt aufgeſtellt. Der linke Flügel der Würtemberger war in Waldshut angekommen, während der rechte durch das Höllenthal vorrückte und das Centrum von St. Blaſien her durch das Albthal den Weg über Todtnau nach Freiburg abzuſchneiden drohte. Baieriſche Truppen waren ſchon nach Stockach vorgerückt. So von allen Seiten umringt, war es für Siegel das Nächſte, auf geradem Wege nach Freiburg zu ziehen.

Am folgenden Tage, Charfreitag, ward der Lärm und die Aufregung noch größer als vorher; Viele wollten zurück, ohne ein einziges Mal dem Feinde gegenübergeſtanden zu ſein. Auch die Anführer fingen an muthlos zu werden und wollten die Sache für verloren geben. Katzenmaier wehrte ſich aber auf's Aeußerſte gegen ſolch' erbärmliches Anſinnen und drang darauf, daß man gegen Freiburg vorrücken ſolle. Hoffnungen auf unterſtützende Bewegungen im Unterland und beleidigtes Ehrgefühl mochten den edeln Mann zu dieſem Entſchluſſe drängen, der denn auch durchging. Die ganze Schaar brach von

Schopfheim auf und zog Todtnau zu über die Halde, um über Horben und Günthersthal nach Freiburg zu gelangen, wo eine republikaniſche Erhebung ſtattgefunden hatte, welche jetzt noch der Lage der Dinge eine ganz andere Wendung hätte geben können, wenn die Freiburgerſchaaren nicht eine ſo ſchlechte Leitung gehabt hätten.

Auf die Kunde des Hecker'ſchen Zuges war auch in der obern Gegend des Schwarzwaldes um Freiburg eine große Bewegung eingetreten. In der Nacht vom Charfreitag auf Charſamſtag machten ſich Tauſende von Bewaffneten aus den verſchiedenſten Gegenden nach Freiburg auf. Dunkelgekleidete Männer kamen in zahlloſem Gewimmel aus allen Büſchen und Schluchten hervor, gut bewaffnet mit einer Menge von Munitionswagen. Feuer brannten auf allen Höhen. Am Charſamſtag Morgen war das Räthſel dieſes ſeltſamen Zuges gelöst. Der Kreisausſchuß des Landesvereines hatte eine Volksverſammlung berufen, zu der ſich nun über 4000 Mann einfanden, von denen die größere Hälfte wohl bewaffnet war. Metz, Abgeordneter in der Kammer, ſprach in einer längern Rede, die mit Bibelſprüchen vollgeſpickt war und in der er offen ſeine Bewunderung für den reinen, edeln Charakter Heckers ausſprach. Er ſagte ſogar, Hecker ſei ſein Vorbild, ihm wolle er nachfolgen; aber jetzt müſſe man ihn ſtecken laſſen, ſein Unternehmen dürfe nicht unterſtützt werden. Es läßt ſich leicht denken, daß dieſe Rede gerade den entgegengeſetzten Erfolg hatte. Dieſe von einem Deputirten ausgeſprochene Bewunderung Hecker's ſchien dem Volke um ſo unparteiiſcher, als Metz ſich gegen Hecker ausſprach und das Volk in ſeiner Rede mehr Scheu vor dem ernſten Schritte als triftige Gründe fand. Wäre damals nur ein Mann da geweſen und hätte die Verſammelten aufgerufen zu Hecker zu ſtoßen, hätte er dieſen Aufruf auf verſtändige Weiſe zu motiviren und die Schaar zu leiten verſtanden, ſo wären die Kanderer Truppen zwiſchen Siegel und die Freiburger gekommen, was ebenfalls von wichtigen Folgen geweſen wäre. So kam die Verſammlung zu nichts Weiterem als zu einigen halben Beſchlüſſen. Man forderte von der Regierung, daß ſie die Verordnung vom 16. April zurücknehme, wonach den vom Heimathsort abweſenden deutſchen Bürgern das Wahlrecht zur Nationalverſammlung genommen wurde. Zugleich erklärte man, daß die Verordnung vom 14. April, wo-

durch die Behörden aufgefordert wurden, fürsorglich und thatsächlich einzuschreiten gegen Jene, welche der Hecker'schen Bewegung auch nur im Entferntesten verdächtig seien, ein Eingriff in die richterliche und gesetzgebende Gewalt sei, auf den das Volk thatsächlich antworten werde. Zuletzt wurde noch beschlossen, die Auflösung der zweiten Kammer zu verlangen, die durch ihr Benehmen in der neuesten Zeit das Vertrauen des Volkes verloren habe. — Das waren freilich Diversionen, die den Republikanern wenig Nutzen brachten, da diese natürlich rein für den Aufstand berechneten Beschlüsse, die ganz republikanische Bedeutung hatten, der Regierung zeigten, daß man vor einem Waffenernste Scheu trage.

Nach diesen Beschlüssen löste sich die Versammlung auf. Viele zogen wieder heim; die meisten Bewaffneten blieben aber, die Ereignisse erwartend, in Freiburg zurück. Unterdessen hatten Turner, Studenten und jüngere Bürger eine Freischaar gebildet, um von Freiburg aus Hecker zu unterstützen. Dieser Schaar schlossen sich noch viele Landleute an, so daß Sonntag Morgens noch an 12—1500 Bewaffnete in Freiburg waren, die zu ihrem Anführer den Studenten Langsdorff wählten, einen jungen Mann, dem nicht nur alle militärischen Kenntnisse, sondern auch aller natürliche Takt und alle Energie abging; es läßt sich leicht denken, daß auf so bunte Weise zusammengewürfelte Freischaaren nur durch die klarste Kenntniß dessen, was zu thun war und einen energischen Willen, der durch praktische Beweise Vertrauen einflößen konnte, zusammenzuhalten waren. Langsdorff war aber so unfähig, daß er nicht einmal die vom besten Geiste beseelten Leute zusammenzuhalten und zu einer wirksamen That zu begeistern vermochte. Am Sonntag Vormittag kamen nun von Siegel Boten auf Boten, daß er mit seiner ganzen Schaar, zwischen 2 und 4 Uhr Nachmittags, gegen Freiburg anrücken würde. Zugleich hatte General Hofmann, der an Gagern's Stelle den Oberbefehl der badischen Division übernommen hatte, das Verlangen gestellt, daß bis Nachmittags 4 Uhr die Freischaaren entwaffnet und die Thore zum Empfang der Truppen geöffnet sein müssen. Das Nächste mußte nun für Langsdorff sein, alle Eingangspunkte zu verbarrikadiren und mit Mannschaft zu besetzen und die ganze Macht, über die er außerdem verfügen konnte, beisammenzubehalten, um, sowie die Freischaaren aus dem Walde anrücken und die Truppen, wie vorauszusehen, mit Geschütz ihren

Einmarſch in Freiburg zu verhindern ſuchen würden, mit der ganzen verfügbaren Macht ihnen in den Rücken zu fallen und ſo den doppelten Gewinn herbeizuführen, daß einerſeits die Freiſchaaren ſähen, daß ſie von Freiburg aus unterſtützt würden, andrerſeits die Truppen zwiſchen zwei Feuer gebracht würden. Von außerordentlicher Wirkung bei dieſem Ausfall, der unternommen werden mußte, wenn nicht die ganze Bewaffnung und Verbarrikadirung der Stadt ein ganz erbärmliches Komödienſpiel ſein ſollte, würden die vier in Freiburg vorhandenen Kanonen mit Kartätſchenmunition geweſen ſein. Anſtatt nun, da die Stadt einmal im revolutionären Zuſtand war, dieſe Kanonen herauszuholen — was erbitterte Freiſchäärler Abends, freilich viel zu ſpät, thaten, ohne daß die Bürger ſich ernſtlich widerſetzten — ſchickte Langsdorff eine Deputation an den Bürgermeiſter und bat um Herausgabe, was denn auch natürlich verweigert wurde, worauf Langsdorff, als er die Antwort erhielt, weinte. — Allerdings mochte er ſich beklagen, daß man ihm nicht folge; doch war er am meiſten Schuld an dieſem Ungehorſam, da er die ganze Geſchichte in der größten Unordnung und Unſicherheit ließ. Er blieb nicht einmal auf dem Hauptquartier, von dem aus er mit Hülfe von Adjutanten die ganze Operation hätte leiten und jeden Augenblick mit dem Zuſtand der geſammten Mannſchaft vertraut ſein können. Das hätte Vertrauen erweckt. Doch Langsdorff klagte darüber, nicht einmal Pferde für Adjutanten zu bekommen. Das gedanken- und zweckloſe Umherſchwärmen Einzelner und ganzer Trüppchen auf den Straßen, ohne daß Jemand gewußt hätte, was zu thun und wie es ſtehe, eine Kenntniß, die bei regulären Truppen allerdings überflüſſig iſt, bei Freiſchaaren aber, wo Vertrauen die Disciplin erſetzen muß, und Vertrauen gegen einen Unbekannten nur durch einige Kenntniß, daß man mit Beſonnenheit zu etwas Vernünftigem geführt werde, hergeſtellt werden kann, bei dieſem totalen Mangel an Vertrauen aber, der durch die deutlich zur Schau getragene Verlegenheit auf Langsdorff's Geſicht vollends den Höhepunkt erreichte, war es kein Wunder, daß ſchon am Sonntag eine Schaar um die andere abzog. Es war leider vorauszuſehen, was für eine Diverſion Langsdorff machen würde.

Gehen wir noch auf einen Augenblick zu dem Siegel'ſchen Zuge zurück, um die ſonderbare Folge der Ereigniſſe um Freiburg ganz zu verſtehen.

Siegel, auf dem Marsche nach Freiburg begriffen, hatte nun seine Leute folgendermaßen aufgestellt. Die Scharfschützen unter Anführung Stephani's rückten bis zu dem 2 Stunden von Todtnau entfernten Gießhübel vor; der 1ste Banner nebst den Geschützen bis Hofsgrund und der Halde; der 2te und 4te Banner bis Weggenbrunn; der 3te und 5te Banner blieb in Todtnau bei Siegel, der hier die Zuzüge ordnen wollte. 200 Schützen unter Doll und Bruhn nebst den Schützen von Konstanz unter Mögling waren mit zwei kleinen eisernen Kanonen im Marsch gegen Zell. Zu Horben sollte die ganze Kolonne sich sammeln und die Anführer ihre Befehle erhalten.

Siegel hatte nun einen eigenen Plan entworfen*). Er wollte seine Kräfte in Horben zusammenziehen und von mehreren Seiten die Truppen angreifen. Zugleich hoffte er, natürlich von Freiburg aus, bedeutend unterstützt zu werden. Boten von und nach Freiburg durchkreuzten sich fortwährend. Wie nun Siegel am Osterfonntag Nachmittags 2 Uhr von Todtnau aufbrach, um die in Weggenbrunn bis zum Gießhübel stehenden Schaaren zusammenzuziehen, hörte er, daß die in Weggenbrunn stehende Kolonne schon abmarschirt sei. Am Gießhübel traf er wieder keine Mannschaft. Siegel war darüber sehr erstaunt, da er jedem einzelnen Bannerführer den Ort seines Aufenthalts bis zu seiner Ankunft schriftlich gegeben hatte. In Horben traf er den 2ten und 3ten Banner, die er sogleich marschiren ließ, um die erste Kolonne einzuholen, bei der sich alle Schützen befanden. Siegel rückte nun nach der Höhe, von welcher erst in der Nähe von Günthersthal der Weg in das Thal abwärts führt. Schon während des Marsches vernahm er Kanonen- und Gewehrschüsse. Bald sah er auch Schaaren von Republikanern mit den zwei Kanonen von Konstanz in's Günthersthal sich zurückziehen. Siegel zog sich daher langsam nach Horben zurück, um die Zersprengten, Fliehenden und seine Schaaren, wie die Andern, die noch nicht im Gefecht waren, zu sammeln. Auf dem Wege nach Horben, als er mit seinen 2 Ban-

*) Den er in seinen Memoiren mittheilt, die dem Hecker'schen Berichte beigegeben sind. Dabei sind auch Mittheilungen von Mögling. Diese durch die Wahrheit und Treue der darin enthaltenen Schilderung des Aufstandes ausgezeichnete Schrift wurde bei dieser 2ten Auflage sorgfältig berücksichtigt.

nern durch den Wald ziehen mußte, hörte er den Ruf: „Flieht! flieht! Alles iſt verloren!“ Im freien Feld bemerkte er, daß das ganze zweite Banner ſpurlos verſchwunden war. In Zell traf er auf Doll, der ſeiner Kolonne vorausgeeilt war, der mit 100 Mann gegen Günthersthal rückte und die Truppen aus demſelben vertrieb. Wie er ſich wieder mit Siegel vereinigte, der auch bis in die Mitte des Thales vorgerückt war, war die ganze Schaar noch 111 Mann ſtark, die Andern waren zurückgeblieben. Siegel und Doll zogen daher nach Horben zurück, wo ſie den Reſt des 1ſten Banners unter Katzenmaier trafen. Die Urſache dieſes Mißlingens war nun folgende: Die 1ſte Kolonne unter Katzenmaier, wobei Banotti aus Konſtanz, Mitglied des dortigen Kreisausſchuſſes, die aus ihrem Verhaft in Säckingen befreiten Struve und Tiedemann u. A. waren, anſtatt, wie Siegel befohlen, in Hofsgrund und an der Halde zu bleiben, bis in's Günthersthal, ¾ Stunden von Freiburg, vorausgeeilt. Hier machten Katzenmaier und Banotti den Vorſchlag, auf die drei übrigen Banner zu warten, ſie wurden aber überſtimmt und gegen 4 Uhr rückte die kleine Schaar, an 900 Mann ſtark, gegen die Oeffnung des Waldes, den eine ſchmale Ebene von der Stadt Freiburg trennt. Katzenmaier, Struve und Tiedemann traten nun zum Parlementiren vor. Der Kommandant der Freiſchäärler-Artillerie ſchloß ſich ebenfalls an und ritt mit einem ſchwarz-roth-goldenen Fähnchen vor, um den Truppen Parlementäre anzukündigen. Die badiſchen Truppen wollten aber von keinem Parlementiren wiſſen, ſie wieſen das Begehren mit den Worten zurück: „Wir haben nichts mit euch gemein, ihr Hunde!“ Der Artilleriekommandant, wüthend über dieſen Empfang, wollte nun ſein Piſtol abſchießen, das aber verſagte, worauf er es dem Offiziere an den Kopf ſchmiß, der rief: „Schießt die Kanaille auf den Kopf!“ Der linke Flügelmann ſchoß nun auf den Zurückweichenden, und obgleich Katzenmaier, Struve und die andern Parlementäre den Truppen zuriefen: „Schießt nicht, wir ſind eure Brüder!“ wurde nun von den Truppen gefeuert, ohne daß Einer getroffen worden wäre. Die Parlementäre zogen ſich nun, von Schüſſen verfolgt, zur Kolonne zurück. Man ſtellte ſich jetzt in Schlachtordnung. Die Schützen unter Stephani ſtellten ſich beim Waldhorn auf, einem Wirthshauſe am Saume des Waldes. Die Artillerie war hinter dem Waldhorn poſtirt. Nun fuhr ein

Kartätschenhagel auf die Freischäärler und ihre Artillerie. Die Kanoniere und die ganze Schaar sahen die Unmöglichkeit ein, das Feuer passiren zu können, ohne mit Mann und Maus aufgerieben zu werden. Alles zog sich daher zurück. Das Günthersthal wurde zum Sammelplatz bestimmt.

Als nun Katzenmaier, der am Fuße leicht verwundet war, sich endlich in's Günthersthal geschleppt hatte, fand er, außer 60 Schützen und den zwei Konstanzer-Kanonen, nichts mehr da. Beinahe das ganze erste Banner war also in wilder Flucht fort und von den vier andern Bannern war nichts zu sehen und zu hören. Siegel, wie oben erwähnt, hatte sich gegen Horben zurückgezogen und war damals mit Doll noch nicht vereinigt. Katzenmaier stellte nun die zwei Kanonen vor dem Dorfe Günthersthal auf und stellte Schützen herum. Seinen Adjutanten, Adolf Trötschler, sandte er als Tirailleur mit den übrigen Schützen rechts und links in den Wald vor. Katzenmaier erwartete bei den Kanonen die Truppen, auf die, so wie sie sich am Eingange des Thales zeigten, der Artilleriekommandant Kuenzer eine Kartätschenladung abschoß, die eine große Verheerung anrichtete. Katzenmaier mit den Kanonen und seinen Schützen und die Tirailleurs im Wald unterhielten nun ein sehr wirksames Feuer, worauf die Truppen zu fliehen anfingen. Da aber die Pferde höchst ermüdet waren, keine neuen Schaaren zuzogen und Katzenmaier mit der kleinen Schaar nichts ausrichten konnte, zog auch er sich nach Horben zurück, in der Hoffnung dort die Geflohenen und besonders die übrigen drei Banner zu finden. Diese waren aber, verleitet von Baumann, Giger, Dünkler u. A., die schon in Schopfheim für Rückzug sprachen, über alle Berge. Katzenmaier übernachtete nun mit seinen Braven in Horben und machte noch mit Banotti die Runde. Früh Morgens erhielt er von Struve einen Ruf nach Todtnau. Er ging hin und fand dort noch mit seinen Leuten 200 Mann. Alles Andere war über Berg und Thal. Nachdem Katzenmaier den ganzen Tag hindurch Generalmarsch schlagen und Sturm läuten ließ, ohne etwas damit auszurichten, löste er die Schaar auf; und die Meisten zogen sich mit ihm über den Rhein zurück.

Man wird kaum fragen, wie es denn kam, daß Siegel von Freiburg aus nicht im Geringsten unterstützt wurde. Die Frei-

ſchaaren liefen regellos umher. Schon ehe die Nachricht von dem Anzug der Freiſchaaren kam, wurde die ganze Stadt mit ſchwarz-roth-goldnen Fahnen behängt*). Als endlich die Schaar Katzenmaier's von Freiburg aus geſehen wurde, fand ſich nicht die Hälfte der Bewaffneten auf dem Verſammlungsorte ein. Von den Thoren liefen einzelne Häufchen weg und zogen auf einem Umwege, indem ſie die Truppen rechts ließen, zum kleinſten Theil den Freiſchaaren entgegen, zum größten in's Weite. Hierauf, als das Treffen ſchon begonnen hatte, kamen endlich vom Sammelplatz her die einzelnen Haufen durch's Schwabenthor aus der Stadt, nachdem ſchon Viele über der Schwabenbrücke Halt gemacht hatten. Eine gute Weile ſtand die Schaar, die an 6 — 800 Leute zählen mochte, ohne Anführer da, indem Langsdorff nichts von ſich hören und ſehen ließ. Es iſt kein Wunder, daß die ſo ganz verlaſſen daſtehenden Schaaren nicht wußten, was ſie thun ſollten und dem Rufe einiger jungen Leute nicht folgten, die ſie in's Gefecht führen wollten. General Langsdorff rannte in der Stadt herum, den einzelnen Patrouillen nach; er hatte den Kopf verloren.

Spät Abends drangen endlich an 30 junge Leute in das Rathhaus, wo die 4 Kanonen der Stadt Freiburg waren. Dieſe wurden ohne Widerſtand genommen. Langsdorff befahl dieſelben bei einbrechender Dunkelheit auf den Schloßberg zu führen, als der Kampf im Günthersthal hinten ſchon fertig war. Die Kanonen wurden endlich herabgeholt und an den vier Haupteingängen in der Stadt aufgeſtellt. Hoffmann machte keinen Verſuch in die Stadt einzudringen, da er ſeine Truppen zerſtreut hatte, in der Dunkelheit der Nacht natürlich ein Gefecht große Opfer mit ſich gebracht hätte und er, wie der nächſte Morgen bewies, mit neu herbeigezogenen Verſtärkungen die Stadt von mehreren Seiten mit bedeutenden Truppenmaſſen angreifen wollte.

Die Nacht verging ſomit in der Stadt ganz ruhig. Die Freiſchaaren patrouillirten fleißig. Doch am Morgen des folgenden Tages, am Oſtermontag, waren von den 1200 Männern nur noch gegen 200 auf den Poſten, von denen die meiſten Bauern aus der Umgegend waren. Die 4 Kanonen waren am Schwaben- und Breiſacherthor je eine, und zwei auf dem Rempart aufgeſtellt, die

*) Irrthümlicher Weiſe glaubte Alles, Hecker komme.

eine davon erſt eine Weile bei dem Predigerthor. Gegen 7 Uhr kam die Nachricht, Siegel komme gegen 10 Uhr mit ſeiner Schaar auf einer andern Seite in die Stadt. Man möge ſich nur bis 10 Uhr halten.

Am Morgen des Oſtermontag war nun die Stellung der Truppen folgende: Der rechte Flügel lehnte ſich an die Anhöhe, auf welcher die Lorettokapelle ſteht; das Centrum befand ſich etwas oberhalb des Eiſenbahnhofes; der linke Flügel unterhalb des Bahnhofes, gegen die Emmendingerſtraße zu. Der Angriff wurde Morgens halb 8 Uhr mit Bomben- und Kartätſchenſchüſſen gemacht. Die vor der Stadt aufgeſtellten Freiſchaaren gegen die Eiſenbahnſeite wurden natürlich von den mehr als dreißigmal überlegenen Truppen allmälig unter geringem Verluſte zurückgedrängt, während das Feuer der Freiſchäärler, die zudem ihre Kanonen mit Kartätſchen luden, von großer Wirkung war. Die Freiſchaaren, immer näher an die Stadt gedrängt, hielten an vier Hauptpunkten, wo jedesmal eine Kanone ſtand, die mit 20 — 25 Schützen oder Musketieren beſetzt war. Von dem Schwaben- und Breiſacherthor, die mit Barrikaden verrammelt waren, konnte man natürlich nicht hinaus. Bewegung war allein auf dem Rempart, wo beſonders eine der beiden Kanonen ihren Standpunkt öfters wechſeln mußte. Nach 11 Uhr, ſo lange hielt ſich die kleine, brave, ſchon gegen halb 10 Uhr kaum 100 Mann ſtarke Schaar, ging endlich die Munition aus. Das Schwaben- und Breiſacherthor wurden mit Sturm genommen. Der letzte Poſten war am Auslauf der Jeſuitengaſſe, wo dieſe den die Stadt in einem Halbskreis umſchließenden Rempart durchſchneidet. An dieſem Poſten ſtand ſchon früh eine Kanone. Bei'm Anrücken der Naſſauer, die unten, wo die Straße ſich rechts und links theilte, von beiden Seiten heraufkamen, zogen die wenigen mit Schießgewehren Bewaffneten fort. Die Kanone war ſchon ohne Bedienung, als eine andere vom Predigerthor hinzukam, und ſelbſt an dieſer ſtanden, als ſchon die Naſſauertruppen in der nämlichen Straße ſich befanden und von unten auf die vor einer Barrikade aufgeſtellten Geſchütze feuerten, nur noch drei junge Männer, von denen einer durch die Schulter geſchoſſen war, die, ohne Munition, von Allen verlaſſen, und als der letzte Schuß abgefeuert war, wegzogen, nachdem das badiſche und heſſiſche Militär ſchon zum Schwaben- und Breiſacherthor hereingezogen und

in die Hauptſtraße eingedrungen war. Das war ¼ nach Eilf. An drei Stunden lang hatte ſomit die entſchloſſene Schaar die 6000 Mann Truppen aufgehalten; man war über den Termin, den Siegel verlangt haben ſollte, um mehr als eine Stunde hinausgegangen. Eine intereſſante Epiſode bildet noch das abenteuerliche Eindringen Siegels und Möglings nach Freiburg. Siegel verſuchte nämlich mit Mögling und 500 Mann noch einmal nach Freiburg zu kommen, da ihm Boten berichteten, daß das Schwabenthor noch offen ſei. Vor demſelben wurde er aber mit Mögling und vier Begleitern von der ganzen Schaar abgeſchnitten. Die ſechs Männer konnten aber in die Stadt gelangen und entflohen glücklich aus derſelben.

Die Truppen rückten nun alle in die Stadt. Viele Exceſſe wurden von Einzelnen begangen. Auch im Ganzen war ihre Haltung ſehr inhuman. Schon am Montag, beſonders aber am Dienſtag, machten die Soldaten unter den ärgſten Drohungen willkürliche Hausunterſuchungen. Die Gefangenen wurden beſonders damit geſchreckt, daß man ihnen immerfort ſagte, ſie würden erſchoſſen werden. Beſonders zeichneten ſich die Churheſſen durch wilde Brutalität aus. Die Truppen wurden von der Einwohnerſchaft mit fortwährendem Lebehoch empfangen, nachdem am geſtrigen Tage die ſchwarz-roth-goldnen Fahnen Hecker entgegengeflattert hatten. Beſonders zeichneten ſich die Adeligen durch ihren Jubel aus. Die meiſten Truppen zogen nach kurzer Raſt wieder fort, um gegen die Freiſchaaren, die man noch im Günthersthal und in Horben wähnte, zu marſchiren. — Bedeutende Verhaftungen republikaniſch geſinnter Männer wurden vorgenommen. Auf Seite der Truppen fielen aber wenigſtens dreimal mehr Leute. Langsdorff ließ ſich an den Kampfſtellen nirgends ſehen und entfloh zeitig über den Schloßberg. — Der Turnverein wurde durch ein Ausnahmsgeſetz vom Jahr 1833 aufgehoben und für den Oberrhein- und Seekreis das Martialgeſetz verkündigt.

Das war der Widerſtand der Republikaner in Freiburg*).

*) Dies iſt der treu gegebene, wahre Hergang der Sache. Man möge ſich doch durch die Berichte von Blättern, die von Tauſenden von Freiſchaaren ſprechen, nicht irren laſſen, am wenigſten von dem erlogenen Zeug der illuſtrirten Zeitung, dieſer politiſchen Buhldirne, die ſich für alle Parteien herausputzt.

Auch hier lag die Schuld nicht ſowohl an dem Volke als an dem gewiſſenloſen Leichtſinn der Führer, die, wenigſtens der Hauptführer, ohne militäriſche Kenntniſſe und ohne natürlichen Takt, ohne Muth und Thatkraft, auf eine unverantwortliche Weiſe eine ſolche Stelle angenommen und viel Blut und Leichen auf ihr Gewiſſen geladen haben. Trotz alledem iſt aber auch hier das Reſultat gewonnen, daß im Volke die lebendigſten Sympathien für die Republik waren.

Der unglückliche Putſch in Heidelberg, welcher der republikaniſchen Partei mehr ſchadete als nützte, kann füglich übergangen werden, weil er das iſolirte Unternehmen von Männern war, die im nöthigen Augenblick nicht hervorzutreten wagten. Die beiden Emiſſäre, welche die Bauern von Sinsheim und Ziegelhauſen hergerufen hatten, waren junge Leute, die nicht auf die Sympathien der meiſtentheils republikaniſch geſinnten Heidelberger Bürger rechnen konnten, und ſo kam es, daß dieſe Demonſtration verunglücken mußte.

Die badiſchen Freiſchaaren waren nun alle aufgelöst. Viele waren ſchon vor den verſchiedenen Treffen wieder heimgezogen. Die meiſten waren nicht zu wirklichem Gefecht gekommen und zogen auch wieder in aller Stille nach Haus. Viele flohen mit den republikaniſchen Führern auf Schweizerboden. Nur ein Korps war noch beiſammen, das der deutſchen Arbeiter in Frankreich unter Herwegh, der mehr ſeinen Namen zu dem Unternehmen hergegeben hatte, da er ſelber wiederholt öffentlich geſtand, keine militäriſchen Kenntniſſe zu haben. Die großtönenden Proklamationen, die Herwegh jedenfalls zu verantworten hat, ließen auf eine größere Menge Bewaffnete ſchließen und gaben der Regierung wenigſtens Scheingründe ebenfalls eine ſehr große Truppenmaſſe in's Land zu ziehen, um, wie ſie ſagte, die Gränze zu decken. Die Freiſchaar Herwegh's, die ſchon außergewöhnlich lange Zeit in Straßburg lag und deren Hülfe von Hecker wie erwähnt wiederholt abgewieſen wurde, war endlich am Oſtermontag bei Groß-Kembs, 900 Mann ſtark, über den Rhein gekommen. Herwegh zog über Blanſingen und Tannenkirch in die Gegend von Tannen und die Päſſe des Schwarzwaldes, da die Truppen von der Gränze weggerufen und in Freiburg und deſſen Umgebung poſtirt waren. Von einigen Hunderten wurde auch die Schuſterinſel in der Nähe von Baſel

beſetzt und nur das dringende Aſylanerbieten franzöſiſcher Kommiſſäre konnte die Leute von einem verzweifelten Schritte zurückhalten.

Am 27. April ſtieß nun die Herwegh'ſche Schaar, die, bunt zuſammengewürfelt, ein Bild der vollendeten Konfuſion war, nach den ausführlichen Berichten im Morgenblatt, denen man bis jetzt noch nicht widerſprochen hat, bei dem Dorfe Doſſenbach, eine halbe Stunde von Schopfheim, auf eine Kompagnie Würtemberger. Die Truppen griffen die etwas höher ſtehenden Freiſchaaren ſogleich an, die viel zu hoch ſchoſſen, ſo daß von den Soldaten keiner verwundet worden oder gefallen ſein ſoll. Die Soldaten hielten den Poſten über eine Stunde lang, bis Verſtärkung eintraf. Nun ſah die Freiſchaar, daß ihre Sache verloren war. Viele flohen, unter ihnen Herwegh, über deſſen Flucht die fabelhafteſten, auch böswillige Gerüchte umgingen, die ſich durchaus nicht beſtätigt haben. Doch blieb noch eine kleine entſchloſſene Schaar zurück, welche den bittern Moment nicht überleben mochte, ihre republikaniſchen Hoffnungen ſcheitern zu ſehen. Am heldenmüthigſten hielt ſich Hauptmann Schimmelpennig, Rheinhart genannt. Als dieſer Führer ſah, daß ſeine Sache verloren war, drang er allein mit dem Säbel in der Hand auf den würtembergiſchen Hauptmann ein. Dem Zweikampf, der ſich nun entſpann, ſchauten die übrigen Kämpfenden einen Augenblick in ſtummem Ernſte zu. Rheinhart hieb ſeinem Gegner drei Finger von der rechten Hand weg, wurde aber von den nun auf ihn eindringenden Truppen erſchoſſen. Andere durchſtießen ihn mit ihren Bayonnetten und ſchlugen mit den Gewehrkolben auf ihn. So ſchloß das letzte Treffen mit dem Heldentode, nicht Rheinhart's allein, ſondern auch noch anderer edler Männer, die in den letzten Todeskampf die bittere Enttäuſchung hinübernahmen, nicht einmal mit ihrem Herzblut die Freiheit des deutſchen Volkes beſiegeln zu können.

So ſchloß der badiſche Aufſtand mit dem Treffen bei Doſſenbach. In der Thatſache, daß die einzelnen Korps ſich nirgends trafen, nirgends zuſammenwirkten, liegt auch ein Grund des Nichtgelingens und zugleich eine Kritik des Aufſtandes. Die unorganiſirten Schaaren, die mehr von einer allgemeinen Begeiſterung und Erbitterung als von einem klaren Willen, einer ſtarken Hand

zuſammengehalten waren, zerſplitterten, mit ſeltenen Ausnahmen, im Stoße auf die organiſirte, feſtgekittete Truppenmaſſe. Einzelne muthige Thaten, beſonders der braven Konſtanzer, konnten die unzuverläßige, ſchwanke Haltung der großen Mehrheit nicht gut machen. Allerdings war die Führung ſchlecht, es war eine Anführung im einen und andern Sinn des Wortes. Keiner könnte bei dem ſeltſamen Gange der Revolution, wo der Sieg oft an einem Haare hing, mit aller Zuverſicht ſagen, daß das republikaniſche Heer nie geſiegt hätte und daß ein ſolcher Sieg, wie früher erwähnt, der revolutionären Partei in Deutſchland großen Vorſchub geleiſtet haben würde. Der Inſtinkt der Maſſen ſchauderte vor einem Schritte zurück, den die Gebildeten damals ohnehin verdammten. Mag es aus dem badiſchen Aufſtande und beſonders aus der Thatſache, daß trotz dem ungeheuern Drucke durch die in Baden koncentrirten Truppenmaſſen, die den materiellen Druck zum theilweis politiſchen hinzufügten, dennoch beinahe lauter Republikaner in's Parlament gewählt wurden, deutlich hervorgehen, daß die Volksmeinung in Baden für die republikaniſche Staatsform iſt; ſo zeigt ſich eben ſo unzweideutig, von der geringen, meiſt feindlichen Theilnahme des übrigen Deutſchlands am badiſchen Aufſtand bis auf die neueſten Erſcheinungen — wie aus den wenigen Gegenden, von wo aus republikaniſche Abgeordnete in die Reichsverſammlung gewählt, dieſelben aber von ihren Wählern, um ihrer republikaniſchen Stellung willen, zur Rechenſchaft gezogen wurden — daß in Deutſchland die republikaniſchen Sympathien gering ſind, in dem Sinne nämlich, wie Struve in ſeinen neueſten Programmen Alles durch den unmittelbaren, abſoluten Volkswillen beſtimmt wiſſen will. Die männlich-energiſche und zugleich entſagende Bürgertugend, der richtige Takt im Gebrauche der Mittel, dieſe Grundeigenſchaften republikaniſcher Bürger, ſind aber in Deutſchland noch ſo ſelten, das reifere Geſchlecht iſt noch ſo geſinnungslos und demoraliſirt, noch ſo weit in der Erkenntniß und Praxis des freien Lebens zurück, daß Uebergangszuſtände eine unabweisbare Nothwendigkeit ſind. Wäre es der Reichsverſammlung möglich, der Einſicht und der freien Ueberzeugung lebenskräftige Organe aufzuſtellen, könnte ſie die freien Formen finden und dem Volke geben, die eine Bethätigung des Volkswillens und der Volksüberzeugung möglich machen, ſo wäre es ein fluchwürdiges Unternehmen, dieſen ruhigen Gang

der Dinge durch einen muthwilligen Verſuch hemmen zu wollen. Die Verſammlung und die von ihr ernannte exekutive Gewalt hat den Vereinbarungs-, den Akkommodationsweg eingeſchlagen. Das Hauptproblem, die Einführung der freiſinnigen Beſtimmungen, der ſogenannten Grundrechte, die aus ernſten nur zu weitläufigen Debatten hervorgegangen ſind, in die Verfaſſungen der Einzelſtaaten, hat noch nicht ſtattgefunden. Und wirklich, es ſteigen ernſte Gedanken auf bei der Betrachtung der jetzt beſtehenden Verhältniſſe derjenigen deutſchen Staaten, die bisher ihren beſtimmenden Einfluß mit eiſernem Drucke ausgeübt haben und die nun in die neue konſtitutionelle Bahn auf ſeltſame Weiſe eintreten. Oeſterreich will mit Deutſchland in ein mehr völkerrechtliches Verhältniß eintreten, von einem feſten, ſtaatsrechtlichen Verbande iſt jetzt keine Rede. Zudem wird der ſlaviſche Einfluß auf das öſterreichiſche Regiment immer gewaltiger. Preußen hat, allen konſtitutionellen Grundſätzen zuwider, eine oktroyirte Verfaſſung und die freiſinnigen Beſtimmungen dieſer ſogenannten Verfaſſung, mit denen man die faulen Maſſen köderte, finden in der Praxis des öffentlichen Lebens bittern Widerſpruch. Eine ſolche papierne Verfaſſung im wahren Sinne des Wortes iſt freilich etwas Trauriges und den ſtürmiſchen Forderungen der Zeit höchſt Ungenügendes. Es hat ſich gezeigt, daß in der Wahl des Erzherzogs Johann die Sicherheit, der materielle Rückhalt nicht liegt, den man ſich von dieſer Wahl verſprach, da die nächſte Zukunft des öſterreichiſchen Staats, auf deſſen materieller Grundlage Johann ruhte, durch die neueſte Geſchichte mächtig erſchüttert iſt. Jetzt, wo Bildung und Sittlichkeit die Staaten zu regieren beginnen ſollen, wo das Wohl und der vernünftige Wille des Volkes maßgebend für die Regierungsweiſe werden, wo alſo die Segnungen freier, großer Verfaſſungen den bisher Gedrückten zu Theil werden, iſt es ein gerechter Erſatz für den langen ſchändlichen Druck, wenn man des freien Mannes Recht, ſein Leben ſelbſt zu beſtimmen, auch auf die Völkerfreiheit ausdehnen würde, denn das ſcheint einer der Grundzüge unſerer Zeit, daß, dem traurigen, abſtrakten, farbloſen Kosmopolitismus der Kommuniſten gegenüber, die Individualität auch im Volksleben ſich überall mächtig geltend macht, ohne deßwegen den gemeinſamen Zug, das gegenſeitige durch gemeinſame Kulturſtufen vermittelte freundſchaftliche Verhältniß der Einzelnen aufzuheben. Es iſt

das eine große Ungerechtigkeit, daß das historische Recht, verworfen und vernichtet, wo es das deutsche Volk drückte, da fortfahren soll zu gelten, wo es sich um den Vortheil desselben handelt. In dieser Beziehung hat Ruge Recht, wenn er von seiner „Weltanschauung" aus sich nicht sowohl über die Niederlagen seines Volkes, als über die Selbstständigkeit und den männlichen Widerstand einer Nation freut, die aus langer Lethargie zu großen Kraftanstrengungen sich ermannt hat, um dem mißverstandenen, irregeleiteten Egoismus des deutschen Volkes gegenüber das Recht der freien Selbstbestimmung zu erringen, welches das deutsche Volk sich selber erringen will. Die deutsche Freiheit ist nicht sicher gestellt, ist noch nicht dem Volke klar geworden, so lange es dem Prinzipe des Egoismus einseitig folgt, und in der Brüderlichkeit, in der liebevollen Anerkennung der Andern, als eben so freier Persönlichkeiten, sich selbst die eigene Freiheit und das eigene Recht vernünftig sicher stellt.

Die bitterste Erfahrung aber ist die, daß die Hoffnung auf dauernde Festsetzung der Volksfreiheiten durch den Ausbau einer allgemein gültigen Verfassung auch eine Täuschung geworden ist, eine so bittere Täuschung als manche andere, die man in neuerer und neuester Zeit erfahren mußte. — Durch die Annahme des Gagern'schen Programms hat die Frankfurterversammlung sich selbst des Konstituirungsrechtes begeben. Oesterreich ist nun wieder in dem alten, losen, völkerrechtlichen Verbande mit Deutschland, wie im Jahr 1815, und der ergreifende Moment, als gegen Arndt, der für das Gagern'sche Programm stimmte, der Verzweiflungssturm losbrach mit dem elektrisch-einstimmigen Rufe: „Was ist des Deutschen Vaterland?" ist die bitterste, gewaltigste Ironie, welche die düstere Geschichte der jetzigen Tage hervorbrachte. Die Trostlosigkeit der Zustände, das verzweiflungsvolle Anklammern der konstitutionellen Vermittlungspartei an Aeußerlichkeiten, die gährende Unzufriedenheit im Volke und der vorfrühe Siegesjubel der Machthaber lassen in düstere Tage sehen. In einer qualvollen Unentschiedenheit treibt der Instinkt der Massen und die Ueberzeugung der Gebildeten hin und her. Die Grundlagen, welche die Männer aufstellten, die sich der Märzbewegung bemächtigten, ich meine die konstitutionelle Partei Deutschlands, sind in den beiden größten, mächtigsten Staaten dort durch täglich brutaler heraustretende Mi-

litärherrschaft, hier durch die Oktroyirung einer neuen Verfassung mit willkürlicher Auflösung der konstitutionellen verfassunggebenden Versammlung, durch rasche That beseitigt und anderswo in revolutionärem Sinne gewaltig erschüttert worden. Die Reichsverwesung geht mit raschen Schritten einem neuen Stadium entgegen. Die Männer des Vertrauens sind lächerlich geworden und die Entschiedenen in vielen Gegenden sind geächtet, eingezogen, mit Untersuchungen bedroht, während andere, vor Allen Robert Blum, der Freiheit ein hohes Todesopfer gebracht haben. Die konstitutionelle Methode hat, mit Ausnahme von vielleicht zwei bis drei süddeutschen und einigen kleinen norddeutschen Staaten, Bankerott gemacht, und durch die dunkle politische Atmosphäre blitzen gewitterschnell die Zeichen: „Wer Wind säet, wird Sturm ernten."

6 AP 50